REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 406 · 25.9.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 37 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Appell gegen die Abschiebung von Flüchtlingen in den Libanon - inamo u.a.
2. Hamburg: NPD-Aufmarsch verhindert. Demo gegen Nazis und Law-and-Order-Wahlkampf - Andreas Speit
3. Die Geister der Vergangenheit. Vor 30 Jahren starb der Marxist Isaac Deutscher - Christoph Jünke
4. Rosel Bibo: "Alle Juden wurden abgeholt" - Angela Martin
5. Hamburg im Glück. Nach Voscherau könnten rot-grüne Zeiten anbrechen - Js.
6. Provinzposse in Bayern. Keine Minen- Ausstellung in Aschaffenburg - Thomas Klein
7. "Dumm, frech, instinktlos" (PDS-Wahlplakat frei nach Tucholsky) - Js.
8. Friedenskongreß nimmt Gestalt an - Vo
9. Für eine Friedenspolitik ohne Militär. Osnabrücker Manifest
10. Tag ohne Heimat. Linke befassen sich mit Deutschlands Griff nach Osteuropa - Peter Nowak
11. Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord - Kt.
12. Der Glaube ersetzt bis heute das Wissen. Über die Stammheimer Todesnacht und die nicht geführten Untersuchungen - Christiane Ensslin
13. Die Wunder von Stamheim. 20 Jahre nach dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe - alle Fragen offen (Nachdruck ak 269)
14. Der ausgeblendete Teil des Plots. Sympathisantenhatz, (Selbst-)Zensur und Repression gegen die Linke - j., Hamburg
15. Krisenstab - Politik der vollendeten Tasachen (Nachdruck aus: Antifaschistische Russell- Reihe, Bd. 5, 1977)
16. Akrobat Baader (zu Breloers Film "Todesspiel") - Kt.
17. Nicht losgelassen, aber trotzdem verloren. RAF-Gefangenen ist das politische Projekt abhanden gekommen - M., Berlin
18. Der Sympathisantensumpf droht auszutrocknen. Renegaten, Denunzianten und Superlinke - eine garantiert einseitige Medienschau - Js.
19. Im Jahr der Schweine. Über Memoiren von RAF-AussteigerInnen - Klaus Viehmann
20. Guerillakampf und Befreiungsbewegungen. Die Linke in Lateinamerika in den 60er und 70er Jahren - Albert Sterr
21. Bomben gegen kubanische Hotels. Militante Castro-Gegner machen gegen die Tourismus- Branche mobil - kuk
22. "Schieß, Feigling! Du tötest einen Mann!" Die Suche nach Che Guevara und der Kult um einen toten Revolutionär - kuk
23. Der Terror der Gotteskrieger. Algerien zwischen Massakern und Hoffnung auf Frieden - Bernhard Schmid
24. Gesundheitspolitik als Waffe gegen Kurdistan. Interview mit einer Vertreterin der Gesundheitsgewerkschaft SES
25. Institutionalisierter Rassismus: Abschiebehaft in Deutschland - Christoph Fleischmann
26. Die Autonomen und der linke Rest. Autonomes Resümieren über Autonome - eine Buchbesprechung - Martin Bayer
27. "Wir wollen Kuwait und den Golf behalten." Die globale Strategie der USA im Nahen Osten - Noam Chomsky
28. Zwischen sozialer Abhängigkeit und sexueller Anmache. Arbeitsrecht für Frauen - Rezension - Bernhard Bergmann
29. "... und auch nicht anderswo!" Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung - Rezension - at.
30. "Billigend in Kauf genommen". Krenz, Schabowski, Kleiber und die Kriminalisierung der DDR - Kt.
31. Provinzposse in Bayern
32. Quelldatei 23.htm
33. Leserbriefe
34. Quelldatei 33.htm

35. 20 Jahre Herbst sind genug!
36. Order, Law & Video
37. Krümmel: "Mal richtig abschalten" - gw

1. Appell gegen die Abschiebung von Flüchtlingen in den Libanon

Autor: inamo u.a. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:34

Mehr als zehntausend Libanesen, Palästinensern und Kurden aus dem Libanon, die in der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, droht die Abschiebung. Deutsche Stellen haben der libanesischen Regierung einen Entwurf für ein Rückübernahmeabkommen zur Verhandlung vorgelegt. (...) Seit Dezember 1996 wurden bereits Hunderte von Libanesen abgeschoben.

Mit dem Ende des Bürgerkrieges im Libanon (1975-1990) wurden die Palästinenser, deren Flüchtlingslager jahrelang bombardiert und belagert worden waren, endgültig zu einer im Land unerwünschten Gruppe. Soziale und bürgerliche Rechte wurden ihnen nie gewährt, sie dürfen 71 Berufe nicht ausüben und haben keinen Anspruch auf Sozialversicherung. Die Arbeitslosigkeit lag 1994 bei über 50%; mehr als 60% der Palästinenser leben unter der Armutsgrenze. Die Dienstleistungen des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) wurden drastisch reduziert. Zerstörte Flüchtlingslager dürfen nicht wieder aufgebaut werden, die bestehenden Lager sind überfüllt. Der Libanon betreibt eine Politik des Auswanderungsdrucks gegenüber den Palästinensern. 1995 wurden die Bedingungen für ihre Wiedereinreise drastisch verschärft.

Kaum jemand von denen, die nach Deutschland flohen, wurde anerkannt - weder als Flüchtling noch als Palästinenser. Nur für kurze Fristen geduldet und ohne das Recht auf Arbeitsaufnahme haben diese Menschen sich hier dennoch behauptet, ist gerade in Berlin eine eigene palästinensische Diaspora entstanden. (...)

Palästinensische Flüchtlinge sind heute sowohl in Palästina/Israel (letzteres verweigert kategorisch die Rückkehr) als auch in den arabischen Staaten unerwünscht. Überall wird ihnen die Tür gewiesen. (...) Wir wehren uns dagegen, daß diese Menschen, die hier Fuß gefaßt haben, erneut entwurzelt und abgeschoben werden sollen. Wir treten ein für eine offene Gesellschaft mit gleichen Rechten für Flüchtlinge und Migranten in Europa, die nicht durch Flüchtlinge und Einwanderer, sondern durch engstirnigen Nationalismus und gewissenlosen bürokratischen Vollzug gefährdet wird.

Wir lehnen jede Form von Rückübernahmevereinbarung ab, weil sie Verstößen gegen den internationalen Flüchtlingsschutz Tür und Tor öffnet. Wir appellieren an die libanesische Regierung, sich nicht für eine unmenschliche Praxis instrumentalisieren zu lassen und den dort lebenden Palästinensern soziale und bürgerliche Rechte zu gewähren.

Wir appellieren in aller Dringlichkeit an die bundesdeutsche Regierung und die Bundesländer, kein Rückführungsabkommen mit dem Libanon abzuschließen, jede bereits getroffene Vereinbarung in diese Richtung zu annullieren und den Betroffenen einen sicheren Aufenthalt zu gewähren.

PRO ASYL - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V, PF 101843, 60018 Frankfurt * Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin * Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (INAMO), Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin * Internationale Liga für Menschenrechte, Oldenburger Str. 33, 10551 Berlin * Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln * medico international e.V., Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt und viele weitere Unterstützerinnen und Unterstützer

Die UnterstützerInnen rufen dazu auf, diesen Appell an folgende Adressen zu schicken:

- Bundesminister des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel, Adenauerallee 99-103, D-53113 Bonn, Fax: 49-228-17 34 02

- Unterausschuß Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags, Bundeshaus, 53113 Bonn, Fax: 49-228-162 61 31

- Bundesminister des Inneren Manfred Kanther, Graurheindorfer Str. 198, D-53117 Bonn, Fax: 49-228-681 46 65

- Innensenator Jörg Schönbohm, Fehrbelliner Platz 2, D-10707 Berlin, Fax: 49-30-867 41 47

Eine Kopie des Protestschreibens bitte an:

INAMO - Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Berlin, Dahlmannstr. 31, D-10629 Berlin, Fax: 49-30-862 38 49, e-mail: 106411.2356@Compuserve.com, oder an eine der anderen aufrufenden Organisationen.

2. Hamburg: NPD-Aufmarsch verhindert. Demo gegen Nazis und Law-and-Order-Wahlkampf

Autor: Andreas Speit · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:25

"Es wird eine spektakuläre Aktion geben", hatte der Pressesprecher der Jungen Nationaldemokraten (JN), Klaus Beier, angekündigt. Seit Mitte Juli mobilisierte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zusammen mit den JN zu einer Kundgebung am 13. September, acht Tage vor der Hamburger Bürgerschaftswahl; Parole: "Leistet Widerstand - jetzt!" Per Internet riefen die Braunen "jeden DEUTSCHEN und NATIONAL denkenden Menschen auf (...), an diesem Tag im roten Hamburg" den "linken Chaoten zu zeigen, daß die Straße dem deutschen Volk gehört und nicht irgendwelchen gewalttätigen Politikspinnern".

Viel war von der "einzigen nationalen Alternative" am 13.9. dann aber nicht zu sehen. Statt dessen demonstrierten 3.500 Menschen für zwei Hauptziele: "NPD-Aufmarsch verhindern!" und "Die Koalition von ‚Law and Order` angreifen!" Ein breites Bündnis - von autonomen antifaschistischen Gruppen über PDS, DKP bis GAL und einzelnen Gewerkschaften - nahm den angekündigten NPD-Aufmarsch zum Anlaß, um den rechtspopulistischen Wahlkamp fast aller Parteien zu thematisieren. So verwiesen alle Rednerinnen und Redner darauf, daß neben den rechtsextremen Parteien wie NPD, REP, DVU und Bund freier Bürger (BFB) vor allem SPD und CDU das "rassistische Klima verschärfen". Das "Gerede von der ‚Asylantenschwemme`, von ‚kriminellen Ausländern` und vom ‚Sozialmißbrauch` fördere das Entstehen von rassistischen Feindbildern". Längst seien die Themen der Rechten die Themen der Mitte.

Im Vorfeld bereits garantierte Polizeipräsident Ernst Uhrlau "Law and Order". Um "Übergriffe und Regelverletzungen frühzeitig zu unterbinden", hatte er 2.000 Polizisten aufgeboten - so viele wie schon seit Jahren nicht mehr. Nur dem geschickten Verhalten der Demoleitung war es zu verdanken, daß trotz Provokationen durch die Polizei größere Auseinandersetzungen unterblieben.

Dazu kam es allerdings im Hamburger Hauptbahnhof, den die JN per Handy als Sammelpunkt bekannt gab. Nachdem AntifaschistInnen den bis heute aktiven Ex-Führer des verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes, Thorsten de Vries, entdeckten, der dort bei einem privaten Sicherheitsdienst arbeitet, schritt die Polizei ein. Mehrere Personen wurden verletzt, zehn vorläufig festgenommen.

Durch die antifaschistische Demonstration waren indes die Organisatoren des NPD-Aufmarsches in Nöte geraten. Von ihrer angekündigten Großdemonstration blieb nur eine kleine Aktion. Auf einer Diskussionsveranstaltung mit Hennig Voscherau, im Rahmen des SPD-Straßenfestes "Von Mensch zu Mensch" im Hamburger Stadtteil Hamm, erschienen ca. 40 ausgewählte NPD- und JN-Kader. Unter Leitung des Berliner JN-Funktionärs Andreas Storr diskutierten sie mit Voscherau über "Arbeitsplätze für Deutsche" und "kriminelle Ausländer". Während die "NormalbürgerInnen" dem Dialog über "Zuzugssperre für AusländerInnen" und "schnelle Abschiebung von kriminellen Asylanten" lauschten und auch den Rechten zum Teil Applaus zollten, verließen die ausländischen ZuhörerInnen das Fest. Erst als der SPD-Spitzenkandidat und Hamburger Bürgermeister als "Arbeiterverräter" betitelt wurde und AntifaschistInnen auftauchten, brach Voscherau seinen Auftritt vorzeitig ab. Daß da irgendetwas anders gelaufen war als bei seinen üblichen "BürgerInnengesprächen", war ihm immerhin aufgefallen: "Ich hatte durch die pöbelnden Zwischenrufe den Eindruck, daß es sich möglicherweise um Rechtsextremisten handelt. Und habe versucht ihnen entsprechend contra zu geben, wie sie es verdient haben."

Als die Einsatzkräfte der Polizei nach einer halben Stunde eintrafen, waren die Neo-Nazis längst aus Angst vor den schon anwesenden AntifaschistInnen weggelaufen. Gegenüber der Presse hatte sich Polizeisprecher Reinhard Fallak zuvor ahnungslos gegeben: "Wir tappen im Dunklen." Daß u.a. über das Nationale Infotelefon Rheinland seit Tagen mobilisiert wurde, nahm die Polizei nicht zur Kenntnis. Ein Anruf dort und ein zweiter bei JN-Sprecher Klaus Beier hätte genügt, um Ort und Uhrzeit der NPD-Aktion zu erfahren.

Beier ließ per Pressemitteilung stolz verkünden, daß "die Antifas ihnen auf den Leim gegangen" seien und "über 2.000 Wahlhelfer 100.000 Wahlzeitungen und Flugschriften verteilt" hätten. So versuchte er, eine klare Niederlage nachträglich in einen Erfolg umzulügen. Die NPD hat weder organisatorisch, noch politisch das gehalten, was sie versprochen hat.

Andreas Speit

3. Die Geister der Vergangenheit. Vor 30 Jahren starb der Marxist Isaac Deutscher

Vor dreißig Jahren starb der Marxist Isaac Deutscher

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:07

Am 19. August 1967, vor dreißig Jahren, starb mit Isaac Deutscher "einer der ganz wenigen und ohne Zweifel der beste marxistische Historiker des Kommunismus", wie die französische Zeitschrift Les Temps Modernes kurz danach schrieb. Seine beiden Hauptwerke, die Biographien von Stalin und Trotzki, gehören zu den herausragendsten Werken zeitgenössischer Geschichtsschreibung. In Deutschers prägnantem Stil mischen sich eindringliche Erzählkraft mit humanistischem Ethos und einer aus persönlich-politischer Erfahrung gespeisten gedanklichen Tiefe.

Der im April 1907 geborene Isaac Deutscher wuchs im österreichisch-ungarischen Teil Galiziens, in Chrzanów bei Krakau, auf; seine Familie gehörte zu jenem osteuropäischen Judentum, das die Geschichte der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts so nachhaltig beeinflußt hat und vom deutschen Faschismus so restlos und unwiederbringlich zerstört wurde. Im Fadenkreuz von väterlichem Ehrgeiz, katholischer Grundschule und jüdischer Spezialausbildung und als Zeuge antijüdischer Pogrome und des revolutionären Zusammenbruches dreier Monarchien (Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn) entwickelt sich der junge Isaac zu einem jener "nicht-jüdischen Juden", die er in späteren Jahren so meisterhaft beschrieben hat. Was er 1958 über Spinoza, Marx, Luxemburg, Trotzki und Freud schrieb, traf auch ihn selbst.

Gebildete Angehörige einer unterdrückten und geächteten Minderheit, waren sie Grenzgänger zwischen den Religionen und Nationen und empfanden die Enge ihrer Tradition als Fessel. Sie "verstanden die Wirklichkeit als etwas Dynamisches, nicht als etwas Statisches", sahen die Gesellschaft in einem ständigen Wandel begriffen und von Gesetzmäßigkeiten regiert. Moralische Maßstäbe hielten sie für relativ, glaubten weder an das absolut Gute noch an das absolut Böse und gingen (fast alle) davon aus, daß "Wissen, um wirklich zu sein, tätig werden muß". "Schließlich haben sie alle, von Spinoza bis Freud, an die endgültige Solidarität der Menschen geglaubt, und ihre Einstellung zum Judentum war von dieser Hoffnung getragen." Kurz, sie alle waren Dialektiker und Deterministen, auf der Suche nach der universellen Weltanschauung.

Deutscher fand diese universelle Weltanschauung im klassischen Marxismus der ersten Jahrhunderthälfte aufgehoben. Die Schriften und das Wirken von Marx und Engels, Kautsky und Plechanow, Mehring und Luxemburg, Lenin und Trotzki brachten ihn zum revolutionären Sozialismus, und er wurde polnischer Kommunist in Warschau, arbeitete als Journalist und Agitator für die illegale polnische KP. Seine frühe Skepsis gegenüber dem aufkommenden Stalinismus verstärkte sich 1931 auf einer Reise in die Sowjetunion. Und als er 1932 eindringlich vor den Gefahren des deutschen Faschismus warnte und dies mit einem Aufruf für ein gemeinsames Handeln von KPD und SPD verband, wurde er aus der KP ausgeschlossen und zu einem führenden Vertreter der sich an Trotzki anlehnenden polnischen antistalinistischen Opposition. Für Deutscher repräsentierte Trotzki, wie er später schreiben sollte, "die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Orthodoxien existierte."

Ende der 30er Jahre überwarf er sich mit der trotzkistischen Strömung, weil er die 1938 erfolgte Gründung einer IV. Internationale für politisches Sektierertum hielt. Kurze Zeit später zog er sich von der aktiven Politik zurück und siedelte angesichts der Bedrohung Polens durch Nazi-Deutschland 1939 nach London über, wo er als Rußlandkorrespondent für die bürgerlich-liberalen Zeitschriften The Economist und The Observer arbeitete.

Neben seiner journalistischen Tätigkeit begann er, sich in die Geschichte zu vertiefen: "Ich hatte zu jenen gehört, die Stalin grausam kaltstellte. Und eine der Fragen, die ich mir vorlegen mußte, war, warum ihm das gelungen war. Um darauf eine Antwort zu geben, mußte der Parteipolitiker in mir zum Historiker werden", schrieb er 1961 in der damaligen Auflage seiner 1948 erstmals veröffentlichten Stalinbiographie, die ihm internationales Ansehen verschaffte.

Vom aktiven Politiker zum Historiker

Anders als in der spätbürgerlichen Gesellschaft, in welcher der frühbürgerliche Geschichtsoptimismus verflogen ist, lag die enge Verwobenheit von Geschichte und Politik, ihre unmittelbar praktisch-politische Qualität in der Sowjetunion offen zutage.

Hier herrschte eine bürokratische Kaste nicht aufgrund demokratischer Zustimmung der sie tragenden Bevölkerung, sondern zog ihre Legitimation aus ihrer geschichtlichen Herkunft, aus der Oktoberrevolution. Eine paradoxe Situation: Einerseits hatten es die Sowjetbürger und zunehmend auch die internationale kommunistische Bewegung mit einer Allmacht der Geschichte zu tun, der sie objekthaft unterworfen waren. Auf der anderen Seite wurde diese Geschichte durch den stalinistischen Apparat auf eine in der Weltgeschichte bisher einzigartig rüde und umfassende Weise systematisch gefälscht und verschleiert.

Vor diesem Hintergrund wurde die kritische Geschichtsschreibung Isaac Deutschers zu einer Form emanzipativer Praxis, zu praktischem Antistalinismus. Offenbarte er doch in seinen Werken, vor allem in seinem dreibändigen Hauptwerk, der noch heute unerreichten Biographie Leo Trotzkis, den illegitimen Ursprung des neuen bürokratischen Regimes wie die Halbheiten ihrer späteren Versuche, es zu liberalisieren.

Die unvollendete Revolution verstehen

Isaac Deutscher hatte ein seltenes Gespür für die Verwicklungen und Paradoxien des vermeintlichen "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande", an dem sich die Linke des 20. Jahrhunderts so sehr die Zähne zerbrochen hat.

Meisterhaft verstand und entfaltete er den noch heute weitgehend unbegriffenen Doppelcharakter der russischen Revolution als letzte der großen europäischen bürgerlichen Revolutionen und als erste proletarische Revolution in der Geschichte. Den unmittelbaren Aufgaben nach eine durchaus bürgerliche Revolution, wurde sie vom städtischen Proletariat unter politischer Führung der Bolschewiki durchgeführt: "Die bürgerliche Revolution, in der sie die Führung hatten, schuf Verhältnisse, die das Wachstum bürgerlicher Eigentumsformen begünstigten. Die proletarische Revolution, die sie vollbrachten, hatte die Abschaffung des Eigentums zum Ziel ... Rußland war gleichzeitig reif und nicht reif für eine sozialistische Revolution. Es konnte ihre negativen, aber nicht ihre positiven Aufgaben bewältigen. Unter der Führung der Bolschewisten enteigneten die Arbeiter die Kapitalisten und übertrugen die Macht an die Sowjets; aber sie konnten keine sozialistische Wirtschaft und keine sozialistische Lebensform schaffen; und sie waren nicht in der Lage, ihre beherrschende politische Stellung für längere Zeit aufrechtzuerhalten." (Die unvollendete Revolution)

Weil die Revolution international isoliert blieb und die proletarische Basis des Regimes zu klein und durch den Bürgerkrieg zerrüttet, ergriff die Bürokratie die gesellschaftliche Macht und hielt sie in einem instabilen Gleichgewicht, das durch den brutalen stalinistischen Terror nur verschleiert wurde: "In einer postkapitalistischen Gesellschaft werden die Massen nicht durch einen automatischen ökonomischen Mechanismus in Abhängigkeit gehalten; das geschieht allein durch die politische Macht ... Das ist auf die Dauer gesehen eine viel gebrechlichere Grundlage für eine gesellschaftliche Herrschaft als jede beliebige festgegründete Struktur von Eigentumsverhältnissen, die durch Gesetz, Religion und Tradition geheiligt sind ... Mit anderen Worten, der Kapitalismus konnte gegen seine Klassenfeinde von vielen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verteidigungsstellungen aus kämpfen und besaß große Möglichkeiten einer Rückzugsstrategie und Manövrierfähigkeit. Eine nachkapitalistische bürokratische Diktatur hat weit weniger Spielraum: ihre erste politische Verteidigungsstellung ist ihre letzte." (ebd.)

Die neue herrschende Kaste war auch für Deutscher keine neue Klasse, besaß weder Produktionsmittel noch Boden und war infolgedessen von jenem Erbe der Revolution abhängig, das sich seiner Meinung nach in der Gesellschaftsstruktur und der Meinung des Volkes behauptete. Während Trotzki seit Mitte der 30er den Schlüssel zur Entstalinisierung in einer neuen, wesentlich durch einen revolutionären Aufschwung im Westen verursachten Revolution gegen die Bürokratie sah, hoffte Deutscher bis in die 60er auf eine eher reformerische Entstalinisierung als Angelpunkt einer linken Renaissance. Trotzdem wurde er nicht müde, die stalinistische Perversion des Sozialismus und Marxismus permanent anzuprangern, die sich vor allem im Anti-Egalitarismus, in "Stalins wütender und schamloser Hetze gegen die Gleichmacherei", und in der anti-internationalistischen, nationalen Borniertheit der Politik der friedlichen Koexistenz ausdrückte. Die Bürokraten, so Deutscher, "begehrten Sicherheit für sich selbst und ihr Rußland. Sie waren bestrebt, den nationalen und vor allem den internationalen Status Quo zu bewahren und mit den großen kapitalistischen Mächten zu einem Modus vivendi

zu gelangen. Sie waren davon überzeugt, daß sie ihr Ziel mit Hilfe ideologischer Isolierung erreichen konnten und bemühten sich eifrig, die Sowjetunion aus den Klassenkämpfen und den sozialen Konflikten draußen in der Welt herauszuhalten. Indem Stalin den Sozialismus in einem Land proklamierte, deutete er dem bürgerlichen Westen an, daß er am Sozialismus in anderen Ländern kein lebenswichtiges Interesse hatte. Und der bürgerliche Westen verstand das gut, selbst wenn er sich fragte, ob er Stalin trauen könne." (Ebd.) "Der Revisionismus ist seinem Ursprung nach stalinistischer", wandte er kurz, knapp und überzeugend gegen die maoistische Rede von einem Chruschtschowistischen Revisionismus ein.

Die Rückkehr zum politischen Engagement

Daß die Geschichtsschreibung bei Deutscher kein Abschied von der emanzipativen Politik war und daß Antistalinismus nicht automatisch zum Antimarxismus führt, sollte sich im Fortgang der 50er und 60er Jahre zeigen. Auf der einen Seite verfolgte Deutscher detailliert das Aufbrechen des kommunistischen Monolithismus, die halbherzige Arbeit der selbsternannten Entstalinisierer, die die Entstalinisierung auf stalinistische Weise durchzuführen gedachten. Auf der anderen Seite polemisierte er gegen sich nun wütend antikommunistisch gebärdende, ehemalige Linke und Gefolgsleute Stalins, "weil sie nach ihrem Damaskus-Erlebnis die Seite gewechselt hatten" (Ludger Syré).

Als sich nach dem ungarischen Volksaufstand von 1956 erstmals nennenswert viele KommunistInnen vom Stalinismus abwandten und sich zusammen mit den schon früher heimatlos gewordenen linken Individuen, den kleinen, noch existierenden trotzkistischen Strömungen und einer sich politisierenden akademischen Jugend zur sogenannten Neuen Linken jenseits von Sozialdemokratie und Stalinismus herausbildeten, wurde Deutscher zum vielgefragten Vortragsreisenden und persönlichen Inspirator vor allem der linken britischen Jugend. Er mischte sich, zuerst zaghaft, dann immer offensiver, in die politische Neuformierung ein, nahm an den ersten Teach-Ins und Massenveranstaltungen teil und setzte sich mit seiner ganzen Person für die weltweite Vietnam-Solidarität ein.

Die Politik hatte ihn wieder, und Deutscher wurde zur Brücke zwischen den Generationen. Doch sein altmodisch wirkendes Festhalten an einem geschichtsphilosophisch optimistischen, klassischen Marxismus, der um das Erbe der Ideen Trotzkis bereichert ist, kam nicht so gut an bei den jungen, sich am eindimensionalen Pessimismus eines Herbert Marcuse berauschenden Studierenden der Endsechziger, die ihn erschreckten. "Ihr könnt der Politik nicht entfliehen", rief er einmal seinen jungen us-amerikanischen Zuhörern zu: "Menschen leben nicht von der Politik allein, das ist wahr. Aber wenn Ihr nicht die großen Probleme löst, die der Marxismus, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die Beziehungen zwischen Intellektuellen und Arbeitern in dieser Gesellschaft stellen, wenn Ihr nicht einen Weg zur jungen Generation der amerikanischen Arbeiterklasse findet und den schlafenden Riesen der amerikanischen Arbeiterklasse aufweckt, ihn seinem Schlaf und seinem Opium entreißt, seid ihr verloren. Eure einzige Rettung ist es, die Idee des Sozialismus wieder in die Arbeiterklasse hineinzutragen, und dann gemeinsam mit der Arbeiterklasse die kapitalistischen Bastionen zu stürmen."

Er blieb ein unverbesserlicher Optimist, der auf die Frage, ob der Glaube an die Menschheit auch noch nach dem Holocaust und der Tatsache, daß dies keinerlei tieferen Eindruck bei den europäischen Nationen hinterlassen hat, gerechtfertigt sei, emphatisch antwortete: "Er war es in jedem Fall, denn der Glaube an die endgültige Solidarität aller Menschen ist selbst eine der notwendigen Bedingungen, um die Menschheit zu erhalten und um unsere Zivilisation vom Bodensatz der Barbarei zu befreien, der noch immer fortwirkt und sie noch immer vergiftet."

Christoph Jünke

Auf deutsch erschienene Schriften Isaac Deutschers:

- Stalin. Eine politische Biographie, mehrere Auflagen, zuletzt Reinbek bei Hamburg (rororo) 1992

- Trotzki. 3 Bände, 2.Auflage Stuttgart u.a. (Kohlhammer) 1972

- Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg (Junius) 1980

- Der große Wettkampf. Rußland und der Westen, Dordrecht/Holland 1960

- Zwischen den Blöcken. Der Westen und die UdSSR nach Stalin, Hamburg (Junius) 1982

- Die sowjetischen Gewerkschaften, Frankfurt/M. (EVA) 1969

- Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Westberlin (Colloquium) 1981

- Marxismus und die UdSSR, Frankfurt/M. (Fischer) 1974

- Die Tragödie des polnischen Kommunismus zwischen den Weltkriegen, in: die Internationale Nr. 13/1978, Frankfurt (ISP)

- Der Maoismus. Ursprung und Perspektive, in: E. Mandel/I. Deutscher: Der Maoismus, Hamburg (ISP) 1972

- Die sozialistische Konzeption vom Menschen, Frankfurt/M. (ISP) 1978

- Die ungelöste Judenfrage, West-Berlin (Rotbuch) 1977, veränderte und erweiterte Neuauflage unter dem Titel: Der Nichtjüdische Jude. Essays, West-Berlin (Rotbuch) 1988

- Die unvollendete Revolution, mehrere Auflagen, zuletzt Hamburg (Junius) 1981

- Lenins Kindheit, Frankfurt/M. (Fischer) 1973

Über Isaac Deutscher:

- Ludger Syré: Isaac Deutscher. Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907-1967, Hamburg (Junius) 1984

- Perry Anderson: "The Legacy of Isaac Deutscher", in: ders.: A Zone of Engagement, London (Verso) 1992, S.56-75

4. Rosel Bibo: "Alle Juden wurden abgeholt"

Über Wolf Gruners Buch

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:27

Rosel Bibo (geb. 1913) mußte 1941 und 1942 im "Geschlossenen Arbeitseinsatz für Juden" bei Siemens arbeiten. Im Dezember 1942 ging sie gemeinsam mit ihrem Mann in die Illegalität und entging so der Deportation. Heute lebt Rosel Bibo als Rentnerin in Berlin.

Frau Bibo, Sie sind gelernte Schneiderin, mußten aber längere Zeit im "Geschlossenen Arbeitseinsatz für Juden" bei Siemens arbeiten. Wie sind Sie zu Siemens gekommen?

Ich wurde 1940 arbeitslos, weil mich irgendjemand aus der Firma Schmahl denunziert hat. Vorher hatte ich bei dieser Mantelfirma als Einrichterin und Abnehmerin gearbeitet und beim Zuschnitt geholfen. Aber eines Tages mußte sich mein Chef bei den Nazis in einem Büro melden. Dort wurde er zur Rechenschaft gezogen, daß bei ihm eine Jüdin arbeitet. Er hat mich daraufhin sofort entlassen, und ich durfte dann nicht mehr arbeiten.

Eine Weile habe ich noch zu Hause schwarz gearbeitet. Aber dann kam eine Aufforderung vom Arbeitsamt für Juden: Ich sollte mich sofort den anderen Tag bei Siemens melden. Das habe ich natürlich gemacht.

Haben Sie bei Siemens in der Firma etwas zu essen bekommen?

Nein, gar nichts. Ich habe längere Zeit am Zinnbad gearbeitet. Die Frauen im sogenannten arischen Raum haben wegen der giftigen Dämpfe einen Liter Vollmilch pro Tag bekommen. Aber ich als Jüdin habe gar nichts bekommen. Da bin ich dann zusammengeklappt und zweimal krankgeschrieben worden. Ich war so elend. Mein Mann hat gesagt: "Wieder krankgeschrieben. Die holen uns ab." Ja, das war die Gefahr: Wenn man nicht mehr arbeiten konnte, wurde man abgeholt.

Die Frauen im "geschlossenen Arbeitseinsatz" sollten keinen Kontakt zu anderen Arbeiterinnen haben. Wie ist diese Trennung bei Siemens organisiert worden?

Um 6.00 Uhr fing der Betrieb an. Wir mußten schon um 5.30 Uhr vor dem Tor stehen und wurden geschlossen durch dunkle Gänge geführt, bis wir in unserer Abteilung waren. Wie Sträflinge. Und ich habe jedesmal gedacht, wie lange geht das noch? Was wird noch alles passieren?

Wir hatten keinen Kontakt zu anderen Arbeitern. Wenn man doch einmal mit anderen sprechen konnte, ist es zufällig gewesen.

Siemens hat ab 1940 Jüdinnen und Juden im "Geschlossenen Arbeitseinsatz" beschäftigt und später eine Vorreiterrolle bei der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter gespielt. Wer hat die jüdische Abteilung eingerichtet? War das Siemens oder die SS?

Das war Siemens. Siemens hat ja davon profitiert, sie haben uns nur 49 Pfennig die Stunde bezahlt.

Siemens hat nach dem Krieg mehrfach behauptet, daß das Unternehmen nur auf Druck der Arbeitsämter Zwangsarbeiter eingestellt hätte. Denn es sei nicht produktiv gewesen, ungelernte, unqualifizierte Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Diese Arbeiten konnte jeder machen, das konnte jeder Unqualifizierte. An die qualifizierten Arbeiten hätten sie doch gar keine Juden rangelassen. Nein, die haben sehr profitiert von den Zwangsarbeitern, sonst hätten sie sie nicht genommen.

Sie haben im Kabelwerk in Berlin-Jungfernheide gearbeitet. Wie groß ist Ihre Abteilung gewesen?

Ich nehme an, wir waren etwa 30 bis 40 Frauen in meiner Abteilung. Es gab aber mehrere Judenabteilungen bei Siemens. Die sind alle abgeholt worden. 14 Tage nachdem wir in die Illegalität gegangen sind, sind alle Juden bei Siemens abgeholt worden. Aufgeladen und weg.

Interview: Angela Martin

Georgia Peet:

"Es war ein Leben voller Angst"

Georgia Taneva Peet (geb. 1922 in Bulgarien) lebte in Warschau, als die Deutschen Polen überfielen. Kurz nach der Besetzung der Stadt wurde sie nach München deportiert und dort zu Zwangsarbeit verpflichtet. Wegen einer Widerstandsaktion wurde sie nach Ravensbrück deportiert. Nach Kriegsende arbeitete Georgia Peet als Übersetzerin und Lektorin im Ostteil Berlins, wo sie heute noch lebt.

Frau Peet, Sie waren drei Jahre lang im KZ Ravensbrück und haben dort für Siemens gearbeitet. Wie haben Sie den Alltag im Lager erlebt?

Fragen Sie mich bitte nicht gleich nach dem Alltag! Über den Alltag im Lager kann man nur dann berichten, wenn man die Globalsituation kennt, sonst wird das läppisch. Fast jeden Monat sind Tausende von Frauen in Vernichtungslager deportiert worden. Wie kann ich da von "Alltag" erzählen? Zuerst muß man die gesellschaftlichen Verhältnisse kennen und wissen, was passiert ist. Gehört das Krematorium, das täglich rauchte, nicht auch zum Alltag?! Der Alltag war der großen Absicht untergeordnet, uns alle zu vernichten. Wie kann ich da den Alltag im Lager als Thema isolieren? Ich könnte Ihnen Anekdoten über das Lager erzählen, die zum Lachen sind. Aber das würde den Eindruck erwecken, daß es so schlimm doch gar nicht war.

Diesen Eindruck wollen wir selbstverständlich nicht erwecken. Irgendwann wurden Sie von Siemens zur Zwangsarbeit rekrutiert...

Das war erst 1944. Ich war aber schon vorher drei Jahre in Ravensbrück.

Siemens hat sich damals gezielt die Frauen aus dem KZ ausgesucht, die in der Produktion arbeiten sollten.

Nicht ganz so. Zunächst wurde bekannt, daß Siemens Arbeiterinnen sucht. Wünschenswert wäre es, daß sie jung sind, daß sie intelligent sind und daß sie körperlich fit sind. Körperlich fit waren wir alle, sonst wären wir ja durch den Schornstein gegangen. Aber sie haben dann auch gefordert, daß die Arbeiterinnen keine feuchten Hände haben dürfen und einen guten Atem haben müssen. Denn wir hatten da auch mit Halb- oder Edelmetallen zu tun, mit Schaltern.

Wofür waren diese Schalter?

Ja, das ist die große Frage. Das wurde uns nicht gesagt. Wir waren überhaupt keine Gesprächspartner, man hat uns nichts erklärt. Die Fama ging, daß das möglicherweise etwas mit der V 2 zu tun hätte. Oder daß das für Alarmgeräte zu benutzen wäre. Die dritte Möglichkeit war, daß es Teile für Kehlkopfmikrofone für Piloten sein könnten.

Wer waren Ihre Vorgesetzten?

Unsere Vorgesetzten war die SS. Siemens hatte keine Vorgesetzten für uns. Aber in jeder Halle gab es zwei oder drei Zivilarbeiter bzw. Zivilarbeiterinnen. Das waren kundige Arbeiter, die uns anweisen und die Arbeit organisieren sollten. Dann gab es auch in jeder Baracke einen Chef von Siemens. Diese Leute durften nicht mit uns sprechen außer über die Arbeit. Sie hatten auch kein Interesse, mit uns zu sprechen.

Und Ihre "Entlohnung"?

Überhaupt nicht! Wir haben umsonst gearbeitet. Ich weiß, daß im Büro Lohnzettel lagen, es wurden Lohnzettel ausgefüllt. Aber von einer Entlohnung war überhaupt keine Rede.

Diese Lohnzettel dienten auch dazu, die Leistungen der Arbeiterinnen festzuhalten. Der gemeinsame Terror von Siemenspersonal und SS trieb sie zu Höchstleistungen an, so daß die entkräfteten, halbverhungerten Frauen aus dem KZ ebensoviel geleistet haben wie die Arbeiterinnen in den Stammwerken in Berlin. Gab es als Leistungsanreiz auch ein Prämiensystem? Oder hat sich Siemens irgendwie um Ihre Ernährung gekümmert?

Siemens behauptet jetzt, wir hätten es so gut bei Siemens gehabt, daß wir alle glücklich waren, wenn wir ausgesucht wurden. Siemens behauptet auch, daß wir ein Zusatzessen bekommen hätten. Nach meiner Erinnerung haben wir eine kurze Zeit lang eine dünne Scheibe Brot bekommen, sonst nichts. Prämien haben wir keine bekommen, ich habe jedenfalls nie davon gehört. Siemens behauptet jetzt, das habe alles die SS

eingesteckt - was nicht ausgeschlossen ist. Es ist durchaus möglich, daß Siemens die Gelder an die SS bezahlt hat.

Siemens geht ja noch weiter und behauptet, daß die Frauen froh gewesen wären, für das Unternehmen zu arbeiten.

Das habe ich auch gehört. Wir sollten froh sein, daß die großen Baracken im Winter 18 bis 19 Grad Wärme hatten. Wir waren nicht froh, wir mußten dort arbeiten. Also das kann man unterschiedlich auslegen. Wir hätten mit klammen Fingern keine Schalter bauen können. Selbst Teile zu zählen war mit klammen Fingern unmöglich. Ob wir kalte Füße hatten, hat niemanden interessiert. Es gab dort einen Zementfußboden, und wir hatten keine Strümpfe, nur Holzpantinen. Die Temperatur war so, daß unsere Finger nicht klamm wurden. Warm war es nie.

Als 1943/44 eine große Kälte war, da haben die leitenden Zivilarbeiter von Siemens erlaubt, daß sich die Frauen Pappe, die draußen gelegen hat, unter die Kleider stecken durften - als Schutz gegen die Kälte. Siemens hat sich nicht geschämt zu behaupten, daß das eine Güte war, daß sich die Frauen als Schutz vor der Kälte Pappe in den Ausschnitt stecken durften. Ich bitte Sie, das ist eine Satire, das ist unglaublich schamlos zu behaupten, daß das eine besondere Güte oder ein Bonus war!

Haben sich die Siemens-Manager sonst irgendwie um die Arbeiterinnen gekümmert? Das Unternehmen hätte doch eigentlich Interesse daran haben müssen, daß es Ihnen nicht allzu schlecht geht.

Sie wußten, daß es immer Nachschub geben wird. Wenn jemand krank wurde, wurde er ins Lager geschickt, und jemand anders kam. Es gab eine unerschöpfliche Menge von Arbeitskräften, die für sie im Lager da war.

Das Lager war damals völlig überbesetzt. Es waren vier- oder fünfmal so viele Frauen in Ravensbrück, wie es eigentlich gedacht war. In den Schlafräumen standen dreistöckige Betten in mehreren Reihen. Ich kann mich nicht entsinnen, jemals in einem Bett alleine geschlafen zu haben. 1942, als ich im Lager ankam, waren wir zu fünft in zwei Betten: Zwei Frauen schliefen in dem einen Bett, zwei Frauen in dem anderen, und in der Mitte war noch eine.

Wie lang waren die Schichten für Siemens?

10 bis 12 Stunden. Und im ersten Jahr marschierten wir immer zum Mittagessen zurück ins Lager, dort bekamen wir unser Essen. Das Essen bestand immer aus Suppe von gekochten Kohlrüben.

Gab es auch Widerstandsaktionen oder versuchte Sabotage?

Sabotageaktionen hat es gegeben, immer wieder. Besser oder schlechter organisiert. Erstens war es eine Ehrensache, schlecht zu arbeiten, und das wurde sehr ernst genommen. Aber man mußte aufpassen, damit das unbemerkt blieb. Die Russinnen haben das grundsätzlich gemacht, sie wurden am meisten erwischt, weil sie oft nicht bedacht haben, wie das entdeckt werden könnte.

Ich weiß, daß Russinnen häufiger Federn für die Schalter verschwinden lassen haben. Jede Feder hatte ein Knöpfchen, und diese Knöpfchen waren aus Gold oder Silber. Die sind teuer, die sind kostbar, also haben die Frauen sie beim Anstellen verscharrt. Das ging schnell: mit der Holzpantine ein kleines Loch, und dann rein mit den Federn. Eine andere Frau hat die Teile mit ins Lager genommen und die Toilette runtergespült ...

Aber diese Sabotageakte waren nicht so sehr durchdacht wie von der Wut diktiert - wie überhaupt unser Widerstand und unsere Sabotageaktionen allermeist von Wut diktiert waren. Diese Wut kam auch natürlich aus dem inneren Widerstand.

Sind Frauen aus dem Lager auch Vorarbeiterinnen bei Siemens gewesen?

Nein, bei Siemens gab es das nicht. Bei Siemens gab es die Zivilarbeiter. Die deutschen Häftlinge haben manchmal mit diesen Zivilarbeitern gesprochen. Aber für diejenigen, die des Deutschen nicht kundig waren, war es völlig normal, daß man mit den Zivilarbeitern sowieso nicht spricht.

Mit welcher Hoffnung haben Sie in dieser Zeit gelebt? Hatten sie überhaupt Hoffnung?

Ach, Hoffnung! Das ist natürlich eine Frage. Nein, Hoffnung gab es nicht, es gab keine Hoffnung. Es gab ständig eine unterschwellige Angst, ständig gingen Transporte zu irgendwelchen unbekannten Orten, und das

konnte alles mögliche sein, das konnte Auschwitz sein, das konnte Bernburg sein ... Das sind Orte, von denen man gewöhnlich nicht zurückkommt. Die Angst war ständig da, die Angst war eine ständige Last.

Es war ein Leben voller Streß, Angst und Hoffnungslosigkeit. Ich habe öfters über diese Hoffnungslosigkeit gesprochen, weil man sich das einfach nicht vorstellen kann. Wie kann man jahrelang ohne Hoffnung leben? Man hat sich den Tod auch gar nicht anders vorgestellt als die Latrine oder den elektrischen Draht oder irgendwo in der Gaskammer oder auf dem Transport. Das war die Wirklichkeit. Einen Tod, friedlich auf dem Bett, das konnte man sich überhaupt nicht vorstellen.

Interview: Angela Martin

Waltraud Blass: "Für Siemens bin ich immer noch eine Nummer"

Waltraud Blass, heute 77 Jahre alt, wurde 1943 zusammen mit ihren Eltern wegen einer Widerstandsaktion verhaftet. Obwohl der Haftrichter sie freisprach, deportierte die Gestapo sie nach Ravensbrück. Dort mußte sie von November 1943 bis September 1944 Zwangsarbeit für Siemens leisten.

Frau Blass, Sie sind im November 1943 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert worden und mußten dort für Siemens arbeiten. Wer hat Sie aus der Menge der Frauen ausgesucht?

Wir wurden in die Baracken verteilt, und da waren Ingenieure von Siemens. Die haben uns begutachtet, so wie man Vieh begutachtet. Ich war noch kräftig - ältere Frauen haben die gar nicht erst angeguckt - und mußte Fingerfertigkeitsübungen machen. Weil ich früher in einem Kabelwerk gearbeitet hatte, konnten Siemens mich sofort gebrauchen. Ich mußte schon am anderen Morgen antreten, nach dem Appell.

Wie waren die Werkshallen von Siemens auf dem KZ-Gelände eingerichtet, und wie waren dort Ihre Arbeitsbedingungen?

Da standen lange Tische drin, und von oben kam Licht. Die Fenster waren so hoch, daß wir nicht rausgucken konnten, es war aber schön hell. An den Tischen waren Wickelmaschinen aufgebaut, und wir mußten Kupferrollen wickeln. Wie ich später gehört habe, waren die für Kehlkopfmikrophone, für Flugzeugpiloten. Das war alles für die Rüstung, auch in den anderen Baracken wurde für die Rüstung produziert.

Die Ingenieure haben uns eingewiesen. Ich saß zwischen zwei Französinnen und zwei Jugoslawinnen. Da war mit Verständigung nicht viel los. Die Jugoslawinnen konnten nur ein paar Worte Deutsch. Mir ging die Arbeit gut von der Hand, und da sagte die Jugoslawin, die direkt neben mir saß: "Warum du so schnell arbeiten, warum so schnell?" Ich habe ihr gesagt: "Du mußt! Du mußt!" Denn wer nach einer gewissen Zeit der Einarbeitung sein Soll nicht erfüllte, der kam wieder weg.

Haben Sie von Siemens Lohn oder Prämien bekommen?

Ja, ich habe mal eine Prämie für gute Leistungen bekommen, ich weiß aber nicht mehr über welchen Betrag. Es war nicht viel. Jedenfalls konnte man im Lager so allerhand für diese Scheine eintauschen. Aber das war alles Schund und Mist, die wollten uns dieses Geld für Mist und Schund wieder abluxen. Ich habe ein Döschen Creme gekauft, ich dachte, Handcreme wäre gut - aber dann habe ich die nur gebrauchen können, um die Lederriemen an den Holzpantinen einzufetten.

In unserer Baracke - das haben aber nicht alle gekriegt, wie ich nachher gehört habe - in unserer Baracke kriegte jeder eine Scheibe Brot mit etwas Wurst drauf, mit billiger Wurst. Aber wir waren froh, daß wir wenigstens das von Siemens bekamen. Wir waren ja völlig ausgehungert, es war gerade so, daß wir nicht verhungerten.

Sie haben keinen Lohn erhalten?

Nein. Siemens mußte ein Überlassungsgeld an die SS zahlen, weil die SS ihnen Häftlinge überlassen hat.

Waren sie eigentlich froh, bei Siemens arbeiten zu dürfen?"

Das habe ich mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Aber die anderen Arbeiten waren auch schwer. Ich konnte wenigstens bei der Arbeit sitzen. Es war aber eine nervenaufreibende Arbeit, das mußte ganz präzise sein, man wurde manchmal fast verrückt.

Kann man sagen, daß die Arbeit für Siemens Sie vor dem Tod geschützt hat?

Ja, natürlich! Der Arbeitsplatz sicherte einem das Leben. Solange man gearbeitet hat, war man sicher. Das ist wahr. Aber was sie mit der Arbeit aus uns gemacht haben! Das ist später herausgekommen, als wir wieder frei waren. Ich war organisch gesund, aber dann stellte sich so allerhand heraus. Dann hieß es "vegetative Dystonie".

Sie haben eine Haftentschädigung für die Zeit im Polizeigefängnis und im KZ erhalten. Haben Sie auch eine Entschädigung für Ihre Zwangsarbeit bei Siemens bekommen?

Nein, dafür habe ich überhaupt nichts bekommen. Siemens hat immer wieder behauptet, das sei Sache der Regierung - und die hat auch abgewehrt. Siemens hat sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt bzw. mit der Lüge gearbeitet, die Firma sei ‚gezwungen worden`. Aber in dem Prozeß haben wir nachweisen können, daß das nicht so war. Es sind Beweise aufgetaucht - ein freundschaftlicher Briefwechsel mit Nazi-Größen usw. -, die das belegen.

Sie haben 1990 und 1991 in München einen Musterprozeß gegen Siemens geführt und auf Entschädigung geklagt. Warum erst so spät?

Es gab unter anderem auch finanzielle Probleme. Die VVN hatte kein Geld, mit den kleinen Mitgliederbeiträgen konnte man keinen Prozeß führen. Dann hat uns die Aktion Sühnezeichen sehr geholfen, und auch von der SPD kam Geld.

Der Prozeß war für uns eine Niederlage. Aber die Presse hat uns sehr viel Interesse entgegengebracht, in jeder Zeitung stand damals etwas über den Prozeß. Das ist das einzig Positive, daß das Thema einmal in aller Munde war.

Wie war die Stimmung im Prozeß, wie hat sich der Richter Ihnen gegenüber verhalten? Und die Siemens-Anwälte?

Die Siemens-Anwälte, das waren sehr gut angezogene junge Männer, arrogant. Die haben mich keines Blickes gewürdigt, geschweige denn mich angesprochen. Und der Richter hat mich auch nicht persönlich angesprochen. Der wollte noch nicht einmal ein persönliches Wort an mich richten und hat nur über den Rechtsanwalt mit mir gesprochen. Für mich und auch für meine Leidensgenossinnen, die ich vertreten habe, war das eine tiefe Demütigung. Ich bin mir vorgekommen, als wenn ich die Angeklagte gewesen wäre.

Und die Anwälte von Siemens, haben die sich entschuldigt? Gab es von seiten des Unternehmens eine Entschuldigung?

Ach Entschuldigung! Ein Wort der Entschuldigung von der Firma Siemens haben wir nie gehört. In der ganzen Prozeßfolge nicht. Kein Wort an mich. Nichts. Ich war anscheinend immer noch eine Nummer für die. Wie im Lager.

Interview: Angela Martin

Zwangsarbeit

emigrationsunfähiger

Juden

Über Wolf Gruners Buch

Die Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Deutschland - das war das Ziel der NS-Führung in den ersten Jahren nach der Machtübernahme. Dazu wurde die jüdische Minderheit politisch und organisatorisch, sozial und ökonomisch isoliert. Die wichtigsten Mittel dieser Politik waren Berufsverbote, Ausbürgerungen und die "Nürnberger Rassegesetze". Sie verboten Ehen und sexuelle Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen und wiesen den deutschen Jüdinnen und Juden einen minderen Staatsbürgerstatus zu.

Wie beabsichtigt setzte eine massive Auswanderungswelle ein. Trotzdem waren die Nazis im Herbst 1938 weit entfernt von ihrem Ziel eines "judenfreien Deutschland". Durch die Angliederung Österreichs im März 1938

waren doppelt so viele Jüdinnen und Juden unter deutsche Herrschaft geraten, wie bis dahin vertrieben worden waren. Gleichzeitig verweigerten immer mehr Länder die Aufnahme jüdischer EmigrantInnen.

Nach dem Pogrom von 1938 wurde daher als weitere Verfolgungsmaßnahme der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden eingeführt. Diese Verfolgungsmaßnahme traf die wachsende Gruppe von Jüdinnen und Juden, die verarmt in Deutschland zurückgeblieben und emigrationsunfähig waren. Die Zwangsarbeit, die diese Menschen für Kommunalverwaltungen, öffentliche Bauträger und private Unternehmen leisten mußten, war zugleich ein Mittel sozialer Deklassierung wie auch staatlicher Kontrolle.

Wolf Gruner hat in seiner Untersuchung "Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden" die Verflechtung von Arbeitsmarkt, Sozial- und Verfolgungspolitik dargestellt. Er zeigt diese Verflechtung u.a. auch am Beispiel der Siemens AG. Gruner belegt, daß Siemens & Halske Berlin dank "hervorragender Beziehungen zur Arbeitsverwaltung" schon im April 1940 über 500 jüdische Arbeitskräfte verfügte. "Eine solche Zahl blieb im Altreich - ungeachtet der Ausweitung des Arbeitseinsatzes im Mai - die Ausnahme bis zum Ende der Zwangsarbeiten." (S. 140)

Als das Reservoir jüdischer Arbeitskräfte in Berlin weitgehend erschöpft war, verhandelten Vertreter der Siemens-Schuckert-Werke im März 1941 mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Die Firma erhielt daraufhin fast 200 Frauen aus Frankfurt am Main zum Einsatz in Berlin. Bedingung des RSHA war allerdings die Einrichtung eines firmeneigenen Lagers.

Siemens wurde schnell zum Vorbild für den Einsatz "jugendlicher Nichtarierinnen". Bei der Zuweisung von jüdischen ZwangsarbeiterInnen wurde die Firma begünstigt.1941 arbeitete die größte Gruppe jüdischer ZwangsarbeiterInnen für die Siemens AG, "bis zu 5 000 Frauen und Männer, ungefähr zehn Prozent aller jüdischen Zwangsbeschäftigten des Altreichs zu dieser Zeit." (S.208) Auch bei der Evakuierung der Berliner Jüdinnen und Juden wurde die Siemens AG privilegiert, und über die geplanten Deportationen des Jahres 1943 wurde die Firmenleitung frühzeitig unterrichtet.

Wolf Gruner macht in seiner Studie das Zusammenspiel von Interessen der deutschen Großindustrie mit den antijüdischen Maßnahmen der NS-Führung deutlich. Vor allem hat er mit seiner Untersuchung erstmals gezeigt, wie die Elemente der Zwangsarbeit von Jüdinnen und Juden - d.h. die totale Erfassung durch die Arbeitsämter, die geschlossenen Judenabteilungen, die Unterbringung in Zwangsgemeinschaften und der Ausschluß vom Arbeitsrecht - zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Verfolgung der deutschen Jüdinnen und Juden außerhalb des KZ-Systems wurden.

Angela Martin

Wolf Gruner: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 20, Berlin (Metropol Verlag) 1997, 384 Seiten, Register, DM 42,-.

Gegen Siemens

Veranstaltungsreihe in Berlin

Die Rolle von Siemens im Atomstaat

Vortrag von Francis Althoff.

3.10., 20.00 Uhr, Café Größenwahn, Kienzigstr. 9, Hinterhaus

Anti-Siemens-Party

Mit den Einnahmen der Soli-Party sollen die Reisekosten für ehemalige ZwangsarbeiterInnen finanziert werden, die zu der Protest- und Gedenkveranstaltung am 12. Oktober nach Berlin kommen.

4.10., ab 21.00 Uhr, "Ex" im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Eine einzige Scheibe Brot

Die Siemens-Fabrik im KZ Ravensbrück. Dokumentarfilm mit Georgia Peet. Anschließend Diskussion mit Georgia Peet.

7.10., 20.00 Uhr, Regenbogen-Kino, Lausitzer Straße

Die Archivpolitik der Konzerne

9.10., 19.00 Uhr, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165

Gegen Verleugnung und

Verdrängung - Entschädigung jetzt!

Mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen aus dem KZ Ravensbrück. Veranstaltet vom Gedenkstättenarbeitskreis Berlin.

10.10., 19.00 Uhr, Hendrik-Krämer-Haus, Limonenstr. 26

150 Jahre sind genug!

Demonstration

"150 Jahre sind genug - Siemens abschalten - ZwangsarbeiterInnen entschädigen" - das sind die Forderungen der Demonstration gegen Siemens, die vom Aktionsbündnis unabhängiger Siemens-GegnerInnen veranstaltet wird.

11.10., 12.00 Uhr, Breitscheidplatz

Die Macht von Siemens

und das neue Atomgesetz

Vortrag von Jürgen Siebert

13.10., 19.00 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Siemens feiert

- und will von Kritik nichts wissen

Ganze150 Jahre Siemens. Im Jubiläumsjahr hat der Konzern für fast jeden etwas zu bieten: Im Februar präsentierte das Unternehmen, das 100 Mrd. Mark Umsatz macht, seinen Aktionären einen kräftig gestiegenen Gewinn von 2,5 Mrd. Mark. Dann war die Jugend dran mit einem von Siemens gesponserten Wettbewerb "Jugend forscht" und einem Workshop über Berlins Zukunft. Im August durften die Mitarbeiter in Berlin-Siemensstadt den Geburtstag der Firma mit einem Volksfest feiern. Und am 11. und 12. Oktober sind die politischen Freunde - darunter auch Mitglieder der Bundesregierung - ins Berliner ICC eingeladen. Den ehemaligen Siemens-ZwangsarbeiterInnen zeigt die Firmenleitung jedoch nur eine kalte Schulter.

60.000 ZwangsarbeiterInnen hat Siemens während der NS-Diktatur ausgebeutet. Die Angst trieb sie zu Höchstleistungen an, denn ständig mußten sie befürchten, bei Leistungsabfall oder Widerstand der Gestapo ausgeliefert zu werden.

Das Unternehmen brauchte Arbeitskräfte, weil es von der Aufrüstung und dem Krieg der Nazis profitieren wollte. Zwischen 1933 und 1944 verbuchte Siemens eine gigantische Umsatzsteigerung von über 500 Prozent. Schon 1937 setzte der Konzern 85 Prozent seiner Kapazitäten für die Herstellung von Rüstungskomponenten ein.

Doch es fehlte an Arbeitern, denn mit zunehmender Dauer des Krieges wurden alle entbehrlichen Männer zur Wehrmacht eingezogen. Um dem chronischen Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, beschäftigte Siemens ab 1940 unfreie ArbeiterInnen. Zunächst wurden in den Berliner Stammwerken jüdische ZwangsarbeiterInnen eingesetzt. Es folgten sogenannte "Fremdarbeiter". Auch vor dem Einsatz von KZ-Häftlingen schreckte das Unternehmen nicht zurück.

Um die gewünschten Leistungen aus den ZwangsarbeiterInnen herauszuholen, führte Siemens besondere Auswahlmethoden für Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ein; außerdem wurden spezifische Anlernmethoden und Akkordlöhne entwickelt, und schließlich ließ der Konzern eigene Produktionsstätten in Konzentrationslagern bzw. in deren Nähe aufbauen.

1942 begann Siemens, Produktionsstätten im Konzentrationslager Ravensbrück zu errichten. Hier arbeiteten zunächst etwa 300, später durchschnittlich 2.000 bis 2.300 gefangene Frauen. Die Investitionsentscheidung war ein voller Erfolg. 1944 wurde das Betriebsergebnis durch die Einführung einer primitiven Lagergeld-Prämie und den Bau von Wohnbaracken zur Verkürzung der Aufmarsch- und Appellzeiten noch weiter verbessert.

Ravensbrück wurde zum Vorbild für die Verlagerung weiterer Fertigungsbereiche in Konzentrationslager. Siemens produzierte ab Ende 1943 auch in den KZs Auschwitz-Monowitz, Buchenwald und Groß-Rosen; zudem wurde die "Fertigung Ravensbrück" erstmals erweitert. "Mitte 1944 wurden bei Siemens insgesamt 15.200 KZ-Häftlinge, knapp sieben Prozent der Gesamtbelegschaft, ausgebeutet." (1) In den Siemens-Werkshallen im KZ Ravensbrück wurden Spulen gewickelt und Kippschalter, Mikrofone und Meßinstrumente gebaut. Das 1938/39 erbaute KZ war das größte und berüchtigste Frauenkonzentrationslager der Nazis. Bis 1945 wurden 132.000 Frauen, Mädchen und Kinder aus 23 Ländern dorthin verschleppt. 92.000 von ihnen wurden ermordet.

Vor allem die Frauen aus den besetzten Gebieten wagten immer wieder Sabotageaktionen. Obwohl sie damit den sicheren Tod riskierten, versuchten sie auf diese Weise die weitere Zerstörung ihrer Heimatländer wenn nicht zu stoppen, so doch wenigstens im Kleinen zu stören. Woher sie die Kraft und den Mut zum Widerstand nahmen, können wir heute kaum nachvollziehen. Die Gefangenen lebten in erbämlichsten Verhältnissen in völlig überfüllten Baracken und mußten sich sich zu dritt ein Bett teilen, erschöpft von der 12-stündigen Schichtarbeit, vom stundenlangen Appellstehen, von Hoffnungslosigkeit, Angst und Hunger.

Eine dünne Scheibe Brot - diejenigen, die sie von Siemens bekamen, hatten Glück. Lohn erhielten die Frauen nicht, und bis heute weigert sich Siemens, eine Entschädigung zu zahlen.

1990 klagte Waltraud Blaß gegen Siemens. Sie forderte die Nachzahlung des ihr vorenthaltenen Lohns sowie Schmerzensgeld und Rentennachzahlung. Der von Aktion Sühnezeichen und der SPD unterstützte Prozeß endete mit einem enttäuschenden Urteil: Die Klage wurde wegen Verjährung abgewiesen.

Nur unter Druck einer jüdisch-amerikanischen Lobby hat Siemens 1962 sieben Millionen DM an 2.200 jüdische KZ-Insassen gezahlt, die Zwangsarbeit und Lager überlebt hatten. Die große Mehrheit der Siemens-Zwangsarbeiter wurde jedoch bis heute weder für ihre Arbeit noch für bleibende Gesundheitsschäden und fortdauernde Traumata entschädigt.

Angela Martin

Anmerkungen:

(1) Karl Heinz Roth, Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1945). Fakten - Kontroversen - Probleme, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, Opladen 1996, S.149-168, hier S.158.

5. Hamburg im Glück. Nach Voscherau könnten rot-grüne Zeiten anbrechen

Ohne Voscherau könnten rot-grüne Zeiten anbrechen

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; SPD; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:37

Gute Nachrichten aus Hamburg? Einerseits ja: Voscherau, der "Stoiber des Nordens", geht und macht den Weg frei für Rot-Grün. Andererseits profitierte von der Schwäche der SPD vor allem die CDU. Und die Rechtsextremen, die vor vier Jahren einen riesigen Sprung nach vorn machten (von knapp zwei auf acht Prozent), konnten bei konstanter Wahlbeteiligung noch einmal 3.000 Stimmen hinzu gewinnen. Gemeinsam liegen DVU, REP, NPD und Bund freier Bürger bei 8,2 Prozent.

Bis spät in die Nacht schien es, als würde die rechtsextreme "Deutsche Volksunion" (DVU) in die Bürgerschaft einziehen. Schließlich fehlten ihr dazu ganze 230 Stimmen. Neben Voscheraus Rücktritt live in der Tagesschau war das Abschneiden der Rechten Hauptgegenstand besorgter Kommentare.

Die Politiker, die da plötzlich vom Entsetzen gepackt schienen, haben vorher gewußt, daß sie mit ihrem alles übertönenden Ruf nach Law & Order den Rechten die Wähler zutreiben würden. Bis hinein in die Reihen der Grünen wurde übereinstimmend festgestellt, daß "etwas geschehen" müsse. Stärkere Polizeipräsenz an den "sozialen Brennpunkten" findet auch GAL-Spitzenkandidatin Krista Sager notwendig, während die CDU - völlig wirklichkeitsfremd - jedem Stadtteil seine eigene Polizeiwache versprach.

Die Republikaner reagierten prompt mit einem Plakat, auf dem zur Wahl des "Originals" aufgefordert wurde. Daß diesmal nicht sie stärkste rechtsextreme Kraft wurden, liegt allein an der Materialschlacht, die Freys DVU auf Hamburgs Straßen veranstaltete. So kam es zu einer Wählerwanderung von den REPs zur DVU; "nur" 3.000 ehemalige SPD-WählerInnen sollen direkt zur DVU gewechselt sein.

Damit ist der Vorwurf, SPD und CDU hätten den rechten Wahlerfolg mit zu verantworten, nicht entkräftet. Das rechte Potential ist dann am besten mobilisierbar, wenn ihr aggressiver Rassismus auch in der "Mitte" der Gesellschaft als "im Prinzip berechtigt" anerkannt wird. Das lief 1992/93 über die Asyldebatte ("das Boot ist voll") und diesmal über die Hetze gegen "kriminelle Ausländer", die schnellstmöglich abgeschoben werden müßten.

Da der einigende Führer nicht in Sicht ist, und sich die Rechten vermutlich auch in Zukunft gegenseitig entscheidende Stimmen abjagen werden, können die Bürgerlichen zur Tagesordnung übergehen. Denn für sie sind die Rechten vor allem eine lästige Konkurrenz. Der CDU-Kandidat auf Listenplatz 44 wird in der taz-Hamburg mit den Worten zitiert: "Es ist eine Katastrophe, daß die DVU wohl reinkommt und ich noch den ganzen Abend um mein Bürgerschaftsmandat zittern muß."

Nach der Entwarnung kommt nun business as usual. Eigentlich müßte der stereotype Hinweis auf die "berechtigten Anliegen" der RechtswählerInnen erhebliche sozialpolitische Anstrengungen zur Folge haben. Denn die braune Hetze zog vor allem an den "Brennpunkten". Ihr bestes Einzelergebnis erzielten die Rechten in einem Wahlbezirk in Kirchdorf-Süd (verwahrloste Großsiedlung mit hoher Erwerbslosigkeit); hier kamen REP, DVU und NPD zusammen auf 24,4%. So falsch es wäre, die WählerInnen der Rechten allesamt als Nazis zu bekämpfen, so verheerend ist es, ihr Stimmverhalten als "Arbeiterprotest" (J. Raschke) zu verharmlosen.

Die meiste Kritik an der Wahlkampfführung der großen Parteien kommt von rechts: Voscherau - immerhin seit zehn Jahren im Amt - habe mit seinen forschen Sprüchen die Rechten groß geredet, statt zu handeln. Frei nach Roman Herzog diagnostiziert die Hamburger Morgenpost bei der regierenden SPD ein "Umsetzungsdefizit", kein "Erkenntnisdefizit".

Daß eine rot-grüne Stadtregierung "sicherheitspolitisch dazulernen" werde, wie Parteienforscher Raschke formulierte, ist zu befürchten. Bei der Abschiebung "illegaler" Ausländer geht Hamburg ohnehin skrupelloser vor als Bayern, wie die Sozis immer wieder stolz verkünden. Die Grünen werden einmal mehr Scheiße für Gold verkaufen - wenn man sie läßt. Die Linken in der GAL können und wollen den Zug nicht aufhalten. Alle von der

GAL abgelehnten Projekte, die vor vier Jahren eine rot-grüne Koalition verhinderten (u.a. die vierte Elbtunnel-Röhre, Elbvertiefung und Hafenerweiterung), sind inzwischen durchgezogen.

Mit Ortwin Runde hat die SPD einen Rot-Grün-Befürworter als Voscherau-Nachfolger nominiert. Da kann eigentlich nicht mehr viel schiefgehen - auch wenn Altbundeskanzler Schmidt vor "anarchistischen Restbeständen" bei den Grünen warnt, und die Wirtschaft wie üblich den Standort in Gefahr sieht.

Js.

Das Hamburger Wahlergebnis

vom 21.9.1997 (in Prozent)

SPD 36,2 (40,4)*

CDU 30,7 (25,1)

GAL 13,9 (13,5)

Statt 3,8 (5,6)

FDP 3,5 (4,2)

DVU 4,9 (2,8)

REP 1,9 (4,8)

BFB 1,3

NPD 0,1

PDS 0,7 (0,5)

APPD 0,5

* in Klammern die Ergebnisse von 1993

6. Provinzposse in Bayern. Keine Minen- Ausstellung in Aschaffenburg

Redebeitrag am Antikriegstag in Bonn

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Friedensbewegung; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:32

Viele Möglichkeiten wurden genutzt, um die TeilnehmerInnen des Friedenszuges zu behindern, zu bedrängen oder gar nicht erst zur Anti-Kriegstags-Kundgebung nach Diyarbakir kommen zu lassen. Kanther verbot dem Friedenszug kurzerhand die Durchreise durch die BRD, und die TeilnehmerInnen, die dann per Bus oder Flugzeug versuchten, nach Diyarbakir zu kommen, wurden von den türkischen Sicherheitskräften schlagkräftig empfangen. Der Versuch, eine Pressekonferenz durchzuführen, wurde von der türkischen Polizei verhindert. "Während die letzten TeilnehmerInnen des Friedenszuges inzwischen aus der Türkei zurückgekehrt sind, hält der türkische Staat weiterhin engagierte Menschenrechtler in Haft." Ihre Sympathie für den europäischen Friedenszug "Musa Anter" und ihr engagiertes Eintreten für eine demokratische Entwicklung und eine friedliche Konfliktlösung in der Türkei wird von den Justizbehörden zum Anlaß genommen, ihnen ‚Straftaten` nach dem Antiterrorgesetz (Art. 8) vorzuwerfen." (Presseinformation der IPPNW)

Dem europäischen Friedenszug "Musa Anter", der am 26. August in Brüssel starten und durch mehrere europäische Länder fahren sollte, ist auf Betreiben der türkischen Regierung und des deutschen Innenministers die Durchfahrt durch Deutschland nicht gestattet worden. Schon mit dem Namen des Zuges sollte auf die Zustände in der Türkei aufmerksam gemacht, und für eine politische Lösung des Konflikts geworben werden: Musa Anter war ein prominenter kurdischer Schriftsteller und Journalist. Er gehörte zu den Mitbegründern der prokurdischen "Arbeiterpartei des Volkes" (HEP), die schon kurz nach ihrer Gründung von türkischen Stellen verfolgt und verboten wurde. Musa Anter wurde am Abend des 20. September 1992 in Diyarbakir auf offener Straße erschossen. Der 74jährige Schriftsteller und Journalist war nach Diyarbakir gekommen, um an einer Kulturveranstaltung teilzunehmen. Kurz vor seinem Tod gab Musa Anter an, er sei bei seiner Ankunft am Flughafen von mehreren Zivilpolizisten beobachtet worden. Obwohl sich in der Nähe des Tatorts eine Polizeistation befand, konnte der Mörder ungehindert entkommen.

Nach Angaben von amnesty international wurden drei Journalisten der lokalen Zeitung "Diyarbakir Söz", die zum Tatort kamen, von Personen, die sich als Journalisten ausgaben, geschlagen und gezwungen, sich wieder zu entfernen. Musa Anter war einer von zahlreichen Intellektuellen und Journalisten, die in der Türkei "unbekannten Tätern" zum Opfer fielen. 1992 erklärte das Internationale Presse-Institut (IPI) die Türkei zum "gefährlichsten Land der Welt für Journalisten".

Was hat das mit der Bundesrepublik zu tun? Heute hier in Bonn, nicht weit vom Regierungsviertel entfernt zu stehen, heißt an dem Ort zu sein, wo der wichtigste europäische Waffenlieferant der Türkei sitzt. Seit über zehn Jahren herrscht in den kurdischen Provinzen des NATO-Landes Türkei Krieg. Obwohl seit langem bekannt ist, daß in Kurdistan nach Aussagen der türkischen Armeeführung "Vernichtungsfeldzüge" gegen die kurdische Guerilla durchgeführt werden, die sich nicht minder heftig auch gegen die Zivilbevölkerung richten, ist die Bundesrepublik nach den USA der Hauptausrüster der türkischen Armee. Es ist gerade die Bundesregierung, die in den letzten Jahren mit Waffengeschenken in Milliardenhöhe Benzin ins Feuer geschüttet hat.

In keinem anderen Land der Erde sind mehr deutsche Waffen im Einsatz. Seit langem gibt es unzählige Fotos, Fernsehaufzeichnungen, Meldungen, Zeugenaussagen, die immer wieder aufs neue belegen: Dieser Krieg findet maßgeblich mit deutschen Waffen statt. Die Bundesregierung hat sich getäuscht, wenn sie glaubt, mit so lächerlichen, dummdreisten Behauptungen, daß angeblich bis zum heutigen Tag keine Erkenntnisse über den Einsatz deutscher Waffen vorliegen, ihre Mitschuld an der Eskalation des Krieges verschleiern zu können. Die Wahrheit und die auf der Hand liegenden Fakten lassen sich nicht verbieten. Der jüngste Beschluß, den europäischen Friedenszug "Musa Anter" nicht durch die Bundesrepublik rollen zu lassen, wird nicht verhindern, daß sich Menschen der herrschenden Politik entgegenstellen und für eine friedliche Lösung des Konflikts stark machen.

Letzten Dienstag sollte der europäische Friedenszug "Musa Anter" in Brüssel starten. Aufgrund einer Intervention der türkischen Regierung und des deutschen Innenministeriums durfte der Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir nicht durch die Bundesrepublik rollen. Das Bundesinnenministerium hatte den Bundesgrenzschutz angewiesen, alle ausländischen Teilnehmer des Friedenszuges an der deutsch-belgischen Grenze zurückzuweisen. Einige Teilnehmer des europäischen Friedenszuges, der von den Friedensnobelpreisträgern Bischof Desmond Tutu (Südafrika), José Ramos Horta (Osttimor) und namhaften Persönlichkeiten wie Lord Avebury, Danielle Mitterand und Dorothee Sölle gefördert wurde und an dem Menschenrechtler, Parlamentarier, Künstler und Schriftsteller aus ganz Europa teilnehmen wollen, sind nun mit dem Flugzeug und in Bussen auf dem Weg nach Diyarbakir.

Die skandalöse Verbotspolitik des deutschen Innenministers Kanther, der Europaparlamentarier und renommierte Menschenrechtsaktivisten nicht nach Deutschland einreisen ließ, kann die öffentliche und unter internationaler Beteiligung stattfindende Manifestation für den Frieden in der Türkei nicht verhindern. Viele Delegierte sind nach dem Verbot des Friedenszuges per Flugzeug in die Türkei eingereist und mit Bussen auf dem Weg nach Diyarbakir, um am Anti-Kriegstag mit ihrer Botschaft "Es ist höchste Zeit für den Frieden in Kurdistan" anwesend zu sein.

Zu dem Vorgehen des deutschen Innenministers und dem beabsichtigten Friedensfest in Diyarbakir gilt es hier in Bonn deutlich Position zu beziehen: Herr Kanther kann den Bundesgrenzschutz anweisen, Europaparlamentarier, international renommierte Menschenrechtler und Friedensaktivisten nicht ins Land zu lassen, aber die Wahrheit kann er nicht verbieten. Und die Wahrheit ist (hier nur kurze Stichworte):

- 1985 hielt sich die Spitze der türkischen Polizei in der Bundesrepublik auf. Auf dem Programm stand u.a. ein Besuch beim BKA und bei der GSG-9. Kurz danach stellte die Türkei nach deutschem Vorbild und mit der Unterstützung deutscher Ausbilder eine sogenannte Anti-Terror-Einheit zusammen, die inzwischen für ihre Grausamkeit bekannt ist und deren Mitglieder in Kurdistan schlicht als "Rambos" bezeichnet werden;

- Die Wahrheit ist: Als im Zuge der deutschen Vereinigung die Bundesregierung in den Besitz der NVA-Waffen gelangte, folgte eine beispiellose "Waffen-in-alle-Welt-Aktion". In einer Zeit, als der Krieg in Kurdistan eskalierte, war die Türkei Hauptnutznießer der Waffengeschenke. Die Bundesregierung verschenkte allein in dieser Zeit zu Beginn der 90er Jahre Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Mark, von denen viele kurz darauf auf Bildern vom Kriegsschauplatz auftauchten.

Wir werden uns auch weiterhin für eine politische, nicht-militärische Lösung in Kurdistan einsetzen.

Thomas Klein

7. "Dumm, frech, instinktlos" (PDS-Wahlplakat frei nach Tucholsky)

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:36

.. sei das von der Hamburger PDS geklebte Plakat mit dem aktualisierten Tucholsky-Zitat, erklärte PDS-Sprecher Hanno Harnisch - und wenigstens einmal waren (fast) alle seiner Meinung: Von einem "infamen Plakat" sprach die FAZ (12.9.), und FDP-Vorsitzender Gerhardt brachte die Affäre gar im Bundestag zur Sprache. Der Kanzler höchstpersönlich legte nach: Die PDS verleumde die selbstlosen Retter von der Oder, in ihrem Denken habe sich nichts geändert.

Gysis Distanzierung folgte noch während der laufenden Debatte; laut ND (11.9.) bezeichnete er das Plakat nicht nur als "politisch falsch" und "töricht", sondern auch als "menschenverachtend". Bundesgeschäftsführer Bartsch und Wahlkampfleiter Brie nahmen den Ball auf: "Wir weisen dies als Arroganz und Menschenverachtung entschieden zurück und entschuldigen uns dafür bei den Bundeswehrsoldaten, die selbstlos und engagiert an der Oder gearbeitet haben." (FAZ, 12.9.) Damit dürfte die Partei den Hamburger Fehltritt in einen Sieg verwandelt haben. Sie weist den Vorwurf der Zersetzung und des Antimilitarismus beherzt zurück und präsentiert sich - außer in Hamburg - auch dem Staatsbürger in Uniform als wählbare Alternative.

Die Hamburger PDS-GenossInnen sollen zwar nicht, wie die taz zunächst behauptete, aus der Partei ausgeschlossen werden. Sie haben sich aber, wie vorauszusehen, eine Beleidigungsklage eingehandelt. Nach dem "Tucholsky-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts von 1994 könnte das teuer werden: Das BVG sieht den Satz "Soldaten sind Mörder" nur dann vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, wenn nicht real existierende Bundeswehrsoldaten damit gemeint sind ...

Js.

8. Friedenskongreß nimmt Gestalt an

Autor: Vo · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:02

Wie bereits vor geraumer Zeit in dieser Zeitung berichtet (s. ak 396), hat sich ein Trägerkreis von rund 30 Organisationen aus der Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen vorgenommen, anläßlich des 350. Jahrestages des Westfälischen Friedens einen großen europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß zu veranstalten. Der Kongreß soll vom 29.-31.5.1998 in Osnabrück stattfinden (Termin bitte vormerken!). Angepeilt wird die Teilnahme von mehreren hundert FriedensfreundInnen aus ganz Europa (und darüber hinaus). Mittlerweile arbeiten Kongreß-Geschäftsstelle, Trägerkreis, Vorstand und mehrere Vorbereitungsgruppen intensiv an der inhaltlichen und formalen Gestaltung des Kongreßablaufes. Die Resonanz im europäischen Ausland ist laut Aussagen der Kongreß-Geschäftsstelle gut. So haben sich bereits InteressentInnen aus 25 europäischen Ländern (sowie den USA und Kolumbien) gemeldet. Allerdings liegt das Schwergewicht der Vorbereitungen noch eindeutig bei den FriedensfreundInnen aus der BRD. Wenn der Kongreß tatsächlich seinen Anspruch einlösen soll, entscheidend zur europäischen Vernetzung beizutragen und (wieder, wie bereits in den 80er Jahren) gemeinsame transnationale Aktivitäten und Projekte der Friedensbewegungen zu initiieren, dann müssen die internationalen Kontakte im Vorfeld des Kongresses wohl noch deutlich verstärkt werden.

Ein inhaltlich attraktives Programm auf der Höhe der Erfordernisse von Friedenspolitik an der Jahrtausendwende wird den potentiellen KongreßteilnehmerInnen allemal geboten. Der Kongreß wird - abgesehen von den Auftaktveranstaltungen am Freitag (29.5.) nachmittag und der Abschlußveranstaltung am Sonntag (31.5.) - vor allem in Gestalt von Foren und Arbeitsgruppen am Samstag (30.5.) durchgeführt werden. Es wird drei Foren geben: Erstens ein Forum "Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht", zweitens eines zum Thema "Kriegszustände: Sich dem Militarismus widersetzen" und drittens eines zu "Pazifistischen Handlungsperspektiven". Zeitweilig werden sich die Foren in Arbeitsgruppen zu speziellen Themen aufteilen. Überdies ist auch noch Raum und Zeit für Sonderveranstaltungen und ein attraktives Kulturprogramm (ein "Abend der Begegnung" am Freitag und ein Open Air Konzert auf dem Marktplatz von Osnabrück am Samstag).

Für die Foren konnten interessante und kompetente ReferentInnen gewonnen werden. So wird beispielsweise in das Forum "Pazifistische Handlungsperspektiven" unter anderen Johan Galtung, einer der Gurus der internationalen Friedensforschung, einführen. Und das Forum "Kriegszustände: Sich dem Militarismus widersetzen" wird eröffnet von der Vorsitzenden der Soldatenmütter St. Petersburg, Elena Vilenskaya, die zu "Militär und Menschenrechte am Beispiel Rußlands" sprechen wird, sowie von Osman Murat Ülke, dem Vorsitzenden des Vereins der KriegsgegnerInnen Izmir, der über "Krieg, Kriegsfolgen und Verweigerung am Beispiel der Türkei" referieren wird. In den Arbeitsgruppen dieses Forums wird es u.a. um die Themen Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sowie Kriegsdienstverweigerung als Strategie gegen Krieg gehen. Das Forum "Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht" wird sich in Arbeitsgruppen u.a. mit Recht und Praxis der Kriegsdienstverweigerung in diversen europäischen Ländern und mit den Konsequenzen des Endes der Wehrpflicht in vielen europäischen Staaten für die KDV-Bewegung befassen. Im Forum "Pazifistische Handlungsperspektiven" schließlich sind nicht weniger als neun Arbeitsgruppen vorgesehen, die nahezu die gesamte Themenpalette, die gegenwärtig von Friedensgruppen in Europa bearbeitet wird, abdecken. Da geht es beispielsweise zum einen um Dauerbrenner wie "Nukleare Bedrohung und Abrüstung" oder "Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte", zum anderen um Grundsatzfragen wie die nach dem Verhältnis von Nationalstaat, Militär und Krieg oder auch um relativ "neumodische" Themen wie "Zivile Konfliktbearbeitung in Konzeption und Praxis" oder "Friedensgestaltung durch Nichtregierungsorganisationen".

Die Gefahr, daß sich der Kongreß "verzettelt", liegt angesichts einer solchen Fülle von Themen nahe. Es wird im Vorfeld des Kongresses und auf dem Kongreß selbst darauf ankommen, über die Behandlung diverser interessanter und brennender Einzelfragen hinaus einige zentrale Schwerpunkte herauszuarbeiten, die Gegenstand für gemeinsame, europäische Projekte der Friedensbewegungen werden könnten und sie wieder europaweit "kampagnenfähig" machen. In den 80er Jahren war ein solcher Schwerpunkt die Nuklearfrage, ein gemeinsames Projekt der Kampf gegen die atomare Bedrohung und für die Entnuklearisierung Europas. Es wäre zu fragen, ob der Kampf gegen den neuen Militärinterventionismus von NATO, EU und WEU und für die Durchsetzung Ziviler Konfliktbearbeitung geeignet wären, die Basis für solche gemeinsamen, europaweiten

Projekte abzugeben. Darauf hätte dann ein Aufruf des Kongresses, den es nach dem Willen der VorbereiterInnen offensichtlich geben soll, zu orientieren. Als Diskussionsmaterial, das angibt, welches zentrale Themen, Einschätzungen und Forderungen von KDV- und Friedensbewegungen in Europa heute und in naher Zukunft sein sollten, haben zwei der Kongreß-Vorbereitungsgruppen schon Stellungnahmen vorgelegt. Zum einen gibt es den "Entwurf für ein Osnabrücker Manifest zum Menschenrecht der Gewissensfreiheit für Militärdienstverweigerer", zum zweiten einen Entwurf "Für eine Friedenspolitik ohne Militär. Osnabrücker Manifest anläßlich Dreihundertfünfzig Jahre Westfälischer Friede". Letzteren Text dokumentieren wir nebenstehend.

Wer sich genauer über die Kongreßvorbereitungen informieren möchte oder sich gar daran beteiligen will, wende sich an: Friedenskongreß '98, Postfach 4124, 49031 Osnabrück. Tel: 0541-260650, Fax: 0541-260680. Die Kongreß-Geschäftsstelle gibt einen Congress-Newsletter heraus, zu beziehen über die o.g. Adresse.

Vo

9. Für eine Friedenspolitik ohne Militär. Osnabrücker Manifest

Osnabrücker Manifest anläßlich "Dreihundertfünfzig Jahre Westfälischer Friede"

Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:01

Der Arbeitsausschuß "Pazifistische Handlungsperspektiven", der neben zwei weiteren Arbeitsausschüssen zur Vorbereitung des European Peace Congress 1998 in Osnabrück eingerichtet wurde, hat sich zur Aufgabe gemacht, einen friedenspolitischen Grundlagen-Text zu formulieren, der folgenden Gesichtspunkten Rechnung trägt: Er sollte erstens Gewaltstrukturen beschreiben, zweitens an die pazifistische Tradition und ihre Realitätsnähe anknüpfen und drittens zukunftsweisende Handlungsschritte benennen. Trotzdem sollte er möglichst kurz und allgemein verständlich formuliert werden. Er sollte als eine Art Plattform zur Vernetzung und Steigerung der Handlungsfähigkeit der europäischen und internationalen Friedensbewegung beitragen. Der vorliegende Entwurf (Fassung vom 2.8.1997) ist ein Versuch, diesen schwer erfüllbaren Ansprüchen soweit wie möglich gerecht zu werden. Der Arbeitsausschuß stellt diesen Entwurf zur Diskussion. Kommentare bzw. Änderungsvorschläge sind bis zum 25. Oktober 1997 zu richten an: Arbeitsausschuß Pazifistische Handlungsperspektiven, Friedenskongreß 1998, Postfach 4124, 49031 Osnabrück.

I.

1648-1998: Krieg und zerstörerische Gewaltstrukturen sind nicht überwunden

Der Friedensvertrag von Osnabrück und Münster vor 350 Jahren hat den Dreißigjährigen Krieg zwar beendet, Europa jedoch keineswegs friedfertiger gemacht. Auf der einen Seite hatte dieser Friedensschluß positive, in die Zukunft weisende Momente, so etwa die rechtliche Anerkennung von religiösen Minderheiten. Auf der anderen Seite markierte er lediglich eine Etappe im kriegsträchtigen Prozeß der Herausbildung von Nationalstaaten, der untrennbar verbunden war mit nationalistischer und rassistischer Verhetzung, der Konstruktion von Feindbildern, Wehrpflicht und Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Sie trugen in der Folge zur Entfesselung immer neuen Massenmordens bei bis hin zu den unvorstellbaren Menschenvernichtungen in den beiden Weltkriegen des nun ausgehenden Jahrhunderts. Und während des Kalten Krieges zwischen Ost und West wurden Rüstungspotentiale geschaffen, die die Auslöschung der Menschheit herbeiführen können. Mehrfach stand die Weltgesellschaft am Rande eines Atomkrieges. Gleichzeitig entziehen die Rüstungsausgaben vielen Ländern die Mittel zum Lebensunterhalt ihrer Bevölkerungen; unzählige Menschen müssen sterben - nicht erst am Krieg, sie sterben an der Rüstung. Zudem wurden auf der Südhälfte der Erde auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin blutige Kriege geführt, denen bisher mehr als 20 Millionen zum Opfer gefallen sind. Aber auch Europa - von Nordirland bis in den Kaukasus - ist nicht frei von Krieg. Und selbst in den "friedlichen" Regionen unseres Kontinents ist innergesellschaftliche Gewalt an der Tagesordnung. Deren Opfer sind oft Menschen, die hier vor Verfolgung, Elend und Krieg Zuflucht suchen und nun auf Abgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stoßen.

Die Metropolen des Nordens tragen die Hauptverantwortung für das Elend und die Kriege im Süden. Der weltweite Siegeszug des Kapitalismus und die gleichzeitige Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche ist die dem zeitgenössischen Kriegsgeschehen, den innergesellschaftlichen Gewaltverhältnissen und der scheinbar schrankenlosen Anhäufung von Tötungsmitteln zugrunde liegende, wesentliche Ursache. Kapitalistisches Profitstreben kennt keine äußeren Grenzen, technokratischer Machbarkeitswahn keine moralischen Schranken, exzessive Konsumbegierde keine Sättigung. Ein von Profit, Machbarkeit und Haben-Wollen gelenktes Denken und Handeln reproduziert immerfort die ungerechten Strukturen von Weltökonomie und Weltgesellschaft, treibt zur Zerstörung des Planeten, zu immer neuen Kriegen und verstellt die Chancen auf Frieden der Menschen untereinander und Frieden mit der Natur.

Nach dem Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus maßt sich der neoliberale Kapitalismus an, die Geschicke der Menschheit allein zu bestimmen. Das ist katastrophenträchtig. Tatsächlich verstärkt er Armut und Verelendung in den Ländern des Südens, ruft dort selbstzerstörerische Gewaltausbrüche und Kriege hervor und schafft in den Industrieländern des Nordens die Rechtfertigung für militärische Absicherung eigener Interessen. Die sich eröffnende historische Chance nach dem Ende der Blockkonfrontation zu einer Wende weg von militärischen zu zivilen Formen der Konfliktbearbeitung scheint

vorerst vertan. Statt in Osteuropa Armut und Arbeitslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen, die Umwelt zu sanieren und durch drastischen Abbau der militärischen Potentiale den Menschen dort Hoffnung zu machen, hat die NATO der Versuchung nachgegeben, sich nach Osten zu erweitern. Statt sich gemeinsam an die Bewältigung der zentralen Menschheitsaufgaben zu machen, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einzutreten und die Verständigung zwischen den Völkern und Kulturen zu fördern, haben die Industrienationen des Nordens den Weg der Konfrontation und Militärintervention gewählt. Statt ein System Ziviler Konfliktbearbeitung aufzubauen und UNO und OSZE zu stärken, haben die Industrienationen des Nordens durch Schaffung neuer Feindbilder wie "der Islam", "der Konfuzianismus" sich Legitimationen besorgt für neue Um- und Nachrüstungen und eine Politik der militärischen Stärke.

Während sich die "Festung Europa" militärisch abschottet, sollen Schnelle Eingreiftruppen und Krisenreaktionskräfte die weltweiten Interessen der Industriemächte "verteidigen" und z.B. den freien Zugang zu den Rohstoffquellen "schützen" oder mit Gewalt erzwingen. Die mit Macht vorangetriebene NATO-Osterweiterung und die Bestrebungen, den reichen Teil Europas zu einer eigenständig interventionsfähigen Großmacht auszubauen, werden zu erneuter Aufrüstung und zur Destabilisierung der Kräfte des Friedens und der Demokratie bei den sich bedroht fühlenden Nachbarstaaten führen. Der Öffentlichkeit gegenüber wird erklärt, es gehe nur um humanitäre Interventionen; das Gerechtigkeitsempfinden und das Mitleid in der eigenen Bevölkerung wird instrumentalisiert. Denn erfahrungsgemäß wird nicht wegen der Menschen und der Menschenrechte militärisch interveniert, sondern nur, wenn eigene ökonomische und machtpolitische Interessen auf dem Spiel stehen.

Träger des Interventionismus sind die Militärpakte NATO und Westeuropäische Union (WEU) sowie eine sich zunehmend militarisierende Europäische Union (EU). Sie drängen zusehends die UNO und die OSZE, die zumindest Anknüpfungspunkte für die Schaffung einer gesamteuropäischen bzw. einer Weltfriedensordnung bieten, an den Rand. Die "Festung Europa" - das wäre ein fataler Abschluß der mit dem Westfälischen Frieden eingeleiteten Epoche der Nationalstaatsbildung. Europa hat die friedenspolitischen Ansätze von 1648 selbst zerstört und ist dafür verantwortlich, daß das nun zu Ende gehende 20. Jahrhundert zum blutigsten in der Menschheitsgeschichte wurde. Es ist an der Zeit, Krieg für immer zu verbannen.

II.

Pazifismus - von der Idee zur Realität

Das pazifistische Ziel, eine Welt ohne Kriege, liegt im wohlverstandenen Interesse aller Menschen dieser Erde. Der konsequente Weg zu diesem Ziel ist der vollständige Verzicht auf militärische Waffengewalt. Gegen den Abweg in die Barbarei des Militärischen haben sich in der Vergangenheit gemeinsam mit Millionen anderer Menschen auch herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft engagiert. Bertha von Suttner, Leo Tolstoi, Romain Rolland, Albert Einstein, Alva Myrdal oder Bertrand Russel gehören zu ihnen. Dieser Tradition, die zurückreicht auf Immanuel Kants "Traktat zum ewigen Frieden", fühlen wir uns verbunden.

Wir sind nicht bereit, militärisches Denken und Handeln sowie nationalstaatliches Machtstreben, geprägt durch Egoismus und Habgier, als Grundlagen der Politik länger hinzunehmen. Wir sind davon überzeugt,

daß in einem Zeitalter, in dem die Entwicklung der Menschheit wie nie zuvor von dem gleichberechtigten Miteinander abhängt, militärisch bewaffnete Nationalstaaten ein Anachronismus sind;

daß Regierungen kein Recht haben, Männer und Frauen als Soldaten/innen zum Töten zu zwingen oder auszubilden, Tötungshandlungen anzuordnen oder zu legalisieren;

daß die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme, die die Zukunft aller Menschen bedrohen, durch den Einsatz militärischer Mittel nicht gelöst, sondern heillos verschärft werden;

daß wir auf allen Ebenen eine Kultur der Gewaltfreiheit lernen und einüben müssen, weil nur sie die Grundlage einer humanen Welt ist;

daß die angewandten Formen der Konfliktaustragung den angestrebten Zielen entsprechen müssen: "Der Weg ist das Ziel."

Der Rückfall in militärische Gewalt - insbesondere im 2. Golfkrieg und im Krieg in Kroatien und Bosnien - widerlegt nicht den pazifistischen Ansatz, sondern beweist und verstärkt seine Dringlichkeit. Wenn Regierungen der Großmächte, wie in Bosnien, zum Mittel der militärischen Intervention greifen, "um Völkermord zu verhindern", dokumentieren sie das Scheitern ihrer "Friedens"-Politik. Nicht der Pazifismus, sondern die Nichtbefolgung seiner Forderungen, begünstigt Kriege und kriegerische Massaker.

Das 20. Jahrhundert ist nicht nur eine Schreckensgeschichte der Kriege; es brachte auch wichtige Entscheidungen und erste Schritte in Richtung einer pazifistischen Politik. Dazu zählen Vereinbarungen, die die Grausamkeiten der Kriege eingrenzen sollen und die erstmals die Rechtmäßigkeit von Kriegen bestreiten. Hier sind zu nennen die Gründung des Völkerbundes ebenso wie die der Vereinten Nationen, die Ächtung von Angriffskriegen, das Verbot der Anwendung besonders grausamer Waffen oder das Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE). Zu dieser Entwicklung beigetragen hat nicht zuletzt der Protest und Widerstand zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen gegen Krieg und Militär, der sich in diesem Jahrhundert entwickelt hat. Die Antikriegsbewegung in den zwanziger Jahren, die Inanspruchnahme des individuellen Rechts der Verweigerung des Kriegsdienstes, die Ökumenische Bewegung der Kirchen gegen den Krieg und die Antiatombewegung in den sechziger und in den achtziger Jahren zählen ebenso dazu wie die Herausbildung vielfältiger Formen des Protestes, des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstandes bis in unsere Tage. Hinzugekommen sind viele Aktivitäten außerparlamentarischer Gruppen, von denen einige besonders für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und die Einrichtung eines Zivilen Friedensdienstes eintreten.

Den kriegerischen Katastrophen dieses Jahrhunderts stehen Beispiele einer neuen Art der Politik des Friedens gegenüber:

Mahatma Gandhi und Martin Luther King haben die Macht der Gewaltfreiheit durch überzeugende Aktionen bewiesen.

Die Umwälzungen in Osteuropa wären ohne die gewaltfreien Bewegungen nicht so unblutig verlaufen.

Nelson Mandela hat die Politik der Apartheid in Südafrika nicht in einem blutigen Bürgerkrieg überwunden, sondern durch weitgehend zivile Massenaktionen für Gerechtigkeit, verbunden mit der Bereitschaft zur Versöhnung.

Ziel des Pazifismus heute ist nicht nur die Ächtung des Krieges und die Zivilisierung zwischenstaatlicher Konfliktbearbeitung, sondern auch das Aufdecken der Ursachen solcher Konflikte und deren friedliche Bearbeitung. Diktaturen und Machthierarchien verlangen blinden Gehorsam, herrschen durch Gewalt und Kriege, ihr Kennzeichen ist der Bellizismus. Der Pazifismus dagegen ist ohne Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihrer Beziehungen nicht denkbar. Pazifismus fördert die Demokratisierung und entzieht Gewaltstrukturen den Boden. Er setzt immense Ressourcen frei für die Aufhebung von Armut, den Abbau globaler Ungleichheiten, die Sanierung und den Schutz der Umwelt. Er fördert das weltweite Miteinander und die globale Partnerschaft. Er ist den Triebkräften einer am Gewinnstreben orientierten "freien Marktwirtschaft" und deren zerstörerischen Folgen diametral entgegengesetzt und somit ein wichtiger Hebel zur solidarischen Gestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

III.

Pazifistische Handlungsperspektiven

Als Alternative zu Krieg und Gewalt fordern wir den Aufbau einer politischen Kultur der konstruktiven, gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Grundlegend für sie ist, daß alle Menschen, alle sozialen und kulturellen Gruppen und Gemeinschaften sich gegenseitig Respekt erweisen und das Existenzrecht des jeweils anderen bedingungslos anerkennen. Dies intendiert einen Prozeß des Umdenkens: Demokratie, Partizipation und solidarisches Miteinander statt Hierarchie, Ausschluß und Konkurrenz; Gerechtigkeit statt Ausbeutung und Gewalt. Gesellschaften, die friedensfähig leben wollen, sind radikal an Menschenrechten und Demokratie auszurichten.

Wesentlicher Bestandteil dieser Friedenskultur ist die Zivile Konfliktbearbeitung. Für uns ist sie auch in gewaltträchtigen Situationen - deren Entstehung die Mächte des Bellizismus zu verantworten haben - die einzig mögliche Friedensperspektive anstelle von Militär und Krieg. Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet die

Intervention mit zivilen Mitteln vor, während und nach einer Gewalteskalation und umfaßt präventive Maßnahmen der Konfliktbearbeitung, deeskalierende Schritte wie Vermittlungsdienste, Waffenembargo, mediale Öffentlichkeitsintervention, Unterstützung von zivilen Oppositionsgruppen, Deserteuren und Flüchtlingen, Anreize für Friedenslösungen und Versöhnungsarbeit, Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfen, medizinische und soziale Versorgung von Kriegsopfern u.a..

Herrschende Politik verweigert solchen notwendigen Paradigmenwechsel. Ursache ist der tiefsitzende Interessenkonflikt zwischen Friedensbewegung und herrschenden Eliten, für deren Zwecke die Zivile Konfliktbearbeitung keine dem Militär funktionale Strategie bietet. Mit pazifistischen Methoden können nur Zielsetzungen verfolgt werden, die sich an Gerechtigkeit und Demokratie orientieren. Zivile Konfliktbearbeitung und Militär stehen sich konträr gegenüber und können einander nicht ergänzen. Der Weg enthält das Ziel, und das Ziel erwächst aus dem Weg.

Wir verurteilen die menschenrechtlich getarnte Interventionsorientierung von NATO und WEU und erklären, daß diese Politik jeglicher rechtlichen und ethischen Grundlage entbehrt. Wir rufen die europäische und internationale Friedensbewegung zur Zusammenarbeit und zur Vernetzung auf, um gegen den Einfluß der Militärbündnisse und der weltweit operierenden Rüstungsindustrien in Politik und Öffentlichkeit eine Friedenspolitik ohne Militär wirkungsvoller vertreten zu können. Es gilt, der herrschenden Politik und Logik gegenüber widerständig zu handeln. Wir rufen dazu auf, mit Demonstrationen und Aktionen des Zivilen Ungehorsams an Orten präsent zu sein, wo Waffen produziert, wo Kriege geübt, wo Soldaten zur Schau gestellt werden.

Wir wenden uns an die Parlamente aller europäischen Staaten, an das Europaparlament sowie an die UNO und fordern als erste Schritte:

die interventionistischen Zielsetzungen der "neuen" NATO und der WEU aufzugeben und deren Auflösung einzuleiten;

alle Atomwaffen aus Europa zu verbannen und ihre weltweite Abschaffung durchzusetzen;

die Wirtschaftspolitiken an den Zielen sozialer und internationaler Gerechtigkeit zu orientieren;

die zivilen friedenspolitischen Instrumente der UNO und der OSZE auszubauen;

einen zivilen UN-Friedensrat aus nichtstaatlichen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen zu schaffen;

die Wehrpflicht abzuschaffen und Deserteure zu schützen;

dem Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu weltweiter Anerkennung zu verhelfen und freiwillige internationale Friedensdienste einzurichten.

Europa muß, angesichts seiner Geschichte der Kriege und der Weltbeherrschung, auf dem Weg zu einer Friedenspolitik ohne Militär den ersten Schritt tun!

10. Tag ohne Heimat. Linke befassen sich mit Deutschlands Griff nach Osteuropa

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:10

Bis in die 70er Jahre hinein waren die Treffen der Vertriebenenverbände eine hochpolitische Angelegenheit. Die revanchistischen Statements der Funktionäre fanden vor allem in den osteuropäischen Nachbarländern große Aufmerksamkeit und führten nicht selten zu außenpolitischen Verwicklungen. Die Linke - hauptsächlich aus dem Spektrum der Friedensbewegung - mobilisierte regelmäßig zu Gegendemonstrationen, auf denen gegen das "Rütteln an den Nachkriegsgrenzen" protestiert wurde.

Seit 1989 hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Einerseits wurden mit dem Anschluß der DDR die Nachkriegsgrenzen massiv verändert. Andererseits sah sich die Bundesregierung durch außenpolitischen Druck genötigt, die Unantastbarkeit der jetzigen Grenze zu Polen vertraglich festzuschreiben. Sind also Vertriebenentreffen nur noch Folkloreveranstaltungen ohne jede politische Relevanz? Dieser Frage ging eine Konferenz mit dem schönen Titel "Tag ohne Heimat - Wie lange braucht der Volkswagen bis zum Ural?" nach, zu der verschiedene antifaschistische Gruppen am 5.9. in die Berliner Humboldt-Universität geladen hatten. Unmittelbarer Anlaß war der "Tag der Heimat", der auch in diesem Jahr vom Bund der Vertriebenen (BdV) in Berlin am ersten Septemberwochenende abgefeiert wurde.

Die Vertriebenenorganisationen werden seit 1989 von der deutschen Außenpolitik verstärkt als Hebel zur wirtschaftlichen Durchdringung Osteuropas benutzt, so der Hamburger Publizist und Bahamas-Redakteur Heiner Möller. Damit werde eine Politik wiederbelebt, wie sie vom nationalliberalen Flügel des deutschen Imperialismus seit der Reichsgründung 1871 betrieben wurde. Dabei hat diese wirtschaftliche Durchdringung, wie Möller betonte, im Ernstfall nie auf eine militärische Komponente verzichtet.

Ökonomische Durchdringung

Der tschechische Publizist Dr. Emil Hruska nannte aktuelle Beispiele für die Erfolge der vorerst unblutigen Durchdringung. In Tschechien hat der Siemens-Konzern Firmen aufgekauft und anschließend geschlossen. Dann gründet Siemens Subunternehmen, in denen die durch die Betriebsschließungen arbeitslos gewordenen zu Niedriglöhnen beschäftigt werden. Auf dem Mediensektor hat die CSU-Nahe Passauer Neue Presse fast die gesamte tschechische Regionalpresse unter ihre Kontrolle gebracht. Die Artikel werden in Passau geschrieben und dann ins Tschechische übersetzt. Diese Beherrschung der Regionalpresse durch Medienkonzerne eines Nachbarlandes wird in Wirtschaftskreisen als weltweit einmalig bezeichnet. Doch das könnte sich bald ändern. In Bulgarien werde zur Zeit vom deutschen Kapital das tschechische Beispiel wiederholt, so Hruska.

Der Widerstand gegen die deutsche Dominanz in Tschechien wird von zwei unterschiedlichen politischen Fraktionen getragen, und zwar von den faschistischen Republikanern und von den Kommunisten. Dabei ergibt sich häufig eine rot-braune Aktionseinheit. Es werden gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die deutsche Hegemonie organisiert. Doch dabei bleibt es nicht. Erst kürzlich stimmte die kommunistische Fraktion im Prager Parlament gegen eine von der bürgerlichen Regierungskoalition beantragte Aufhebung der Immunität eines faschistischen Abgeordneten. Dieser hatte in einer Rede offen zur Vertreibung der Romabevölkerung aufgerufen.

Auch andere osteuropäische Länder sind von der wirtschaftlichen Expansion Deutschlands betroffen. Das zeigte Gudrun Hentges, Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, am Beispiel Kaliningrads. Die Bemühungen, den Status der Stadt zu Gunsten Deutschlands zu verändern, kommen aus verschiedenen Richtungen. Rechtsradikale versuchen dort seit Jahren mit Erfolg, Grundstücke zu Schleuderpreisen in "deutsche Hände" zu bekommen. Führende Wirtschaftskreise und konservative Politiker sehen dort ein lukratives Investitionsgebiet. In einigen Jahren könnte durchaus ein Plebiszit mit dem Ziel einer Angliederung an Deutschland anstehen.

Ein wichtiger Hebel der deutschen Außenpolitik gegenüber Osteuropa sind seit jeher die sogenannten "deutschen Minderheiten". Reichsaußenminister Gustav Stresemann formulierte 1925 in einer Denkschrift:

"Anerkennung des Bestehens eines Naturrechts jeder nationalen Minderheit auf kulturelle Selbstverwaltung und vor allem auf eigennationale Gesinnungsschulen ist der Kernpunkt dessen, was für die deutschen Minderheiten in Europa zu erkämpfen ist. ... Die vorstehenden Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß die Minderheitenfrage im Reiche in einer zur außenpolitischen propagandistischen Ausnutzung geeigneten Form auf der Basis der kulturellen Autonomie und unter Verzicht auf Gegenseitigkeit geregelt sein muß, bevor das Reich die ihm als Schutzmacht der deutschen Minderheit in Europa gestellte Aufgabe erfüllen kann." So wurde vor über 70 Jahren eine deutsche Minderheitenpolitik präzise beschrieben, die heute wieder aktuell ist.

Blutrecht

Von 1912 stammt Artikel 116 der Verfassung, mit dem die deutsche Staatsbürgerschaft an den Nachweis "deutschstämmiger" Vorfahren geknüpft wird. Mit diesem "Blutrecht" schaffte sich die deutsche Politik eine Definitionsgrundlage um zu bestimmen, welche deutschen Minderheiten ihrem "Schutz" anheimfallen sollen. Sowohl Gudrun Hentges als auch Bernhard Wagner, Mitarbeiter der bündnisgrünen Abgeordneten Annelie Buntenbach, sehen in ihren Parteien wenig Bereitschaft, offensiv für die Streichung dieses völkischen Verfassungsartikels einzutreten. Damit können schließlich keine WählerInnenstimmen gewonnen werden.

Doch auch in der außerparlamentarischen Bewegung - beispielsweise im Antifa-Bereich - waren diese völkischen Bestandteile deutscher Politik bisher nur ein Randthema. Ob sich durch die Konferenz daran etwas ändert, muß angesichts der geringen TeilnehmerInnenzahl bezweifelt werden. Auch die Hoffnung der VeranstalterInnen, mit dem "Tag ohne Heimat" zu Protesten gegen den "Tag der Heimat" mobilisieren zu können, erfüllte sich nicht. Wie im letzten Jahr lief das Revanchistentreffen zum zweiten Mal völlig ohne jeden Protest ab.

Peter Nowak

11. Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord

Autor: Kt. · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:12

Am 5. September 1977 nahm die "Rote Armee Fraktion" (RAF) den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns Martin Schleyer gefangen. Auch der zweite Teil der Aktion, der Abtransport Schleyers in ein geheimes Versteck, gelang. Mit Schleyers Leben als Faustpfand forderte die RAF die Freilassung von elf Kampfgenossinnen und -genossen aus deutschen Gefängnissen. Ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, in eines der wenigen Länder auszureisen, die damals noch für eine solche Asyl-Gewährung in Frage zu kommen schienen.

Unter den Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung durch die Schleyer-Entführung erzwungen werden sollte, waren Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, die am 28. April 1977 in Stammheim zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden waren. Die vierte Angeklagte, Ulrike Meinhof, war am 11. Mai 1976 erhängt in ihrer Zelle aufgefunden worden. Selbstmord nach der offiziellen Version des Staates, gegen die aber sowohl eine Reihe von Indizien als auch die politische Logik sprachen.

Staatsräson killt

In technischer Hinsicht stellte die Festnahme und Entführung Schleyers vermutlich den größten Erfolg in der Geschichte der RAF dar. Vorausgegangen waren am 7. April 1977 die Erschießung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback - des "Terroristenjägers Nr. 1" - und am 30. Juli 1977 die Tötung des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, wobei es sich wahrscheinlich um die nicht gewollte Folge eines mißglückten Entführungsversuchs handelte.

Aus den Stellungnahmen der Entführer scheint es so, als wären sie der Meinung gewesen, sie könnten die Bundesregierung durch die Erpressung mit dem Leben des "fetten Magnaten der nationalen Wirtschaftscreme" Schleyer in ein schweres politisches Dilemma hineinzwingen und tatsächlich ihre Forderung durchsetzen. Wie sich zeigte, sah Schleyer die Dinge angesichts der Gefahr für sein Leben ähnlich wie die RAF: Er war der Meinung, daß er ein Recht darauf hätte, ausgetauscht zu werden, und richtete aus den Verstecken seiner Entführer entsprechende öffentliche Anklagen gegen die Bundesregierung, die darauf nicht eingehen wollte.

Die "politische Klasse" der BRD befand sich aber, im Gegensatz zur Annahme der RAF und den Wünschen Schleyers, im Konsens, daß gegenüber der Staatsräson das Leben des Arbeitgeberpräsidenten genau so vollständig irrelevant ist wie das jedes einfachen Beamten oder irgendeines anderen Staatsbürgers.

Es läßt sich darüber spekulieren, ob es vielleicht einen politischen und materiellen Preis gegeben hätte, den der Staat für Schleyers Rettung zu zahlen bereit gewesen wäre. Mit der Freilassung der öffentlich zu "Staatsfeinden Nr. 1" erklärten, gerade vier Monate vorher zu Lebenslänglich verurteilten Baader, Ensslin und Raspe war das Ziel jedenfalls bei weitem zu hoch angesetzt.

Bundeskanzler Helmut Schmidt drückte es nach Abschluß der Ereignisse am 20. Oktober im Bundestag verschleiernd so aus: Drei Maximen seien für sein Handeln bestimmend gewesen: "1. Dr. Schleyer lebend zu befreien; (...). 2. Die Täter zu ergreifen und vor Gericht zu stellen. 3. Die Fähigkeit des Staates, seine Bürger gegen Gefahren zu schützen, zu sichern und das Vertrauen der Bürger, aber auch das Vertrauen der Menschen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in diese Schutzfunktion unseres Staates zu wahren."

"Jedermann kann erkennen", fuhr Schmidt damals fort, "daß es kaum vorstellbar erscheinen konnte und erscheinen kann, alle drei Maximen zugleich (...) in die Wirklichkeit zu übertragen. Vielmehr war von Anfang an klar (...), daß die Erfüllung jeder einzelnen der drei Maximen nach menschlicher Voraussicht die Erfüllung der übrigen Maximen einschränken oder gar gefährden mußte."

Tatsächlich gab es überhaupt nur eine einzige Maxime, für die Schmidt sich vorweg die Zustimmung der Parteien und der maßgeblichen Kapitalvertreter besorgt hatte: Nicht-Erfüllung der Forderung der Entführer unter allen Umständen! Falls es außerdem noch gelungen wäre, Schleyers Versteck aufzuspüren und ihn durch einen Sturmangriff lebend zu befreien, wäre das, zumindest am Anfang der Ereignisse, ein erfreulicher Nebeneffekt gewesen, aber es kam darauf überhaupt nicht an, und es war überdies nur eine geringe Chance.

Beim Fortgang der Ereignisse wurde die zeitliche Länge der Entführung zu einem Problem für die "politische Klasse". Der übersteigerte Belagerungszustand und die tatsächliche, aber durch Imponiergehabe überspielte Rat- und Tatenlosigkeit der Herrschenden wären auf eine Dauer von mehreren Monaten nur mit wachsenden Schwierigkeiten durchzuhalten gewesen. Hinzu kam die Eskalation von Schleyers veröffentlichten Anklagen gegen die Preisgabe seiner Person durch die Bundesregierung. Der Abbruch der Konfrontation in Form der Tötung Schleyers durch seine Entführer, und zwar baldmöglichst, wurde aus Sicht der "politischen Klasse" zur wünschenswerten Lösung.

Solange Schleyer als Faustpfand in der Gewalt der Entführer war, konnte die Konfrontation immer noch offen gehalten werden. Die RAF hätte diese Lage aber nur nutzen können, wenn sie nicht ausschließlich auf ihre Ausgangsforderungen fixiert gewesen wäre, sondern die politisch-propagandistische Dimension der Konfrontation im Auge gehabt hätte.

Die Verhandlungsführung der Bundesregierung war auf Provokation der Entführer angelegt: Sie gab zwar vor, zu Verhandlungen über die Forderung der RAF grundsätzlich bereit zu sein, versuchte aber praktisch nur völlig unverblümt, Zeit zu schinden und der Gegenseite ihren Willen aufzuzwingen, beispielsweise mit der mehrfachen Forderung nach neuen Lebenszeichen Schleyers oder der Behauptung, man müsse erst einmal herausfinden, wohin die Gefangenen ausgeflogen werden möchten.

Damit drängte die Bundesregierung die Entführer in die Rolle vorgeführter Trottel, die dem äußeren Anschein nach auf das primitive, uralte Täuschungsspiel der "Terrorismusexperten" hereinfielen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entführer diese Taktik nicht ganz schnell durchschauten - zumal bei allen solchen Konfrontationen das gleiche Ritual abläuft - aber sie fanden offenbar keine adäquate Antwort, abgesehen von den immer dringlicheren Appellen Schleyers und seiner Familie an die Bundesregierung, sein Leben durch Freilassung der RAF-Gefangenen zu retten...

Finale in Mogadischu

Am 13. Oktober, mehr als ein Monat nach Beginn der Konfrontation, wurde von einer palästinensischen Kommandogruppe das Lufthansa-Flugzeug "Landshut" mit 82 Passagieren (zumeist deutsche Mallorca-Urlauber) und 5 Besatzungsmitgliedern gekapert. Das "Kommando Martyr Halimeh" machte sich die Forderung der Schleyer-Entführung zu eigen und verlangte darüber hinaus die Freilassung von zwei in der Türkei inhaftierten palästinensischen Gefangenen. Die "Landshut" erreichte schließlich nach mehreren Zwischenlandungen am 17. Oktober die somalische Hauptstadt Mogadischu.

Die Regierung Somalias hatte sich zu dieser Zeit bereits, nach einigen Jahren der Annäherung an die UdSSR, wieder stärker dem Westen zugewandt und kooperierte äußerst bereitwillig mit den bundesdeutschen Stellen. Am 18. Oktober kurz nach Mitternacht konnte die GSG 9 - im ersten deutschen Auslandseinsatz nach dem Krieg - das Flugzeug stürmen. Drei der vier Entführer wurden dabei erschossen, alle Geiseln - mit Ausnahme des vom Kommandochef bei einer Zwischenlandung getöteten Flugkapitäns - wurden unverletzt befreit.

Die von der RAF zumindest stillschweigend akzeptierte "Hilfsentführung" der Lufthansa-Maschine war - abgesehen von der hier nicht zu erörternden menschlich-moralischen Dimension - in politischer Hinsicht auf jeden Fall ein schwerer Fehler. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Bundesregierung und die Medien nur mit der sehr abstrakten und keineswegs 100%ig wirkungsvollen Konstruktion operieren können, mit Schleyer werde der Rechtsstaat und mit dem Rechtsstaat wiederum jeder einzelne Bürger von der RAF bedroht. Die "Landshut"-Entführung verlieh diesem Propagandakonstrukt plötzlich Substanz.

In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober - nach Bekanntwerden der GSG-9-Aktion in Mogadischu, aber anscheinend noch vor den ersten Nachrichten über die Stammheimer "Selbstmorde" - wurde Schleyer von seinen Entführern erschossen. Am folgenden Tag gegen 17.30 Uhr teilten sie der dpa mit, sie hätten "Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet"; es folgten präzise Angaben, wo das Auto mit der Leiche zu finden war.

Politisch ist dieses Vorgehen nicht nachvollziehbar. Nach allem, was seither bekannt wurde, hatten die Entführer ein sicheres Versteck außerhalb der BRD bezogen. Sie befanden sich nicht unmittelbar in der Zwangslage, eine sofortige Entscheidung zwischen den definitiven, nicht korrigierbaren Alternativen Freilassung oder Tötung Schleyers treffen zu müssen. Sie hätten das Unternehmen mit

politisch-propagandistischer Zielsetzung vielleicht noch wochenlang fortführen können, einschließlich der Option, Schleyer zu töten, aber die Gegenseite über sein Schicksal vorläufig im Unklaren zu lassen.

Erst die Auslieferung von Schleyers Leiche durch die RAF vervollständigte den Triumph der Bundesregierung, weil es sie von der alptraumhaften Perspektive einer Konfrontation ohne absehbares und beeinflußbares Ende befreite.

Auch in der übereilten Tötung Schleyers kommt zum Ausdruck, daß die Entführer über die Befreiung der Gefangenen hinaus - die man nach Mogadischu nicht mehr für erzwingbar hielt - offenbar keinen politischen Plan hatten. Selbst der Gedanke, Schleyer systematisch zu "verhören" - zum Beispiel auch über seine NS-Vergangenheit - und diese Texte zu publizieren, wurde nicht konsequent durchgeführt, sondern ohne erkennbare Notwendigkeit verworfen.

Todesnacht in Stammheim

Am Morgen des 18. Oktober wurden bei der Zellenöffnung zwischen 7.40 und 8 Uhr Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin tot aufgefunden - die beiden Männer durch Pistolenschüsse getötet, die Frau erhängt. Die im gleichen Trakt untergebrachte Irmgard Möller war durch Messerstiche in der Herzgegend lebensgefährlich verletzt.

Als amtliche Version stand sofort fest, die Gefangenen hätten sich selbst getötet, aus Verzweiflung über das Scheitern der letzten Chance zu ihrer Befreiung und mit der politisch-propagandistischen Absicht, ihren Selbstmord als staatlichen Mord erscheinen zu lassen. "Offenbar wollten sie ihren Tod, nicht als Zeichen später Einsicht, sondern vielmehr als Fanal für ihre noch in Freiheit befindlichen Gleichgesinnten." (Erklärung der Bundesregierung)

Geht man von der Beurteilung aus, daß die RAF mit der Tötung Schleyers vorschnell und irrational handelte, kann auf politischer Ebene nicht mit völliger Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die fragwürdigen "Selbstmorde" im Stammheimer Hochsicherheitstrakt ein Produkt derselben verfehlten Denk- und Vorgehensweise waren.

Auf der materiellen Seite sprachen jedoch alle bekannt gewordenen Indizien gegen Selbstmord: Erstens waren die Gefangenen gleich nach der Schleyer-Entführung, seit dem 6. September, von jedem Kontakt nach draußen, einschließlich ihrer Anwälte, isoliert worden. Es bestand keine unüberwachte Möglichkeit, sich zu einem gemeinsamen, zeitsynchronen Vorgehen zu verabreden. (Formal trat ein vom Bundestag beschlossenes Kontaktsperregesetz erst am 2. Oktober in Kraft)

Zweitens blieb die entscheidende Frage unbeantwortet, wie es den Gefangenen gelungen sein soll, sich im Hochsicherheitstrakt zwei Pistolen zu beschaffen und, was wohl der noch schwierigere Teil des Unternehmens gewesen wäre, diese wochenlang versteckt zu halten. Generalbundesanwalt Rebmann behauptete später, die Waffen seien während des Stammheim-Prozesses von Verteidigern in den Gerichtssaal eingeschmuggelt und dort übergeben worden. Dieser Prozeß war am 28. April 1977 mit dem Urteil beendet worden. Seither waren die Gefangenen mehrmals in andere Zellen verlegt worden. Zumindest seit Beginn der Schleyer-Entführung wurden die Zellen zweimal täglich durchsucht. "Fast täglich" wurden diese Durchsuchungen von Spezialisten des BKA geleitet. Das bedeutete, daß das gesamte Inventar mehrmals bis aufs kleinste registriert und auseinander genommen worden war, daß man Fußboden und Wände gründlich mit Sonden abgesucht hatte usw.

Drittens sind die amtlichen Behauptungen unglaubwürdig, daß in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober nur ein einziger Beamter Wachdienst hatte, daß die Gefangenen während der ganzen Nacht (ab 23 Uhr) kein einziges Mal beobachtet und kontrolliert worden seien. Alle sechs Stunden Kontrolle war Vorschrift, aber diese Vorgabe stellte in der Praxis nur ein Minimum dar; in der Regel wurden die Gefangenen in sehr viel kürzeren Zeitabständen beobachtet, gerade auch nachts und ganz sicher verstärkt in der Spannungszeit der Schleyer-Entführung.

Knapp einen Monat nach den Stammheimer "Selbstmorden", am 12. November 1977, wurde Ingrid Schubert, die ebenfalls auf der Befreiungsliste der Schleyer-Entführer gestanden hatte, in ihrer Zelle in der Münchner Haftanstalt Stadelheim erhängt aufgefunden. Nach der Stammheimer Todesnacht hatte der bayerische

Justizminister noch erklärt: In seinem Bundesland könne so etwas nicht passieren, denn "die Zellen der betreffenden Terroristen würden halbstündlich abgegangen".

"Sie werden das schon machen!"

Im Fernsehfilm "Todesspiel" von Breloer, der Ende Juni 1997 im Fernsehen gezeigt wurde, berichtete der frühere Justizminister Zimmermann (CSU): Im überparteilichen Krisenstab seien damals alle nur ausdenkbaren Handlungsmöglichkeiten durchgespielt worden. Bundeskanzler Schmidt habe die Teilnehmer ausdrücklich aufgefordert, daß bei diesen Gedankenspielen keine Tabus gelten dürften. Schon 1977 hatten Zeitungen behauptet, daß CSU-Chef Strauß die Tötung gefangener "Terroristen" als Geiseln befürwortet habe. Zwanzig Jahre später von Breloer befragt, wollte sich Helmut Schmidt nicht dazu äußern, ob Strauß das damals wirklich vorgeschlagen hat. Klaus Bölling, der 1977 Regierungssprecher war, räumte im "Todesspiel" ein: Dieser Gedanke habe damals tatsächlich "in der Luft geschwebt".

Der nordrheinwestfälische Ministerpräsident Kühn (SPD) hatte schon am 14. September vieldeutig und jedenfalls zweifelsfrei rechtsstaatswidrig gedroht: "Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns Martin Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückwirken müßte."

Die NPD forderte, fest in der Tradition der Nazi-Wehrmacht wurzelnd, öffentlich und ungestraft, "daß für jeden Ermordeten oder Entführten zehn Terroristen hingerichtet werden".

Der Historiker und Schriftsteller Golo Mann befürwortete in der Fernsehsendung "Panorama" die Drohung mit der Hinrichtung von RAF-Gefangenen - ausgerechnet am Abend der Nacht, in der Ensslin, Baader und Raspe starben.

Die FAZ beklagte am 18. Oktober, dem Todestag der drei Gefangenen, in einem Kommentar die "Ungleichheit der Kampfmittel" zwischen dem Staat und den "Terroristen". Der Kommentar endete mit der Forderung, das Grundgesetz zu ändern, um ein "Notrecht gegen Terroristen" zu legalisieren.

In diesem Zusammenhang ist auch der damalige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) zu erwähnen: Er hatte schon vor der Schleyer-Entführung öffentlich befürwortet, inhaftierte "Terroristen" zu foltern, um Aussagen zu erpressen oder Druck auf ihre in Freiheit befindlichen Kampfgenossen auszuüben.

Die Massenpresse hatte gleich nach Beginn der Schleyer-Entführung ihre Leser und Leserinnen animiert, ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen. Volksstimmen im Stil von "Für jede Geisel sollte man zwei inhaftierte Terroristen erschießen" (Mopo, 7.9.77) und "Ein toter Terrorist kann nicht durch Geiselnahme befreit werden" (Bild, 12.9.77) wurden fast täglich abgedruckt.

Nach allen bekannt gewordenen Indizien bleibt auch zwanzig Jahre später festzustellen, daß es äußerst unwahrscheinlich ist, daß die Gefangenen sich damals selbst umgebracht bzw. (Irmgard Möller) schwer verletzt haben. Hingegen deuten nicht nur die politische Logik, sondern auch das damalige Klima im Land auf eine staatliche Mordaktion hin, die offenbar von großen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung nicht nur gewollt, sondern geradezu fanatisch eingefordert worden war.

Die Idee eines politischen Befreiungsschlags durch Tötung der Stammheimer Gefangenen "schwebte in der Luft", wie Bölling sagte. Eine solche Mordaktion mußte nicht ausdrücklich angeordnet werden. Es reichte aus, daß die potentiellen Täter wußten, daß diese Tat gewünscht war und daß sie vollständig gedeckt werden würde, sofern sie nur einigermaßen "diskret", d.h. ohne Kompromittierung der Regierenden, ablaufen würde.

In Breloers Film erzählt Ulrich Wegener, der den Sturm der GSG-9 auf die "Landshut" kommandierte: Er habe dem Minister Wischnewski, der als politischer Koordinator der Aktion mit nach Mogadischu geflogen war, vorher gesagt: Er werde ihm nicht alle Einzelheiten darüber mitteilen, was geplant sei. Wischnewski habe nur geantwortet: Das will ich auch gar nicht wissen, Sie werden das schon machen!

An diesem Punkt erläuterte Wegener dann im Film, wie praktisch es gewesen sei, daß mehrere Mitglieder des Krisenstabs im Weltkrieg Offizier waren. Da habe man gleich eine sehr einfache Verständigungsebene gehabt, ohne viel Worte machen zu müssen.

Eine historische Zäsur?

Was war nach dem "Deutschen Herbst" 1977 anders als vorher? Spätestens seit den ersten Bombenanschlägen der RAF, 1972, wurden die staatlichen Maßnahmen eskaliert, die unter dem Stichwort "Innere Sicherheit" zusammengefaßt wurden. Das beinhaltete das Straf-, Prozeß- und Haftrecht, die materielle Ausstattung der Polizei, die Vorgehensweisen der Polizei, die Haftbedingungen, die politisch-ideologische Bearbeitung der Bevölkerung durch Politiker und Medien.

Es fällt mir schwer, tatsächliche qualitative Sprünge zu nennen, die in dieser Hinsicht 1977 eintraten. Die Tötung der nach allgemeinem Verständnis führenden Genossinnen und Genossen der RAF im Knast war m.E. ein solcher Sprung: Sie ist nicht einfach gleichzusetzen mit der Erschießung "auf offener Straße" bei der Festnahme, bei der man in der Regel zwar auch die Tötungsabsicht unterstellen muß, aber nicht gegen eine ganz bestimmte Person, sondern allgemein zum Zweck der "Abschreckung" und zur Zurschaustellung vorgeblicher staatlicher Allmacht. Wenn ich eben gesagt habe, die Tötungsaktion in Stammheim war ein qualitativer Sprung, so ist zugleich im Rückblick auf die folgenden 20 Jahre festzustellen, daß sie sichtlich keine Normen für die Zukunft setzte, nicht wiederholt wurde und wohl auch gar nicht ohne weiteres wiederholbar gewesen wäre. Erschreckend bleibt, mehr als die Tat - die genau der Vorstellung entsprach, die wir uns bereits vorher von dem Gewaltpotential dieses Staates auch jenseits formalen Rechts gemacht hatten - die Mischung aus Massenkonsens und Massenignoranz, in die diese Tat eingebettet war. Im Grunde war, mit Ausnahme einer Minderheit, deren Größe schwer zu definieren ist, die Mehrheit der Bevölkerung sich mit den Politikern und dem Medien-Mainstream einig, daß man es, frei nach Wischnewski, so genau lieber gar nicht wissen wollte.

"10 Jahre nach Stammheim" hieß es im AK 287 (19.10.87): "Sechs Wochen lang konnte ein Krisenstab in diesem Land Notstand praktizieren, ohne ihn formell entsprechend der seit 1968 gültigen Notstandsgesetze erklären zu müssen."

Um diesen Vorgang im richtigen Licht zu begreifen, muß man sich die politische Philosophie des damaligen Bundeskanzlers Schmidt klar machen. Schmidt hatte, wie seine Partei, in den 60er Jahren zunächst die Beschlußfassung über einen Katalog von Notstandsgesetzen abgelehnt und dabei folgendermaßen argumentiert: Als zuständiger Innensenator in Hamburg während der Sturmflut-Katastrophe von 1962 habe er auch über geltendes Recht hinaus, aber ohne Sondergesetze, alles praktizieren lassen können, was im gegebenen Moment erforderlich gewesen sei. Wichtiger als formale Rechtsgrundlagen sind, so müßte man wohl fortsetzen, erstens Übereinstimmung zwischen den Verwaltern staatlicher Macht über das zu Tuende, zweitens die bereitwillige Unterstützung der Medien und drittens ein Mehrheitskonsens in der Bevölkerung, angesichts einer als solche empfundenen Notlage außerordentliche Maßnahmen hinzunehmen oder auch aktiv mitzutragen.

Die auf das praktisch Machbare orientierte politische Philosophie Schmidts beinhalte auch zwei entscheidende Begrenzungen der Notstandsmaßnahmen: In zeitlicher Hinsicht auf den Zeitraum des definierten Notstands. In sachlicher Hinsicht auf den unmittelbaren Notstand selbst. Einfach gesagt: Es sollen keine gültigen Normen über den definierten Notstand hinaus gesetzt werden; jenseits des konkreten Notstandsfalls und nach dessen Beendigung soll die "Normalität" staatlicher Geschäftsführung gelten.

"Im wesentlichen" und "grundsätzlich" müßte man hinzufügen. Im Bereich der politisch besetzten "Inneren Sicherheit" lag und liegt selbstverständlich die Möglichkeit nahe, beide eben genannten Begrenzungen zu überschreiten. Also erstens Notstandsmaßnahmen (und deren politisch-ideologische Einbettung) mehr oder weniger weit über den eigentlichen "Täterkreis" und die unmittelbaren Anlässe hinaus auszuweiten, also beispielsweise im Kampf gegen die RAF entwickelte Aktionsformen der Polizei zum Teil auch gegen Großdemonstrationen einzusetzen - wie es in der Praxis mehrfach geschah. Zweitens die Einführung neuer Normen durch die Beibehaltung von deklarierten Sondermaßnahmen über den unmittelbaren Anlaß hinaus, mit dem sie ursprünglich begründet und legitimiert worden waren.

"Im wesentlichen" scheint mir jedoch, daß die zeitliche und sachliche (Selbst-) Begrenzung im Sinne der Schmidtschen Notstandsphilosophie tatsächlich und erfolgreich praktiziert wurde. Der "Deutsche Herbst" 1977 entwickelte sich nicht zu einem neuen Normalzustand, sondern wurde in einem überschaubaren Zeitraum wieder "zurückgebaut". Einige entliberalisierende Maßnahmen wie die Berufsverbote, die bereits Anfang der 70er Jahre eingeführt worden waren, waren bereits vor 1977 in die Kritik geraten und wurden nach 1977 beseitigt.

Es ist darüber hinaus festzustellen, daß wir, d.h. KB und AK, zu keinem Zeitpunkt der Ereignisse ernsthaft (durch juristische und polizeiliche Maßnahmen) in unserer Öffentlichkeitsarbeit beeinträchtigt wurden. Das ist gerade auch angesichts der Härte und Klarheit unserer Einwände gegen die Selbstmord-Hypothese für die Stammheimer Todesnacht festzuhalten.

Zweifellos stellt sich das in der Erinnerung Anderer anders dar, festgemacht vielleicht in erster Linie an den Repressionen gegen den sogenannte "Mescalero"-Text, dessen Nachdrucke und ähnlich formulierte Texte. Unter dem Pseudonym "Mescalero" hatte ein Autor in der Zeitung des AStA Göttingen seine "klammheimliche Freude" über die Tötung von Bundesanwalt Buback bekundet, zugleich aber auch deutlich gemacht, daß er sich mit der Tat politisch nicht identifizierte.

Der Begriff der "klammheimlichen Freude" brachte gewiß ein Gefühl authentisch zum Ausdruck, das nicht einmal nur in den vergleichsweise kleinen Kreisen der organisierten Neuen Linken verbreitet war - aber er stellte m.E. nicht wirklich ein Herzstück des Kampfs um die Freiheit der politischen Propaganda dar. Rückblickend erinnert diese Konfrontation mich eher an die Haltung eines Kindes, das unbedingt darauf besteht, den Tiger streicheln zu dürfen. In dieser Haltung schwingt immer mit, daß man das betreffende Tier nicht wirklich für einen Tiger hält. Der Anspruch, in der politischen Agitation und Propaganda müsse generell immer alles "erlaubt" sein, enthielt auch Elemente der Gedankenlosigkeit und Unernsthaftigkeit. Sie korrespondierten meiner Ansicht und Erinnerung nach mit einem in der Neuen Linken vorherrschenden Mangel an Reflektion über die Zwecke, Möglichkeiten und Formen politischer Öffentlichkeitsarbeit, und sie brachten einen starken Trend zum Ausdruck, nicht wirklich und konsequent über die eigenen Reihen hinauszudenken.

Hetzkampagne gegen

die "Sympathisanten"

Auf politisch-ideologischem Gebiet war die Linke der Kampagne gegen die "Sympathisanten des Terrorismus" ausgesetzt, wobei aber gleichfalls festgestellt werden muß, daß diese nicht 1977, sondern schon mehrere Jahre früher begann. Dem Terrorismus müsse "jeder geistige Nährboden" entzogen werden, oder auch derber: "der Sympathisantensumpf" müsse "trockengelegt" werden, lautete die Parole, die von den Politikern und Medien jeweils nach eigenem Standort und Belieben ausgelegt wurde. Die CDU/CSU war selbstverständlich bestrebt, auch Teile der SPD selbst und ihr nahestehende Kräfte in dieses Zwielicht hineinzuziehen. Kaum eine Verdächtigung und gegenseitige Schuldzuweisung war so dumm und frech, daß sie nicht irgendwann im Kasperletheater der etablierten Parteien auftauchte.

Geradezu komische Züge trugen die Stellungnahmen der katholischen Bischöfe vom 21. September 1977 und 11. April 1978. Die erste beschwor die Angriffe auf "Ehe und Familie, das Lebensrecht des Ungeborenen und andere ethische Normen", die "Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme" und die "geistige Verführung" in den Massenmedien und im Unterricht als Kern des Übels. Die zweite Stellungnahme hob vollständig ab: Der "Drang zur absoluten Veränderung" und letzten Endes die "Verlagerung des Heil Gottes in die Welt hinein" - d.h. jeder Versuch, politisch etwas grundlegend zu ändern, statt auf das Heil im Jenseits zu harren - wurden nun als Einfallstore des Satans Terrorismus angeprangert. - Dies nur als Beispiel, welche geistigen Tiefflüge in dieser Zeit möglich waren, nicht von einer Sekte bedeutungsloser Fanatiker, sondern von einer Institution mit Millionenanhang, die auch heute noch aus Steuergeldern fettgemästet wird.

Zwei Dinge scheinen mir der Anmerkung wert. Erstens: Bei der Forderung nach "Austrocknung des Sympathisantensumpfes" dachte der politische Mainstream nicht in erster Linie an materielle Gewaltmaßnahmen, also Verbote, Strafprozesse usw., sondern an "geistige Auseinandersetzung". Verstanden wurde darunter allerdings nur primitive Agitation, die auf fortwährende und massenhafte Wiederholung weniger Parolen und Behauptungen setzte. Immer zügellosere Aufputschung der Bevölkerungsmehrheit auf der einen Seite, flächendeckende Einschüchterung jeder "systemkritischen", aus dem Rahmen staatlich genehmigter "Opposition" im Sinne des obligatorischen Bonner Kasperletheaters fallenden Stimme anderseits - das waren die wesentlichen Mechanismen.

Willy Brandt drückte es am 6. September im "Vorwärts" so aus: Die "Sympathisanten" sollten sich endlich klar machen, daß sie "die Geschäfte der finstersten Reaktion, ja der Neonazis betreiben". Sie - tatsächlich die

"Sympathisanten"! - würden "das Bewußtsein der Bevölkerung über den Rand hinausbomben, hinter dem es nur noch den Abgrund von Chaos, Polizeistaat oder Diktatur gibt".

Da war sprachlich einiges mißglückt, aber als Sinn und Zweck kam klar herüber: das erhebliche rechtsextreme Potential in der bundesdeutschen Bevölkerung, das gewalttätige und diktatorische Herrschaftsformen tendenziell befürwortet, wurde schonungslos ausgereizt - womit zugleich implizit zugegeben wurde, daß dieses Potential tatsächlich vorhanden war (und ist), was für die Neue Linke eine wesentliche Motivation nicht nur ihres Handelns, sondern bereits ihrer Entstehung war.

Zweite Anmerkung: Zweifellos "sympathisierten" tatsächlich große Teile der Neuen Linken (und darüber hinaus sogar eine Minderheit der Bevölkerung, besonders der Jugendlichen) mit der RAF. Diese "Sympathie" war zum einen einfach spontan und emotional, im Sinn der "klammheimlichen Freude" wie auch der Wut und Trauer über das Schicksal der Genossinnen und Genossen, die eingeknastet wurden, die auf der Straße erschossen wurden, usw.

Diese "Sympathie" war darüber hinaus aber auch von grundsätzlicher Art. Sie beruhte auf gemeinsamen politischen Ausgangspositionen und auf partieller Übereinstimmung hinsichtlich der grundsätzlichen Berechtigung und Notwendigkeit bewaffneter Kampfformen. Die Position der Grünen, die von einer moralisierenden "Ablehnung jeder Gewalt" innerhalb von ganz wenigen Jahren zu Verfechtern des staatlichen Gewaltmonopols wurden, wurde von uns selbstverständlich nicht geteilt.

Die Konfrontation zwischen dem Staat auf der einen Seite und der RAF auf der anderen Seite beruhte aus unserer Sicht nicht auf Mißverständnissen oder auf Dialogunfähigkeit beider Streitparteien, wie es beispielsweise als Klage aus fast jedem Text des taz-Journals "20 Jahre Deutscher Herbst" herausklingt. Wir sahen in dieser Konfrontation vielmehr den zugespitzten Ausdruck eines tatsächlich antagonistischen - zu deutsch: unversöhnlichen - Widerspruchs, in dem sich eine authentische Linke gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Staat befinden muß. Den Terrorismus als Strategie lehnten wir unter den gegebenen Umständen als politisch unzweckmäßig, in vielen Fällen als schädlich, in manchem Einzelfall auch als menschlich-moralisch nicht vertretbar ab. Nicht mehr und nicht weniger. Darüber hinaus galt für uns die schon 1971 getroffene, niemals revidierte Aussage, daß es sich um Genossinnen und Genossen "auf unserer Seite der Barrikade" handle.

Kt.

12. Der Glaube ersetzt bis heute das Wissen. Über die Stammheimer Todesnacht und die nicht geführten Untersuchungen

Christiane Ensslin über die Stammheimer Todesnacht und die nicht geführten Untersuchungen

Autor: Christiane Ensslin · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:11

Im Urteil des Landgerichts Hamburg gegen drei Angeklagte wegen Verunglimpfung des Staates - sie sprachen von Mord in Stammheim - stehen folgende Sätze: "... doch der Umstand, daß es überhaupt möglich war, daß es zu Tötungshandlungen in Stammheim kommen konnte und Nachlässigkeiten im Ermittlungsverfahren, die nachträglich nicht mehr aufgearbeitet werden können, hatten bereits eine bestimmte Legendenbildung in bestimmten Kreisen begünstigt ... Die Staatsanwaltschaft hat zu keiner Zeit vertreten, die Selbstmorde ständen als Ergebnis der neueren Zeitgeschichte fest ... Allein der Umstand, daß an sich schon Tötungen in Stammheim möglich waren, bedeutet bereits, daß von staatlicher Seite nicht die gebotene Sorgfalt aufgewendet worden ist, womit der Grundstein für spätere Legendenbildungen bereits gelegt worden ist. Das muß sich der Staat bei seinem jetzt verfolgten Strafanspruch gewissermaßen vorhalten lassen ..." (Az. 141 Js 806/78 und 147 - 134/79) Seit dieser Zeit - also 1979/80 - sind keine wesentlich neuen Erkenntnisse in bezug auf die Stammheimer Todesnacht bekannt geworden.

Die Voraussetzungen, daß die Meinung über die Tode der Stammheimer Gefangenen Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe - Mord oder Selbstmord - und die lebensgefährliche Verletzung von Irmgard Möller zur Glaubensfrage werden konnte, sind vor allem von staatlicher Seite geschaffen worden. Andreas Zielcke schreibt am 1. Juli 1997 in der Süddeutschen Zeitung zum "Deutschen Herbst": "... allein die Tatsache, daß im Zentrum der politischen Macht eine Denkweise, die einen Verzicht auf unantastbare Rechts- und Moralregeln propagierte, für die Entscheidungsfindung zugelassen und ... hoffähig wurde, war für jene düsteren Monate symptomatisch genug" und "... unter Inkaufnahme von glatten Rechtsbrüchen wurde über die in Gefängnissen einsitzenden RAF-Häftlinge eine absolute Kontaktsperre verhängt, die das Verbot, ihre Verteidiger zu sprechen, einschloß. Darüberhinaus wurden alle im Wege stehenden Kompetenzregeln durchbrochen, verbotene Rasterfahndungen durchgeführt, zahllose Wohnungen Unbeteiligter durchwühlt, bei Ärzten und Anwälten Wanzen angebracht, in großem Stil im In- und Ausland Telephone abgehört und selbst der Bundesnachrichtendienst zur flächendeckenden Mithilfe verpflichtet."

Die Nachrichtensperre hat dazu geführt, daß die Öffentlichkeit nicht, bewußt falsch und auch nachträglich nicht voll über den Gang der Dinge seit der Entführung von Schleyer am 5. September 1977 informiert wurde. Bis heute nicht. Und so ersetzt bis heute der Glaube das Wissen.

Aber auch die andere Seite hat das Ihre dazu beigetragen, daß die Aufklärung auf der Strecke blieb. Wenn die Äußerung von Brigitte Mohnhaupt - überliefert von einigen, die damals nach der Schleyer-Entführung nach Bagdad gingen - stimmt, daß die Stammheimer bis zum Schluß "selbstbestimmt" gehandelt hätten, ist das zwar kein Beweis für Selbstmord, aber immerhin ein starkes Indiz dafür. Das steht im Widerspruch zu der Aussage von Irmgard Möller, die nie einen Zweifel daran gelassen hat, daß sie sich die vier Stiche in die Brust keinesfalls selbst zugefügt hätte, sondern einem Mordversuch entgangen ist. Dieser Widerspruch ist ein zentrales Problem der RAF. Er ist auch die Erklärung dafür, warum es keine konkrete Äußerung von RAF-Mitgliedern gibt, wenn es um Spuren geht, die in Richtung staatlicher Selbstmordthese führen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Waffen und der Sprengstoff, die in den Zellen im 7. Stock gefunden wurden, sind laut polizeilicher Ermittlungen von RAF-Leuten beschafft worden. Das wurde mit Hilfe der Kronzeugen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo festgestellt. Für mich ist jedoch die Tatsache, daß Waffen der RAF in den Zellen von Andreas Baader und Jan-Carl Raspe gefunden wurden, keine Auskunft darüber, was in dieser Nacht wirklich geschehen ist. Das kann auch Brigitte Mohnhaupt nicht wissen. Die offene Frage ist daher, warum es von den überlebenden RAF-Mitgliedern in der Diskussion um die Tode in

Stammheim keine konkrete Auseinandersetzung mit den vorliegenden Ergebnissen im Todesermittlungsverfahren gibt.

Sollten die Gefangenen Selbstmord begangen haben, dann haben sie das auf eine Weise getan, die bewußt das bewirken sollte, was wir damals, am nächsten Morgen, sofort dachten: Mord. Für diejenigen, die ihr Leben eingesetzt haben, um die Gefangenen zu befreien und dabei auch bereit waren, die drei Polizisten Roland Pieler, Reinhold Brändle und Helmut Ulmer sowie den Fahrer von Schleyer, Heinz Marcisz, zu ermorden, hieße es, die Solidarität mit den Toten innerhalb von Stunden öffentlich aufzukündigen, wenn sie am Morgen des 19. Oktober 1977 öffentlich erklärt hätten: die Gefangenen haben sich selbst getötet, um der Niederlage der RAF in der Entführung mit dem Einsatz ihres Lebens zu begegnen. Sagbar wäre das nur gewesen von Menschen, die unmittelbar einen radikalen Bruch mit ihrer RAF-Geschichte vollzogen hätten. Nur aus dieser Belastung heraus kann man nachvollziehen, warum sich auf einen Schlag nach dem "Deutschen Herbst" so viele RAF-Mitglieder wie noch nie vorher von der Gruppe getrennt haben. Und heute, 20 Jahre danach, würde es bedeuten, Irmgard Möller entweder deutlich zu widersprechen oder gemeinsam mit ihr die bisher gemachten Äußerungen zurückzunehmen. Es gibt von beiden Seiten massive Hindernisse, offen in alle Richtungen zu ermitteln. Die unerschütterliche Selbstgerechtigkeit unserer PolitikerInnen und JustizbeamtInnen läßt Ermittlungen in Richtung Mord nicht zu, und das politische Selbstverständnis der RAF, das gleichermaßen von Selbstgerechtigkeit geprägt ist, verweigert Ermittlungen in Richtung Selbstmord.

Nach dem Gesetz des Stärkeren wird 1997 in den vielen Fernsehsendungen und Talkshows, in den Printmedien und im Rundfunk vom Selbstmord der Stammheimer Gefangenen geredet, als wäre das eine unbestreitbare Tatsache. In Breloers Film ist zu sehen, wie sich Andreas Baader in den Kopf schießt und Gudrun Ensslin im Begriff ist, sich aufzuhängen. Wir werden durch ihn Zeugen von Selbsttötungen, für die es bis heute keine Beweise gibt. Der Ton in den Besprechungen seines Filmes gerade wegen dieser Szenen steigert sich zum Jubel vor allem in den Medien, die vor 20 Jahren die Widersprüche wenigstens noch benannten. Das verweist darauf, daß sich die JournalistInnen entlastet fühlen, weil sie mit diesem Staat längst ihren Frieden geschlossen haben.

Der Staat ermittelt gegen sich selbst

Noch bevor das Todesermittlungsverfahren mit dem Eintreffen der Stuttgarter Mordkommission, der Beamten des LKA und der zuständigen Staatsanwälte um 9.05 Uhr am 18.10.77 in Stammheim begonnen hatte, war die folgende dpa-Meldung über die Ticker gegangen: "... Andreas Baader und Gudrun Ensslin haben sich am Dienstagmorgen in der JVA Stuttgart-Stammheim das Leben genommen, dies teilt das baden-württembergische Justizministerium mit." Kanzler Schmidt um 20.15 Uhr am selben Tag: "Heute morgen ... habe ich erfahren, daß vier Häftlinge in Stammheim Selbstmord begangen oder zu begehen versucht haben." In seiner Regierungserklärung vom 20.10.1977 erklärte Kanzler Schmidt: "Die Bundesregierung ... muß ... wegen des Ansehens Deutschlands in der Welt dringend erwarten, daß jene Vorgänge in einer über jeden Zweifel erhabenen Form untersucht, vollständig aufgeklärt und daß die Ergebnisse öffentlich vorgelegt werden."

Eine "über jeden Zweifel erhabene" Untersuchung hat nie stattgefunden. Eine Tötung von fremder Hand wurde niemals in Betracht gezogen, die Sicherung von Fremdspuren erfolgte nur partiell. Nicht einmal die exakte Todeszeit wurde ermittelt. Was bei Andreas Baader und Gudrun Ensslin bedeutet, daß sie möglicherweise vor dem Zeitpunkt, wo sie frühestens vom Ausgang in Mogadischu erfahren konnten, nämlich 0.40 Uhr, bereits tot waren. Spuren wurden vernichtet oder gingen verloren. Wichtige ZeugInnen wurden nicht befragt. Die Widersprüche zwischen kriminaltechnischen und gerichtsmedizinischen Ergebnissen und den Zeugenaussagen wurden mit z.T. grotesken Tatabläufen erklärt.

Der Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags nahm am 20.10.1977 seine Arbeit auf. Oppositionsführer Eppler sah die Aufgabe dieses Auschusses darin, den "Verdacht von dieser Bundesrepublik zu nehmen, hier gehe es genau so zu wie in einer Geschichtsepoche, die keiner von uns zurückwünscht." (FR vom 11.11.1977). Alle tätig werdenden Experten standen unter dem Zwang, das vorweggenommene Ergebnis zu bestätigen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, nicht nur gegen mögliche Täter, sondern gegen Staat und Regierung zu ermitteln. Denn Regierungssprecher Bölling hatte um 14 Uhr des 18.10.1977 eine "gemeinsame Erklärung der Bundesregierung, der Vorsitzenden der SPD, der CDU, der CSU und der FDP, der Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie der

Ministerpräsidenten der Länderregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen" abgegeben, in der es hieß: "... die Ergebnisse in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim ... machen deutlich, daß Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zur weiteren Verschärfung ihres fanatischen und mörderischen Kampfes gegen unseren Staat und seine Ordnung auch das Mittel der Selbstzerstörung eingesetzt haben."

Am 20.10.1977 erklärte Kanzler Schmidt vor dem Bundestag: "Die Bundesregierung wird noch Gelegenheit nehmen, alle Entscheidungen, ihre Gründe - auch ihre Zweifel - öffentlich darzulegen." Schon am 5.10.1977 hatte der Deutsche Presserat die Bundesregierung an ihre "Zusicherung" erinnert, "nach Ende des Entführungsfalles alle zurückgehaltenen Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen." Schließlich erschien nach mehrfacher Überarbeitung die Dokumentation der Bundesregierung am 2.11.1977, allerdings fielen dieser "gereinigten Fassung" 109 Seiten von 472 zum Opfer - also fast ein Viertel.

Aber nicht nur das, was in dieser Dokumentation fehlt, ist bemerkenswert, auch die kritischen BürgerInnen gegenüber beleidigenden Informationen über das immerhin wichtigste Beratungsgremium, der sogenannten "kleinen Lage" sind von einer frechen Dürftigkeit: am 15.9.1977: "10.45 Uhr. Die kleine Lage tagt bis 12.35 Uhr" oder am 16.10.1977: "6.45 Uhr bis 7.37 Uhr berät die kleine Lage."

Diese nichtssagenden Bemerkungen bilden aber auch die Grundlage für die Einschränkung der späteren Aufklärungsarbeit. Die FR schreibt am 16.12.1977: "Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, so spötteln Politiker im baden-württembergischen Landtag, marschieren drei Sorten von Zeugen auf: solche, die nichts wissen, solche, die nichts wissen dürfen und solche, die keine Aussagegenehmigungen haben."

Unabhängige Untersuchung?

In "Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte" vom August 1997 schreibt Renate Färber-Husemann, die damals als Korrespondentin der Frankfurter Rundschau über den Stammheimer Prozeß berichtete: "Bis heute geistert die Mord-These durch viele Köpfe. Nur den unabhängigen in- und ausländischen Gerichtsmedizinern war zu verdanken, daß ihr weitgehend der reale Boden entzogen wurde. Sie widerlegten in ihren Obduktionsberichten und später bei ihren Auftritten vor dem Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtages die Mord-These schlüssig und einleuchtend."

Im Jahresbericht 1978 von amnesty international heißt es: "amnesty international wurde von den Behörden der Bundesrepublik Deutschland als Beobachter zur Autopsie der drei Gefangenen von Stammheim eingeladen, aber sie wurde am gleichen Tage vorgenommen, bevor amnesty international Gelegenheit fand, die Bedingungen der Einladung zu klären." (FR vom 3.4.1979). Als Grund wurde von seiten der Staatsanwaltschaft die Unaufschiebbarkeit der Obduktion angegeben. Unaufschiebbar war jedoch nur die Bestimmung der Todeszeit und die wurde bereits während der Leichenschau vorgenommen.

Die drei ausländischen Gerichtsmediziner, von denen Frau Färber-Husemann spricht, wurden von der Staatsanwaltschaft Stuttgart bzw. vom Justizministerium Baden-Württemberg benannt und nahmen nicht etwa als verantwortliche Experten und Ermittler an der Obduktion teil, sondern als schlichte Beobachter. Prof. André aus Lüttich traf sogar erst nach der richterlichen Leichenschau von Andreas Baader um 15.45 Uhr ein. Keiner von ihnen hat das Leichenschau- oder Obduktionsprotokoll unterschrieben, was angesichts ihres bloßen Beobachterstatusses auch nicht erstaunt. Prof. Holzcabek aus Wien erschien nicht einmal mehr - trotz Einladung - vor dem Untersuchungsausschuß. Von keinem der drei Gerichtsmediziner gibt es ein abschließendes schriftliches Gutachten.

Selbstmorddrohungen?

Alle uns überlieferten Äußerungen der Gefangenen von Stammheim während der Kontaktsperre stammen von Menschen, die im staatlichen Auftrag mit den Gefangenen redeten. Durch Anstaltsarzt Henck wissen wir, daß die Gefangenen glaubten, man wolle sie umbringen. Sie glaubten, daß dem Anstaltsessen Drogen beigemischt würden. Deshalb und wegen der sich permanent verschärfenden Haftbedingungen während der Kontaktsperre gingen sie in einen Hungerstreik, der vom 26.9. bis zum 4.10.1977 dauerte. Man droht aber nicht denjenigen, von denen man glaubt, daß sie einem nach dem Leben trachten, mit Selbstmord. Und für wen wäre ihr Selbstmord bedrohlich? Allenfalls für Schleyer und für sie selbst. Von diesem Hungerstreik steht bezeichnenderweise weder etwas im Bericht der Landesregierung Baden-Württemberg noch in der

Dokumentation der Bundesregierung. Das Verschweigen dieses Hungerstreiks erlaubt es, alle Sätze der Gefangenen, in denen von "toten Gefangenen" gesprochen wird, nur in diese eine Richtung zu interpretieren: Die Gefangenen drohen mit Selbstmord.

Am 27.9.1977 - einen Tag nach Beginn des Hungerstreiks - spricht Jan Raspe von einer "politischen Katastrophe" ... nämlich "toten Gefangenen" und "es sei nicht einzusehen, warum man nicht wenigstens die Gefangenen innerhalb der Anstalt miteinander kommunizieren lasse..." Die Äußerungen wie: "Die Gefangenen beabsichtigen nicht, die gegenwärtige Situation länger hinzunehmen. Die Bundesregierung werde künftig nicht mehr über die Gefangenen verfügen können", oder "bald ... würden die Gefangenen entscheiden", oder auch "es werde sich um eine irreversible Entscheidung der Gefangenen in Stunden oder Tagen" handeln, stehen im Zusammenhang mit der Drohung eines zusätzlichen Durststreiks während des Hungerstreiks.

Der BKA Mann Alfred Klaus berichtet von einer Selbsttötungsabsicht von Gudrun Ensslin am 9.10.1977. Sie brachte "den handschriftlich konzipierten Text einer Erklärung" mit, den sie dann in Anwesenheit von Klaus einem Vollzugsbeamten zur Weiterleitung an den Krisenstab diktierte.

Wo ist dieser handschriftliche Text geblieben? Er müßte doch in ihrer Zelle gefunden worden sein. Er könnte doch ein willkommenes Beweisstück einer Selbstmorddrohung abgeben oder würde er die "Selbstmordabsichten" dementieren? Denn Klaus erwähnt dieses Zusammentreffen mit Gudrun Ensslin vor dem Untersuchungsausschuß nicht mehr. Der diktierte, uns überlieferte Text lautet: "Wenn diese Bestialität hier, die ja auch nach Schleyers Tod nicht beendet sein wird, andauert ... dann werden wir, die Gefangenen in Stammheim, Schmidts Entscheidung aus der Hand nehmen, indem wir entscheiden, und zwar wie es jetzt noch möglich ist, als Entscheidung über uns ... Es kann keine Drohung sein - sie wäre paradox. Aber ich denke, die Konsequenz bedeutet zwangsläufig Eskalation und damit das, wovon in der Bundesrepublik, wenn man den Begriff korrekt verwendet, bisher nicht die Rede sein konnte: Terrorismus."

Als die Anwälte der Gefangenen am 18.10.1977 zur Leichenschau im Umschlußraum des 7. Stocks in Stammheim eintrafen, waren die Kontaktsperrepolster, das sind schaumgummibezogene Holzspanplatten, nicht mehr vor Ort. Das bedeutet eine Veränderung des Tatorts, denn jeder, der in der Nacht in die Zellen eindringen wollte, mußte diese "schaumgummibezogenen Holzspanplatten" anfassen und also Fingerabdrücke hinterlassen. In keinem Bericht wird von einer solchen Untersuchung berichtet.

Unstrittig ist, daß die Gefangenen im 7. Stock rund um die Uhr abgehört wurden. Die Abhöranlage wurde vom Bundesnachrichtendienst in Amtshilfe für den baden-württembergischen Verfassungsschutz installiert. Diejenigen, die darüber Auskunft geben könnten, nämlich die Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Meier, des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Bux, sowie General Wessel vom Bundesnachrichtendienst oder der Präsident des BKA, Herold, sind nicht einmal als Zeugen vor den Untersuchungsausschuß geladen worden. Und das vor dem Hintergrund des Abhörskandals in Stammheim vom März 1977, wo bekannt wurde, daß die westdeutschen Geheimdienste im 7. Stock in Stammheim tätig waren. Durch diese Bänder könnte man zumindest zweifelsfrei klären, ob es eine Absprache zum Selbstmord gab. Dann wäre jedenfalls die Mordthese vom Tisch. Es bliebe "nur" der Vorwurf, daß der Selbstmord der Gefangenen absichtlich nicht verhindert wurde.

Zu Andreas Baader

In der Einstellungsverfügung des Todesermittlungsverfahrens gehen die Gerichtsmediziner davon aus, daß die Pistole FEG beim Nackenschuß mit dem Griff und Abzug nach oben gehalten wurde und mit dem Daumen der linken Hand abgefeuert wurde (Baader war Linkshänder), während die schwächere rechte Hand die Laufmündung führte. Die Kriminalbeamten dagegen meinen, daß Griff und Abzug beim tödlichen Schuß nach unten wiesen und Baader mit der rechten Hand abgefeuert haben soll, das soll sich ebenfalls aus der Beschmauchung der rechten Hand ergeben und aus der Lage der Hülse des tödlichen Geschosses, die sich rechts neben Andreas Baader befunden haben soll, denn die FEG wirft die Hülse auf der rechten Seite aus. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Versionen wird dadurch "gelöst", daß es bis heute kein abschließendes Gutachten über die Todesursache gibt. Das Bundeskriminalamt stellt fest, der Tatschuß sei mit aufgesetzter und aufgepreßter Waffe abgefeuert worden. Da aber das dem Ergebnis der Untersuchungen über die Schußentfernung widerspricht, wonach der Schuß aus 30 - 40 cm Entfernung erfolgte - was eine Selbsttötung durch aufgesetzten Nackenschuß ausschließt -, behauptet das BKA in seiner Erklärungsnot, es

seien eben Pulverschmauchspuren von Andreas Baaders Nacken verschleppt worden. Wie, das wurde nie geklärt.

Zu Jan-Carl Raspe

Der Zeuge Götz bekundet, daß er Raspe die Pistole aus der rechten Hand nahm, als er ihn am Morgen des 18.10.1977 fand. In jedem Lehrbuch der Rechtsmedizin steht, daß die Pistole in der Hand eines durch Kopfschuß Erschossenen ein Indiz für seine Ermordung ist, denn die Waffe fällt Menschen, die sich selbst in die Schläfe schießen, aus der Hand. Der Staatsanwaltschaft ist das offenbar auch aufgefallen, denn in ihrer Einstellungsverfügung des Todesermittlungsverfahrens behauptet sie fälschlicherweise, die Pistole habe "neben" Raspes rechter Hand gelegen. Und die für die Beantwortung der Frage Mord oder Selbstmord entscheidende Frage nach der genauen Lage des schwerverletzten Raspe auf seiner Liege wird einmal als "Sitzen" und einmal als "Liegen" bezeichnet. Auch der Abstand der Liege zur Wand widerspricht den Tatsachen. Der Untersuchungsbericht des Landtages von Baden-Württemberg stellt die falsche Behauptung auf, hinter dieser Liege habe sich keine Person mehr aufhalten können, um einen Schuß auf Raspe abzugeben. Die Fotos in den Todesermittlungsakten belegen aber ohne jeden Zweifel, daß dort leicht eine Person Platz hatte.

Zu Gudrun Ensslin

Alle Personen, die Gudrun Ensslins Zelle am Morgen des 18.10.1977 öffneten, erwähnen den Stuhl nicht, den sie für die Erhängung benutzt haben müßte. In späteren Vernehmungen machten die JVA-Beamten unterschiedliche Angaben über die Position des Stuhles. Die Spuren auf dem Stuhl wurden am Nachmittag zwar gesichert, doch nicht ausgewertet.

Das Elektrokabel, mit dem sich Gudrun Ensslin erhängt haben soll, riß beim Versuch, die Leiche abzuhängen. Es hielt also maximal das Ruhegewicht von 49 kg aus. Erhängt sich aber jemand, müßte das Erhängungswerkzeug die Belastung eines Todeskampfes aushalten, die bei einem Erstickungstod ganz erheblich ist. Außerdem ist die Routineuntersuchung, ob die Schnittstellen an dem Elektrokabel mit den Enden ihrer Lautsprecherkabel und mit der in ihrer Zelle gefundenen Schere zusammenpassen, nie durchgeführt worden. Bei fehlender Übereinstimmung käme die offizielle Version schwer ins Trudeln. Unterblieben ist auch - wie schon bei Ulrike Meinhof - der Histamin-Test, mit dem festgestellt werden kann, ob jemand tot oder lebend in die Schlinge kommt.

Wenn von den Toten in Stammheim die Rede ist, muß auch an den Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen am 27.6.1993 erinnert werden. Nicht nur, weil die GSG 9 mit von der Partie war, nicht nur, weil es auch hier eine Nachrichtensperre gab - diesmal verhängt von der Bundesanwaltschaft - nicht nur, weil auch hier sofort der Tathergang von Anfang an, ohne die genaue Untersuchung abzuwarten, festgezurrt wurde, und nicht nur, weil auch hier eine Untersuchung stattfand, die nur den Sinn hatte, sich das festgelegte Resultat bestätigen zu lassen, sondern auch, weil die damaligen Vorgänge bis heute nicht aufgeklärt sind und die staatliche Version auch hier eine öffentlichen Akzeptanz erfuhr. Und diese offizielle Version besagt, daß Wolfgang Grams, der mehrere Schüsse abgegeben hatte, sich im Fallen auf die Gleise selbst in den Kopf geschossen haben soll. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das ernsthaft jemand glaubt, aber das ist tatsächlich das Resultat der staatlichen Untersuchung. Nur in dieser wahrhaft unglaublichen Version können alle Widersprüche aufgehoben werden.

Hätten die JournalistInnen nach 1977 wenigstens darauf beharrt, daß die offenen Fragen aus der Todesnacht von Stammheim auf der Tagesordnung bleiben, wäre die Erschießung von Wolfgang Grams nicht so problemlos zu den Akten genommen worden. Ich teile daher die Einschätzungen derjenigen nicht, die behaupten, die bundesrepublikanische Demokratie sei aus dem Herbst 1977 gestärkt hervorgegangen. Der Staat ist gestärkt daraus hervorgegangen, auch dank der Komplizenschaft der Medien.

Christiane Ensslin

13. Die Wunder von Stamheim. 20 Jahre nach dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe - alle Fragen offen (Nachdruck ak 269)

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:31

von Stammheim

20 Jahre nach dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe - alle Fragen offen

Nach dem Sturm auf die "Landshut" in Mogadischu und der Ermordung von Schleyer war irgendwie alles vorstellbar. Aber das alleine war nicht der Grund, sondern es war nur der Anlaß, warum sich die Zweifel an der staatlich verordneten These vom Selbstmord der Stammheimer Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe so fest in viele Köpfe gefressen haben. Der Grund waren die zum Teil abenteuerlichen Erklärungen, mit denen der Staat versuchte, die Fragen nach Ungereimtheiten beim Auffinden der Toten, bei der Todesursache, nach den Waffen, nach fremden Personen im 7. Stock uvm. zu beantworten. Viele dieser Fragen sind immer noch genauso offen wie vor 20 Jahren. Solange der Staat diese Antworten schuldig bleibt, gibt es keinen Grund, die Zweifel an der Selbstmordthese in irgendeiner Form zurückzunehmen.

Der folgende Text ist ein (gekürzter) Artikel aus AK 269, der aufgrund eines 1986 geführten Gespräches mit Rechtsanwalt Weidenhammer entstanden ist. RA Weidenhammer war der letzte Verteidiger von Jan Carl Raspe und vertrat u.a. dessen Mutter im Todesermittlungsverfahren, das aber bereits 1978 eingestellt worden ist. Weidenhammer war 1986 der Meinung - nachdem er sich fast zehn Jahre auf Spurensuche und Nachforschungen begeben hatte -, daß die offizielle Version eines Selbstmords von Baader, Ensslin, Raspe sowie eines Selbstmordversuchs von Irmgard Möller 1977 oder 1978 glaubhafter gewesen sei als 1986. Inzwischen (1986) sei klar, daß keines der für die Selbstmord- Behauptung vorgebrachten "wesentlichen Beweismittel" einer kritischen Überprüfung standhalten könne. Hingegen deuteten sämtliche vorliegenden Indizien auf eine Tatbeteiligung Dritter hin. Für diese Einschätzung führte er eine Reihe von Argumenten an.

Der Schuß,

der Baader tötete

Baader soll sich auf akrobatische Weise durch einen Genickschuß selbst getötet haben. Nach polizeilicher Darstellung habe er mit der rechten Hand gefeuert, wobei er die Waffe mit dem Griff nach unten gehalten haben soll. Die Gerichtsmediziner halten einen selbst angebrachten Nackenschuß jedoch nur für denkbar, wenn man die Waffe dabei umgekehrt hält, der Abzug also nach oben zeigt. Außerdem war Baader Linkshänder. Sogenannter Pulverschmauch wurde aber an seiner rechten Hand festgestellt, ebenso Blutspritzer. Es wurde nicht überprüft, ob die angebliche Tatwaffe, eine Pistole vom Typ "FEG", überhaupt Pulverschmauch in der Hand des Schützen hinterläßt. Es wurde nicht einmal die ganz gewöhnliche Routine-Überprüfung vorgenommen, durch ein ausführliches ballistisches Gutachten und Vergleichsschießen festzustellen, ob jene FEG tatsächlich die Tatwaffe war. Es fehlen somit auch die kriminaltechnischen Untersuchungsergebnisse, die die Voraussetzungen dafür sind, um sich ein Bild von dem Weg zu machen, den das tödliche Projektil genommen hat. Genauer gesagt: Sie fehlen in den Akten der Staatsanwaltschaft wie auch in den Unterlagen des damaligen Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags. Allerdings gibt es ein BKA-Gutachten, wonach der Nackenschuß aus einer Entfernung von 30 bis 35 cm (Abstand zwischen der Mündung des Pistolenlaufs zur Einschußstelle) abgefeuert worden sei. Das kann jedenfalls nicht von Baader selbst bewerkstelligt worden sein.

Die Spur Nr. 6

Während die offizielle Version davon ausgeht, die Kugel habe nach dem Austritt aus Baaders Schädel kaum mehr Geschwindigkeit besessen und sei einfach auf den Boden gefallen, hatten die Gerichtsmediziner Mallach und André vor dem Landtagsausschuß erklärt, das Projektil des tödlichen Schusses habe an der dem Leichnam gegenüberliegenden Zellenwand "im Wandputz eine kleine Aufschlagstelle mit einem Abpraller" verursacht. An dieser Aufschlagstelle in der Wand seien auch Blut- und Gewebereste zu sehen gewesen. Eine

Probe aus dem Wandputz ("Spur Nr. 6" genannt), die auf Gewebereste hin untersucht werden sollte, ging angeblich während des Transports zur Analyse "verloren".

Der Plattenspieler

Der Todesermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft enthält als eines der berühmtesten "Wunder" von Stammheim die Behauptung, Andreas Baader habe die Waffe, mit der er sich erschossen haben soll, innerhalb der Zelle in seinem Plattenspieler versteckt. Diese Version widerspricht früheren Darstellungen der Landesregierung. So äußerte seinerzeit Prof. Engler vom Justizministerium in einer schriftlichen Stellungnahme (vom 10. 1.78) an den Untersuchungsausschuß des Landtags u.a.: "Nach dem inzwischen vorliegenden Bericht der Vollzugsanstalt wurde der Plattenspieler des Gefangenen Baader zusammen mit einem Rundfunkgerät und einem Fernsehgerät am 5.9.1977 (Entführung Schleyers; Anm. AK) durch Amtsinspektor Hauk aus der Zelle des Gefangenen in die Zelle 712 (Besucherzelle) verbracht. Dort wurden die genannten Geräte von Beamten des Landeskriminalamts durchsucht und überprüft. Welche Untersuchungen im einzelnen vorgenommen worden sind, ist der Leitung der Vollzugsanstalt nicht bekanntgeworden. Bis zur Wiederaushändigung des Plattenspielers an den Gefangenen Baader verblieb das Gerät in der verschlossenen Zelle 712. Zu dieser Zelle hatten nur Bedienstete der Vollzugsanstalt, nicht aber der Gefangene Zutritt. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der fraglichen Zeit außer Amtsinspektor Hauk und Hauptsekretär Miesterfeldt keine weiteren Bediensteten mit den genannten Geräten in Berührung gekommen ..." (Bei einer am 7.9.1977 erfolgten Rückgabe des Plattenspielers blieb dann die am 6.9.1977 ergangene Disziplinarverfügung des Vorsitzenden des Strafsenats, die den Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe auf die Dauer von drei Wochen den Einzelhör- und Fernsehfunk untersagte und für diese Zeit u.a. auch die Wegnahme der Plattenspieler anordnete, zunächst offenbar unberücksichtigt.) "Im Hinblick auf diese Verfügung entfernte Hauptsekretär Miesterfeldt am 11.9.1977 den Plattenspieler wieder aus der Zelle des Gefangenen Baader und verbrachte das Gerät erneut in die Zelle 712. Nachdem wegen der bestehenden Kontaktsperre die Disziplinarverfügung vom 6.9.1977 bzgl. der Wegnahme des Plattenspielers durch Verfügung des Vorsitzenden des Strafsenats vom 21.9.1977 ausgesetzt worden war, gab Amtsinspektor Bubeck den Plattenspieler am 22.9.1977 dem Gefangenen Baader in dessen Zelle zurück. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der Zeit vom 11. bis 21.9.1977 keine anderen Bediensteten als Amtsinspektor Bubeck und Hauptsekretär Miesterfeldt mit dem in der verschlossenen Zelle 712 lagernden Plattenspieler in Berührung gekommen."

Ein derart hin- und herwanderndes und kontrolliertes Gerät konnte unbemerkt weder eine Waffe noch ein Waffenversteck enthalten. Infolgedessen, so der Bad Vilbeler Anwalt, "ist die Legende vom Plattenspieler-Versteck in sich zusammengebrochen".

Die Waffe, die bei Raspe gefunden wurde

..., hat nach Aussage der Beamten, die ihn am Morgen des 18.10.1977 als erste sahen, in seiner Hand gelegen, was nach jedem gerichtsmedizinischen Lehrbuch ein Anzeichen für Fremdtötung oder Mord ist. Nur wenn die Pistole deutlich neben Raspes Hand gelegen hätte, könnte daraus auf Selbstmord geschlossen werden, weil die beim Rückstoß freiwerdenden Kräfte die Waffe beiseite schleudern.

Die Verletzungen

Gudrun Ensslins

... , die nicht ursächlich auf eine Strangulierung zurückzuführen sind - Spuren möglicher Gewalteinwirkung, welche auf dem Rücken, am rechten Mundwinkel, an der Kopfhaut, an der Nase, an der linken Leiste zu sehen waren -, wurden nicht untersucht. Der sogenannte "Histamintest", der erlaubt hätte, festzustellen, ob eine Strangmarke vital oder postmortal entstanden ist, wurde zwar vorbereitet, dann aber doch nicht durchgeführt, wie schon bei Ulrike Meinhof. Weder wurden Spuren an dem Stuhl, den sie angeblich benutzt haben soll, überprüft, noch gibt es eine Erklärung für die Aussage des Spurenauswertungsberichts: "Beim Versuch, die Leiche aus ihrer ursprünglichen Lage abzuhängen, rissen die Kabel an der Stelle, an der sie durch das Wellengitter des Zellenfensters geschlungen waren." Sie hätten dann eigentlich schon während des Todeskampfes reißen müssen.

Der Todeszeitpunkt

..., dessen genaue Ermittlung beim heutigen Stand medizinischen Wissens und medizinischer Technik keine besondere Kunst erfordert, wurde zeitweise in den Rang eines Staatsgeheimnisses erhoben. Weidenhammer verweist hierzu auf ein interessantes Telefoninterview mit dem Gerichtsmediziner Prof. Mallach, welches am 26.10.1977 geführt und am 4.11. im "Berliner Extradienst" veröffentlicht wurde (damals war noch keine Todeszeit bekanntgegeben worden). Der Mediziner beruft sich in diesem Gespräch mehrfach und ausdrücklich darauf, "bisher noch nicht gefragt" worden zu sein bzw. "bis jetzt noch nicht den Auftrag bekommen" zu haben, dazu Stellung zu nehmen. Der Todeszeitpunkt ist für das angebliche Motiv des angeblichen Selbstmords - Verzweiflung über die gescheiterte Flugzeugentführung - bedeutsam. Um dieses Motiv aufrechtzuerhalten, darf er nicht vor 1 Uhr nachts liegen, dem frühesten Zeitpunkt, zu dem die Gefangenen, eine funktionierende Kommunikation nach außen und untereinander vorausgesetzt, von Mogadischu hätten erfahren können.

Der Sand

an Baaders Schuhen

... bleibt nach wie vor mysteriös. Angeblich sollen Vergleichsproben vom Dach des Anstaltsgebäudes ergeben haben, daß dieser Sand vom Freigang der Gefangenen herrührt.

Fernsehüberwachung

im siebten Stock

Moderne Überwachungstechniken könnten mitunter dazu verleiten, einen neuen Begriff des menschlich-technischen Versagens zu prägen. So ist ihr gelegentliches Versagen technischer Natur, findet aber häufig - und das ist sozusagen ein sehr menschlicher Zug dieser Technik - prompt statt, wenn man sie, je nach Standpunkt, dringend gebraucht hätte oder wenn man sie gerade mal dringend nicht brauchen konnte. Auch in dieser Hinsicht hat Stammheim Maßstäbe gesetzt. Die Telematanlage im Flur des siebten Stocks fiel ausgerechnet in der Todesnacht aus. Eine Erklärung für das plötzliche Versagen könnte in Reparaturarbeiten der Firma Siemens liegen. Diese wurden nicht, wie man naiverweise annehmen könnte, nach Auftreten des Defekts durchgeführt, um jenen herauszufinden oder zu beheben, sondern vorher, also während der Zeit der Kontaktsperre, so daß ein kritischer und technisch bewanderter Mensch mit einiger Berechtigung fragt, ob sie ihn vielleicht verursacht haben. Bisheriger Stand der Nachforschungen: Weder der Reparaturauftrag an Siemens noch die von der Firma ausgestellte Rechnung finden sich in den Akten, weder die Identität der Siemens-Mitarbeiter, noch der genaue Zeitpunkt der Reparatur noch die dafür benötigte Arbeitszeit und auch nicht die Art der vorgenommenen Arbeiten sind bekannt.

Offensichtlich fehlt den Behörden selbst ein minimales Interesse an der Aufklärung solcher Vorgänge, beispielsweise auch daran, daß nach Siemens-Gebrauchsanweisung für die Anlage ein (kunstfertiges!) Abschalten möglich ist. "Soll in gewissen Anwendungsfällen in bestimmten Teilbereichen des Fernsehbilds kein Alarm ausgelöst werden, so kann in diesen die Bildauswertung gezielt unterdrückt werden."

Was nahm der Außenposten wahr?

Man weiß es nicht, denn die betreffenden Beamten wurden entweder nicht vernommen oder ihre Aussagen tauchen in den Akten nicht auf. Der in der Todesnacht diensthabende Justizhauptsekretär Horst Gellert hatte bei seiner Vernehmung angegeben, "daß der Außenposten mir zwischen zwei Uhr und drei Uhr meldete, daß außerhalb des Anstaltsbereichs Leute wahrzunehmen gewesen seien, die laut gesprochen hätten. Ich verständigte deshalb die Sonderwache Stammheim der Polizei, die mich später zurückrief und mir sagte, es hätte sich um junge Leute gehandelt, die überprüft worden wären. Es sei alles in Ordnung."

Dies nahmen die Grünen fünf Jahre später zum Anlaß für eine Anfrage. Im Ständigen Ausschuß des Landtags antwortete der Staatssekretär im Justizministerium, Volz, am 20.1.84: "Von einer förmlichen Vernehmung der beiden Außendienstbeamten, die namentlich feststehen, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart abgesehen. Aufgrund einer informatorischen Befragung steht fest, daß beide Beamten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keine Wahrnehmungen gemacht haben, die für das Ermittlungsergebnis von Bedeutung sein könnten. Für das Justizministerium besteht daher kein Grund, die Sachverhandlung der Staatsanwaltschaft im Wege der Dienstaufsicht zu beanstanden."

Weidenhammer, der in dieser Angelegenheit bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft um weitere Informationen nachsuchte, bekam von dort am 30.1.86 zur Antwort: "Wie sich aus der in Ihrem Schreiben zitierten Aussage des Zeugen Justizhauptsekretär Horst Gellert ergibt, hat dieser von der ihm zugegangenen Meldung des Außenpostens die Sonderwache Stammheim der Polizei unterrichtet, die ihm nach Überprüfung später mitgeteilt hat, es sei alles in Ordnung. Bei dieser Sachlage ist in dem Ermittlungsverfahren davon abgesehen worden, die beiden Außendienstbeamten zu vernehmen. Bei dem in Ihrem Schreiben erwähnten dritten Beamten handelt es sich um Bernd Hälsig, der in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 seinen Dienst im Zellenbau 2 verrichtete. Das Protokoll seiner Vernehmung befindet sich im Ordner 3 auf den Seiten 172 bis 177. Die beiden Außendienstbeamten, es handelt sich um Franz Neugebauer und Rudi Stapf, habe ich am 25.7.1983 telefonisch informatorisch gehört, weil ich einen Bericht zu entwerfen hatte, den das Justizministerium Baden-Württemberg zur Vorbereitung der Beantwortung einer im Landtag Baden-Württemberg eingebrachten kleinen Anfrage angefordert hatte. Über die informatorische Anhörung habe ich am 25.7.83 einen Aktenvermerk gefertigt, in dem hierzu folgendes festgehalten ist: ‚Hinsichtlich der beiden Außenposten Neugebauer und Stapf befinden sich keine Vernehmungsprotokolle bei den Akten. Die beiden Beamten haben mir heute beide auf telefonische Anfrage bestätigt, sie seien nicht vernommen worden.' Und informatorisch haben mir diese beiden Beamten mitgeteilt, sie hätten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keinerlei verdächtige Wahrnehmung gemacht ... Es hat deshalb nach wie vor keinerlei Anlaß bestanden, die beiden Beamten förmlich zu vernehmen."

Unklar bleibt, was mit der Ortsangabe "außerhalb des Anstaltsbereichs" gemeint war: Außerhalb des Gesamtgeländes der Stammheimer Anlage oder nur außerhalb des gesonderten Sicherheitsbereichs, der zusätzlich um das Gefängnisgebäude gezogen und von einer eigenen Mauer umgeben ist (dementsprechend muß man, um die Vollzugsanstalt zu betreten, zwei Kontrollen passieren). Unklar bleibt ebenfalls, ob, wann und wo der dritte erwähnte Beamte, Hälsig, in jener Nacht wirklich Dienst versah. Aus dessen Vernehmungsniederschrift ergibt sich nämlich, daß er nicht zum Stammpersonal der Hochsicherheitsabteilung gehörte, dort nur arbeitete, wenn jemand ausgefallen war, und in der Todesnacht überhaupt keinen Dienst versehen hat.

Wie kamen die Waffen

in den siebten Stock?

Nach wie vor das größte Stammheimer "Wunder" bleibt, wie es der RAF möglich gewesen sein soll, Waffen, Munition und Sprengstoff in den bestgesicherten Knast der BRD einzuschmuggeln. Und doch ist diese Behauptung neben den Gutachten der Gerichtsmediziner die zweite entscheidende Säule, auf der die Selbstmordversion ruht.

Da eine Vorstellung von den Stammheimer Durchsuchungsmaßnahmen selbst in der linken Öffentlichkeit heute nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, weist Weidenhammer noch einmal darauf hin, daß die verwendeten Metallsonden selbst bei Stecknadelköpfen im Hemdkragen oder Pfennigstücken in der Hosentasche Zeichen gaben, und daß beispielsweise auch die Aktenordner der Anwälte (mit umgedrehtem Schriftbild) durchgeblättert wurden.

Die Wunder-Version stützt sich auf die wenig glaubwürdige Aussage des Kronzeugen Speitel, der die Anwälte Müller und Newerla vom Büro Croissant beschuldigte, sowie auf die Behauptung der Kriminalpolizei, die im siebten Stock aufgefundenen Waffen seien "RAF-Waffen" gewesen. So soll die Pistole, die in der Hand des sterbenden Raspe lag, eine "HK (Heckler & Koch) 4", ursprünglich teils von Christian Klar, teils von einem unbekannten Mitglied der "Haag-Mayer-Bande" gekauft worden sein. Ein später in einer unbelegten Zelle entdeckter "Colt Detective Special" (also keine Tatwaffe) sei von dem RAF-Mitglied Clemens Wagner beschafft worden. Daraus schloß der Landtagsuntersuchungsausschuß 1978, "daß auch die neben Baader aufgefundene Pistole von Terroristen beschafft wurde, liegt daher nahe".

Bei einer solchen Argumentationskette, in der jeweils eine unwahrscheinliche Hypothese von einer noch unwahrscheinlicheren abgelöst wird, muß man fragen, ob nicht schon das erste Glied falsch ist. Da die HK4, über die Raspe angeblich verfügte, einen auswechselbaren Lauf hatte, ist die Frage nach ihrer Herkunft zweimal zu stellen. Einerseits war die Waffennummer bei der Auffindung überschlagen bzw. spanabhebend entfernt. Genauer geschahen die Arbeiten, um die Nummer unkenntlich zu machen, an zwei Stellen.

An diesen beiden Stellen ist heute das Metall der Waffe wegen einer weiteren Bearbeitung durch das BKA entfernt und verätzt. Daher ist es endgültig unmöglich, die Fabrikationsnummer nach Art und Größe zu identifizieren. Die Behauptung, die Tatwaffe sei mit einer von Christian Klar gekauften Waffe identisch, kann sich daher nicht auf eine Identität der Waffennummern stützen.

Auch die Behauptung des Zeugen Speitel, die angebliche Klar-Waffe durch Überschlagen präpariert zu haben, um sie dann einschmuggeln zu lassen, läßt sich nicht aufrechterhalten. Alle sichergestellten Zahlen und Zahlenfragmente der Waffe sind von Weidenhammer mit Lupen sorgfältig untersucht und mit den bei Speitel gefundenen Spezialwerkzeugen zum Anbringen neuer Markierungen verglichen worden. In keinem Fall stimmten die Abmessungen der Prägungen einerseits und des Prägewerkzeugs von Speitel andererseits überein.

Ähnlich verhält es sich mit dem Austauschlauf der Waffe. Die Behauptung eines Ankaufs durch ein angebliches Mitglied der "Haag-Mayer-Bande" scheitert an diametral widersprüchlichen Zeugenaussagen der vernommenen Waffenverkäufer. "Summa summarum: Die Herkunft, ganz zu schweigen von dem Weg der Waffen in die Anstalt ist unaufgeklärt." (Weidenhammer)

14. Der ausgeblendete Teil des Plots. Sympathisantenhatz, (Selbst-)Zensur und Repression gegen die Linke

Sympathisantenhatz, (Selbst-)Zensur und Repression gegen Linke

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:19

1977, wie es Linke damals erlebten - das waren die Massenaktionen vor den Atomkraftwerken in Brokdorf und Grohnde mit dem expliziten Ziel der Bauplatzbesetzung. Das war mit "Buback - Ponto - Schleyer" eine kaum steigerungsfähige Abfolge von RAF-Aktionen. Das war zugleich eine Zuspitzung der Gewaltdiskussion und -demonstration von Seiten des Staates. Sowohl auf der praktisch-militärischen als auch auf der propagandistisch-ideologischen Ebene herrschten danach klare Verhältnisse. Die "wehrhafte Demokratie" hatte gezeigt: "Wir können auch anders."

Unmittelbar nach der Schleyer-Entführung am 5.9.77 wurden in Bonn die Gremien formiert, die für die folgenden Wochen eine Art Notstandsregierung bilden sollten: der "große" und der tatsächlich entscheidende "kleine Krisenstab" (vgl. nebenstehenden Kasten). Das Parlament war damit sowohl als Entscheidungs- wie als Kontrollgremium praktisch ausgeschaltet. Der Oppositionspolitiker und spätere CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann sprach von einem "Kriegszustand", in dem sich die BRD damals befunden habe.

Nachrichtensperre und Pressegleichschaltung

Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Verhängung einer Nachrichtensperre. Aus dem gesamten Staatsapparat drangen nur noch streng gefilterte Nachrichten nach draußen. Sie wurden gemäß einer von Polizeipsychologen erarbeiteten Taktik gegenüber den Entführern bis ins einzelne gesteuert.

Der damalige Chef des Bundespresseamtes, Klaus Bölling, wandte sich in einem Rundschreiben an alle Chefredakteure von Presse, Rundfunk und Fernsehen, sich mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums "in Verbindung zu setzen", bevor sie Nachrichten veröffentlichten, die "von den Terroristen oder ihren Helfern stammen" oder die "die Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes in irgendeiner Weise beeinträchtigen" könnten. Der Presserat schloß sich mit der Aufforderung an, "die Maßnahmen der Polizei- und Sicherheitsorgane zu unterstützen" und verwies ebenfalls auf das Pressereferat des Bundesinnenministeriums als oberste Instanz der freiwillig einzuhaltenden Staatszensur. Bis auf wenige linke Blätter war damit eine Gleichschaltung der Presse vollzogen, die nicht auf zentralistischen Verordnungen, sondern auf freiwilliger Unterwerfung beruhte.

Kontaktsperre

Nur wenige Stunden nach der Entführung wurde im "Kleinen Krisenstab" entschieden, alle politischen Gefangenen einer totalen Isolation zu unterwerfen. Die Bundesanwaltschaft beantragte beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs (BGH), eine Kontaktsperre zu verhängen. Das BKA ersucht zugleich die Landesjustizverwaltungen, "ab sofort jede Kommunikation zwischen den Häftlingen und ihren Verteidigern zu unterbinden". Außer in Westberlin folgen alle Gefängnisverwaltungen dem BKA-Ersuchen - obwohl der BGH-Ermittlungsrichter die Kontaktsperre ausdrücklich nicht auf die AnwältInnen erstreckt und der zuständige Bundesanwalt eine solche Maßnahme für "rechtlich nicht zulässig" hält. Die Behörden berufen sich auf einen "rechtfertigenden Notstand", da die Gefangenen über die AnwältInnen die Aktionen der RAF steuern würden.

Pieter Bakker Schut hat in seinem Stammheim-Buch akribisch aufgezeigt, wie die Belege für diese Behauptung fabriziert wurden und sich später in der regierungsamtlichen Dokumentation der Ereignisse wiederfinden: Die RAF habe dem Genfer Anwalt Payot, der als Vermittler auftrat, mitgeteilt,Andreas Baader werde nach seiner Freilassung ein "Code-Wort" sagen, anhand dessen das Kommando seine Freilassung verifizieren könne. Dieses Code-Wort, so die Regierung, habe nur durch Vermittlung der AnwältInnen zwischen Baader und dem Kommando vereinbart werden können. Tatsächlich offenbarte das spätere Aktenstudium, daß die Forderung lautete: einen "Satz, der eine Assoziation enthalten muß, die von einem aus dem Kommando identifizierbar ist" - was eben genau gegen eine direkte Absprachemöglichkeit spricht. Unter

den Bedingungen der Nachrichtensperre und der freiwilligen Gleichschaltung der Presse aber konnten mit der gefälschten Behauptung hemmungslos Grundrechte ausgehebelt werden.

Betroffen von der Kontaktsperre waren etwa 70 Gefangene, die von jeglichem Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten wurden. Die Totalisolation erstreckte sich auf Mitgefangene, Angehörige und FreundInnen sowie die AnwältInnen. Auch dort, wo Richter den Anträgen der VerteidigerInnen entsprachen und die Unrechtmäßigkeit der Maßnahmen feststellten, folgten die Gefängnisdirektoren der vom BKA vorgegebenen Linie. Die Legalisierung folgte wenige Wochen später. In einem beipiellosen Eilverfahren wurde das Kontaktsperregesetz binnen dreier Tage durch alle parlamentarischen Prozeduren gepeitscht. Ihm zufolge können der Bundes- oder die Länderjustizminister eine terroristische Bedrohung und die Notwendigkeit einer Kontaktsperre "feststellen". Diese Feststellung muß innerhalb von zwei Wochen vom BGH bestätigt werden. Weder die Gefangenen noch ihre VerteidigerInnen sind als Prozeßpartei in diesem Verfahren zugelassen. Eine einmal festgestellte und bestätigte Kontaktsperre kann ohne zeitliche Begrenzung immer wieder um 30 Tage verlängert werden, "wenn die Voraussetzungen noch vorliegen".

"Hier wird in der Tat ein schwerer Eingriff in die Rechte von Beschuldigten legalisiert, der üblicherweise ein Kriterium für Diktaturen darstellt", mußte sogar Springers "Berliner Morgenpost" feststellen. Der AK sprach - zwei Wochen vor den "Selbstmorden" in Stammheim - von einem "Internierungsgesetz, unter dessen ‚Schutz` politische Gefangene in der BRD heute tatsächlich auch physisch vernichtet werden können, ohne daß diese Vernichtung bekannt wird - ehe sie zum ‚normalen Tod`, zum ‚Selbstmord` oder dergleichen umretuschiert ist." (AK 114)

Das politische Klima war in diesen Tagen so hochgeputscht, daß Proteste praktisch ausblieben. Insbesondere die "Mescalero-Affaire" im Frühjahr/Sommer 1977 war von Politik und Presse zum Aufbau eines bis dahin nicht vorstellbaren Distanzierungsdrucks auf die Linke und auf Liberale genutzt worden. Tatsächlich hatte sich der Autor des "Buback-Nachrufs" von dem Attentat aus politischen Gründen distanziert - und lediglich eine "klammheimliche Freude" über den Tod des Generalbundesanwalts eingestanden.

Dieser Text wurde zum Vorwand direkter Repressionen, wie etwa einem Polizeiüberfall mit vorgehaltenen Maschinenpistolen auf den Göttinger AStA, verschiedene linke Einrichtungen und 17 Privatwohnungen. Beschlagnahmt wurde bei der Aktion alles irgendwie politische Material, u.a. im Zusammenhang mit Anti-AKW-Aktionen in Brokdorf und Grohnde, bis hin zu den Druckplatten eines Aufrufs für ein Anti-AKW-Pfingstlager.

"Sympathisanten"

im Fadenkreuz

Der politische Streit eskalierte, als 48 HochschulprofessorInnen den stets nur äußerst verzerrend zitierten Mescalero-Text als Dokumentation vollständig veröffentlichten. Der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann knüpfte an der laufenden Pressehetze (die "FR" etwa sprach von "blankem Faschismus") an: "Die Bevölkerung erwartet, daß nun wirklich Taten folgen. ... Alle ‚Lobredner des Terrors und alle Beschöniger terroristischer Ergüsse` müßten von den Hochschulen entfernt werden." Peter Glotz, damals Wissenschaftssenator in Berlin, ließ die beteiligten Hochschullehrer "anhören". Der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel forderte von den UnterschreiberInnen ultimativ die Unterzeichnung einer Distanzierungserklärung, in der sie darüberhinaus für die Zukunft "in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen" Treue zum Staat geloben sollten. Zwölf der 13 Mitherausgeber der Buback-Dokumentation beugten sich dem existenzbedrohenden Druck und unterschrieben den Revers. Peter Brückner, der Direktor des Psychologischen Instituts an der TU Hannover, wies die Zumutung zurück. Er wurde vom Dienst suspendiert und erhielt Hausverbot an der gesamten Hochschule. (Erst Jahre später, kurz vor dem Tod Brückners, wurde die Suspendierung durch ein Gerichtsurteil aufgehoben.)

Überall im Land wurden die linken ASten Angriffsziel der Reaktion. Jede politische Äußerung wurde gerichtlich verfolgt. In Göttingen suspendierte die Landesregierung den gewählten AStA, ließ ihn mit Polizeigewalt aus seinen Räumen vertreiben und setzte einen Staatskommissar ein. In Baden-Württemberg nutzte die Regierung Filbinger das Klima zur vollständigen Abschaffung unabhängiger Studentenvertretungen.

Das Klima ausufernder Hetze, gegen das er sich zur Wehr setzte, beschrieb Peter Brückner so: "Wer ist ein Sympathisant? Manchmal schon der, der sich bemüht, Terrorismus zu verstehen und zu erklären; fast sicher der engagierte Kritiker der Entdemokratisierung einer Demokratie; ganz gewiß, wer deutlich macht, daß die bürgerliche Gesellschaft auf Gewalt fundiert ist ... Linke Professoren sind alle ‚geistige Wegbereiter`. Die AKW-Bewegung sympathisiert, Teile der Frauenbewegung sind Sumpf, der KB fordert zum Bruch der Gesetze auf, die SPD trennt sich nicht von der Stamokap-Fraktion - Sympathisantenscene. Verleger, wie Klaus Wagenbach oder Trikont, bereiten den Weg (für den Terror) - von Dichtern wie Erich Fried ganz zu schweigen."

Heinrich Albertz, Jochen Steffen, Heinrich Böll, Luise Rinser waren nur einige der weiteren Ziele der rechten Treibjagd. "Wer den Kreis der Sympathisanten zu klein zieht", gab die FAZ (14.10.77) zu bedenken, "kann das Umfeld der Terroristen und damit diese selbst nicht bekämpfen."

Selbstverständlich erstreckte sich die Terrorismushetze auch auf die "K-Gruppen". Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) kündigte Ende September 1977 einen Verbotsantrag gegen KBW, KPD, KPD/ML und KB im Bundesrat an. Begründet wurde der Vorstoß u.a. damit, "kommunistische Agitatoren" hätten an vorderster Front von gewaltsamen Anti-AKW-Aktionen wie etwa im März 1977 in Grohnde gestanden. Auch wenn der Antrag selbst aufgrund taktischer Differenzen in der CDU/CSU rasch wieder in der Versenkung verschwand, spiegelt er die Stimmung in großen Teilen der reaktionären Parteien und Medien wieder, nun endlich "so aufzuräumen, daß bis zum Rest dieses Jahrhundert von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen" (Strauß in seiner Sonthofener Rede).

Kalkar, 24.9.77

In diese Zeit und Stimmung fiel die Anti-AKW-Demonstration vor dem geplanten "Schnellen Brüter" in Kalkar. Sie war von vornherein als friedliche Großkundgebung angekündigt, ein Besetzungsversuch war ausdrücklich nicht geplant. Angesichts der TerroristInnenhetze und permanenten Spaltungsversuchen an der Gewaltfrage sowie einem Demonstrationsverbot am Bauplatz hatten die VeranstalterInnen mit einem polizeilichen Großaufgebot gerechnet.

Dennoch waren die TeilnehmerInnen weder auf die bis dahin nicht dagewesene flächendeckende polizeiliche Vollmobilisierung vorbereitet noch auf die unverhüllte Demonstration überlegener Gewaltmittel. Am Tage der Aktion, dem 24.9.77, waren fast 10.000 Polizisten und BGSler rund um Kalkar im Einsatz, zudem tausende an den Grenzen und weitere tausende in allen Bundesländern. Durch Polizeisperren an Straßen und Autobahnen wurden die aus allen Landesteilen anreisenden AKW-GegnerInnen bereits wenige Kilometer nach ihrer Abfahrt gestoppt (so etwa der Hamburger Konvoi in Sittensen durch 1.300 Polizisten). Nach zeitraubenden Durchsuchungen und Personalienfeststellungen konnten sie weiterfahren bis zur nächsten Sperre, häufig mehrere im gleichen Bundesland. Immer wieder waren Autobahnen komplett blockiert und Busse wurden mit vorgehaltener Maschinenpistole auf Parkplätze gelenkt, wo regelrechte polizeiliche Heerlager eingerichtet waren.

In dieser Situation wurde es als großer Erfolg begriffen, daß die bis dahin größte Anti-AKW-Demonstration mit 50.000 TeilnehmerInnen dennoch stattfand (während weitere 20.000 nicht durchkamen). Zudem war es gelungen, trotz Demonstrationsverbot bis zum Brüter-Gelände durchzudringen, und das in politischer Geschlossenheit eines sehr breiten, die Demonstration tragenden Bündnisses.

Dennoch: im Rückblick betrachtet war "Kalkar" ein Einschnitt für die Anti-AKW-Bewegung. Vor allem der damals viele tausend Menschen umfassende militante Flügel geriet in eine tiefgreifende Krise. Der Staat hatte demonstriert, wie vergeblich wetterfeste Kleidung, Helme und Holzknüppel angesichts von Panzerwagen und geräuschvoll durchgeladenen Maschinenpistolen sind. Die "wehrhafte Demokratie" hatte ihre Instrumente gezeigt.

Fahndung total

Unmittelbar nachdem der Tod Schleyers bekannt wurde, begann "die Stunde der Fahndung": "Der Staat wird die Verbrecher ... mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgen. Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen." Eine "Aktion, die in der Kriminalgeschichte nicht ihresgleichen hat" (Spiegel, 24.10.77), lief an. Kurze Zeit später ging die Zahl überprüfter Personen und PKWs schon in die zehntausende. "Ganz Dortmund

war ... zwei Stunden lang abgeriegelt." (WR, 21.10.77) "Alle verfügbaren Beamten" seien "nahezu im Dauereinsatz". Die Bevölkerung wurde zur aktiven Mithilfe aufgerufen. "Teilen Sie alle verdächtigen Wahrnehmungen der Polizei mit", dröhnte es aus Polizeilautsprechern in Wohnvierteln. Allerorten wurden Wohnungen und Häuser durchsucht, 2.700 allein in einem Kölner Hochhauskomplex. Ein BKA-Sprecher verkündete martialisch: "An dem Konzept und den vielen täglichen und nächtlichen Kontrollen wird solange nicht das geringste geändert, bis wir alle 16 Terroristinnen dingfest gemacht haben." (B.Z., 22.10.77)

Dabei waren sich die Verantwortlichen im klaren darüber, daß mit schnellen Fahndungserfolgen kaum zu rechnen war. Vielmehr wurde versucht, eine Massenhysterie zu schüren und ein Klima allgegenwärtigen Denunziantentums zu schaffen. Die Fahndung "fördert die Identifizierung mit unserem Staat, erhöht die Wachsamkeit und verstärkt die Chance, die Täter schnell zu ergreifen", legte ein Kommentator die Prioriäten dar. (NWZ, 21.10.77)

Die polizeiliche Hysterie erstreckte sich bis in Alltagssituationen. Das ging von umfangreichen Routine-Ausfrageaktionen bei Wohnungsmaklern im Auftrag der Polizei bis zu MP-bewaffneten Bullen, die bei einer DLRG-Fete die Jugendlichen einschüchterten, weil die Musik zu laut gewesen sei.

Viele Betriebe veranstalteten Schweigeminuten für den toten BDI-Chef. Wer sich nicht in die erzwungene Trauer einreihte oder gar an die Nazi-Vergangenheit Schleyers erinnerte, mußte mit Abmahnungen oder Entlassung rechnen. Ein Krankenpfleger, der den Tod Schleyers mit den Worten "ein Kapitalist weniger" kommentiert hatte, wurde zu drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt - ohne Bewährung: seine Äußerung stelle "eine Gefährdung der Allgemeinheit" dar. "Im übrigen solle das Urteil den Angeklagten und die Allgemeinheit vor Äußerungen dieser Art abschrecken." (Westfälische Rundschau, 18.11.77)

Gegenwehr und Russell-Tribunal

Große Teile der Linken hatten auf das gesellschaftliche Klima des "deutschen Herbstes" mit pauschalen Distanzierungen oder zumindest mit Zurückstecken und "Hoffen auf bessere Zeiten" reagiert. Nur allmählich kam eine Gegenwehr in Gang, in deren Mittelpunkt die Zurückweisung der TerroristInnenhetze, Fragen nach den "Wundern von Stammheim" und die Solidarisierung mit Opfern der Repressionswelle stand.

Schon lange vor der Schleyer-Entführung hatten Vorbereitungen für ein "Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD" begonnen. Sie reflektierten die Besorgnis im europäischen Ausland angesichts von Berufsverboten, VerteidigerInnenausschlüssen und Zensurgesetzen. Ende September unterstellte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einer öffentlichen Erklärung den Vorbereitern "propagandistische und verleumderische Absichten" und "warnte" alle Sozialdemokraten vor einer Unterstützung. Zeitgleich erarbeitete das Bundesinnenministerium ein vertrauliches Papier, das sich mit den verschiedenen Möglichkeiten eines Verbots des Tribunals befaßte. Die Vorstände von Jusos und Humanistischer Union plädierten dafür, das Russell-Tribunal "vor dem Hintergrund der durch die terroristischen Gewalttaten geschaffenen Situation" auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Diese Politik konnte sich nicht durchsetzen. Trotz heftiger Streitigkeiten in der Vorbereitungsgruppe wirkte das Tribunal als Kristallisationspunkt für verschiedenste Antirepressionsaktivitäten. Als es allerdings im März 1978 eröffnet wurde, war "Stammheim" und der Ausnahmezustand des "deutschen Herbstes" kein Thema auf seiner Tagesordnung. Das Geschichtsbild des Herbstes '77 wurde bis heute durch die Definitionsmacht der amtlichen Darstellung geprägt - und durch deren immer wieder neue Illustration durch willige Journalisten und Filmemacher.

j., Hamburg

15. Krisenstab - Politik der vollendeten Tasachen (Nachdruck aus: Antifaschistische Russell- Reihe, Bd. 5, 1977)

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:20

Während der Schleyer-Entführung wurde die politische Macht in staatlichen Strukturen zentralisiert, die weder im Grundgesetz noch in dessen 1968 ergänzten Notstandsregelungen vorgesehen waren: "Notstandsdiktatur ohne Ausrufung des Notstands" - mit stillschweigender Zustimmung von Parteien, Medien und Verfassungsrechtlern.

Laut Dokumentation der Bundesregierung wurden die Entscheidungen vom Kabinett getroffen. Daneben habe es zwei "Beratergremien" gegeben:

- Die "kleine Lage", bestehend aus Bundeskanzler Schmidt, Bundesinnenminister Maihofer, Bundesaußenminister Genscher, Bundesjustizminister Vogel, "gelegentlich" (angeblich zur "Beratung von Transportproblemen") Kriegsminister Leber. Aus dem Bundeskanzleramt waren dabei: Staatsminister (für "Besonderes") Wischnewski, Kanzleramtschef Schüler, Pressechef Bölling. Fest dazu gehörten ebenfalls BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann. Von Fall zu Fall wurden der IMK-Vorsitzende Hirsch sowie verschiedene "Experten" hinzugezogen, u.a. der frühere Innensenator von Hamburg, Ruhnau. Nach jeder wichtigen Sitzung wurden die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und die Parteivorsitzenden, zum Teil von Schmidt persönlich "unter vier Augen", informiert.

- Der "große politische Beraterkreis", bestehend aus Bundeskanzler, Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien (Strauß, Kohl, Brandt, Mischnik, Wehner). Auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Zimmermann war dabei. Dazu die Regierungschefs der vier Länderregierungen, von denen die Freilassung von Häftlingen gefordert worden war (Filbinger, Goppel, Kühn, Klose).

"Neben diesen Beratungsgremien gab es Lagezentren im Bundeskanzleramt und im Bundesinnenministerium; sie waren rund um die Uhr besetzt. Entsprechende Arbeitsstäbe waren in allen betroffenen Ressorts eingesetzt". Mehr als sonst waren diesmal "Vertreter aus der Wirtschaft" an den Beratungen und Entscheidungen beteiligt. Bekannt ist, daß Schmidt persönlich mit Otto Esser (Vizepräsident des BDA), Günther Sohl (Vizepräsident des BDI), Joachim Zahn (Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz-AG), Eberhard von Brauchitsch (Geschäftsführender Gesellschafter der Flick AG) verhandelte (Welt, 12.10.77). Zahn nahm auch an den Beratungen des Krisenstabes teil (stern 46/77).

Zum tatsächlichen Ablauf der "Entscheidungsfindung" seien nur exemplarisch einige Punkte benannt:

Am Montag, den 5.9., 17.25 Uhr, findet die Entführung Schleyers statt. Es vergehen zwei Tage (!), bis das Kabinett am 7.9. die Lage erörtert. Bis dahin war die politische Linie für die "Sicherheitsorgane" bereits festgelegt, die ersten Ultimaten bereits verstrichen. In der Dokumentation heißt es zu diesem Punkt, als wäre das normal, ganz lapidar: "Mittwoch, 7. September 1977, 09.10 Uhr - Das Kabinett erörtert den Mord- und Entführungsfall in Köln. Der Bundesinnenminister trägt vor, er habe eine zentrale Einsatzleitung unter der Führung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes eingerichtet. Der Bundesjustizminister trägt die von ihm eingeleiteten beziehungsweise angeregten Maßnahmen zur Kontaktsperre für bestimmte terroristische Häftlinge vor. Das Kabinett nimmt von beiden Vorträgen Kenntnis und billigt die getroffenen Maßnahmen." (...)

Zum 5.10. heißt es in der Regierungs-Dokumentation (S. 117): "Der Bundesinnenminister und der Präsident des Bundeskriminalamts berichten über die Erkenntnisse, die aufgrund der bisherigen Fahndung gewonnen worden sind. In einer grundsätzlichen Aussprache werden die weiteren Verhaltensmöglichkeiten erörtert. Dabei werden alle Risiken gegeneinander abgewogen."

"Stern" und "Spiegel" machen diesen Hinweis etwas konkreter: "Planungsgruppen" um das Kanzleramt herum hätten "Fallstudien" betrieben. "Ganz neue Gedanken, abenteuerliche Einfälle zum Teil, werden ernsthaft diskutiert.

Israelische und englische Verhörspezialisten sind in der Lage, durch Benutzung von Psychopharmaka das gesamte Wissen von Gefangenen abzufragen ... Wäre das nicht ein Mittel, das man bei Baader und Raspe anwenden sollte, um ihre Verbindung zu den Entführern aufzudecken? ...

Die Häftlinge könnten, wie von den Entführern gewünscht, ausgeflogen werden. Anschließend würden sich befreundete Nachrichtendienste - gedacht ist an den CIA und an den Mossad Israels - an ihre Fersen heften und sie entweder wieder festnehmen oder liquidieren (!).

Irgendwo in einem befreundeten Land des Nahen Ostens könnte aus Pappe die Attrappe eines der gewünschten Zielflughäfen der Terroristen aufgebaut werden ..." (stern 49/77).

Weiter berichtet der "stern" (46/77) über "das Grundkonzept von Herolds Verhaltenstaktik, das er sich noch in der Nacht nach der Entführung vom Bundeskanzler absegnen läßt: Die Entführer hinhalten, Antworten verzögern, auf Zeitgewinn arbeiten."

"Nachdem die Innenminister der Länder dem BKA ausnahmsweise nicht nur eine Vollmacht für die Ermittlungen, sondern auch für den exekutiven Einsatz der Länderpolizeien gegeben hatten, konnten Herold und seine Kollegen aus den Ländern die Aktion schlagartig auslösen. Bisher war das nie möglich gewesen." (FR, 21.10.77)

Selbst die Regierungs-Dokumentation läßt unmittelbar erkennen, wie sich "Meinungsbildung" und "Entscheidungsfindung" abspielten. "Grundsätzlich" wurde folgender "Ablauf" bei "allen Besprechungen eingehalten:

a) Berichte zur Lage, und zwar

- Ergebnisse von Fahndungen und Ermittlungen

- Kräftelage bei den Sicherheitsorganen

- Justizlage

- Auswärtige Lage

- Medienlage

- Stand des Nachrichtenaustausches mit den Entführern.

b) Beurteilung der Lage

c) Entscheidungen

d) Vereinbarungen über die Unterrichtung solcher Persönlichkeiten, die an der jeweiligen Lagebesprechung nicht beteiligt waren."

Konkret bedeutet das:

- Fahndungs- und Ermittlungsergebnisse - berichtet das BKA;

- Kräftelage bei den Sicherheitsorganen - "koordiniert" das Bundeskanzleramt;

- Justizlage - das hieß: Berichte über die mit Billigung des Justizministeriums durch BKA- und LKA-Leute geführte Gespräche mit den Gefangenen. Bisweilen führte ja auch das Bundeskanzleramt direkt diese Gespräche. Die "Vollzugsbehörde" (Justiz) war lediglich, zumindest laut offizieller Dokumentation, passiv anwesend, oder wurde gar nur "unterrichtet". Berichte zur Justizlage heißt also auch: Bericht BKA/BUKA.

- Auswärtige Lage - Bericht durch Wischnewski (Bundeskanzleramt) in Verbindung mit Berichten des Auswärtigen Amtes und des BND (Auswärts-"Ermittlungen", Kontakte mit auswärtigen Geheimdiensten); verantwortlich wieder: Kanzleramt.

- Medienlage - Bericht von Bölling, Chef des Presseamtes des Bundeskanzleramts;

- Beurteilung der Lage - nach Stand der Dinge: BKA/BUKA.

Unterm Strich ist festzustellen, daß von den "Sicherheitsbehörden" - unter Führung der Kommando-Zentrale BKA/BUKA - auf einer seit dem Überfall auf die Stockholmer Botschaft vorgegebenen "harten Linie" eine Politik der "vollendeten Tatsachen" gemacht worden ist, der selbst das Kabinett nur noch zuzustimmen hatte und für die irgendeine Form Parlamentarischer Kontrolle schon gar nicht mehr bestand.

Später erklärte Bundeskanzler Schmidt im "Spiegel" (15.1.79): "Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben."

Der größte Teil des Textes ist entnommen aus: Nach Schleyer: "Sonderkommandos" in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo (Antifaschistische Russell-Reihe 5), Hamburg 1977, S. 184-186

16. Akrobat Baader (zu Breloers Film "Todesspiel")

Autor: Kt. · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:14

Zwanzig Jahre nach dem "Deutschen Herbst" 1977 stehen in den Medien die Rückblicke an. Den Anfang machte der zweiteilige Film "Todesspiel", der Ende Juni im Fernsehen gezeigt und Anfang September noch einmal wiederholt wurde. Regisseur Heinrich Breloer nimmt für sich in Anspruch, zeitgeschichtliche Ereignisse in gründlich recherchierter, dokumentarischer, zugleich aber auch spielfilmmäßig spannender Form darzustellen. Eine Mischung aus Spielszenen mit Schauspielern, Fernsehbildern aus dem Jahr 1977 und Einblendungen von aktuellen Gesprächen mit damals beteiligten Politikern, ehemaligen RAF-Mitgliedern, den Stewardessen der "Landshut" usw. suggeriert einen hohen Grad von Authentizität, historischer Objektivierung und zugleich von analytischer Aufarbeitung der Ereignisse.

Aber gerade in der für die Zuschauer kaum noch auflösbaren Durchmischung der unterschiedlichen Ebenen liegt eine große Gefahr dieser Darstellungsform. Was eigentlich nur Phantasie des Autors oder bestenfalls ein schillerndes Mosaik aus fragwürdigen, selektiven und nicht einmal unbedingt wahren Einzelinformationen ist, beispielsweise über die geheimen Diskussionen im Bonner Krisenstab oder über die Gespräche zwischen den Gefangenen und Abgesandten des BKA, wird zur dokumentarischen Wiedergabe veredelt. Als wäre der Autor dabei gewesen oder hätte wenigstens die Protokolle zu lesen bekommen - die es aber in beiden Fällen sicher nicht gab.

Der voraussehbar kritischste Punkt dieser Pseudo-Dokumentation waren die "Selbstmorde" im Stammheimer Hochsicherheitstrakt. Breloer hätte eine einfache, redliche Entscheidung treffen können, nämlich wenigstens in diesem Fall ganz strikt nur das darzustellen, was als zweifelsfrei sicher gelten kann: die Zellen werden am Morgen geöffnet, die Gefangenen sind tot. Anschließend hätten die gegensätzlichen Vermutungen über die Vorgänge in der Stammheimer Todesnacht erwähnt und in Aussagen miteinander konfrontiert werden können.

Aber zwanzig Jahre nach dem "Deutschen Herbst" auch nur zuzugeben, daß es immer noch Indizien und Argumente gegen die Staatsversion des kollektiven Selbstmords gibt, ist offensichtlich mehr Wahrheit, als Breloer zeigen wollte und durfte. So sahen wir denn im Fernsehen, wie Gudrun Ensslin ans Fenstergitter tritt, um sich zu erhängen, und wie Andreas Baader mit dem bekannten akrobatischen Griff die Pistole ansetzt, um sich aus einer kaum möglichen Distanz von hinten zu erschießen. Woher Baader im Hochsicherheitstrakt, in einer fast täglich vom BKA gründlich durchsuchten Zelle, eine Pistole hatte, teilt der Film uns allerdings nicht mit.

Und wo blieb Irmgard Möller, die im gleichen Trakt eingesperrt war und in der Todesnacht durch Messerstiche in die Herzgegend schwer verletzt wurde, aber überlebte? Verletzt angeblich mit einem als Tatwaffe präsentierten Gefängnismesser, das für eine solche Verletzung, zumal durch eigene Hand, gar nicht geeignet war? Im Film kommt sie überhaupt nicht vor. Warum blieb uns in diesem Fall der geschmacklose Auftritt einer auf Irmgard Möller zurechtgemachten Schauspielerin erspart, die sich mit dem Messer abmüht?

Der Grund ist einfach: Ensslin, Baader und Raspe sind tot, können sich also nicht mehr wehren. Irmgard Möller aber lebt, hat nichts vergessen und verdrängt, äußert sich immer noch ganz eindeutig in Interviews - und hätte gegen eine entsprechende Filmszene vielleicht sogar juristisch vorgehen können. Selbst wenn das nicht einmal aussichtsreich gewesen wäre, hätte es doch dazu geführt, die Stammheimer "Selbstmorde" erneut ins Gerede zu bringen. Es sprach also die politische Überlegung dafür, die Existenz eines weiteren Opfers vollständig zu unterschlagen.

Und sonst? Einige der aktuellen Interview-Szenen, die Breloer in den Film hineinmontieren ließ, sind interessant und hätten einen Partner verdient gehabt, der intensiver und zielgerichteter nachgefragt hätte. So die Aussagen des GSG 9-Kommandanten Wegener, der den Sturmangriff auf die "Landshut" in Mogadischu leitete. Ein Mann, der sich heute noch als rundum erfolgreichen Vollstrecker der Staatsräson sieht und dabei nicht einmal entfernt zu ahnen scheint, warum er sich - im Interesse eben dieser Staatsräson - beim Erzählen an einigen Punkten lieber Zurückhaltung auferlegen sollte. Zum Beispiel: Daß es damals so prima mit der Verständigung zwischen Politikern und Sicherheitsorganen geklappt hat, weil mehrere Mitglieder des

Krisenstabs in der Nazi-Wehrmacht als Offiziere "gedient" hatten und von daher wußten, was Sache ist - wie Wegener heute noch begeistert hervorhebt -, könnte ja auch zu weniger freundlichen Gedanken Anlaß geben.

Kt.

17. Nicht losgelassen, aber trotzdem verloren. RAF-Gefangenen ist das politische Projekt abhanden gekommen

Autor: M., Berlin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:29

"wir sind heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los. auf kosmetik, einzelne, differenzierte anpassungen werden wir uns nicht mehr einlassen. jetzt gibt es nichts mehr als die zusammenlegung." Mit dieser Erklärung begannen am 1.2.1989 38 politische Gefangenen aus der RAF und dem "antiimperialistischen Widerstand" ihren zehnten - und bis heute letzten - kollektiven Hungerstreik. Ihr Ziel war die Zusammenlegung in ein bis zwei selbstbestimmte Gruppen. Letztendlich konnte aber nicht mehr als die Bildung von drei Kleingruppen erreicht werden - und dies auch nur für einen Teil der Hungerstreikenden.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus, wie auch vieler linker Zusammenhänge hierzulande, blieb auch für die RAF-Gefangenen nicht ohne Wirkung. Der von ihnen geforderte "dialog mit allen gesellschaftlichen gruppen" kam nie in Gang. Dagegen betraten in der Ex-DDR entdeckte ehemalige RAF-Mitglieder die Bühne des politischen Geschehens und sorgten als KronzeugInnen für die erneute Verurteilung einer Reihe bereits inhaftierter RAF-Gefangener. Im April 1992 stellte die RAF ihre "gezielt tödlichen aktionen gegen spitzen aus staat und wirtschaft" ein. Eineinhalb Jahre später wurde die Spaltung des Kollektivs der RAF-Gefangenen öffentlich bekannt.

Inzwischen sind über zwei Dutzend der Hungerstreikenden von 1989 auf freiem Fuß. Spätestens seit der Spaltung ihres "Gefangenenkollektivs" vor vier Jahren scheinen die übriggebliebenen Gefangenen aus der RAF als Möglichkeit, ihre Freiheit zu erreichen, nur noch eine Einzelfall- und nicht mehr eine Kollektivlösung zu sehen.

1987, zehn Jahre nach Stammheim, veröffentlichten die AnwältInnen von RAF-Gefangenen einen Aufruf zur "Beendigung der politischen Isolation" ihrer MandantInnen. Die Forderung des Hungerstreiks 1984/85 wurde erneuert: Durch die Zusammenlegung in große Gruppen sollte die Voraussetzung geschaffen werden, daß die Gefangenen in den Hochsicherheitstrakten ihre Identität bewahren und ihren Anspruch nach "kollektiven Strukturen und Arbeitsprozessen" umsetzen können. Um dieses Ziel zu erreichen, stellten sich die AnwältInnen zur Verfügung, um "über diese grundsätzliche Substanz der Auseinandersetzung auf Veranstaltungen zu reden". (AK 280, vom 9.3.87).

Während sich die beiden Grünen-Politikerinnen Antje Vollmer und Christa Nickels (zusammen mit dem Schriftsteller Martin Walser, dem Theologen Ernst Käsemann und anderen Prominenten) um eine Initiative für einen vorgeblich "ergebnisoffenen Dialog" mit den RAF-Gefangenen bemühten (1), organisierte sich in Hamburg ein Initiativkreis. Ende 1988 veröffentlichte er einen Aufruf, in dem die Freilassung haftunfähiger Gefangener sowie die Zusammenlegung der übrigen Gefangenen in "große, selbstbestimmte Gruppen" gefordert wurde: "Wir fordern die Zusammenlegung, um die Gesundheit der Inhaftierten zu schützen (wie auch) um die programmierte Isolation aufzuheben, und Kollektivität als Voraussetzung solidarischen Zusammenlebens durchzusetzen."

Der Initiativkreis erlangte bundesweite Bedeutung. Vier Jahre nach dem neunten Hungerstreik der RAF-Gefangenen, in dessen Verlauf sich die Hungerstreikenden zusehends politisch selbstisoliert hatten (2), war ein bis dahin einmaliges Bündnis politischer Kräfte von Grünen bis hin zur DKP-Hamburg bereit, diesen Aufruf zu unterstützen. Auch die Unterschrift einer Reihe von taz-Angestellten war - als Multiplikatoren für diese Forderungen - von Bedeutung. (ak 300, vom 14.11.88)

Hungerstreik 1989

Bereits zwei Monate später begann der zehnte Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Ihre Forderung war die Freilassung der Haftunfähigen und daß "alle gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei grosse gruppen" zusammengelegt würden. Zudem sollte die "freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen" erreicht werden. Die Zusammenlegung hatte aus Sicht der Gefangenen zwei Funktionen: Erstens sei sie Voraussetzung dafür, als Kollektiv "an der gesamten politischen

diskussion" teilnehmen zu können. Zum anderen sollte sie "teil eines prozesses von diskussion und praxis werden, in dem revolutionäre politik zu einem neuen realen faktor wird."

Der Hungerstreik wurde schließlich im Mai 1989, nach über drei Monaten Dauer, abgebrochen. Zuvor war die Bildung von drei Kleingruppen in drei sozialdemokratisch regierten Bundesländern vereinbart worden. (3)

Dieser letzte kollektive Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF hatte eine gesellschaftliche Unterstützung erfahren wie keiner vor ihm. Nicht nur stellte sich die Bundesversammlung der Grünen hinter "die berechtigten Forderungen der Gefangenen". (AK 305, 3.4.89) Selbst der Dialog-Kreis um Antje Vollmer begriff die Forderungen sowie die Art und Weise, wie die Gefangenen diesen Hungerstreik angelegt hatten, als "Chance und Signal, Raum zu schaffen für eine neue Offenheit zur geistigen und politischen Auseinandersetzung." (ebd.) Diese unerwartet große Resonanz hing nicht zuletzt an dem Stil, in dem die Hungerstreikerklärung verfaßt worden war. Die Bereitschaft, einen "Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen" beginnen zu wollen, schien eine Abkehr von der bis dahin oftmals abgehobenen und avantgardistischen Haltung der Gefangenen und ihres antiimperialistischen Umfeldes anzudeuten.

VS: Zusammenlegung fördert Selbstzerfleischung

Der Verfassungsschutz hatte schon während des Hungerstreiks in der Frage der Zusammenlegung für eine "Kompromiß"-Lösung plädiert. Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte am 3.4.89 ein Papier des damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Gerhardt Boeden. Er schloß zwar die Zusammenlegung in ein oder zwei Gruppen aus, da dies zu einer "Stabilisierung der Häftlinge in ihrer revolutionären Haltung" führen würde. Möglich sei allerdings die Bildung von vier nach "sozialtherapeutischen Kriterien zusammengestellten Gruppen" aus im Durchschnitt sieben Gefangenen. Damit sei es denkbar, in der Gefangenenfrage "der RAF den Wind aus den Segeln zu nehmen". (Zitiert nach: AK 306, 2.5.89)

Der Staat könne "aus einer Position der Stärke heraus die Zusammenlegung vollziehen, ja sogar anordnen", legte ein Jahr später der Hamburger VS-Chef Christian Lochte nach. In einem taz-Interview umriß er die dahinterstehende Überlegung: Ein Entgegenkommen in der Frage der Gefangenen würde der RAF ihre wesentliche Mobilisierungs- und Rekrutierungsmöglichkeit nehmen. Zudem bestünde aus Sicht des Staates die Chance, daß sich politisch letztlich konzeptionslose RAF-Gefangene - einmal zusammengelegt - über kurz oder lang ideologisch selbst zerfleischen würden. (taz, 18.8.90)

Anderthalb Jahre später präsentierte Justizminister Klaus Kinkel (4) seinen mit der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" erarbeiteten Vorschlag, der als "Kinkel-Initiative" bekannt werden sollte: Zwar komme eine Zusammenlegung nicht in Frage, jedoch die wohlwollende Prüfung von Anträgen auf eine "vorzeitige" Entlassung von RAF-Gefangenen. Gemeint waren damit z. B. Irmgard Möller, die seit 20 Jahren in Isolationshaft saß, oder der RAF-Gefangene Bernd Rössner, der bereits in dem Boeden-Papier aus dem Jahr 1989 als "menschliches Wrack" bezeichnet worden war.

(Um-)Brüche

Bis zur Spaltung ihres Kollektivs hatten die Gefangenen aus der RAF noch mit einigen Schicksalsschlägen zu kämpfen: Zum einen waren in der Ex-DDR die ehemaligen RAF-Mitglieder aufgetaucht, die die RAF zu Beginn der 80er Jahre dort untergebracht hatte (nachdem diese den bewaffneten Kampf nicht mehr fortsetzen wollten). All diese RAF-Mitglieder begannen nach ihrer Enttarnung auf die eine oder andere Weise mit dem bundesdeutschen Staatsschutz zusammenzuarbeiten. So stellten sich alle (bis auf Inge Viett) als KronzeugInnen gegen ihre ehemaligen GenossInnen zur Verfügung. Die Aussagen von Werner Lotze, Susanne Albrecht, Silke Maier-Witt, Henning Beer und Konsorten führten in den folgenden Jahren zu einer Reihe von Prozessen, in denen RAF-Gefangene (u. a. Christian Klar, Heidi Schulz, Ingrid Jakobsmeier, Rolf-Clemens Wagner) erneut zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt wurden.

Im Jahr 1992 fällte das Bundesverfassungsgericht seine jüngste Grundsatzentscheidung über den Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe. Anstatt dieses inhumane, weil zeitlich unbefristete Strafmaß zu reformieren, verschärften es die Karlsruher RichterInnen sogar noch: Wird in einem Lebenslänglich-Urteil die "besondere Schwere der Schuld" der/des Verurteilten festgestellt, so kann diese Person auch länger als 15 Jahre im Knast schmoren. Ein Jahr später wurde vor diesem Hintergrund der RAF-Gefangenen Eva Haule der Prozeß

gemacht, wegen einer Tat, derentwegen sie bereits verurteilt worden war. Jetzt wurde eine "besondere Schwere der Schuld" festgestellt, was eine über 15 Jahre hinausgehende Isolationshaft ermöglicht.

Im April 1992 verkündete die RAF die einseitige Einstellung ihrer "gezielt tödlichen aktionen gegen spitzen aus staat und wirtschaft". In einem politisch-konzeptionellen Offenbarungseid stellte die RAF fest: "wir haben aus verschiedensten gründen keine anziehungskraft mehr für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht". Die RAF favorisierte nun den Aufbau eines diffusen Projekts "gegenmacht von unten". Dies, so betonte die RAF, "schließt den kampf für die freiheit der politischen gefangenen als einen ganz wesentlichen bestandteil mit ein". In diesem Sinne forderte die RAF "die haftunfähigen gefangenen und die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer freilassung zusammenkommen".

Die RAF meinte in der "Kinkel-Initiative" die Existenz einer "fraktion im apparat" erkennen zu können, "die begriffen hat, daß sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen". Sie erwartete "eine wichtige weichenstellung, ob sich in nächster zeit im apparat was in diese richtung bewegt, [ob sich] im apparat die fraktion durchsetzt, die einsieht, daß sie anfangen müssen, zugeständnisse für politische lösungen zu machen."

Diese Erklärung muß als ein wesentlicher Beitrag verstanden werden, den befürworteten "prozeß von diskussion und aufbau" - also diskrete Verhandlungen hinter den Kulissen - "zu schützen". (ak 342, 6.5.92).

Wenige Tage nach ihrer Veröffentlichung gab Irmgard Möller namens aller übrigen RAF-Gefangenen die Unterstützung dieser RAF-Erklärung bekannt.

Zwischenzeitlich waren nach dem Hungerstreik 1989 eine Reihe von politischen Gefangenen freigekommen: Angelika Goder wurde nach einer dringend notwendigen Hüftoperation nicht wieder in Haft genommen. Ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen wurden GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand haftverschont - und sei es nur, daß sie wenige Wochen vor ihrem eigentlichen Entlassungstermin aus der Haft kamen (u.a. Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen, Christoph von Hören und Isabel Jakob). Auch Gabi Rollnick wurde entlassen, so daß die Kleinstgruppe im Lübecker Knast auf drei Frauen zusammenschmolz.

Parallel zur "Kinkel-Initiative" kamen Günter Sonnenberg und Bernd Rössner frei. Sonnenberg hatte bei seiner Festnahme 1977 durch den Schuß aus einer Polizeiwaffe eine lebensgefährliche Kopfverletzung erlitten, mit deren Folgen er seine gesamte Haftzeit über zu tun hatte. Für Bernd Rössner erfolgte im Herbst 1992 eine Haftunterbrechung, damit er sich außerhalb des Knastes einer therapeutischen Behandlung unterziehen könne - auch die Krankheit Rössners war eine direkte Folgewirkung der zerstörerischen Bedingungen der Isolationshaft.

Diejenigen Gefangenen aus der RAF, die über die bei lebenslangen Freiheitsstrafen üblichen 15 Jahren hinaus in Haft gesessen hatten, versuchten, die von Klaus Kinkel angekündigte "wohlwollende Prüfung" von Anträgen auf Entlassung auszutesten. 1992 stellten Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby (alle drei aus Lübeck) und die Celler Kleinstgruppe (Knut Folkerts, Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo) Entlassungsanträge. Sie erklärten, daß sie nach einer möglichen Haftentlassung nicht zum bewaffneten Kampf zurückkehren würden. Dessen ungeachtet versuchte der Staatsschutz in den nachfolgenden Verfahren vergebens, darüber hinausgehende Abschwörungserklärungen von den RAF-Gefangenen abzuverlangen. Auch auf die alte Klamotte, RAF-Gefangene mittels psychiatrischer Gutachten entweder als "unbeirrbare Terroristen" oder schlicht als "Verrückte" (mit angeblich "abnormen Charakterstrukturen") darzustellen, wollte der deutsche Staatsschutz nicht verzichten.

Die Bombe platzt

- und verpufft

Im November 1993 gibt die RAF-Gefangene Brigitte Mohnhaupt im Namen eines Teils der RAF-Gefangenen (5) deren "Bruch" mit der RAF bekannt: "Wir machen jetzt eine Sache bekannt, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung ist nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen." (ak 360, 17.11.93)

In den Monaten vor Bad Kleinen, also wahrscheinlich seit Anfang 1993, hatte sich der Berliner Rechtsanwalt und ehemalige Verteidiger von RAF-Angeklagten, Christian Ströbele, in Absprache mit den Celler RAF-Gefangenen um eine Vermittlungsinitiative durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bemüht. In Kooperation mit dem Aussteiger-Beauftragten des Verfassungsschutzes, dem ominösen "Herrn Benz", gelang es ihm, den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden von Mercedes-Benz, Edzard Reuter, dafür zu gewinnen, bei der Bundesregierung für eine politische Lösung vorzusprechen. Gleiches galt für den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis.

Inhalt einer solchen politischen Lösung sollte sein, daß die Gefangenen, die am längsten in Haft sind, freikommen und daß die übrigen Gefangenen zusammengelegt werden, um anschließend nach Wegen für eine "Gesamtlösung" zu suchen, die die RAF mit einschließen würde. Beide, Reuter und Bubis, sprechen auch tatsächlich bei der Bundesregierung vor. Aber beide blitzen ab. Der Staatsschutz steht zum damaligen Zeitpunkt (Mai 1993) in den unmittelbaren operativen Vorbereitungen für die Killfahndung in Bad Kleinen, und allem Anschein nach möchte Kohl deren Ergebnisse abwarten. Doch auch nach der Tötung von Wolfgang Grams ist die Initiative Ströbeles nicht am Ende. Er besucht Birgit Hogefeld im Knast, und sie bittet ihn, damit fortzufahren.

Für den Großteil der RAF-Gefangenen kommt dieser von der RAF eingeschlagene Weg nicht in Frage. Mohnhaupt beschreibt ihn als "Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung (...) Das Ende der Politik, für die die RAF über 20 Jahre gestanden hat, revolutionäre Intervention in den Metropolen. Und das war noch nie eine Frage der Mittel allein, sondern eine des Inhalts." (ebd.)

Die RAF ihrerseits erklärt: "Den Bruch in der RAF gab es schon lange". Es entbrennt ein langatmiger Streit darüber, wer als erster von der Notwendigkeit einer politischen Zäsur in der RAF-Politik gesprochen bzw. die Einstellung des bewaffneten Kampfes gefordert habe. Selbst über die Urheberschaft der Promi-Idee für eine Verhandlungslösung wird erbittert gestritten.

Bis 1996 werden nach und nach Ingrid Jakobsmeier, die Celler RAF-Gefangenen sowie die in Lübeck einsitzenden Frauen (Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Christine Kuby) entlassen. So sind die von Medien und Staat als "Hardliner" verschrieenen RAF-Gefangenen im Knast nunmehr "unter sich" (abgesehen von Birgit Hogefeld, die aber bislang von ihnen toleriert, also nicht ignoriert wird).

Fehleinschätzungen

Die Situation der RAF-Gefangenen in den letzten Jahren hat nicht nur die staatliche Strategie von Zuckerbrot und Peitsche als Ursache. Sie ist auch das Ergebnis schwerwiegender Fehleinschätzungen seitens der politischen Gefangenen: Zum einen wurde das Kräfteverhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und der Linken seit 1989 falsch eingeschätzt: In der Hungerstreikerklärung meinten die RAF-Gefangenen, der Staat könne gezwungen werden, die "kröte" der Zusammenlegungen "schlucken" zu müssen. Und selbst nach der Bankrotterklärung der RAF 1992 meinte Eva Haule, die Möglichkeiten der Gefangenen, "einen weg freizukämpfen für unser leben und unsere unmittelbare teilnahme am politischen prozess", hinge davon ab, inwieweit "dem staat die bestimmung der entwicklung in dieser auseinandersetzung aus der hand genommen" werden könne. (ak 343, 3.6.92)

Die Entwicklungsdynamik innerhalb der Linken dürften die RAF-Gefangenen - wie viele andere Linke auch - viel zu optimistisch eingeschätzt haben: Befand sich diese doch parallel zum Hungerstreik 1989, also schon vor dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der deutschen Einheit, auf dem gesellschaftlichen Rückzug.

Kein Wunder, daß die während und unmittelbar nach dem Hungerstreik so hoffnungsfroh erwarteten Debatten mit den politischen Gefangenen aus der RAF schnell im Sande verliefen. Zum einen zeigte sich binnen weniger Wochen, daß die radikalen Linken zuallererst mit sich selber beschäftigt waren. In den Hunger-streik-Plenen machte sich Ratlosigkeit breit: "Unklar ist, an welchem Punkt die Diskussion eigentlich beginnen soll. Und (so banal es klingt,) wir müssen erstmal sehen, wie wir unter uns ‚draußen` die Diskussion um radikale Politik weiterführen können." (AK 310, 18.9.89)

Auch die Gefangenen zogen eine erste Bilanz der Folgen des Hungerstreiks. Helmut Pohl schrieb im Herbst 1989: "wir sind mit unserem projekt nicht weitergekommen. wir müssen uns auf eine neue phase des kampfes

orientieren. heute hat sich nach unserem eindruck alles zum thema ‚diskussion` hin verschoben, und die zusammenlegung rutscht in den hintergrund. ein teilnehmen am prozeß von diskussion und praxis für eine politische weiterentwicklung ist für uns nicht möglich. es gibt bei vielen eine denkweise zu politik, die wir ablehnen - politik ist für uns keine getrennte beschäftigung mit politischen themen, sondern eine lebensweise. der ganze politikbegriff, den viele noch haben, muß überdacht werden. es gab ja so viel unterstützung für unsere forderungen wie noch nie, bis rein in die gewerkschaften, kirchen, juristenvereine usw. aber das spielte eine immer geringere rolle." (AK 313, 11.12.89). Eva Haule bekräftigte diesen Sinneswandel wenig später in einem Brief an die "AG Kommunikation" aus Frankfurt/M. Deren Vorstellungen, daß "wir uns an der aktuellen diskussion beteiligen sollen, läuft drauf raus, uns vorzuschlagen, objekt auf dem linkem politikmarkt (der meinungen, ansichten) zu sein. das geht nicht, das machen wir nicht. daß einzelne in die diskussion einsteigen, ist absolut keine lösung. wir bestehen drauf, als gruppe an der diskussion teilzunehmen." (AK 318, 30.4.90)

Fallstricke

Die Zusammenlegungs-Forderung konnte 1989 so eine breite Unterstützung gewinnen, weil sie humanitär begründbar und vermittelbar war. Deshalb konnte sie auch die Zustimmung liberaler Kräfte finden, die sich gegen eine Amnestie o.ä. ausgesprochen hätten. Gleichzeitig war die Forderung attraktiv, weil mit der Zusammenlegung unweigerlich ein Prozeß der öffentlichen Diskussion mit den politischen Gefangenen hätte eröffnet werden können. Die Zusammenlegung war also die richtige Antwort auf die Unzulänglichkeit der Vollmerschen Dialoginitiative. Diese wollte eine "Versöhnung von RAF und Staat", was im Kern aber nur auf eine "Amnestie für Aussteiger" hinauslaufen sollte.

Die Zusammenlegung hätte diese Einengung vermieden. Nur durch die Zusammenlegung wäre eine offene politische Auseinandersetzung mit allen RAF-Gefangenen möglich geworden. Denn wenn "Versöhnung" stattfinden soll, dann hätte man wohl in erster Linie an diejenigen herantreten müssen, die immer noch am Konzept der RAF festhielten. (vgl. AK 287, 19.10.87)

Auf der anderen Seite war im Verständnis der RAF-Gefangenen die Zusammenlegung mit der Neukonstituierung des revolutionären Widerstandes verknüpft. (6) Somit war die Zusammenlegung auch aus ihrer Sicht nicht ergebnisoffen. Das Vermischen von bündnisfähigen Forderungen und politischen Absichten der Gefangenengruppe gebar regelmäßig die Gefahr der Instrumentalisierung derjenigen, die sich aus anderen Gründen als diese selbst für deren Forderung einsetzten - eine Schwierigkeit, die immer wieder in der Solidaritätsarbeit zu den RAF-Gefangenen auftauchte.

Den RAF-Gefangenen gelang es nicht, den politischen Raum, den sie durch ihre Hungerstreiktaktik geöffnet hatten, inhaltlich zu besetzen bzw. durch taktische Maßnahmen zu halten. Den Hungerstreik abzubrechen und so Tote zu vermeiden, war zweifellos der richtige Schritt. Einsichtig war es auch, daß sich die RAF-Gefangenen nicht in ein endloses Allerweltspalaver mit einer auf sinkendem Kurs befindlichen radikalen Linken haben verwickeln lassen. Wenn jemand vorhatte, sich mit den RAF-Gefangenen auseinanderzusetzen, beharrten diese zu Recht darauf, ihre Situation als Ausgangspunkt der Debatte zu nehmen bzw. dieses Thema in deren Zentrum zu halten.

Die RAF-Gefangenen erreichten 1989 nicht mehr, als dem Staat drei Kleingruppen abzutrotzen. Auf die jetzt beginnende Phase waren sie wenig vorbereitet. Die Diskussionen mit den Hungerstreik-Plenen waren weitgehend im Sande verlaufen. Mit welchen anderen "gesellschaftlichen Gruppen" ein "Dialog" (und über welche Themen) hätte geführt werden können, dazu schwiegen die Gefangenen.

Ganz abgesehen davon wäre der angestrebte "gesellschaftliche Dialog" unter den Bedingungen der Isolationshaft nur schwer möglich gewesen. Den politischen Gefangenen gelang es nicht, Kampagnen zu öffentlich vermittelbaren Teilforderungen unterhalb der Zusammenlegung zu entwerfen, die einen solchen Dialog erleichtert hätten (also z.B. Normalisierung der Besuchsmöglichkeiten, Beendigung der Briefzensur, etc.).

Hinzu kommt, daß sich die Selbstsicht des "RAF-Gefangenenkollektivs" als große Illusion erwies. (7) Die Gruppe war altersmäßig und im Hinblick auf ihren politischen Erfahrungshorizont äußerst heterogen (8): Ideologische Konflikte wären unausweichlich aufgetreten, sobald die RAF-Gefangenen zusammengelegt worden wären.

Auch bestand in gewissem Sinne ein zeitliches "Dilemma". (9) In den Jahren nach dem Hungerstreik 1989 standen Haftprüfungen (aufgrund der überlangen Haftzeiten) bzw. Haftverschonungen (aufgrund der in der Isolationshaft ruinierten Gesundheit) immer wieder und immer dringlicher auf der Tagesordnung. Tatsächlich sind - zum Glück! - inzwischen bis auf neun alle der zuletzt 38 Hungerstreikenden auf freiem Fuß. Dies hat gravierende Auswirkungen auf Größe, Zusammensetzung und Zusammenhalt eines Kollektivs.

Auch hier zeigte sich, daß es mit dem Kollektiv der RAF-Gefangenen so weit nicht her war: Unter Berücksichtigung der oftmals durch die Isolationshaft zerrütteten Gesundheit, der oftmals als fremd empfundenen Freiheit, dem Ausgebranntsein und dem nur allzu berechtigten Bedürfnis nach Neuorientierung: Von den entlassenen Gefangenen aus der RAF bzw. dem antiimperialistischen Widerstand, deren gesundheitlicher Zustand es zuläßt, sind der interessierten Öffentlichkeit bis heute keine - dem damals propagiertem Kollektivanspruch entsprechenden - Initiativen für die Freilassung aller politischen Gefangenen bekanntgeworden.

Alle müssen raus!

Weder die Entlassenen noch die RAF-Gefangenen waren in den vergangenen Jahren in der Lage, substantielle Initiativen zu entwickeln: Von den Gefangenen, die die RAF-Erklärung vom April 1992 zunächst begrüßt, dann aber doch wieder verworfen hatten (10), wurde weder ein allgemeinpolitischer Neuanfang gewagt noch ein "ge- meinschaftlicher Organisationsversuch" (ak 358, 22.9.93) begonnen.

Aber noch bitterer ist es, daß keine Idee für ein Projekt zur kollektiven Lösung erarbeitet wurde. (11)

Kurz nach dem Hungerstreik 1989 hatte Helmut Pohl davor gewarnt, auf die vom Staatsschutz ausgelegte Leimrute des "individuellen gnadenwegs" zu tappen. (AK 313, 11.12.89) In sämtlichen Kampagnen zur Freilassung haftunfähiger (12) bzw. überlang einsitzender RAF-Gefangener (13) wurde aber letztlich genau darauf gesetzt, mit einer primär menschenrechtlichen Argumentation Lösungen für einzelne Gefangene zu erreichen. (14)

Die RAF-Gefangenen haben leider ihren Kurswechsel - über die jeweilige humanitäre Notwendigkeit hinausgehend - niemals eingestanden, geschweige denn begründet. Dabei ist dies der einzige Weg, auf dem derzeit die Freilassung von Gefangenen zu erreichen ist. Das ist deshalb so bedauerlich, weil sie in ihrem Engagement für die Freilassung einzelner GenossInnen faktisch bei einer politischen Praxis angekommen sind, die sie - bzw. ihr antiimperialistisches Umfeld draußen - immer am meisten verachtet, aber gleichwohl am dreistesten zu instrumentalisieren versucht haben: den Kampf für Menschenrechte und Menschenwürde um ihrer selbst willen.

In einem Papier, für das die unter einem Pseudonym schreibende Autorin in einem Beitrag des Celler "AK Drinnen und Draußen" als "durch und durch bürgerlich" beschimpft wurde (ak 334, 23.9.91), schrieb "Hanna Cash" zwei Jahre nach dem letzten Hungerstreik: "Es ist notwendig, den Kampf um Freilassung und bessere Haftbedingungen thematisch von einer Neubestimmung der Politik der RAF zu trennen. Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen politischen Stellenwert - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla - zugestanden bekommen, weil die Frage der Menschenrechte immer als eigenständige politische Frage zu behandeln ist. Das Ernstnehmen von Menschenrechten wird in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik sein." (AK 329, 8.4.91)

Die in der Bundesrepublik praktizierte Isolationshaft wird international als eine Form "weißer Folter" angeprangert. RAF-Gefangene wie Stefan Wisniewski, Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler sind seit 1978 bzw. 1979 diesen unmenschlichen Haftbedingungen unterworfen. Heidi Schulz ist nicht nur schwerkrank, sondern hat - wie Sieglinde Hoffmann, Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar - die übliche Haftzeit bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe (15 Jahre) abgesessen - auch sie wie alle anderen unter Isolationshaftbedingungen. Deren Freilassung, wie die des ebenfalls haftunfähigen Helmut Pohl, stehen in der kommenden Zeit sicherlich im Vordergrund. Aber wir wollen natürlich, daß Eva Haule und auch Birgit Hogefeld rauskommen - und dies, bevor deren Gesundheit in den bundesdeutschen Hochsicherheitstrakten endgültig ruiniert worden ist.

M./Berlin

Anmerkungen:

(1) So sollten sich nach deren Vorstellungen einmal im Vierteljahr RAF-Gefangene als Gruppe zu vertraulichen Gesprächen z.B. mit dem Altbischof Kurt Scharf, Erich Fried, Hanns-Magnus Enzensberger, Wolfgang Niedecken oder Margarethe von Trotta treffen. Daß die mit der Person Antje Vollmers verbundene "Versöhnungsinitiative" so ergebnisoffen doch nicht war, ist aus ihren eigenen Äußerungen zu schlußfolgern, wonach sie es als einen "unwiderstehlichen Reiz" empfand, beim "Desertieren aus den Schützengräben" zu assistieren. Ihr Realo-Kollege Dany Cohn-Bendit, der damalige Chefkommentator der taz, Klaus Hartung sowie der Hamburger Verfassungsschützer Christian Lochte, waren noch deutlicher: Sich aus diesem Dialog ergebende Überlegungen für Hafterleichterungen bzw. Amnestiemöglichkeiten sollten nur für "AussteigerInnen" in Frage kommen. Zunächst zeigten sich rund 20 RAF-Gefangene diesem Vorstoß gegenüber aufgeschlossen. Schließlich lehnten sie jedoch im August 1988 einen Dialog unter den vom Staat diktierten Umständen ab (vgl. hierzu H. Pohl in: Angehörigen-Info Nr. 182, 15.6.96).

(2) So hatten sich die Gefangenen ausdrücklich gegen eine Solidarisierung auf demokratischer oder humanistischer Ebene ausgesprochen: "Es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht also um revolutionäre Gegenmacht und Aktion." Gleichzeitig wurde der Hungerstreik von einer Reihe von Anschlägen begleitet. (Vgl. AK 255, 11.2.85)

(3) In Celle wurden Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts, in Lübeck Irmgard Möller, Gabi Rollnick, Hanna Krabbe und Christine Kuby und in Köln Heidi Schulz, Sieglinde Hoffmann, Ingrid Jakobsmeier und Christa Eckes zusammengelegt (letztere wurden aber bereits zwei Jahre später - wegen ihrer Widerspenstigkeit - wieder auseinandergerissen; vgl. ak 332, 1.7.91)

(4) Kinkel war im "Deutschen Herbst" 1977 Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Während des Hungerstreiks 1989 war er als Staatssekretär im Bundesjustizministerium (und zusammen mit den beiden Spitzenbeamten des Innenministeriums, Hans Neusel und Eckardt Werthebach, dem späteren Präsidenten des BfV) Chefunterhändler der Bundesregierung. In dieser Funktion traf sich Kinkel während des Hungerstreiks mit den RAF-Gefangenen Helmut Pohl und Heidi Schulz.

(5) Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hoffmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Helmut Pohl, Heidi Schulz und Rolf-Clemens Wagner.

(6) "unser kampf für die zusammenlegung soll teil eines prozesses von diskussion und praxis sein, in dem revolutionäre praxis hier zu einem neuen realen faktor wird" (Hungerstreikerklärung 1989 in: AK 303). "wir sind ein zu diesem system antagonistisches politisches kollektiv. wir wollen eine revolutionäre entwicklung. wir kämpfen darum, subjekt in der konfrontation zu bleiben." (Karl-Heinz Dellwo in: AK 308, 26.6.89). "[Uns geht es darum], das projekt der sozialen befreiung hier neu zu gründen." (Erklärung zum befristeten Hungerstreik in Celle 1991 in: ak 335, 21.10.91). Der Kampf für die Zusammenlegung und die Freiheit der Gefangenen könne nur erfolgreich geführt werden, wenn er "in den Prozeß der Neuformierung des revolutionären Projekts" integriert sei. (Heidi Schulz in: ak 358, 22.9.93)

(7) "Es wird niemandem gelingen, diese Geschichte auszulöschen und unseren Zusammenhang zu sprengen." (Karl-Heinz Dellwo in: ak 348, 19.11.92) "wir sind und bleiben ein kollektiv, und anders machen wir keine politik. davon gehen wir nicht mehr runter." (Eva Haule in: AK 318, 30.4.90)

(8) So hungerstreikten 1989 neben 22 sich der RAF zuordnenden politischen Gefangenen auch 12 sog. "illegale Militante" aus dem antiimperialistischen Widerstand mit (aus der Düsseldorfer Kiefernstraße: Luitgard Hornstein, Rico Prauss, Andrea Sievering, Christian Kluth, Thomas Kilpper; aus Duisburg: Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Thoene; die drei Hessen Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernd Rosenkötter sowie die Stuttgarterin Claudia Wannersdorfer).

(9) Helmut Pohl sprach 1993 davon, daß es inzwischen für eine Lösung des Gefangenenproblems "zu spät" sei. (ak 358, 22.9.93)

(10) "Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung", so Brigitte Mohnhaupt im Namen von Rolf Heißler, Rolf-Clemens Wagner, Eva Haule, Heidi Schulz, Christian Klar und Helmut Pohl. (ak 360, 17.11.93)

(11) Beispielhaft für diese wortgewaltige Konzeptionslosigkeit der Aufruf von Hanna Krabbe: "was wir jetzt brauchen, ist ein neuer anlauf, unsere freiheit durchzusetzen. wir haben in den letzten jahren zwar geschafft, einzelne von uns rauszu-kriegen, aber immer nur in äußersten notsituationen und über einzelkampagnen.

selbst das ist blockiert. mir ist bewußt, daß die hürden gegen meine - und weitere! - freilassungen nur wegzuschaffen sind, wenn wir es schaffen, unsere gesamte situation im bewußtsein drinnen und draußen soweit wieder zu politisieren, daß die juristischen verfahren nebensache sind." (in: Angehörigen-Info 171, 12.8.95; vgl. auch das hilflose Wiederholen antiimperialistischer Platitüden von Rolf-Clemens Wagner in: Angehörigen-Info 190, 24.1.97)

(12) Günter Sonnenberg, Bernd Rössner, Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen, Isabel Jacob, Christine Kuby.

(13) z.B. Irmgard Möller und Hanna Krabbe.

(14) So hat die Ende 1996 gestartete Kampagne "Perspektive Freiheit" einen humanitären Ansatz ("lange Haftdauer und der in der Isolation stark verschlechterte Gesundheitszustand"). Aber wen wollen die InitiatorInnen um die Hamburger "Gruppe Lotta" mit Sätzen wie diesem erreichen: "Aktionen der Guerilla waren ein willkommenes Mittel, die eigene empfundene Machtlosigkeit zu kompensieren und motivieren, selbst aktiv zu werden" ? Letztendlich versackt dieser Ansatz im Voluntarismus, wenn der geplante Start der Kampagne so begründet wird: "Warum? Wir wollen es so!" (Angehörigen-Info 190, 24.1.97; vgl. auch Rote Hilfe Zeitung 2/97)

18. Der Sympathisantensumpf droht auszutrocknen. Renegaten, Denunzianten und Superlinke - eine garantiert einseitige Medienschau

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:08

Für die Linke war der "Deutsche Herbst" nicht nur eine Machtdemonstration des Staates. Zur Einschüchterung trug auch die Selbstzensur der Medien bei, die als willfährige Propagandisten des Krisenstabes funktionierten. 20 Jahre später ist dieser Aspekt des "Herbstes" kein Thema. Selbstkritik leisten dagegen viele Linke, die 1977 noch Gegenöffentlichkeit zu schaffen versuchten.

Auch 20 Jahre danach würde Helmut Schmidt nicht mit den Feinden von einst reden, geschweige denn ihnen die Hand geben. Die "Anti-Terror-Gesetze" müßten, sicher ist sicher, weiter gelten; sein eigener größter Fehler im Kampf gegen den "Terrorismus" sei sein Nachgeben während der Lorenz-Entführung gewesen. (Interview in Die Zeit vom 4.7.) Selbst die FAZ (3.9.) sieht beim Altkanzler einen gewissen Starrsinn am Werke: "Daß Schleyer für die Staatsräson geopfert wurde, so will es Schmidt, dessen Popularität in diesen Tagen stark anstieg, auch heute nicht sehen." Das immerhin war auch Heinrich Breloers Pseudo-Dokumentarfilm "Todesspiel" zu entnehmen, dessen "Willen zur Objektivität" Schmidt lobt.

Schon bei der Erstausstrahlung sahen mehr als 5 Mio. Menschen Breloers Machwerk - Geschichtsbetrachtung aus der Perspektive des Staatsschutzes, mit viel Action und Original-Selbstmorden der Stammheimer Gefangenen (siehe Filmbesprechung). Inzwischen laufen Wiederholungen in den dritten Programmen, auf daß der Unterricht in Staatsbürgerkunde auch die letzten Unbelehrbaren erreiche und überzeuge: Dieser unser Staat ist demokratisch und gut, aber, wenn es sein muß, auch streng mit seinen Feinden.

Gegen die suggestive Kraft der Bilder kann das gedruckte Wort wenig ausrichten. Die Redaktionen der großen Tages- und Wochenzeitungen versuchen es auch gar nicht erst, die staatsoffizielle "Wahrheit" in Frage zu stellen. Konsens ist: Die RAF hat den Staat herausgefordert, dieser hat teilweise überreagiert, aber glücklicherweise gesiegt; als die RAF-Gefangenen das erkannten, brachten sie sich um. Das Jubiläum dient vor allem dazu, vermeintliche linke "Mythen" zu zerstören. Wie schon 1977 steht die Front der Meinungsführer geschlossen. Im ersten Teil der Spiegel-Serie "Herbst des Terrors" reicht die nebulöse Ankündigung Andreas Baaders, die Gefangenen würden demnächst ihr "Schicksal selber in die Hand" nehmen, als Beweis, daß die Stammheimer Gefangenen "sich selbst umbrachten". Zweifel an der Selbstmordthese - wie 1980, mit drei Jahren Sicherheitsabstand, im Stern vorgetragen - sind heute auf linke Gazetten mit kleiner Auflage beschränkt. Auch deren Bemühungen, "Gegenöffentlichkeit" zu schaffen, sind nicht immer überzeugend.

Die taz: Sympathisanten und Renegaten

Die taz hat mit ihrem Journal "die RAF, der Staat und die Linke. 20 Jahre Deutscher Herbst" ein interessantes Zeitdokument vorgelegt, das für die Nachgeborenen als Einstiegslektüre geeignet ist. Den "VeteranInnen" ist vieles bekannt, aber dennoch - auch in der taz-üblichen Verkürzung - lesenswert: Die selbstkritischen Rückblicke von Birgit Hogefeld und Klaus Jünschke; Christiane Ensslins Auflistung wichtiger Fakten, die gegen einen Selbstmord der Stammheimer Gefangenen sprechen; die Dokumentation des "Buback-Nachrufes" und der Rede, die Professor Peter Brückner im Prozeß um seine Suspendierung hielt; schließlich das knallharte Bekenntnis des seinerzeitigen Regierungssprechers Klaus Bölling: Der Staat konnte damals nicht anders handeln, und Helmut Schmidt ist ein Held der inneren Sicherheit.

Mit ihrem Journal hat die taz nützliches Material geliefert, wenn es um die Frage geht, warum die RAF scheitern mußte und - eng damit verknüpft - mit was für einem Staat wir es in der BRD zu tun haben. Leider hat es die Redaktion nicht dabei bewenden lassen, sondern mit einem Essay genannten Leitartikel das Lernziel ähnlich eng definiert wie die KPdSU zu Zeiten von Stalins "Kurzem Lehrgang". Interpret der neueren Geschichte ist Christian Semler, taz-Redakteur zwischen 1989 und 1996. Vor 20 Jahren war er Vorsitzender der vaterlandsverteidigenden "KPD"/Aufbauorganisation, die für die Stärkung der NATO eintrat und in Leonid Breschnew den "Hitler von heute" ausgemacht hatte. Heute hält Semler die Grüne Partei für die größte

Errungenschaft der deutschen Nachkriegsdemokratie; seine Argumente sind allerdings ärmlich und auf einer Reihe von Geschichtsfälschungen aufgebaut:

1. "Erst der Amoklauf der RAF entzog der Vorstellung den Boden, daß der Staat der Bourgeoisie gewaltsam zerschlagen und auf seinen Ruinen die Commune erblühen würde." Nun steht die Ausrufung der "Commune" bedauerlicherweise nicht auf der Tagesordnung. Daß mit dem Scheitern der RAF alle revolutionären Hoffnungen begraben worden wären, ist aber nichts weiter als eine Behauptung.

2. In der Anti-AKW-Bewegung des Jahres 1977 (mit teils militanten Massenaktionen in Brokdorf, Grohnde, Malville und Kalkar), schreibt Semler, ..."dementierten die Demonstranten ... den Anspruch verschiedener Avantgarde-Organisationen einschließlich der RAF.." Die RAF war - zum Glück für alle Beteiligten - in der Anti-AKW-Bewegung nicht präsent, wohl aber etliche kommunistische und revolutionäre Organisationen mit und ohne "Avantgarde"-Anspruch, ohne die die Massenmobilisierung des Jahres 1977 nicht möglich gewesen wäre. Gemessen an ihrem unmittelbaren Ziel ("Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden"), endeten diese Aktionen zwar mit Niederlagen. Ihr politischer Symbolwert war allerdings erheblich - auch wenn später vor allem die Grüne Partei sichtbaren Nutzen aus der linksdominierten Bewegung zog. Über die Grünen schreibt Semler:

3. "Die vier ursprünglichen ‚essentials` der Grünen - gewaltfrei, basisdemokratisch, sozial und ökologisch - zeigen die Spuren eines geglückten Neuanfangs und einer demokratischen Integration." Das Gebot der "Gewaltfreiheit", das Semler im Unterschied zu den Grünen an die erste Stelle setzt, diente in der Gründungsphase der Partei vor allem der Abgrenzung von den Linken. Daß dennoch viele Linke in die Partei strömten, hat mit "Umdenken" und "Neuanfang" weit weniger zu tun als mit handfestem Opportunismus: Dabeisein schien ihnen alles. Die von Semler gepriesene "Integration", die Anerkennung als koalitions- und regierungsfähige Kraft, war mit Sicherheit nicht das Anliegen der Anti-AKW-Bewegung; sie war von Anfang an außerstaatlich und - nach der schnell folgenden Konfrontation mit der Staatsgewalt - wenn nicht mehrheitlich, dann doch zu großen Teilen antistaatlich.

Was in Wahrheit ein jahrelanger widersprüchlicher Prozeß voller scharfer politischer Auseinandersetzungen war, erscheint in Semlers Rückblick glatt und folgerichtig: das Scheitern der RAF, die Anti-AKW-Bewegung und der ökologische "Rettungsgedanke", die Gründung der Grünen Partei und ihre Integration - kurzum: ein "geglückter Neuanfang" und großer Fortschritt gegenüber 1977, als die "Kontrahenten ... von Leidenschaft besessen" waren und "Gewaltphantasien und Strafbedürfnisse (sie) quälten." (Am Rande vermerkt: Semlers Verweis auf die angeblich zum Mitleid fähige italienische Linke beruht auf falschen Analogien. Im Unterschied zu dem SS-Mann Schleyer galt der italienische Christdemokrat Aldo Moro, der im im März 1978 von den Roten Brigaden entführt und nach 55 Tagen Gefangenschaft ermordet wurde, als Exponent einer "Öffnung nach links". In seinen Briefen aus dem "Volksgefängnis" stellte er seine eigene Partei bloß, die ihn der Staatsräson opferte. Moro wäre für die christdemokratische Regierung tatsächlich eine "wandelnde Zeitbombe" gewesen - wenn die Roten Brigaden ihn freigelassen hätten. Daß sie es nicht taten, trug ihnen politische Kritik und moralische Empörung auch von Linken ein.)

Für den Fortgang der Dinge empfiehlt Semler eine Strategie der "Mäßigung": "die Verbindung zum Gegner nicht zu kappen, zu reden, statt in die Gewalt zu flüchten". Das gefällt auch Betonkopf Bölling, der auf eine ganze Reihe von Gesprächen mit ehemaligen RAF-Aktivisten zurückblickt - ohne dabei seine Position auch nur geringfügig zu modifizieren. Semlers Strategie der Mäßigung ist weit weniger als ein "Klassenkompromiß", sie ist eine Unterwerfungserklärung: Die ehemaligen Linken "mäßigen" sich, und der Staat weicht keinen Millimeter.

Konkret: Zivilisten und Denunzianten

Scheinbar von ganz links bestätigt Oliver Tolmein Semlers Darstellung: 1977 war das Jahr der Renegaten, der Staat zeigte seine ganze Macht, da zogen sich die Revoluzzer zurück und gründeten eine staatstragende Partei und eine ebensolche Zeitung, die taz. Letztere war für die RAF und ihre Freunde von Anfang an ein "Counter-Blatt". Daß Tolmein sich diese Sicht heute zu eigen macht, verblüfft schon deshalb, weil er selbst von 1986 bis Ende 1988 taz-Redakteur war. Noch weniger begreiflich ist, daß er beide Gründungen zu einem historischen Großereignis addiert: der "Geburt der deutschen Zivilgesellschaft".

Letzterer Begriff wird in konkret durchgängig als Schimpfwort benutzt. Tolmeins Definition ist zumindest originell: "Verzicht auf Sympathisantenjagd und offene polizeiliche Konfrontation, Absicherung rechtsstaatlicher Mindestgarantien und Öffentlichkeit - im Tausch gegen Friedensschluß mit den Verhältnissen und unbedingte Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols." Anders gesagt: Zivilgesellschaft ist, wenn es in der Gesellschaft "zivil" zugeht! Wenn Tolmeins Beschreibung der 1977 gegründeten "Zivilgesellschaft" stimmte, dann ließe es sich - der taz und den Grünen sei Dank - hierzulande erheblich besser leben. Allein - die Verhältnisse, sie sind nicht so. Das weiß auch Tolmein, löst das Dilemma aber mit einem Trick, indem er die tagtägliche Gewalt außerhalb der "Zivilgesellschaft" ansiedelt: Der "terroristische Ausnahmezustand, in dem Flüchtlinge, Immigranten und nicht deutschstämmige Inländer gehalten werden, geht restlos im deutschen Normalzustand auf, denn er richtet sich gegen Personen, die so anders sind, daß deutsche Zivilisten in ihrer Mißhandlung keinen Angriff auf Bürger- und Menschenrechte erkennen können." Zu diesen faschistoiden "deutschen Zivilisten" zählt Tolmein offenkundig auch taz und Grüne, getreu der Väter Losung "viel Feind, viel Ehr'". Leider kommt bei dieser Geschichtsbetrachtung auch viel Unsinn heraus.

Die konkret-Redaktion machte Tolmeins Text zum Leitartikel; schon vom Titel droht das Böse: "Deutscher Herbst '77: Die Geburt der Zivilgesellschaft". Der Rückblick wird abgerundet mit einem Text von Baader, Ensslin und Raspe, deren "bemerkenswerte politische Scharf- und Weitsicht" die konkret-Redaktion 20 Jahre später hervorhebt. Neben teilweise berechtigten Vorwürfen an die ängstliche Linke und dem nicht so ganz überzeugenden Appell "Man muß kämpfen, weil man immer kämpfen muß" enthält der Artikel einige Fehleinschätzungen: die BRD als "Protagonist des neuen Faschismus", der Stammheim-Prozeß als direkt an die Massen gerichtete Warnung vor Rebellion etc.

Die Beifall klatschende konkret-Redaktion druckt den (gekürzten) Artikel mit derselben Überschrift nach, mit der er schon 1977 in konkret erschien: "Stammheim und die Linke". Nicht erwähnt wird jene Linke, die vor 20 Jahren in der Person des konkret-Herausgebers Hermann L. Gremliza ihren wortgewaltigsten Sprecher fand. Im Mai 1977 hatte Gremliza dazu aufgefordert, mit der Polizei gegen "Terroristen" zusammenzuarbeiten: "Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen." Dieser Aufruf zur Denunziation ist deshalb besonders bemerkenswert, weil Baader, Ensslin und Raspe in ihrem fast zeitgleich entstandenen Text die demoskopisch ermittelte Bereitschaft von 20 Prozent der erwachsenen Westdeutschen hervorhoben, ",strafrechtliche Verfolgung in Kauf zu nehmen`, um einen Illegalen aus der RAF eine Nacht vor der Polizei zu schützen." Hier einen Sinneswandel herbeizuführen sei eine wesentliche Funktion der Prozesse.

Ob Gremliza seine Position in die andere Richtung geändert hat, erfahren seine LeserInnen nicht. Ein Wort der Selbstkritik und des Bedauerns wäre wohl angebracht gewesen. Statt dessen erwecken die konkret-Macher den falschen Eindruck, sie seien immer schon die schärfsten Kritiker der staatstreuen Linken gewesen.

Nach so viel notwendigem Verriß ein Lob: Neben Joachim Rohloffs Medienschau "Die Sache des Staates" ist vor allem Otto Köhlers Artikel über den Beginn von Schleyers Unternehmerkarriere im "Protektorat Böhmen und Mähren" ein wichtiger Beitrag gegen das selektive Gedächtnis: Schleyer, im kollektiven Bewußtsein als Opfer der RAF abgespeichert, war nach einer Beurteilung aus dem Jahre 1941 "bewährter SS-Führer aus der Kampfzeit mit besonders wichtigen politischen Aufgaben in Prag."

Die RAF, die SS und die Kollektivschuld der Linken

Der Nazi Schleyer ist auch Thema eines Artikels von Friedrich Christian Delius über "Die Dialektik des Deutschen Herbstes" (Die Zeit, 25.7.1997). Delius erinnert in seiner zweiten von drei "Thesen über das Terrorjahr 1977" an einen häufig vergessenen Aspekt der medialen Selbstzensur: "In den Medien galt gleichzeitig die Parole, die noch weniger ausgesprochen wurde (als die vorbehaltlose Unterstützung für die Hinhaltetaktik des Krisenstabes; Anm. ak): Die Vergangenheit Schleyers nicht erwähnen oder herunterspielen, weil sie nicht zum Argument für die Terroristen werden dürfe." Auf den Fotos aus dem "Volksgefängnis" erkennt Delius hinter dem "sichtbaren Leiden des gefangenen Arbeitgeberpräsidenten" ein "zweites Bild ..., über das nicht gesprochen wurde, ... das heimliche, vielleicht das eigentliche Skandalon des Jahres 1977: Nie zuvor hatte man in Deutschland einen SS-Mann leiden sehen."

Delius wagt sich mit einer rhetorischen Frage an den Rand des "Sympathisantensumpfs": "Hat die Bundesrepublik also im Herbst 1977 den Preis dafür bezahlt, daß sie einen Bundespräsidenten (Heuss, FDP; Anm. ak) hatte, der dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, einen Staatssekretär (Globke, CDU; Anm. ak) im Kanzleramt, der bei den Nürnberger Rassegesetzen federführend gewesen ist, und einen Kanzler (Kiesinger, CDU; Anm. ak), der im Propagandaministerium gearbeitet hatte?"

Nähme Delius seine These vom Kampf zweier "krimineller Vereinigungen" - RAF gegen SS - ernst, müßte er zwangsläufig für die RAF Partei ergreifen. Diese Konsequenz zieht er aber nicht, sondern kommt im direkten Anschluß auf sein wesentliches Anliegen zurück: Die Gewissensprüfung von "uns allen" - ausgenommen die Geiseln in der "Landshut" - , die wir damals die Ereignisse bewußt miterlebt haben: "Der ‚Herbst` ist das einzige Ereignis seit 1945, bei dem kein Westdeutscher, der damals erwachsen war, sagen dürfte: Ich war hier unbeteiligt, ich war ohne Schuld". Die Predigt ist ausgewogen: Schuld trug nicht nur die RAF, sondern auch der Staat - obwohl beide Seiten, von "Feindessucht", "Paranoia", "Fanatismus" getrieben, nicht voll zurechnungsfähig und damit, juristisch gesprochen, eigentlich "vermindert schuldfähig" waren.

Bleiben also die anderen, die 1977 zwar verständlicherweise Angst hatten, aber sonst bei klarem Bewußtsein waren: die "terrorkritischen Linken". Ihr größtes Versäumnis sei es gewesen, der RAF "zu defensiv, zu zaghaft" gegenübergetreten zu sein. Die Distanzierungen - nicht nur von der RAF - und die Selbstzensur erscheinen Delius im Rückblick nicht ausreichend als Beitrag der Linken zur großen nationalen Aufgabe des Jahres 1977: dem Kampf gegen den "Terrorismus". So kommt er heute dort an, wo Gremliza schon vor 20 Jahren stand.

Js.

19. Im Jahr der Schweine. Über Memoiren von RAF-AussteigerInnen

Klaus Viehmann über Memoiren von RAF-AussteigerInnen

Autor: Klaus Viehmann · Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:17

1997 droht die Bestätigung des bösen Witzes, daß Geschichtsschreibung die Summe der Lügen ist, auf die sich die Leute nach 20 Jahren geeinigt haben. Zu 20- oder 30jährigen Jubiläen gibt es Fernsehfilme, Talk-Shows, neue Bücher oder Zeitschriftenbeilagen voller Terror und Guerillageschichtchen: Wichtig, wichtig präsentiert von einer kruden Mischung aus Bundesanwälten, Spiegel, BKA-Journalisten und ehemaligen, ganz ehemaligen und besonders ehemaligen Stadtguerillamitgliedern. Gegen dieses Schmier- und Quatschkartell auf dem Medienmarkt anstinken zu wollen ist aussichtslos. Die bürgerlichen Medien wollen Distanzierungen hören. Wer dem nicht nachkommt, wird totgeschwiegen oder verleumdet; so geht es auch den immer noch im Knast sitzenden Gefangenen. Ein Buch wie Rossana Rossandas und Mario Morettis Brigate Rosse, das als politisch reflektierendes Streitgespräch den Ansprüchen einer linken Geschichtsschreibung genügt, lesen in der BRD vielleicht zweitausend Leute. Die staatliche Geschichtsvariante á la Todesspiel (bezahlte Ghostwriter: die KronzeugInnen Peter Jürgen Boock und Silke Meier-Witt) sehen Millionen.

Die Situation sähe bei einer aktuell stärkeren (militanten) Linken und womöglich bewaffneter Praxis anders aus, aber in diesen Tagen Ende der 90er Jahre, in denen der bewaffnete Kampf der 70er Jahre nicht mehr existiert und in denen wenige an revolutionären Absichten festhalten oder neu zu ihnen finden, wird eine Kritik dieses "Herbst"-Schwulstes kein Massenpublikum finden. Frappierend ist allerdings, daß manche Inszenierungen auch von Linken einfach akzeptiert werden. Insbesondere AussteigerInnen-Memoiren, die mit linkem Restanspruch daherkommen, erfahren eine große Verbreitung und positive Rezensionen.

Peng! Peng! Tratsch bis zum Schuß

Was macht den Reiz solcher Memoiren aus? Wieso finden politische Beschreibungen, Dokumente und Debatten viel weniger Interesse als ein personalisiertes Panoptikum des bewaffneten Kampfes? Eigentlich wissen ja alle, daß in Autobiographien gelogen, unterschlagen und verdreht wird - also was verführt selbst bewußte Linke dazu, offensichtlichen Zerrbildern Glauben zu schenken? Liegt es nur daran, daß Memoiren einen Einblick in die intime Sphäre einer verborgenen Welt bieten, einer fremden, aber durch Sensationsberichte interessant gemachten Welt?

Es ist ja auch bequemer, im Wartezimmer das Goldene Blatt über Königinnen und Fürsten zu lesen als eine historisch-kritische Untersuchung des Feudalismus und seiner heutigen Wurmfortsätze. Der Unterschied im Wahrheits- und Lehrgehalt ist allgemein bekannt. Aber das eine ist leicht zu schmökern, das andere mühselige Erkenntnis-Arbeit. Der Szenetratsch fesselt, weil man/frau "informiert" wird, ohne nachdenken zu müssen... Genau so funktionieren die "Insider-Berichte" aus der Stadtguerilla: Schillernde Figuren, Schurken und Lichtgestalten statt politischer Hintergründe und Diskussionen; Zeilen voller Liebe und Ressentiments statt Fairneß und Differenzierung. Literarisch oft unter aller Sau, öffnet sich für die LeserInnen ein Schlüsselloch mit Blick auf MP-Salven, dunkle Verliese und das Liebesleben in der Illegalität.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es gibt gute Beispiele für subjektive politische Berichte oder Romane. Die Testimonios der Tupamara/os verbinden z.B. persönliches Erleben in allen Widersprüchen mit politischer Bewußtheit und andauernder Feindschaft gegenüber dem herrschenden System. Sie zeigen Bereitschaft zu Selbstkritik mit Fairneß gegenüber ehemaligen WeggefährtInnen. Die Romane von Nanni Balestrini über die italienische Bewegung der 70er und 80er Jahre vermitteln mehr als ganze Jahrgänge alter Zeitungen. Von Peter Weiss' Ästhetik des Widerstands ganz zu schweigen...

Das ist aber nicht das, was der kapitalistische Markt will. Der sucht den Kick, Beziehungstratsch, tolle Typen, sogar mal starke Frauen, und will die Einsicht hören, daß es alles nichts gebracht hat, daß der bewaffnete Kampf ein Fehler war und niemand noch einmal auf die Idee kommen soll, das anders zu sehen. Für andauernde Systemfeindschaft und unspektakuläre Ehrlichkeit wird nicht gezahlt.

Eitelkeit im Wahrheitsministerium

In der parteikommunistischen Geschichtsschreibung sind je nach politischer Lage Personen und politische Positionen verschwunden, und die Bedeutung anderer hat zugenommen. Der Unterschied zu AussteigerInnen-Memoiren: Da fehlen bestimmte Personen und Positionen schon in der ersten Auflage, und die AutorInnen sind sofort ganz wichtig.

Es ist Eitelkeit, die darauf drängt, persönliche Erlebnisse in möglichst hoher Auflage gedruckt sehen zu wollen: Die eigene Person steht als HeldIn im Vordergrund, das alte Kollektiv ist nur noch Staffage. AussteigerInnen schreiben allein. Sie wollen ihre Version der Story gar nicht diskutieren, denn eine kollektive Geschichtsschreibung ließe ihnen nicht genug Raum zum faktenlosen Fabulieren. Nur so können alte Freund- und Gegnerschaften nach heutigem Nutzen, Eigeninteresse und Gutdünken auf- und abgerechnet werden. Durch die Verwendung von Deck-, Klar- und Falschnamen entsteht eine Grauzone, in der Unterstellungen, Auslassungen und Diffamierungen besonders gut möglich sind. Für identische Personen lassen sich auch mehrere Namen verwenden, dann können Verleumdung und Verdienste ganz ungeniert verteilt werden.

Der Gewinn wird allerdings keinesfalls verteilt: Die ehemals kollektiv gemachte antikapitalistische Geschichte wird zu gewinnbringenden Buchveröffentlichungen, Talk-Show-Auftritten und Lesungen. Die alten GenossInnen werden nicht mal gefragt, ob das Geld nicht irgendwohin gespendet werden sollte. Die Linke ist ohnehin nicht besonders gefragt, denn nur das bürgerliche Publikum sorgt für hohe Auflagen und Einschaltquoten. Ein Vorabdruck im Spiegel oder ein Auftritt im TV bringt mehr Geld und befriedigt die Eitelkeit besser als ein Bericht im freien Radio oder linke Diskussionsveranstaltungen, bei denen man/frau nicht vom Podium herab schwadronieren kann.

Eine auf dem Markt erfolgreiche Aussteigerstory muß die Distanzierung von der alten Politik sorgfältig dosieren: Nicht ganz so weit, wie es gegenüber Polizei und Justiz nötig war, um weniger Knast zu kriegen, sondern genau so weit, daß die Erinnerungen einerseits noch als Insiderbericht durchgehen, andererseits aber als Bericht eines/r "inzwischen vernünftig Gewordenen" konsumiert werden können. Konsumierbarkeit und Eitelkeit vereinigen sich trefflich, denn beide wollen nicht die politische Geschichte erkennen, sondern die/den AutorIn in Zwangslagen ("tragischeR HeldIn") und schwerer innerer Zerrissenheit ("Liebe oder Guerilla") genießen. Das Publikum darf mitschwelgen, und weil das in hoher Auflage geschieht, wird auch der Bauch des/der AutorIn gepinselt.

Eitelkeit findet ihre harte Grenze im Knast. Dort funktionieren Selbstdarstellung, Großmäuligkeit und Starallüren nicht, und man/frau muß, auf sich selbst zurückgeworfen, zehn oder fünfzehn Jahre überleben.

Lange im Knast bleiben zu müssen und sich dort altern zu sehen, ist für alle sehr schwer. Es gibt akzeptable Gründe, das nicht auszuhalten. Genug Gefangene sind vorzeitig freigekommen, ohne sich zu verkaufen, andere zu belasten und sich später ins Rampenlicht zu drängeln. Für die Eitlen aber ist ihr persönliches Schicksal wichtiger als die alte Kollektivität und ihre politische Überzeugung - die läßt sich ja gegebenenfalls ändern. Im Knast suchen sie nach einem Ausweg - Hauptsache raus! - und wenn Ausbruchsversuche unmöglich sind, kommt die taktische Wende, um auf irgendeinem anderen Weg (früher) rauszukommen.

Was nicht geschrieben steht...

In der ursprünglichen Fassung dieses Artikels, der in der Arranca! Nr.12 veröffentlich wurde, bin ich auf einzelne Darstellungen in Inge Vietts Buch Nie war ich furchtloser eingegangen. Es reicht, das einmal getan zu haben, zumal der Sinn darin bestand, grundsätzliche Schemata und Verfälschungen in AussteigerInnen-Memoiren zu belegen. Nie war ich furchtloser steht für ein Gehabe, mit dem die alte Stadtguerilla endgültig abgewickelt werden soll. Und es steht beispielhaft für eine schlampige Geschichtsschreibung. Weil solche Bücher mangels besserer kollektiver Geschichtsschreibung oft als Geschichtsbuchersatz gelesen werden, dürfen sie nicht unwidersprochen bleiben.

Zur Bewertung eines Buches gehört der Hintergrund seiner Entstehung und seiner Autorin. In Rezensionen in linken Zeitschriften, auch dem ak, war aber nicht zu erfahren, was aus Presse oder dem Urteil seit Jahren bekannt sein sollte: daß Inge Viett trotz des gegenteiligen öffentlichen Eindrucks gegenüber dem BKA Aussagen gemacht - wenn auch weniger als die anderen DDR-AussteigerInnen - und Kronzeugenrabatt bekommen hat. Wenn sie sich danach zurückgehalten hätte, gäbe es keine besondere Notwendigkeit, ihr Verhalten öffentlich zu machen. Aber nach so einem Buch und zahllosen Auftritten in Talk-Shows und Lesungen sind zumindest im linken Rahmen korrigierende Kritik und Informationen notwendig.

Im Buch selbst werden die Kronzeugenregelung und die vorzeitige Entlassung mit keinem Wort beschrieben. Grundlage für den Kronzeugenrabatt waren belastende Aussagen über die Zusammenarbeit von RAF und MfS Anfang der 80er Jahre, speziell eine Ausbildung, die angeblich im Vorfeld der RAF-Aktion gegen den US-General Kroesen stattfand. Die BAW erwirkte aufgrund dieser Aussagen Anfang der 90er Jahre Haftbefehle gegen vier oder fünf ehemalige Stasi-Leute, die auch in U-Haft kamen. (Allerdings nur für einige Wochen oder Monate, da danach ein Bundesverfassungsgerichtsurteil über die Strafbarkeit von Taten auf DDR-Boden abgewartet wurde und Inge Vietts Aussagen später für eine Verurteilung nicht ausreichten. Es gab u.a. auch eine gegenteilige Erklärung von RAF-Gefangenen zu diesem Thema). Im Urteil wird die Anwendung der Kronzeugenregelung sowohl mit diesen Haftbefehlen gegen die Stasi-Leute als auch mit einer "Verunsicherung der RAF" begründet, die diese evtl. "von weiteren Straftaten abhalten" könne. (Der genaue Wortlaut ist im Urteil des OLG Koblenz vom 26.8.92 nachlesbar).

Daß Inge Viett Vertreter des MfS belastet hat, die den RAF-AussteigerInnen in der DDR geholfen haben und für die sie selbst als "IM" gearbeitet hat, ist so gravierend, daß diese Aussagen nicht versehentlich unterschlagen wurde. Zudem lobt Inge Viett die DDR samt MfS in ihrem Buch. Da ist was schräg.

Zudem wurden Anklagen wegen der Lorenz- und Palmers-Entführung oder der Meyer-Befreiung eingestellt, obwohl sie in anderen Prozessen zu Verurteilungen von 15 Jahren geführt haben. Das mag ein juristisches Detail sein, das einer Erwähnung im Buch nicht bedarf. Daß Inge Viett aber nach einer Anklage wegen eines Polizistenmords nach nur sechseinhalb Jahren Knast (von Sommer 1990 bis Frühjahr 1997) entlassen worden ist und ihr ein Jahr vorher schon "offener Knast" mit Freigängen genehmigt wurde - das ist so ungewöhnlich, daß es zum Verständnis des Buches und seiner Autorin gesagt werden muß.

Wer Knastverhältnisse kennt weiß, wie man/frau sich verhalten muß, um in den Genuß solcher Vergünstigungen zu kommen. Man/frau muß z.B. der Arbeitspflicht nachkommen, d.h. eine mehr oder weniger schwachsinnige Arbeit für ca. 10 DM pro Tag machen. Man/frau kann sich auch keine "negative Beurteilung" durch die Schließer erlauben. Gespräche und Psychotests mit Knastpsychologen sind weitere Voraussetzungen für "Lockerungen".

Wenn ein Buch während der Haft unter solchen Bedingungen geschrieben und durch die Zensur an den Verlag geschickt wird, dann ist klar: Es wurde so geschrieben, daß eine vorzeitige Entlassung nicht gefährdet wurde. Positive Äußerungen zur RAF sind dann unmöglich, zumal die Verteidigungsstrategie auch auf der Behauptung beruhte, daß zum Zeitpunkt des Schusses auf den französischen Bullen bereits eine innere Abkehr von der RAF lief - was von Bedeutung ist, da aktiven RAF-Mitgliedern von den Gerichten generell eine "unbedingte Tötungsabsicht" unterstellt wurde/wird: mit nachfolgendem "Lebenslänglich" und einer Haftdauer von etwa 16 - 20 Jahren. Egal also, wie AussteigerInnen die RAF oder den bewaffneten Kampf heute wirklich sehen, sie können gar nichts anderes schreiben als Distanzierungen.

Wenn persönliche Diffamierungen ehemaliger WeggefährtInnen hinzukommen, wird das sicherlich auch als "glaubwürdige Distanzierung" gewertet.

Wie gesagt erzwingt der Knast beim Schreiben eine zweckgebundene Distanzierung, wenn man/frau auf Lockerungen spekuliert. Zudem ist der Knast ein schlechter Ort, um ein Buch zu schreiben, bei dem man/frau auf kollektive Erinnerung und Diskussion angewiesen ist. Gerade beim Thema Stadtguerilla, wo einzelne nie alles gewußt haben, ist das so. Wem ernsthaft an möglichst guter Erinnerung und Darstellung liegt, würde warten und nach dem Knast alte GenossInnen befragen. Wer dennoch unter Knastbedingungen schreibt, hat anderes als gute Geschichtsschreibung im Sinn.

Kritik an der RAF oder am bewaffneten Kampf überhaupt haben und hatten viele, und nicht wenig davon ist berechtigt. In Aussteigerbüchern aber wird wenig politisch-wissenschaftlich reflektiert, sondern eine bereits aus nicht-politischen Gründen bezogene Position nachträglich politisch verbrämt und legitimiert. Es werden nicht die alten politischen Auseinandersetzungen wiedergegeben, sondern die heutigen Inszenierungen davon.

Bezeichnend ist auch, daß der Vorabdruck eines Buches gemeinsam mit den Exklusivrechten an dem ersten Interview nach der Entlassung für ca. 50.000 DM an den Spiegel und an Spiegel-TV verkauft wurde. (Es paßt dazu, daß der Spiegel der jungen Welt und der taz mit sechsstelligen Ordnungsgeldern gedroht hat, wenn sie diesen Exklusivvertrag nicht respektieren und selbst Interviews abdrucken.) Denn ein Vermarkten an ein Medium wie den Spiegel, der als das antiterroristische Hausblatt des BKA durchgehen kann, funktioniert nur,

wenn es keine linksradikale Geschichtsschreibung ist - über die kotzt der Spiegel nur ab. (Und wenn doch mal in einem Interview etwas Linksradikales im Spiegel vorkommt, dann wird sicher ein Redakteur beauftragt, einen gehässigen Artikel daneben zu stellen.)

Dieses Vermarkten und Verkaufen - das ist der Kapitalismus, der zu Stadtguerillazeiten noch bekämpft wurde und den die so hochgehaltene DDR mal überwinden wollte. Das hat mit linker Geschichtsschreibung nichts zu tun.

2002: Vorwärts zum Nicht-Vergessen!

AussteigerInnen-Memoiren finden in der Linken Raum, weil es keine bessere Geschichtsschreibung gibt. Es ist der Fehler von allen, die sich nicht distanziert haben, daß sie keine umfassende Geschichte vorlegen. Sicher, es gibt Wichtigeres zu tun, und niemand, der heute noch eine linke Praxis verfolgt, will zum Aktenstaubschlucker werden. Aber es ist vermutlich besser, ein Jahr dafür zu opfern, als auf ewig unwidersprochen diesen Müll ertragen zu müssen.

Bis zum 35. Jahrestag des 2. Juni 67 oder bis zum 25. Jubiläum des "deutschen Herbstes" sollte es doch klappen, oder?

Klaus Viehmann, Ende August 1997

20. Guerillakampf und Befreiungsbewegungen. Die Linke in Lateinamerika in den 60er und 70er Jahren

Die Linke in Lateinamerika in der 60er und 70er Jahren

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:22

ak-Autor Albert Sterr veröffentlicht im Oktober sein neuestes Buch mit dem Titel "Die Linke in Lateinamerika". Der Sammelband enthält Aufsätze von bekannten PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Angehörigen von Basis- und Solidaritätsbewegungen, die in Länderartikeln die Stärken und Schwächen der jeweiligen linken und emanzipatorischen Bewegungen darstellen. Wir dokumentieren leicht gekürzt die ersten beiden Abschnitte des Beitrags, in dem Albert Sterr sich mit Guerillakampf und Befreiungsbewegungen der 60er und 70er Jahre befaßt. Im Buch selber wird die Entwicklung bis in die Gegenwart hinein weiterbehandelt.

Die derzeit bedeutendsten Guerillabewegungen Lateinamerikas, die mexikanischen Zapatisten und die Mitglieder der kolumbianischen "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB), könnten gegensätzlicher kaum sein. Die militärisch schwache "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN) trat am 1. Januar 1994 im süd-östlichen Bundesstaat Chiapas erstmals öffentlich in Erscheinung. (...) Mit der "Revolutionären Volksarmee" (EPR) trat im Juni 1996 eine weitere Kraft auf den Plan, die in mehreren Bundesstaaten Mexikos bewaffnete Aktionen durchführt. (...)

Anders als die regional gebundenen Zapatisten sind die "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC), das "Nationale Befreiungsheer" (ELN) und das "Volksbefreiungsheer" (EPL) in großen Teilen Kolumbiens präsent. Sie sind die ältesten unter den in Lateinamerika noch aktiven Guerillagruppen und dehnen ihren militärischen Aktionsradius weiter aus. Ihre Hauptoperationsgebiete, in denen sie territoriale und soziale Kontrolle ausüben, liegen in dünnbesiedelten und schwer zugänglichen ländlichen Regionen. In den letzten Jahren näherten sich Guerillafronten den urbanen Zentren an. In den Städten selbst sind sie jedoch weiterhin nur zu kleineren Sabotage- und Propagandaaktionen in der Lage. Das in der Gesamtschau beträchtliche militärische Gewicht der kolumbianischen Guerilla steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu ihrem geringen politischen Einfluß und zu ihrer diffusen Programmatik. (...)

Indessen beendete der Friedensvertrag in Guatemala am 29.12.1996 den letzten bewaffneten Konflikt Mittelamerikas. Mit der "Revolutionären nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) wandelt sich nach der nicaraguanischen FSLN und der salvadorianischen FMLN der letzte der drei Guerilladachverbände in eine legale Organisation um. (...) Die ehemals revolutionären und sozialistischen Guerillaformationen verwandelten sich im Verlaufe mehrerer Jahre in Reformparteien. Anders als in den vergangenen zwei Dekaden akzeptieren sie heute den Parlamentarismus westlicher Prägung und den Kapitalismus als politische Geschäftsgrundlage. Im Transformationsprozeß in Richtung parlamentarische Demokratie spielen sie eine wichtige Rolle als Vertretung der verarmten Bevölkerungsmehrheiten.

Dagegen halten die bewaffneten Zusammenstöße in Peru an, wenngleich deren Zahl nach der Festnahme von Abimael Guzmán (Presidente Gonzalo) im September 1992 und der damit einhergehenden Schwächung und nachfolgenden Spaltung von "Sendero Luminoso" deutlich zurückging. Die Besetzung der Residenz des japanischen Botschafters in Lima am 17.12.1996 durch ein Kommando der "Revolutionären Bewegung Túpac Amaru" (MRTA), der zweiten, mit "Sendero Luminoso" verfeindeten und seit jeher wesentlich kleineren Rebellengruppe, belegte jedoch eindrucksvoll, daß die vom autokratisch regierenden Präsidenten Fujimori verkündete Befriedung und die Zerschlagung dieser Organisation eher seinen Wunschvorstellungen als den Tatsachen entsprechen.

Schon dieser erste kurze Überblick über die derzeit wichtigsten Guerillabewegungen Lateinamerikas zeigt, daß von einer einheitlichen Tendenz nicht die Rede sein kann. Vielmehr kennzeichnen Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten die politische Entwicklung. Anders als in den sechziger Jahren war in den 80er und 90er Jahren kein kontinentaler Trend zur politisch motivierten Gewaltanwendung auszumachen. Der bewaffnete Kampf ist aber auch kein politisches Auslaufmodell. Trotz Waffenniederlegungen, Friedensverträgen und der Aussichtslosigkeit, auf der Grundlage von bewaffneten Erhebungen kurz- und mittelfristig die Staatsmacht zu

übernehmen, ist heute keineswegs eine allgemeine Tendenz festzustellen, Guerillaaktionen völlig und endgültig ad acta zu legen. (...)

Die Aktionsformen, Vorgehensweisen, Zielsetzungen und Bezugspunkte der Guerillagruppen haben sich jedoch ausdifferenziert und zum Teil deutlich gewandelt. Während die Methoden, die politischen Ziele und die soziale Basis der 60er-Jahre-Guerillas trotz gewisser Besonderheiten einzelner Gruppen im Grunde identisch waren, ist dies bei den in den 80er und 90er Jahren aktiven Bewegungen nicht mehr der Fall. Um nun nicht bei Einzelfalldarstellungen stehenzubleiben oder - das andere Extrem - simplifizierende Globalaussagen zu vermeiden, scheint es mir unabdingbar, das jeweils spezifische Zusammenwirken nationaler bzw. regionaler Besonderheiten und internationaler Kräftekonstellationen zu untersuchen. So können die jeweiligen Konfliktdynamiken und Friedensinitiativen unter Einbeziehung der gegenseitigen Einflüsse realitätsnah dargestellt und verglichen werden. Außerdem gilt es, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Ende der Blockkonfrontation geänderten ideologischen und machtpolitischen Rahmenbedingungen zu reflektieren. (...)

I. Die erste Welle

Die Guerilla, spanisch: der "kleine Krieg", hat in Lateinamerika eine lange Tradition. Schon gegen die spanischen Kolonialherren und im Widerstand gegen Militär und Großgrundbesitz, welche die unabhängigen Republiken seit dem 19. Jahrhundert beherrschten, griffen die militärisch Unterlegenen auf die Strategie irregulärer Kriegführung zurück, um gegen die zahlen- und waffenmäßig überlegenen Armeen des Gegners vorzugehen. Pancho Villa und Francisco Zapata im mexikanischen Bürgerkrieg oder Augusto Cesar Sandino im Kampf gegen die US-Invasionstruppen gelten dabei als historische Vorbilder. Mit dem Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 gewann diese Strategie in mehrfacher Hinsicht neue Aktualität. Denn Kuba bewies, daß eine soziale Revolution auch im Hinterhof der USA durchführbar und zu verteidigen war. Diese Tatsache wurde auf dem ganzen Subkontinent als historische Zäsur gewertet. Sie war der Ausgangs- und Bezugspunkt für eine erste Welle von Guerillabewegungen, die 1961/62 einsetzte und mit der Niederlage der argentinischen PRT/ ERP sowie der Montoneros 1976/77 verebbte.

Enttäuschte KP-Mitglieder und Teile der Studentenschaft hatten die Alternative zur gradualistischen und reformistischen Strategie der tonangebenden linken und kommunistischen Parteien begierig aufgegriffen, die sie seit Jahrzehnten dazu verurteilt hatte, den Kapitalismus trotz aller Kritik als historisch notwendiges Herrschaftsverhältnis zu akzeptieren. Das starre Etappendenken, der Legalismus und die Halbherzigkeit der prosowjetischen KPs wurde besonders in den KP-Jugendverbänden und an Universitäten kritisiert. Die kubanische Führung, die vor allem in den sechziger Jahren aktiv versuchte, die Revolution zu exportieren, um auf diese Weise die US-Vorherrschaft über Lateinamerika zu schwächen und ihre eigene politische Isolierung auf dem Subkontinent aufzuheben, stieß vielerorts auf offene Ohren.

Wesentlich wichtiger als geheimdienstliche Operationen und praktische Hilfestellungen wie militärische Ausbildung und Waffenlieferungen, die diesem Ziel dienen sollten und denen Jorge Castañeda in seinem Buch "La utopía desarmada" besondere Beachtung schenkt, dürfte jedoch der ideologische Einfluß der kubanischen Revolutionäre gewesen sein. Hier ist insbesondere das Charisma Che Guevaras sowie seine breit rezipierte Schrift "Guerillakrieg - eine Methode" zu nennen, die vielen Gruppen des Subkontinents bis in die 70er Jahre hinein als eine Art Leitfaden diente. Die "Trikontinentale Solidaritätskonferenz der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" (1966) und die Konferenz der "Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation" (OLAS) im Jahre 1967 trugen maßgeblich dazu bei, diese Ansichten zu verbreiten.

Die OLAS-Konferenz sah im bewaffneten Kampf für den Sozialismus die wichtigste Aufgabe der revolutionären Linken: "Der revolutionäre bewaffnete Kampf stellt die fundamentale Linie der Revolution in Lateinamerika dar. Alle übrigen Formen des Kampfes müssen dieser Linie dienen und dürfen die Entfaltung des bewaffneten Kampfes nicht behindern. In den meisten Ländern des Kontinents besteht die grundlegende und unmittelbare Aufgabe der revolutionären Bewegung darin, den bewaffneten Kampf zu organisieren, ihn zu beginnen und durchzuführen." (Goldenberg: Kommunismus in Lateinamerika, 1971, S. 411) Diese Thesen gewannen Gewicht durch die vorbildliche Standhaftigkeit, mit der Kuba 1961 die Schweinebucht-Invasion vereitelt hatte sowie Drohungen und Boykottmaßnahmen der USA trotzte. Kuba wird in Lateinamerika bis auf den heutigen Tag von Anhängern aller politischen Lager als David bewundert, der es mit dem Koloß im Norden aufnahm, um seine nationale Unabhängigkeit und Würde zu bewahren.

Als Ergebnis ideologischer und politisch-praktischer Einflüsse entstanden im Laufe der 60er Jahre unter anderem in Bolivien, Guatemala, Kolumbien, Peru und Venezuela kleine Guerillagruppen, die sich aus Studenten und Angehörigen der städtischen Mittelschichten rekrutierten. Damit bildete sich auf dem Subkontinent in der radikalen Linken neben der prosowjetischen Linie und den kleineren trotzkistischen und pro-chinesischen Gruppen als zweite Haupttendenz eine neue, prokubanische Linie heraus. Deren Konzeptionen und Aktionsformen waren wesentlich radikaler angelegt als diejenigen der orthodoxen KPs.

Gemäß den Ratschlägen Che Guevaras bauten die prokubanischen Gruppen in entlegenen und wenig besiedelten Gebieten mit geringer Präsenz von staatlichen Organen kleine Brennpunkte, Guerillafoci, auf. Der Demonstrationseffekt ihrer Aktionen, die Propaganda der Tat, würde, so hofften sie, die armen Campesinos ähnlich wie in Kuba auf ihre Seite ziehen und einen Steppenbrand entfachen. Die Landbewohner, die zuweilen bis zu 70% der Gesamtbevölkerung eines Landes ausmachten und unter zum Teil halbfeudalen Ausbeutungsbedingungen lebten, galten als "gewaltige potentielle revolutionäre Kraft". Die Campesinos seien, weil sie ihr Terrain kennen würden, von der Armee nicht zu besiegen, so Che Guevara in seiner Schrift "Guerillakrieg - eine Methode (S. 26ff). Es ging also darum, die Kleinbauern, Landarbeiter und Landlosen auf die Seite der Guerillagruppen zu ziehen. "Die Unterstützung des Volkes" zu gewinnen, wie es in der damaligen Diktion hieß. Genau dies gelang den foquistischen Landguerillagruppen der ersten Welle jedoch nicht, beziehungsweise nur in einem völlig unzureichenden Maß.

Warum?

Die prokubanischen Guerillagruppen der 60er Jahre grenzten sich von den "Pseudorevolutionären" (Che Guevara) der prosowjetischen Kommunistischen Parteien hart ab. Sie verurteilten deren Bündnispolitik mit dem "modernen Flügel der Bourgeoisie". Die Legalität begünstige zwar das Agieren der Revolutionäre, gestand auch der Argentinier zu. Das gelte jedoch nur solange, wie deren Führer nicht vom System absorbiert werden und sie nicht, was indessen eingetreten sei, das "entscheidende strategische Ziel vergessen: die Eroberung der Macht".

Der legalistische Kurs der Kommunistischen Parteien ist vor dem Hintergrund ihrer Etappentheorie zu sehen, welche zunächst die Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen und damit verbunden die Entstehung einer städtischen Arbeiterklasse als primäre Aufgabe ansah. Die Lateinamerika-Politik der Sowjetunion, die nach der kubanischen Raketenkrise 1961 akzeptierte, daß der Subkontinent eine Einflußsphäre der USA blieb, verneinte ebenfalls, daß die Tagesaufgabe der Kommunistischen Parteien der Kampf um den Sozialismus sei. Chruschtschow, der die Verständigung mit den Vereinigten Staaten suchte, empfahl den KPs vielmehr ein kapitalistisches Modernisierungsbündnis zu schmieden.

Demgegenüber schrieben sich die Guerillagruppen ähnlich wie in Kuba den Kampf um die Macht im Staat und den radikalen Umsturz der Gesellschaftsordnung auf die Fahnen. Anknüpfend an Lenin gingen sie dabei von der These aus, daß eine Gesellschaftsordnung jenseits der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nur auf dem Wege einer Revolution möglich sei. Da die Unterdrücker und Ausbeuter diese mit militärischer Gewalt niederzuhalten versuchen, seien die Revolutionäre ihrerseits ebenfalls gezwungen, Gewalt anzuwenden. Der Umschlag des Klassenkampfes in den Bürgerkrieg sei, so lehre es die Geschichte, unvermeidlich, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden solle. Die Aufgabe der revolutionären Führung liege, so Che Guevara, darin, sich dieser Tatsache bewußt zu sein und die günstigsten Umstände ausfindig zu machen, um den bewaffneten Kampf zu führen.

Der französische Intellektuelle Régis Debray argumentierte in dieselbe Richtung. Neben Che Guevara war er der andere vielgelesene Theoretiker des Guerillakampfes. Sein Buch "Revolution in der Revolution?" wurde sowohl in Lateinamerika als auch in Europa breit rezipiert. Von den objektiven Umständen her schien das Lateinamerika der sechziger Jahre reif für eine Revolution. Davon waren nicht nur linke Schwarmgeister überzeugt, sondern auch diejenigen, die, wie die herrschinden Eliten oder die Strategen des Pentagons, keinerlei Interesse daran hatten, daß es wirklich dazu kam. In der Linken war allerdings umstritten, welche Revolution auf der Tagesordnung stand: eine anti-imperialistische und bürgerlich demokratische Revolution im Bündnis mit den modernen Sektoren der Bourgeoisie, wie die KPs postulierten? Oder eine sozialistische, gegen die nationalen Bourgeoisien und statt dessen mit kontinentaler Tragweite, wofür sich Kuba, die prokubanischen Guerillagruppen und die OLAS stark machten?

Was den subjektiven Faktor betraf, waren sich die unterschiedlichen Strömungen der Linken ebensowenig einig. Während die einen meinten, daß der Stand der Klassenkämpfe erst bis zu einem bestimmten Punkt fortgeschritten sein müßte, um zu weitergehenden Kampfformen zu greifen, waren Fidel Castro, Che Guevara oder Régis Debray gegenteiliger Ansicht. In Bezug auf die handelnden Akteure, so Che Guevara, "muß man nicht immer warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution herangereift sind, die Führung des Aufstandes kann solche Bedingungen selbst schaffen". (Guerillakrieg - eine Methode, S. 54)

Auf dieses Postulat konnten sich die Guerilla-Gruppen der 60er Jahre berufen, wenn ihnen von anderen Teilen der radikalen Linken entgegengehalten wurde, daß ihre Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche zwar grundsätzlich richtig sein möge, für die Aufnahme bewaffneter Aktionen aber die nötigen politischen und organisatorischen Voraussetzungen fehlten.

Die politischen Widersprüche kamen besonders im Streit um die "Gewaltfrage" zum Ausbruch. Darüber gab es in in den 60er und 70er Jahren zwischen Reformparteien und den pro-sowjetischen KPs auf der einen und den Guerillagruppen auf der anderen Seite harte Auseinandersetzungen. Die Positionen standen sich unversöhnlich gegenüber. Dieser Richtungsstreit hatte zur Folge, daß die Guerilla-Gruppen der ersten Welle, deren Mitglieder überwiegend aus der städtischen Mittelschicht und insbesondere aus der radikalisierten Studentenschaft kamen, in den von den Kommunistischen Parteien beeinflußten Gewerkschafts- und Landarbeiterorganisationen kaum Rückhalt und Unterstützung fanden.

Die Kombination aus Verabsolutierung der Gewalt bei gleichzeitig mangelnder militärischer Erfahrung, geringer Kenntnis des ruralen Terrains, fehlender sozialer Verankerung, Geringschätzung legaler sozialer Organisationen und sektiererischer Ablehnung von Bündnissen hatte fatale Folgen. Die in aller Regel nur wenige Dutzend bis wenige hundert Mann starken Guerillagruppen hatten den Angriffen des Militärs nur wenig entgegenzusetzen. Noch dazu, wo die lateinamerikanischen Streitkräfte nach dem Sieg der kubanischen Revolution von US-Militärberatern in der Panama-Kanalzone auf den "Kampf mit dem inneren Feind" vorbereitet und großzügig mit Polizei- und Militärhilfe ausgestattet wurden.

Während die "Doktrin der nationalen Sicherheit" die Aufstandsbekämpfung zur entscheidenden Aufgabe der Armeen des ganzen Subkontinents erklärte und eine länderübergreifende Verfolgung der Revolutionäre ermöglichte, blieb der kontinentale Anspruch der guevaristischen Guerillas auf der Ebene der Deklarationen stecken. Weitergehende praktische Ansätze wie die Gründung einer maßgeblich von Nicht-Bolivianern gebildeten "Nationalen Befreiungsarmee" (ELN) in Bolivien unter der Führung Che Guevaras endeten im Desaster. Spätere Versuche wie die "Junta der revolutionären Koordination" (JCR) im Cono Sur kamen über Anfänge nicht hinaus. Ende der sechziger Jahre waren die kleinen, prokubanischen Landguerillagruppen ausgelöscht oder zumindest handlungsunfähig und ihr emblematisches Vorbild tot. Nur wenige Beteiligte überlebten.

Allein Kolumbien bildete eine Ausnahme. Dort bot das Territorium den geschwächten Fronten von FARC, ELN und EPL besonders günstige Rückzugsmöglichkeiten. Außerdem waren die "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) - die größte Gruppe - keine "Studentenguerilla", sondern standen in der Tradition bäuerlicher Selbstverteidigungsgruppen, operierten eher defensiv und unterhielten schon damals zur prosowjetischen Kommunistischen Partei Kolumbiens enge Beziehungen.

Zu erwähnen wäre noch der Sonderfall Mexiko. Dort bildeten sich ab 1967/68 im Bundesstaat Guerrero aus Kleinbauernorganisationen zwei guevaristische Guerillagruppen, die bei den Campesinos zeitweise beachtliche Unterstützung fanden, bevor sie schließlich 1972 bzw. 1974 aufgerieben wurden. Die von Genaro Vázquez geführte ACNR und die "Partei der Armen" (PDLP) von Lucio Cabañas entstanden nicht aus radikalisierten Intellektuellenzirkeln sondern aus zivilen, ländlichen Massenbewegungen. Da sie keine städtischen Bündnispartner fanden, ihre regionale Begrenzung nicht sprengen konnten und da Kuba, um die guten diplomatischen Beziehungen zur mexikanischen Regierung nicht zu gefährden, ihre Existenz verschwieg und ihnen im Unterschied zu vielen anderen Guerillagruppen des Kontinents keinerlei Hilfe zuteil werden ließ, gingen die ACNR und die PDLP schließlich unter.

Daß 16.000 Soldaten eingesetzt wurden, die mehrere hundert Zivilpersonen töteten, fand praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es gelang der mexikanischen Regierung, im In- und auch im Ausland den Eindruck zu erwecken, daß es sich bei den Zusammenstößen in Guerrero um unbedeutende Randprobleme

handele. Jorge Castañeda weist zurecht darauf hin, daß die mangelnde internationale Resonanz nicht zuletzt auf die Nichtbeachtung der mexikanischen Guerilla durch Kuba zurückzuführen war. "Wenn Kuba sie nicht ernst nahm - und die Kubaner nahmen fast alle ernst -, dann würde es niemand tun", bilanzierte Castañeda. (La Utopía desarmada, S.105)

Nach der Niederlage der foquistischen Landguerillas tauchten Ende der sechziger Jahre in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay Stadtguerilla-Gruppen auf. Sie entwickelten das gescheiterte Focus-Konzept weiter, indem sie die Vorstellung hinter sich ließen, eine "entschlossene Avantgarde" allein könne den Verlauf der Klassenkämpfe entscheidend beeinflussen. Die chilenische "Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR), die "Nationale Befreiungsbewegung" (ELN-TUPAMAROS) in Uruguay und die "Partei der revolutionären Arbeiter - Revolutionäres Volksheer" (PRT-ERP) Argentiniens griffen vietnamesische Erfahrungen auf. Sie rechneten damit, daß sich der Krieg über eine längere Phase hinziehen und daß es keine "weitere Revolution in Lateinamerika ohne eine imperialistische Intervention der USA mehr geben werde". (Rodríguez Lascano: Sujeto revolucionario, vanguardia y aliancas, 1991, S.7) Die genannten Gruppen maßen der legalen Arbeit sowie Bündnisbemühungen einen deutlich höheren Stellenwert bei, als zuvor die Landguerillas. Dennoch verlief zwischen ihnen und den Kommunistischen Parteien weiterhin ein tiefer Graben. Die Guerillagruppen bauten in Konkurrenz zu KP-nahen Verbänden eigene Massenbewegungen auf und führten parallel dazu bewaffnete Aktionen durch, die als "Robin-Hood-Aktionen" bezeichnet werden können.

Diese brachten ihnen unter der städtischen Jugend Sympathien ein. Die Verteilung von geraubten Lebensmitteln, die Entführung bekannter Industrieller und Militärs oder die Veröffentlichung geheimer Informationen, die bei Überfällen erbeutet wurden, erneuerten in Lateinamerika und Europa das von Che Guevara geprägte romantische Bild der Guerilla. Den Militärs boten die bewaffneten Aktionen, die nicht mehr als Nadelstiche waren, den willkommenen Anlaß, um sich an die Macht zu putschen. Die USA stärkten den Militärjuntas den Rücken. Diese schienen am ehesten Gewähr dafür zu bieten, daß die revolutionäre Welle, die in Süd-Ost-Asien und Afrika das US-Militär und dessen örtliche Verbündeten in große Schwierigkeiten brachte und auch in Europa und den USA Spuren hinterließ, nicht auch noch nach Lateinamerika überschwappte. Mit diesem Blankoscheck ausgestattet, brachen die Gorilladiktaturen im Namen der "Sicherung von Recht und Ordnung" eine bis dahin ungekannte Welle des Terrors und der Verfolgung vom Zaun. (...)

Nachdem das Militär Anfang/Mitte der 70er Jahre im gesamten Südkegel Lateinamerikas die Macht an sich gerissen hatte, nahm die Verfolgung der Opposition dramatische Ausmaße an. Zehntausende wurden ermordet oder "verschwanden"; hunderttausende wurden inhaftiert und mußten ins Exil fliehen. Linke Parteien und Gewerkschaften wurden ebenso wie die Stadtguerillagruppen gewaltsam zerschlagen, ihre Führungspersonen inhaftiert, getötet oder exiliert. Damit wurde die revolutionäre Bewegung Südamerikas, der wirtschaftlich und sozial am weitesten entwickelten Zone des Subkontinents mit seiner traditionell gut organisierten radikalen Linken, ihres menschlichen Fundaments beraubt. Während die USA 1975 in Süd-Ost-Asien und ihr NATO-Verbündeter Portugal im selben Jahr in Afrika schwere Niederlagen hinnehmen mußten und pro-westliche Diktaturen in Portugal und Griechenland stürzten, schlug das Pendel in Lateinamerika zur selben Zeit in die entgegengesetzte Richtung aus. Im imperialistischen Hinterhof konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Dies trug wesentlich mit dazu bei, daß die drohende Gefahr eines gleichzeitigen US-Einflußverlustes an verschiedenen Fronten gestoppt werden konnte. (...)

Mitte der siebziger Jahre war die erste Welle von Guerillagruppen, die sich alle mehr oder weniger stark auf die kubanische Erfahrung bezogen hatten, endgültig gescheitert. Wenngleich ihnen Freund und Feind aufgrund der potentiellen internationalen Auswirkungen möglicher Erfolge eine wesentliche bedeutendere Rolle zumaßen, so wirkten sie doch selbst in ihren besten Zeiten lediglich als lokale Störfaktoren. Die politische Ordnung ihrer Länder konnten sie zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Gefahr bringen, von der Gefährdung der US-Hegemonie in Lateinamerika ganz zu schweigen.

Nach dem Tod Che Guevaras und dem Verschwinden der von Kuba inspirierten Gruppen rechnete der bekannte Propagandist der Focus-Theorie, Régis Debray, in seiner "Kritik der Waffen" (1975) mit der Guerilla ab und setzte statt dessen auf "politische Mittel". Kuba, das sich nach einer tiefen Wirtschaftskrise seit Beginn der 70er Jahre enger an die UdSSR und Osteuropa angelehnt hatte, nahm vom Revolutionsexport auf den Subkontinent Abstand und baute mit verschiedenen Staaten diplomatische Beziehungen auf. In Südamerika integrierten sich die geschlagenen Guerillagruppen mit Ausnahme des geschwächten chilenischen MIR, der kleinere bewaffnete Aktionen gegen die Diktatur Pinochets durchführte, in die legale Opposition.

II. Die zweite Welle

Indessen bereiteten Überlebende der ersten Welle in Mittelamerika, Kolumbien und Mexiko die Gründung neuer Guerillabewegungen vor. Nach jahrelangen selbstkritischen Diskussionen, in denen die Niederlagen verarbeitet wurden, folgte in den 70er Jahren eine Phase der Reorganisation und geheimer Vorarbeit zum Aufbau neuer Guerillakerne. Dies war vor allem in El Salvador, Guatemala und Kolumbien der Fall. Die verbliebenen Restgruppen der FSLN in Nicaragua sowie der FARC, ELN und EPL in Kolumbien gewannen wieder an Stärke. In den 80er Jahren kamen in Peru der "Leuchtende Pfad" (PC del P), der mit keiner anderen Organisation Lateinamerikas vergleichbar ist, sowie die "Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru" (MRTA) als weitere bedeutende Bewegungen hinzu. In Ecuador, Chile, Bolivien und Honduras traten kleinere Gruppen in Erscheinung, deren Relevanz jedoch weitaus geringer war, als die der genannten.

Das Einsetzen der zweiten Guerilla-Welle überschneidet sich zeitlich mit dem Ausklingen der ersten Welle. Ihr Beginn kann mit den Jahren 1972/74 datiert werden, als sich in Guatemala, El Salvador und Kolumbien Organisationen neuen Typs formierten. Der Scheitelpunkt der zweiten Welle war der Sturz Somozas am 19. Juli 1979. Der erfolgreiche Volksaufstand, die zweite gelungene Revolution nach Kuba, eröffnete eine neue historische Etappe in Zentralamerika, die bis 1981/82 von einem stürmischen Aufschwung revolutionärer Bewegungen gekennzeichnet war. Der blutige und langwierige Kampf zwischen den Befreiungsbewegungen der zweiten Welle und ihren Kontrahenten prägte die 80er Jahre in Zentralamerika, Peru und Kolumbien. Während die Hauptkräfte der zweiten Welle, die zentralamerikanischen Bewegungen, nach dem Abschluß von Friedensverträgen sich bis Ende 1996 alle legalisierten, halten in den Andenländern Peru und Kolumbien die bewaffneten Konflikte an. Da sich dort zwar die politischen Umstände, aber nicht die politischen Konzeptionen und auch nicht das Aktionsrepertoire der Aufständischen grundlegend geändert haben, können wir noch nicht davon sprechen, daß die zweite Welle bereits ausgelaufen sei.

Zunächst soll festgehalten werden, daß sich die Gruppen der zweiten Welle untereinander sowie von ihren gescheiterten Vorgängerinnen deutlich unterschieden. Im Vergleich zur ersten Welle weisen die Organisationen, die der zweiten Welle ihren Stempel aufgedrückt haben, eine Reihe neuer Kennzeichen auf:

- Irrtümer und Schwächen der Focus-Theorie und der Etappenkonzeption der KPs wurden kritisch ausgewertet;

- Militärische Operationen wurden einer politischen Gesamtkonzeption des Kampfes untergeordnet; der Vermittelbarkeit der Aktionen außerhalb des eigenen Lagers wurde viel Aufmerksamkeit gewidmet (dies gilt weder für einige Guerillagruppen Kolumbiens noch für den Leuchtenden Pfad);

- Bündnispolitik und taktische Flexibilität gewann - mit Ausnahme von Sendero Luminoso - bei allen Gruppen einen zentralen Stellenwert; Kontakte oder Allianzen mit den Kommunistischen Parteien sowie Teilen der Sozialdemokratie und christlichen Gruppen verbreiterten die Basis und verringerten oder beendeten die gesellschaftliche Isolation der Aufständischen;

- Legale Massenbewegungen und halblegale Instanzen wurden zusätzlich zum klandestinen bewaffneten Apparat aufgebaut; die Leitung der unterschiedlichen Ebenen lief in der Führung der politisch-militärischen Organisationen zusammen;

- Dachverbände und lockere Zusammenschlüsse bündelten mit Ausnahme Perus die einzelnen Gruppen, die ihre politische und organisatorische Autonomie beibehielten; es entstanden sozial heterogene, hierarchisch strukturierte Befreiungsfronten mit kollektiver Führung, in denen unterschiedliche politische Traditionen und Tendenzen repräsentiert sind;

- Eine breit angelegte Antiinterventions-, Menschenrechts- und Friedenspolitik sollte dem Agieren des Militärs Schranken setzen;

- Solidaritätsbewegungen in den Metropolen und ein dichtes Netz diplomatischer Beziehungen, das in mühsamer Kleinarbeit geknüpft wurde, kamen als internationale Faktoren ergänzend hinzu;

- Die These von der "kontinentalen Revolution" wurde von der Orientierung auf eine "nationale Befreiung" abgelöst; die zentralamerikanischen Bewegungen kooperierten dennoch, vor allem im diplomatischen und logistischen Bereich; auch im Andenraum kam es zu punktueller Zusammenarbeit;

- Auf qualitativ schlechtere Rahmenbedingungen wurde mit einer qualitativ neuen Politik, der Aufnahme von Friedensverhandlungen reagiert; dies verhinderte das drohende Totlaufen und Ausbluten der politisch-militärischen Organisationen;

- Der militärische Aspekt veränderte in diesem Zusammenhang seine Bedeutung: er mutierte im Laufe der 80er Jahre vom strategischen Mittel, das ursprünglich mit dem Ziel der revolutionären Machteroberung eingesetzt wurde (allein im Falle der Sandinisten mit Erfolg) zum taktischen Instrument, das dazu dienen soll, im gegebenen politischen System Freiräume zu öffnen. (...)

Die Bewegung, die dem skizzierten Idealtypus der zweiten Welle am nächsten kam, dürfte die salvadorianische "Befreiungsfront Farabundo Martí" (FMLN) sein. Bei ihr sind die genannten Merkmale in deutlicher Ausprägung nachzuweisen. Das Beispiel FMLN macht aber auch deutlich, daß über Jahre hinweg taktische und strategische Motive für den Guerillakampf in wechselnden Mischungsverhältnissen auftreten können. Die ausschließliche Zuordnung einer Gruppe zum "bewaffneten Reformismus" dürfte eher eine sozialwissenschaftliche Abstraktion als die Beschreibung ihres realen Charakters sein. An diesem Punkt ist insbesondere Jorge Castañeda (S. 387ff) zu widersprechen, dessen Denkgebäude darauf fußt, reformerische und revolutionäre Impulse als dichotomisch und sich gegenseitig ausschließend zu begreifen. Abgesehen davon, daß es prinzipiell möglich ist, zeigen Einzelfallanalysen, daß Guerillabewegungen zwischen dem begrenzten Ziel Spielräume zu erobern und dem Versuch, die Staatsmacht zu übernehmen, hin- und herschwanken können.

Auf welche Seite das Pendel schließlich ausschlägt, hängt weniger mit Programmen oder ideologischen Positionen zusammen, sondern eher mit praktischen Erfolgen bzw. Mißerfolgen. Dies gilt nicht nur für die salvadorianische FMLN sondern auch für die Sandinisten, die "Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas" (URNG) und, mit deutlichen Abstrichen, die kolumbianische "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) und die "Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru" (MRTA) Perus. Wobei letztere nur einen Teil der oben genannten neuen Merkmale aufweisen.

Anders als ihre Vorgänger konnten sich die großen Bewegungen der zweiten Welle in der ländlichen Bevölkerung verankern und so die entscheidende Voraussetzung für ihr Wachstum und ihre Erfolge schaffen. Nicht mehr Studenten sondern Campesinos, unter ihnen viele Frauen, bildeten das Gros der Guerilla. In Guatemala und Peru kam es zur massiven Integration von Angehörigen indianischer Ethnien, einem neuartigen Phänomen. Ergänzend zu den Landguerilla-Einheiten konnten einige Bewegungen, am ausgeprägtesten die salvadorianische FMLN, auch Stadtguerilla-Kommandos unterhalten. Einige kleinere Gruppen der zweiten Welle wie die kolumbianische "Bewegung 19. April" (M-19), die guevaristische MRTA in Peru oder die der KP nahestehende "Patriotische Front Manuel Rodríguez" (FPMR) Chiles entstanden als Stadtguerillas und blieben es im wesentlichen auch.

Da sich in El Salvador und Guatemala auch die Kommunistische Partei am Dachverband der Aufständischen beteiligte, fanden die Guerillagruppen auch Anknüpfungspunkte zu den städtischen Gewerkschaften. Die Bewegungen der zweiten Welle verfügten auf Grund ihrer vielfältigen Basisarbeit über eine ungleich stärkere aktive und passive Unterstützung in der Bevölkerung als die Focus-Guerillas. Die gilt mit Abstrichen auch für Gruppen wie die "Patriotische Front Manuel Rodríguez" (FPMR), die MRTA Perus oder die M-19, die, obwohl sie zur zweiten Welle zählen, in der foquistischen Tradition stehen und eine Reihe von Ähnlichkeiten mit den Gruppen der ersten Welle aufweisen. Ihre Flexibilität, ihre Bereitschaft Bündnisse einzugehen und ihre daraus resultierende Verankerung unterscheiden sie jedoch von diesen und sind die Grundlage für ihre zeitweiligen Erfolge. Was Zentralamerika betraf, das aufgrund der Heftigkeit der Konfrontation eine Sonderstellung einnahm, war ihre Verwurzelung die notwendige Voraussetzung dafür, daß die Befreiungsbewegungen die herrschenden Regimes in schwere Bedrängnis bringen und nach dem Sieg der Sandinisten auch im Falle El Salvadors und Guatemalas akute Herrschaftskrisen auslösen konnten.

Albert Sterr, Nürnberg

Albert Sterr (Hrsg.): Die Linke in Lateinamerika. Analysen, Berichte, Dokumente. Gemeinschaftsproduktion von Neuer ISP Verlag und Rotpunktverlag, Zürich, 1997. ISBN 3-929008-37-8. Ca. 320 S. DM 38,-/ÖS 263,-.

Der Herausgeber liest aus seinem Buch am 19.10.1997 in Frankfurt/M., Dritte Welt Haus, Westerbachstr. 47 HH, 11.30 Uhr.

21. Bomben gegen kubanische Hotels. Militante Castro-Gegner machen gegen die Tourismus- Branche mobil

Militante Castro-Gegner machen gegen die Tourismusbranche mobil

Autor: kuk · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:24

In den vergangenen Monaten wurden kubanische Hotels zum wiederholten Mal Ziel von Bombenanschlägen. Vieles deutet darauf hin, daß exilkubanische Gruppen aus Miami/Florida die Verantwortung dafür tragen. Sie haben den boomenden Tourismussektor (1) der Karibikinsel ins Visier genommen, der im Laufe weniger Jahre zur wichtigsten Deviseneinnahmequelle geworden ist. Terror gegen TouristInnen und Geschäftsleute - eine Herausforderung für die Castro-Regierung, die vom Vertrauen ausländischer Devisenbringer und Wirtschaftspartner in die Stabilität des Staates in höchstem Maße abhängig ist.

Eine wichtige Rolle in dem aktuellen Konflikt spielen die amerikanische Regierung und deren Justizbehörden, die sich einerseits als die weltgrößten Terrorismusbekämpfer aufspielen, die aber andererseits Jahr für Jahr viel Geld für die Unterstützung systemfeindlicher Kräfte ausgeben, die "einen friedlichen Übergang Kubas zur Demokratie" bewirken sollen. Protegiert werden gewaltfreie "Bürger- und Menschenrechtler", geduldet und finanziert werden aber auch rechtsextreme Scharfmacher, die die kubanische Bevölkerung über ihre in Miami stationierten Propagandasender täglich zu Anschlägen gegen wirtschaftliche Ziele aufrufen und - weil dies keine Wirkung zeigt - selber aktiv werden.

Angriffe auf Hotels

Touristische Einrichtungen sind den Castro-Gegnern seit langem ein Dorn im Auge. Doch die früheren Attacken waren wenig wirkungsvoll. 1991 beschossen Exilkubaner von Schnellbooten aus mit automatischen Gewehren Hotels in Varadero. Ähnliche Angriffe wiederholten sich 1992 und 1993 wiederum in Varadero und auf der Insel Cayo Coco. Am 22.1.1992 landete ein exilkubanisches Kommando mit Bomben und Sprengstoff auf der Insel. Sein Ziel war es, Anschläge gegen touristische Einrichtungen zu verüben. Nach wenigen Stunden waren die Angreifer gefaßt. Sie wurden vor Gericht gestellt; der Anführer des Kommandos wurde zum Tode verurteilt und erschossen.

Diese vereinzelten Aktionen nahm die Öffentlichkeit kaum wahr. Vieles deutet darauf hin, daß seit April dieses Jahres ein systematischer Versuch unternommen wurde, mit einer Attentatsserie Kubas Ruf als sicherer Erholungs- und Investitionsort zu stören. Am 12.4. kam es um 4 Uhr morgens zu einer Explosion in den Waschräumen der Diskothek Aché im Hotel Meliá Cohiba/Havanna. Es entstand leichter Sachschaden. Offiziell wurde eine defekte Gasleitung als Ursache angegeben; Diplomaten und Hotelangestellte erzählten Journalisten jedoch von einem Attentat. Etwa 400 g des Plastiksprengstoffs C-4 seien dabei verwendet worden. Die gleichen Quellen behaupteten, daß am 1.5. ein weiterer kleiner Sprengkörper in einem Blumenkasten im 15. Stock des Meliá gefunden worden sei. Dieses Nobelhotel wird von der spanischen Hotelgruppe Sol-Meliá verwaltet, die einer der wichtigsten ausländischen Investoren in Kubas Tourismusgewerbe ist. Nach diesen Vorfällen wurden in Havanna und Varadero die Sicherheitsmaßnahmen verschärft.

Trotzdem detonierten am 12.7. um die Mittagszeit innerhalb weniger Minuten zwei kleine Sprengkörper in den Lobbys der Hotels Capri und Nacional (Havanna, Stadtteil El Vedado). Dabei wurden mehrere Personen - Hotelbedienstete sowie eine chilenische Touristin und ein Jamaicaner - leicht verletzt. Nach diesen Anschlägen folgte die erste offizielle Bestätigung. Das kubanische Innenministerium sprach von Beweisen, wonach sowohl Täter als auch Sprengstoff aus den USA stammten. Nicholas Burns, Sprecher des State Departements, warf der kubanischen Regierung am 14.7. "Paranoia" vor, da sie amerikanische Bürger der Täterschaft beschuldige, ohne Beweise vorzulegen. Nach den Juli-Anschlägen häuften sich Bombendrohungen gegen Hotels, Kabaretts, Fluglinien, Krankenhäuser und verschiedene touristische Einrichtungen in Havanna.

Am 4.8. richtete ein Sprengkörper, der im Tourismusbüro Havanatour auf Nassau explodierte, Sachschaden an. Wenige Stunden später, am 5.8. knallte es um 7 Uhr morgens wieder im Meliá Cohiba. Die Bombe richtete geringen Sachschaden in der Vorhalle des Hotels an.

Für eine Explosion, die sich am 22.8. im Sol Palmeras de Varadero Hotel ereignete, machten die Betreiber einen überlasteten Transformator verantwortlich.

Am Donnerstag, den 4.9. explodierten in Havanna binnen 45 Minuten drei Bomben. Betroffen waren die Hotels Copacabana, Château und Tritón im Stadtteil Miramar. In der Bar des Hotels Copacabana wurde der 32jährige in Montreal lebende Italiener Fabio Di Celmo durch Glassplitter tödlich am Hals verletzt. Vier weitere Personen erlitten Verletzungen. Am Abend des selben Tages explodierte eine Bombe in der weltberühmten Bodeguita del Medio. Dort war Ernest Hemingway in den 50er Jahren ein häufiger Gast. Ausländische Diplomaten in Havanna berichteten, daß im Anschluß an den Anschlag auf die Bodeguita del Medio ein Mann mit salvadorenischem Paß festgenommen worden sei.

Suche nach

den Schuldigen

Am 26.7. erhob Rául Castro in Las Tunas in seiner Rede anläßlich des 44. Jahrestages des Angriffs auf die Moncada Garnison Vorwürfe gegen die Behörden der USA: "In den vergangenen Jahren haben wir mehrere Attentatsversuche vereitelt, und wir haben Beweise, daß diese Taten in den USA geplant wurden, daß die Mittel und die Personen, die die Anschläge ausführen, ebenfalls aus den USA stammen, denn dort werden sie organisiert und trainiert. Wir sind im Besitz des verwendeten Materials, und wir haben eine Reihe von Personen verhaftet, (2) die in die fehlgeschlagenen Anschläge verwickelt waren; einige sind bereits verurteilt, andere warten noch auf ihr Verfahren ... Die kubanische Regierung hat die Vereinigten Staaten mit Informationen über Pläne und Taten dieser Art versorgt, und zwar bereits vor diesen jüngsten Ereignissen. Unter der gegenwärtigen Regierung haben die US-Behörden Maßnahmen gegen 15 Gruppen eingeleitet, dabei sind Materialien und konkrete Pläne für Gewaltakte gegen Kuba sichergestellt worden. Von den 43 Personen, gegen die Verfahren eingeleitet wurden, sind nur drei verurteilt worden, und diese erhielten so geringe Strafen, daß sie sich längst wieder auf freiem Fuß befinden." (Granma International, 10.8.)

Die USA-Behörden reagierten auf die Anschläge vom Juli, August und September jeweils mit der Erklärung, es gäbe keine Erkenntnisse, wonach Exilgruppen aus Miami in die Anschläge verwickelt seien. Wiederholt wurde die Bereitschaft erklärt, Ermittlungen gegen mutmaßliche Bombenleger durchzuführen. Kuba habe aber niemals konkrete Informationen weitergegeben.

Nazario Sargen, Führer der terroristischen Gruppe Alpha 66, behauptete am 6.9. in Miami, daß die Anschläge von "klandestinen, auf Kuba beheimateten Gruppen" ausgeführt worden seien: "Es gibt viele solcher klandestinen Gruppen. In Zukunft wird es zahlreiche solcher Aktionen geben." Sargen wies eine direkte Beteiligung seiner Organisation, die gegen US-Gesetze verstoßen würde, zurück. Den Tod des Italieners kommentierte er mit einem Achselzucken: "Tausende unschuldige Kubaner sind erschossen worden. Tausende Unschuldige leiden an Hunger. Kuba wird zerstört und das Volk ist unschuldig. Es gibt keinen anderen Weg. Es ist nicht geplant, irgendwen zu töten. Geplant ist, jede Möglichkeit zu zerstören, daß Touristen nach Kuba kommen. Denn die Touristen sind eine Stütze der kubanischen Wirtschaft."

Spuren weisen nach Miami

Am Abend des 10.9. meldete das kubanische Innenministeriums, daß der am 4.9. verhaftete 26jährige Salvadorianer die vier Bombenattentate jenes Tages und die beiden vom 12.7. gestanden habe. Die Polizei war durch den Tip eines spanischen Touristen auf den Täter aufmerksam geworden. Seine Verhaftung erfolgte bei der Ausreise auf dem Flughafen José Marti. An den Händen und am Rucksack des Beschuldigten Raúl Ernesto Cruz León wurden Spuren von Sprengstoff gesichert. Weiterhin fand man bei ihm eine Liste mit Namen von touristischen Einrichtungen, Werkzeug und einen Plan zum Bau von Bomben. Cruz León gab sich als Ex-Soldat der salvadorenischen Armee aus. Von US-Ausbildern im US-Bundesstaat Georgia sei er als Scharfschütze und im Umgang mit Sprengstoffen geschult worden. Angehörige von Cruz León, salvadorenische Behörden und amerikanische Militärs wiesen die Anschuldigungen gegen den mutmaßlichen

Täter zurück. Allerdings sind deren Aussagen so widersprüchlich, daß von dieser Seite keine Aufklärung zu erwarten ist. (vgl. John Rice, ap, 11.9., 9:50 p.m.)

Bei seiner Vernehmung gab Cruz León an, in El Salvador rekrutiert worden zu sein. Pro Anschlag seien ihm 4.500 Dollar angeboten worden. Das kubanische Innenministerium erklärte dazu: "Die kubanischen Sicherheitskräfte wissen, daß in El Salvador ein Netzwerk von Söldnern arbeitet, die im Drogenhandel oder im internationalen Terrorismus aktiv sind und die enge Kontakte zu kubanischen Konterrevolutionären in Miami haben." (IPS, 11.9.) Weiter hieß es, die Anschläge seien "ohne den geringsten Zweifel" von einer "subversiven Struktur" der Exilkubaner in Miami organisiert worden. Die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung (CANF) des Multimillionärs und Bill ClintonFreundes, Jorge Mas Canosa, wurde der Urheberschaft bezichtigt. Die CANF wies die Anschuldigung umgehend zurück.

Trotz des Fahndungserfolges der Polizei ist kein Ende der Anschläge zu erwarten. Die Urheber sitzen unbehelligt in Miami, nur widerwillig und halbherzig verfolgt von der US-Justiz. Entgegen anderslautender Bekundungen von offizieller Seite sind sich die staatlichen Behörden in Washington und Florida einig: Terror gegen Kuba ist guter Terror, die Anstifter und Promotoren werden als Bündnispartner betrachtet und bleiben unbehelligt.

Repression

gegen Oppositionelle

Nach den Juli-Anschlägen verschärfte die kubanische Regierung ihren Umgang mit Dissidenten und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), die bereits seit längerer Zeit von ihr kritisiert worden waren. Am 16.7. verhaftete man vier DissidentInnen der Grupo de Trabajo de la Disidencia Interna cubana. Sie hatten Mitte Juli über die internationale Presse ein Manifest veröffentlicht, in dem sie größere politische und wirtschaftliche Freiheiten forderten. Außerdem hatten sie eine Kampagne zur Wahlenthaltung für die im Herbst dieses Jahres anstehenden Kommunal- und Parlamentswahlen gestartet. Als Grund für die Verhaftung wurden "konterrevolutionäre Aktivitäten" angegeben. Unter dem selben Vorwurf wurden am 12. und 13.8. zwei Journalisten der unabhängigen, illegalen Agentur Cuba Press inhaftiert.

Mitte August ging die kubanische Regierung gegen die US-amerikanische NRO Freedom House vor. Zur Erinnerung: 1995 kündigte Bill Clinton verstärkte Maßnahmen für einen demokratischen Wandel auf Kuba an. U.a. erhielt Freedom House 500.000 Dollar, um damit kubanische Dissidenten- und Menschenrechtsgruppen als politische Alternative zu Castro aufzubauen.

David Norman Dorn, verantwortlich für internationale Beziehungen in der American Federation of Teachers (AFT), wurde am 15.8. verhaftet und nach einer kurzen Untersuchung einen Tag später abgeschoben. Zwar war er mit einem Touristenvisum eingereist, doch um Erholung ging es ihm nicht. Sein Flugticket war von Freedom House bezahlt, und dessen kubanisch-amerikanischer Direktor Frank Calzon - zuvor elf Jahre lang Vertreter der CANF in Washington - hatte Dorn nach Angaben der Ermittlungsbehörden folgende Anweisungen erteilt: einer Dissidentengruppe seien 500 Dollar, eine Schreibmaschine mit Durchschlagpapier sowie verschiedene Texte (von Gandhi, Martin Luther King sowie die Universelle Erklärung der Menschenrechte) zu übergeben. Ebenfalls zu dem Auftrag Dorns gehörte es, Umgebungsskizzen wichtiger ökonomischer Einrichtungen in Havanna, Santiago de Cuba und Moa (hier wird der kubanische Nickel gefördert) anzufertigen.

Außerdem fand man bei ihm eine Liste mit "do`s and dont`s", auf der Regeln konspirativen Verhaltens - typisch für die Arbeitsweise von Spionen und Agenten - standen. All dies veranlaßte die kubanischen Behörden, der Organisation Freedom House Verbindungen zu US-Geheimdienstkreisen zu unterstellen und ihren Charakter als humanitäre Organisation in Frage zu stellen. Sie sei ein Instrument des Kalten Krieges und diene - gemeinsam mit anderen NROs - dazu, Dissidenten und Oppositionsparteien aufzubauen. In den vergangenen zwei Jahren seien Dutzende solcher Aktionen beobachtet worden, die allesamt von West- oder Osteuropäern im Auftrag von Freedom House durchgeführt worden seien.

Angesichts der großen Besucherzahlen wird es für die kubanischen Behörden kaum möglich sein, solche Operationen zu verhindern. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Überwachung mutmaßlicher DissidentInnen verschärft wird, um Kontaktaufnahmen zu kontrollieren.

kuk

Anmerkungen:

1) Die Anschläge zielen auf den wichtigsten Wachstumssektor der kubanischen Wirtschaft. 1996 brachten 1 Mio. Touristen 1,3 Mrd. Dollar auf die Insel. In diesem Jahr wird eine Steigerung auf 1,3 Mio. Touristen und 1,7 Mrd. Dollar erwartet. Damit ist Zucker, die bisher wichtigste Einnahmequelle, auf den zweiten Platz verwiesen. Bis zum Jahr 2000 soll die Zahl auf 2,5 Mio. BesucherInnen gesteigert werden.

Zu den BesucherInnen des vergangenen Jahres zählten auch 100.000 ExilkubanerInnen, die ihren auf Kuba lebenden Familien via Nassau oder Cancún einen Besuch abstatteten. Den selben Weg nahmen 6.000 KubanerInnen, die mit einem Visum die USA besuchten. Die Polizei geht davon aus, daß auf diesem Weg Plastiksprengstoff eingeschmuggelt und Kontakt mit Oppositionsgruppen auf der Insel gehalten wird.

2) Am 21.8.1996 verhaftete die Polizei den US-Bürger Walter van der Meer. Ihm wird vorgeworfen, "Kriegsgerät, Teile zur Fertigung von Sprengkörpern und Brandsätzen sowie subversives Propagandamaterial" eingeschleust zu haben. Außerdem soll er versucht haben, mit oppositionellen und religiösen Gruppen ein konspiratives Netz aufzubauen. Van der Meer werden Beziehungen zu anticastristischen Gruppen in Miami nachgesagt.

Im Mai 1997 nahm die kubanische Polizei auf dem Flughafen von Havanna eine in Miami lebende Exilkubanerin fest, die bei der Einreise Plastiksprengstoff in ihrer Tasche mit sich führte. Außerdem wurde ein nicht näher identifizierter Mann verhaftet.

Am Wochenende des 19./20.7.1997 wurde der deutsche Staatsbürger Michael Andrew Revee verhaftet, als er in einem Autotunnel unter der Hafeneinfahrt von Havanna einen Sprengsatz deponierte. In dem von ihm bewohnten Zimmer einer Pension wurden vier weitere Explosionskörper gefunden. Am 24.7. gab die Regierung bekannt, daß der Deutsche nichts mit den Anschlägen vom 12.7. zu tun habe. Bei den sichergestellten Materialien habe es sich um Knallkörper gehandelt, die in Deutschland für Gedenkfeiern und Feste verwendet werden. Nachdem Reeve fünf Tage lang einer strengen Untersuchung unterzogen worden war, wurde er in Abstimmung mit der deutschen Botschaft am 18.7. abgeschoben.

Von den mehr als 30 terroristischen Anschlägen, die seit April 1994 gegen Kuba unternommen wurden, war bei über 15 Plastiksprengstoff des Typs C-4 im Spiel.

Quellen: El Pais, ap, Neues Deutschland, IPS, Washington Post, CNN, Granma International.

22. "Schieß, Feigling! Du tötest einen Mann!" Die Suche nach Che Guevara und der Kult um einen toten Revolutionär

Autor: kuk · Rubrik: Internationale Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:03

Der Legende nach waren das die letzten Worte des argentinischen Revolutionärs Ernesto Guevara de la Serna (Che), mit denen er am 9.10.1967 seinen Mörder, den bolivianischen Soldaten Mario Terán empfing. Die Verachtung für einen Schergen, der gekommen ist, um einen verletzten Gefangenen zu erschießen, steht am Ende des Lebens eines Mannes, der bis heute eine beispiellose Popularität genießt. Fast 30 Jahre nach seinem Tod haben argentinische und kubanische Forscher das Grab gefunden, in dem er mit sechs seiner Kampfgefährten verscharrt worden war.

Unabhängig von der Suche im bolivianischen Vallegrande hat die schon aus den 60er Jahren bekannte Verehrung des Che, geboren am 14.7.1928 in Rosario (Argentinien), in den vergangenen Jahren einen Aufschwung genommen, der von vielen BeobachterInnen mit den Begriffen Kult, Mythos oder - etwas profaner - Vermarktung beschrieben wird.

Der Traum von der Befreiung des Kontinents

Che war im November 1966 nach Bolivien gekommen, um von hier aus einen Guerillakrieg zu entfachen, der nach und nach auf den ganzen Kontinent übergreifen und schließlich zu dessen Befreiung führen sollte. Den anfänglich 52 Guerilleros aus Kuba (18), Bolivien (29), Argentinien und Peru gelang es jedoch nicht, die notwendige Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Gejagt und in Kämpfen mit bolivianischen Militärkräften dezimiert, wurde Ches Gruppe am 8.9.1997 in einer Gegend mit dem Namen Quebrada del Yuro in eine entscheidende Schlacht verwickelt.

Die meisten der verbliebenden 20 Guerilleros fielen, zehn Personen gelang die Flucht (davon überlebten schließlich fünf) (1). Guevara, am Bein verwundet, Juan Pablo Chang und Simón Cuba gerieten in Gefangenschaft. Man brachte sie in die nahe gelegene Ortschaft La Higuera. Am 9.10. wurden Guevara und die anderen beiden Gefangenen auf Befehl des bolivianischen Präsidenten Rene Barrientos erschossen. Die Toten wurden per Helikopter in das 30 km entfernte Vallegrande (heute 6.000 Einwohner) gebracht und die Leiche Guevaras dort am 10.10. der Presse präsentiert. Danach wurden seine Hände amputiert (um eine zweifelsfreie Identifikation per Fingerabdruck zu ermöglichen) und eine Totenmaske angelegt. Der weitere Verbleib des Leichnams blieb 30 Jahre lang ungeklärt.

Am 21.11.1995 veröffentliche der US-amerikanische Journalist und Guevara-Biograph John Lee Anderson ein Gespräch mit dem pensionierten bolivianischen General Mario Vargas Salinas. Dieser behauptete, in der Nacht zum 11.10.1967 Guevara in unmittelbarer Nähe der Landebahn des Flughafens Vallegrande gemeinsam mit anderen Guerilleros begraben zu haben. Sofort machten sich Journalisten auf den Weg in die Provinz. Am 24.11. erließ Boliviens Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada ein Dekret, mit dem eine umfangreiche Suchaktion in die Wege geleitet wurde.

Suche und Identifizierung

Geophysiker, Historiker und Anthropologen aus Kuba und Argentinien trafen in Vallegrande ein. Zwischen Anfang Dezember 1995 und Mitte März 1996 wurde an 210 Stellen nach möglichen Gräbern gesucht. In Canada del Arroyo, sechs Kilometer von Vallegrande entfernt, entdeckte man vier Leichname, darunter den des bolivianischen Revolutionärs Jaime Arana Campero (Chapaco). Im Juni fand man im Gebiet von Florida (Kordilleren-Provinz) die Gebeine des Kubaners Carlos Coello (Tuma). Sie wurden nach Kuba gebracht.

Die Suche nach Ches Grab wurde mehrfach unterbrochen, um genauere Recherchen durchzuführen. Zwischen April und Oktober 1996 werteten kubanische Historiker zahllose Befragungen, Zeugnisse und Zeitungsartikel aus. Sie grenzten den vermuteten Fundort auf eine 10.000 qm große Fläche ein, die anschließend mit elektronischen Instrumenten auf Unregelmäßigkeiten in der Bodenbeschaffenheit, wie sie z.B. von Gräbern verursacht werden können, sowie auf Mineralkonzentrationen (Knochen) abgesucht wurde.

Argentinische Experten, die jahrelange Erfahrung bei der Suche nach Massengräbern Verschwundener und bei der anschließenden Identifizierung hatten, trieben die Arbeit voran.

Die letzte Suchetappe begann am 21.5.1997. Am 28.6.1997 wurde erneut ein Grab gefunden. An diesem und dem folgenden Tag legten die Forscher sieben Skelette frei. Eines der am 28.6. gefunden Skelette ließ aufgrund seiner dunklen Färbung (2) und seiner fehlenden Hände sofort den Verdacht aufkommen, es sei das von Che. Die Überreste der Guerilleros wurden zur weiteren Untersuchung in das japanische Krankenhaus von Santa Cruz gebracht. Dank eines vor seiner Abreise nach Bolivien erstellten umfangreichen medizinischen Gutachtens war die Identifizierung Che Guevaras wohl recht einfach. Schußverletzungen aus dem kubanischen Befreiungskrieg ließen sich nachweisen, die Gebißform war ausführlich be schrieben, Körper- und Schuhgröße sowie Schädelform stimmten mit den dokumentierten Angaben überein.

Den endgültigen Beweis erbrachte ein Vergleich der Knochenverletzungen mit dem Autopsiebericht, der unmittelbar nach der Ermordung Guevaras erstellt worden war. Die damals von den Ärzten festgestellten Einschüsse konnten an dem sogenannten "Skelett Nr. 2" nachgewiesen werden. Die Namen der anderen Exhumierten: René Martinez Tamayo (Arturo), Alberto Fernández Montes de Oca (Pacho), Orlando Pantoja Tamayo (Antonio; alle drei waren Kubaner), Simón Cuba (Willy), Aniceto Reynaga (Aniceto; beide Bolivianer) und Juan Pablo Chang (El chino; Peruaner).

Die Frage nach dem endgültigen Beisetzungsort der Revolutionäre wurde schnell beantwortet. Mit Ausnahme der in Valle- grande lebenden Bevölkerung, die sich aus verschiedenen Gründen (3) für den Verbleib der Toten in ihrer Nähe aussprach, wollte das offizielle Bolivien die Revolutionäre so schnell wie möglich los werden. Der neue Präsident Hugo Banzer stellte klar: "Che Guevara ist einst bewaffnet in Bolivien eingefallen, hat versucht, bolivianisches Territorium zu erobern; er scheiterte und fand dabei den Tod. Seine sterblichen Überreste ... gehören nicht Bolivien, sondern seinen überlebenden Angehörigen." (FAZ, 8.7.97)

Die Witwe und die vier Kinder Guevaras befürworteten die Rückführung nach Kuba, das heuer unter dem Motto "Jahr des im Kampf gefallenen heroischen Guerilleros und seiner compañeros" steht, und beendeten damit Überlegungen, die Gebeine in Bolivien zu belassen. Bei der Ankunft auf dem Militärflughafen San Antonio de los Baños (12.7.) übergaben die Angehörigen der vier Toten die sterblichen Überreste an den kubanischen Staat. Die Särge werden zunächst im Ministerium der Revolutionären Streitkräfte aufbewahrt. Am 9.10. sollen sie in einem Mausoleum in Santa Clara beigesetzt werden. In diesem Ort führte Guevara Ende 1958 eines der letzten Gefechte gegen die Truppen Batistas. Die Gebeine der beiden bolivianischen Guerilleros wurden in Santa Cruz deren Angehörigen übergeben.

Der "Mythos Che"

Ches Konterfei ziert heute nicht nur T-Shirts und Poster, sondern auch CD-Covers, Schlüsselanhänger und anderen Kitsch. Eine Swatch-Uhr trägt sein Bild, ein britisches Bier seinen Namen. Zwei neue Filme über den Revolutionär sollen gedreht werden, einer davon produziert von Mick Jagger. Die Beispiele für eine hemmungslose Vermarktung des Che-Bildes ließen sich weiter fortführen. Daß die Kapitalisten damit gegenwärtig eine schnelle Mark machen (die Witwe Guevaras, Aleida March, hat inzwischen angekündigt, eine Agentur einzurichten, die Copyrightgebühren für die Verwendung von Guevarakonterfeis einziehen soll), sollte Linke nicht allzu sehr ärgern, auch wenn sie zurecht feststellen, daß der "Pop-Star" Guevara vollständig seiner politischen Überzeugungen und Handlungen entkleidet ist. Der Guevara-Kitsch wird wieder verschwinden.

Interessanter sind da schon die KäuferInnen des Krempels, auf die der Che einen positiven Eindruck macht. Da mag es zwar manche geben, die einfach nur einem Trend folgen. Bei vielen wird es aber - ohne nähere Kenntnis der Geschichte - ein diffuses Gefühl geben, daß Che für etwas Gutes stand: Mut, Gerechtigkeitssinn, Befreiung, Entschlossenheit usw. Che verkörpert das, was man "irgendwie" gut findet, aber selber selten praktiziert. Die Kraft des "Che-Mythos" läßt sich also am ehesten damit erklären, daß sich diesem Mann nahezu alle positiven Eigenschaften, politische wie unpolitische, zuschreiben lassen.

Fasziniert von Che Guevara waren und sind jedoch auch viele Linke. Die Studenten von 1967 fanden in ihm (auch posthum) das ideale Vorbild im Kampf gegen die imperialistischen Großmächte und für die Befreiung geknechteter Völker. Die Poster mit seinem Abbild (neben dem von Ho Chi Minh) markierten den Beginn eines Mythos, für den es inzwischen viele Erklärungsversuche gibt. Im Spiegel (38/1996) heißt es: "Er sah gut aus,

er kämpfte für das Gute, er schoß gut, er war mutig, und er wurde ermordet - er hat alles, was einen Menschen unsterblich macht. ... Radikal bis zum letzten, moralisch bis auf die Knochen, konsequent bis zur Selbstvernichtung - dieser Posterheld hat ein Leben hingelegt, das sich bestens eignet als Projektionsfläche für enttäuschte, hoffende Seelen am Ende des 20. Jahrhunderts."

Andere Erklärungsversuche weisen in ähnliche Richtungen. Für Geschichtsprofessor David Kunzle (UCLA) gibt es "keine andere Person des 20. Jahrhunderts, um die herum eine so faszinierende, bunte und unwiderstehliche Vorstellungswelt entstanden ist, wie um Che Guevara. ... Er steht für vielmehr, als nur für das Prinzip des bewaffneten Kampfes. Er steht für die Vorstellung einer besseren Welt." (CNN, 27.7.97) Der kubanische Schriftsteller Froilán González stellt fest: "... der Welt von heute, die immer mehr an Solidarität und Kommunikation einbüßt, mangelt es am beispielhaften Menschen. ... (Che sei, kuk) ein Mensch, der vielleicht zuviel verlangte: Uneigennützigkeit, Ehrenhaftigkeit, Nächstenliebe, soziale Gerechtigkeit, der aber selbst gemäß seinen Prinzipien lebte - unerschütterlich." (ND, 9./10.12.1995).

Ches ehemaliger Chauffeur beschreibt ihn so: "Ein Mann, der ununterbrochen arbeitete, kaum schlief, von unmäßiger Pünktlichkeit war, der seinen letzten Zwieback und Schluck Wasser mit den Leuten teilte, der Schlitzohrigkeit haßte und sein Leben bedingungslos der Sache unterordnete. (ND, 9./10.12.1995). Für El Pais (7.7.97) ist Che schlicht der "romantischste Guerillero dieses Jahrhunderts", und Literaturnobelpreisträger Miguel ngel Asturias sieht in Che "die Verkörperung eines authentischen Romantikers, eines heldenhaften, opferbereiten Menschen, der massive Sympathien quer durch alle Klassen der Gesellschaft auf sich zieht." (Granma International, Webside vom 13.8.1997)

Daß das hohe Ansehen des Revolutionärs nicht auf westliche Linke beschränkt ist, gesteht sogar die FAZ (15.7.97) zu: "Die Verehrung vor allem in den ärmeren Schichten der Gesellschaft von Bolivien - und in anderen Ländern Lateinamerikas - ist ehrlich. Che ist, auch wenn seine Ideologie und Methoden wohl für immer umstritten sein werden, für Millionen Lateinamerikaner einer gewesen, der ‚für die einfachen Menschen` kämpfte." Ergänzt werden müßte, daß Che bei vielen religiösen Menschen die Rolle eines Heiligen einnimmt, mit dessen Verehrung eine ganz reale, wenn auch metaphysische Alltagsbewältigung vollzogen wird.

So sein wie Che

Auf Kuba begegnet man Che auf zahlreichen Bildern, die oft mit Parolen versehen sind. Die SchülerInnen rufen morgens "seremos como el Che" (Wir werden sein wie Che). Tatsächlich gibt es jedoch heute viele junge KubanerInnen, die keineswegs versuchen, Ches Weg zu gehen. Ihre Wertvorstellungen sind diametral denjenigen entgegengesetzt, für die der von ihm propagierte "Neue Mensch" steht: Danach sind die Wertvorstellungen der im Sozialismus lebenden Menschen geprägt von Selbstlosigkeit, Altruismus und von der Bereitschaft, soziale Verpflichtungen über individuelle Interessen zu stellen. Solche Vorstellungen stießen Anfang der 60er Jahre auf Kuba durchaus auf Sympathie, doch unter den heutigen Verhältnissen können viele damit nichts mehr anfangen.

Seit dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus und der darauf folgenden schweren ökonomischen Krise haben sozialistische Ideale für viele an Glaubwürdigkeit verloren. Die "Neuen Reichen", die Dollarjäger und viele Selbständige geben sich dem individuellen Gewinnstreben hin und nicht hehren Idealen. Individualistische Tendenzen sind heute weit verbreitet, gleichermaßen gefördert und beklagt von der Führung. Dalia Acosta (IPS, 6.10.97) faßt dies so zusammen: "Leben - das ist die Parole der 90er Jahre in Kuba, auch wenn sich viele immer noch durch das Symbol Che angesprochen fühlen, so reagiert der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Weise auf die Krise, daß sie sich auf das persönliche und familiäre Überleben konzentrieren und weniger das Überleben der Gesellschaft als Ganzes im Auge haben."

Die Verehrung Che Guevaras auf Kuba muß zwei wesentliche Überzeugungen des Revolutionärs aussparen. Erstens: Sein entschlossenes Eintreten für eine gewaltsame Befreiung des südamerikanischen Kontinents steht in diametralem Gegensatz zu den Integrationsbemühungen der kubanischen Führung. Die Unterstützung bewaffneter Befreiungsorganisationen findet offiziell nicht mehr statt. Zweitens: Nimmt man die theoretischen Ansätze Guevaras zur Wirtschaftspolitik und zum "Neuen Menschen" zum Maßstab, dann müßten die Reformen der vergangenen Jahre als Teufelszeug bewertet werden.

Der "Mythos Che" kann für Linke unter drei Aspekten betrachtet werden. Zunächst sollte der Versuch unternommen werden, Legende und Realität auseinanderzuhalten. Von der 1995 verstorbenen ältesten

Tochter Ches heißt es, daß die Idealisierung ihres Vaters sie sehr gestört habe: Für sie war "er keineswegs der perfekte Mann", der in der offiziellen Geschichtsschreibung beschworen wurde. Zweitens sollte aufmerksam verfolgt werden, ob und in welcher Art Che auf Kuba instrumentalisiert wird. Drittens müßte geprüft werden, welche Bedeutung die Schriften und das Handeln Che Guevaras heute noch haben.

kuk

Anmerkungen:

1) Im Verlauf des bolivianischen Feldzuges starben insgesamt 36 Guerilleros und 53 bolivianische Ranger.

2) Eine solche Färbung der Knochen ist typisch für Verstorbene, die nach ihrem Tod mit Formaldehyd behandelt wurden, um den Verwesungsprozeß zu verlangsamen. Dies ist bei Che nachweislich der Fall gewesen.

3) Der Gemeinderat von Vallegrande erließ eine Order, nach der alle menschlichen Überreste von 1967, alle Ausrüstungsgegenstände der Kämpfer und alle Gebäude, die damals eine Rolle gespielt haben, zum unveräußerlichen historischen Erbe der Stadt erklärt wurden. Ein Beamter des Innenministeriums konnte die aufgebrachten BürgerInnen kaum davon überzeugen, daß die Angehörigen der Toten eine Anrecht auf die Leichen haben. Seine Warnung, Vallegrande nicht zu einem "Mekka des Terrorismus zu verwandeln", stieß auf Ablehnung der Einwohner, die sich auf den letzten Willen Guevaras beriefen, dort begraben zu werden, wo er sterbe.

Die Motivation der Anwohner ist z.T. auch religiös oder materiell begründet. Che bringt Geld in die verarmte Region: Rucksacktouristen besuchen das ehemalige Kampfgebiet, Reisebüros bieten mehrtägige Wandertouren ("die Route des Che") an. Die lokalen Behörden beabsichtigen, die damaligen Lager der Guerilla und des Militärs wieder aufzubauen. (NZZ, 4.7.97)

23. Der Terror der Gotteskrieger. Algerien zwischen Massakern und Hoffnung auf Frieden

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:15

Seit dem Massaker in dem Provinzstädtchen Rais Ende August (über 300 Tote) hat die Gewalt in Algerien neue blutige Höhepunkte erreicht. Zusätzlich haben die durch französische Medien gestreuten Gerüchte über einen bevorstehenden "Waffenstillstand" zwischen der Islamischen Heilsfront (FIS) und der amtierenden Militärjunta dem Geschehen in Algerien wieder neue Beachtung verschafft.

Abbassi Madani, am 15. Juli 97 aus dem Gefängnis entlassene "Nummer 1" des Front Islamique du Salut (Islamische Heilsfront), hat sich Ende August in einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan bereit und in der Lage erklärt, "einen Aufruf zu erlassen, um das Blutvergießen sofort zu stoppen, und die Eröffnung eines ernsthaften Dialogs vorzubereiten."

Dieses Angebot enthält zuallererst das Eingeständnis, er habe Einfluß auf das Blutvergießen. Abbassi Madani versucht, diesen Einfluß in politische Münze umzuwandeln und als Gesprächspartner von Gewicht akzeptiert zu werden. Auf den ersten, oberflächlichen Blick hin könnte man sicherlich meinen, es handele sich um den wohlmeinenden Versuch des soeben erst aus dem Gefängnis entlassenen Führers einer seit über fünf Jahren verbotenen politischen Formation, einen Beitrag zur Entspannung im von Massakern geschüttelten Algerien zu leisten und wieder einen Fuß auf die Erde zu bekommen.

Dem widerspricht allerdings die Vorgeschichte. Im November1993 besuchte der damalige Verteidigungsminister und heutige Staatspräsident, Liamin Zeroual, im Gefängnis von Blida die seit Anfang 1992 inhaftierten Führer des FIS (unter ihnen Abbassi Madani und Ali Benhadj, Nummer 1 und 2 der Partei) und bot ihnen Freilassung und Rückkehr auf die politische Bühne an, wenn sie im Gegenzug zu einem Waffenstillstand im Land aufriefen. Als Geste des "guten Willens" wurden am 22. Februar 1994 zwei FIS-Führungsmitglieder freigelassen, Ali Djeddi und Boukhamkham. Letztere leugneten jedoch in der Folgezeit, daß es ein Übereinkommen zwischen dem FIS und den regierenden Militärs gebe, und die Verhandlungen scheiterten.

Im August 1994 kam es zu einem erneuten Vorstoß: Abbassi Madani und Ali Benhadj wurden - unter Überwachung - in die Staatsresidenz Djenane el-Mefti verlegt, keine 500 Meter vom Präsidentenpalast entfernt, wo sie über Telefon und Fax verfügten und Besucher empfangen konnten. Erneut wurden drei FIS-Führer freigelassen. Doch die Position der islamischen Fundamentalisten blieb hart. In einem Brief soll Ali Benhadj den Chef der "Islamischen Bewaffneten Gruppen" GIA, (Groupes Islamiques Armés) aufgefordert haben, "den Druck auf den Staat aufrechtzuerhalten". Am 31. Oktober 1994 klagte Zeroual den FIS der Unnachgiebigkeit an; Madani und Benhadj wurden erneut in Haft genommen. Zwischen April und Juni 1995 kam es zu Geheimverhandlungen, die wiederum scheiterten, weil der FIS nicht auf sein Ziel der Etablierung eines "islamischen (Gottes-) Staates" zu verzichten bereit war.

Es stellt sich die Frage, warum Abbassi Madani nunmehr bereit scheint, zu einem Ende der Massaker aufzurufen. Zwei unterschiedliche Interpretationen sind dabei möglich, die sich aber nicht gegenseitig ausschließen: Entweder sieht sich der FIS in einer Position der Stärke und verspricht sich von einem Kompromiß mit den Militärs genügend politische Vorteile für sein Projekt. Oder aber die Parteiführung versucht die Flucht nach vorn, da sie die Kontrolle über die bewaffneten Gruppen innerhalb des islamistischen Lagers zu verlieren befürchtet. Beide Möglichkeiten können sich auch gegenseitig ergänzen. Libération (3. und 4.9.1997) behauptet, die Verkündung eines Waffenstillstands durch den FIS stehe "in zwei bis drei Wochen" bevor. Manches spricht dafür, daß in den vom FIS kontrollierten Regionen eine Waffenruhe bereits zu greifen beginnt. So hat der Nouvel Observateur (4.9.1997) alle Massaker des Monats August auf einer Karte verzeichnet. Dabei fällt auf, daß der Großteil der Schlächtereien in einem Umkreis von 150 Kilometer um die Hauptstadt, im Hinterland von Algier, stattfand. Im Westen des Landes gibt es einige "Brandherde" rund um die Städte Tlemcen und Tiaret, während die Osthälfte um die Städte Tizi-Ouzou, Constantine und Annaba nahezu vollkommen verschont erscheint. Der großräumige Süden des Landes, die Sahara mit ihren Bodenschätzen, gehört ohnehin der Armee. Im östlichen Landesteil aber ist die AIS (Islamische Heilsarmee), der 1994 gegründete bewaffnete Arm des FIS, hegemonial, während im Zentrum des Landes rund um Algier die GIA auf

eigene Rechnung operieren. "Die AIS hält den stillschweigenden Waffenstillstand ein, seitdem Abbassi Madani aus der Haft entlassen ist", wird ein algerischer Diplomat zitiert.

Der Fundamentalismus - Nährboden des Terrors

Im August klebten die GIA oder ihre Anhänger in Algier Flugblätter mit der Drohung, sie würden "jeden Tag 150 Menschen töten". Ob die mittlerweile zum Alltag gehörenden Schlächtereien auf den "politischen Islam" als organisierte Kraft zurückgehten, wird von manchen Beobachtern in Frage gestellt. Am weitesten geht derzeit der "Maghreb- und Islam-Experte" Bruno Etienne, der in einem aufsehenerregenden Interview der konservativen Tageszeitung Le Figaro (30./ 31.8.97) behauptete, drei Viertel der Attentate würden vom amtierenden Regime verübt. Anstatt diese Zahlenangabe durch nähere Recherchen zu belegen, erklärte er, der militärische Geheimdienst habe alle Guerillagrüppchen der GIA unterwandert. Im Fall des jüngsten Massakers in Rais ist allerdings bemerkenswert, daß zwei der Mitglieder des Killerkommandos, die aus dem Städtchen stammten, von dessen Bewohnern erkannt wurden - es waren ehemalige örtliche Kader des FIS.

Der algerische links-republikanische und laizistische Oppositionspolitiker Said Saadi, Präsident der "Sammlung für Kultur und Demokratie" RCD, warnt vor den Versuchen mancher "Algerien-Experten", die Islamisten von der Verantwortung für die Massaker freizusprechen. "Viele dieser Experten", so Said Saadi gegenüber dem Autor dieses Artikels, "vertraten lange Zeit die Ansicht, daß das FLN-Regime, das sie als ‚algerischen Weg zum Sozialismus` betrachteten, das Beste für Algerien sei. Deswegen sowie wegen der Kolonialvergangenheit haben sie heute ein schlechtes Gewissen gegenüber dem Land und versuchen dieses dadurch zu beruhigen, daß sie einem Kompromiß mit den Fundamentalisten als vermeintlich ‚echtem Ausdruck des algerischen Volkes` das Wort reden. Zugleich steckt darin so etwas wie die herablassende Idee von den Eingeborenen, die für etwas anderes einfach nicht reif seien, und denen man im Namen des ‚Rechts auf Differenz` ihr vermeintliches Anderssein in Form des Fundamentalismus überläßt."

Die abenteuerlich anmutenden Zahlenspekulationen eines Bruno Etienne und anderer gehen an einer simplen Realität im algerischen politischen Leben vorbei. Tatsächlich existierte im Land schon vor der seit 1992/93 eingetretenen extremen Verschärfung der Krise ein politischer Diskurs, der den Terror als Reinigungskur der algerischen "Identität" von dem fremden Schmutz rechtfertigte, den Kolonialismus und "westliche Moderne" hineingetragen hatten. So rief FIS-Führer Abbassi Madani im Januar 1990 in der südalgerischen Stadt Bousaada vor mehreren Tausend Menschen aus: "Wir sind bereit, zwei Drittel der algerischen Gesellschaft zu opfern, um dem übrigbleibenden Drittel zu erlauben, erfolgreich auf dem Weg Gottes zu schreiten." Im Wahlkampf 1991/92 proklamierte Mohammedi Said, ehemaliger SS-Freiwilliger im Offiziersrang und später Offizier der "Nationalen Befreiungsarmee" ALN im Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich, im Stadion des 5. Juli in Algier: "Wir sind bereit, um dieses Land zu gesunden, zwei Millionen seiner Einwohner zu liquidieren."

Das Erbe

des Kolonialismus

Woher kommt diese Vision vom säubernden Blutbad? Ihr Hintergrund in der algerischen "kollektiven Psychologie" ist zweifellos der Schock, den der französische Kolonialismus auf die Gesellschaft des Landes ausgeübt hat. Algerien war mehr als eine (von außen beherrschte) Kolonie, es wurde als "integraler Bestandteil des Mutterlands" in Form dreier Départements der französischen Metropole einverleibt. Die Siedler, die aus Frankreich, aber auch aus Italien und Spanien ins Land kamen, waren vollwertige Bürger des französischen "Mutterlands" - während die arabisch-muslimischen Einwohner einen minderwertigen Rechtsstatus behielten. Hingegen erhielten die Juden (seit 1870) und Teile der "modernisierten" arabo-muslimischen Eliten (seit 1944) ihrerseits die französische Staatsbürgerschaft. Am Ende der Kolonialära stand eine Million Europäer acht Millionen Muslimen gegenüber. Teile der Eliten strebten zunächst eine Integration dieses größeren Bevölkerungsteils als Vollbürger an.

Als, hervorgerufen durch die starr ablehnende Haltung der Weißen Algeriens, der Unabhängigkeitskampf ausbrach, stellten sich manche Schichten der muslimischen Bevölkerung auf die Seite Frankreichs - nicht immer aus Gründen feiger Anpassung, sondern oft aus bewußten Motiven. Angehörige der kabylischen (berberischen) Minderheit fürchteten eine Dominanz der Araber in einem unabhängigen Algerien, nach französischem Zivilrecht verheiratete Algerier wollten kein Zurück unter die Vorschriften der islamischen Religion. Umgekehrt nahm der Unabhängigkeitskrieg mitunter Züge einer Zwangsislamisierung an. Sein

Charakter ist insgesamt widersprüchlich und uneinheitlich; so kämpften im FLN (Front de Libération Nationale - Nationale Befreiungsfront) mitunter auch Frauen bewaffnet mit, was einen Bruch mit ihrer traditionellen Rolle bedeutet. Jene "Harkis" genannten Algerier, die von Frankreich in Milizen gegen die Unabhängigkeitskämpfer rekrutiert wurden, flohen gemeinsam mit den Europäern nach der Unabhängigkeit Algeriens (1962) aus Furcht vor Rache. Zwischen 80.000 und 100.000 von ihnen wurden im Land umgebracht. So entstanden in ihren Familien und Clans Rachegefühle gegen die neuen Sieger; die tribale Struktur der algerischen Gesellschaft sowie die unterschwellig schlummernde Gewalt lebten fort.

Das neue unabhängige Algerien besaß zwei Arten von Eliten: eine frankophon sozialisierte und ausgerichtete, häufig revolutionär-sozialistische, und eine arabo-muslimisch orientierte. Erstere dominierte in den ersten beiden Jahren der Unabhängigkeit, wurde jedoch ab 1965 zunehmend ausgeschaltet. Die Förderer der "arabo-muslimischen Identität" dominierten die Kultur- und Bildungspolitik und leiteten eine rasche Arabisierungspolitik an den Universitäten ein. Dadurch fanden die Universitätsabgänger (die nicht mehr in Französisch unterrichtet worden waren) in der Industrie, wo nach wie vor das Französische dominierend war, keine Verwendung. Hier dominierten weiter die alten Eliten mit ihren ökonomischen Beziehungen zur Ex-Metropole. Zugleich machte die Regierung immer weitere Zugeständnisse an die erstarkende "arabo-muslimische" Strömung, die sie als Gegengewicht zur marxistischen Linken von oben förderte. So verabschiedete das FLN-Regime 1984 eine neue Familiengesetzgebung, die vollständig vom Islamismus diktiert war und die Frau in den Status einer lebenslangen Minderjährigkeit, unter Vormundschaft von männlichen Verwandten oder Ehemann, zwingt.

Zugleich gerieten minoritäre Strömungen dieser "arabo-muslimischen Identität" in Opposition zum bestehenden Regime. Gegen die Bodenreform der 60er Jahre opponierte eine Fraktion des Klerus, die unter Führung von Abdelatif Soltani erklärte, ein Muslim könne sein Gebet nicht auf nationalisiertem Boden verrichten, da der Islam das Privateigentum hochhalte. Später kamen immer neue Schichten hinzu, etwa die perspektivlosen Abgänger der arabisierten Universitäten. Im Laufe der Jahrzehnte wurde immer stärker ein Reservoir an widerständigen Strömungen aufgefüllt, die vom offiziellen Diskurs der "neu zu begründenden algerischen Identität" ausgingen und dessen Inhalt in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen brachten und radikalisierten. In den Jahren 1982 bis 1987 existierte die erste terroristische fundamentalistische Bewegung, der MIA (Mouvement Islamique Armé) unter Mustafa Bouyali.

Ebenfalls während der 80er Jahre zogen junge Algerier nach Afghanistan, um am "Glaubenskrieg" gegen die sowjetischen Truppen teilzunehmen. Die Verrohung durch das afghanische Gemetzel ist ein Faktor, der das heutige Ausmaß an Brutalität in Algerien teilweise erklären kann. Aus der Zeit des Afghanistankriegs existieren Kontakte mit US-amerikanischen "Netzen" und der CIA, die in Peshawar (Pakistan) Tausende algerischer Freiwilliger ausbildete. Bis heute sind die USA einer der Hauptbefürworter eines "Kompromisses" unter Einschluß der algerischen Fundamentalisten und spielen die "islamistische Karte", um die traditionelle Vormacht Frankreich zu verdrängen.

Damit gewinnen die US-Amerikaner bereits unter dem aktuellen Regime an Boden, in dem nicht wenige Befürworter eines "Kompromisses" mit den Islamisten sitzen. Auffällig ist, daß die letzten Verträge zur Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen im sicheren Süden des Landes überwiegend mit amerikanischen, spanischen und italienischen Firmen abgeschlossen wurden. Den Franzosen als traditionellen Partnern wurden zugleich Verträge in Regionen mit hohem Terrorismusrisiko angeboten, wo die französischen Unternehmen sich nicht niederlassen wollen.

Nach der Oktoberrevolte 1988 und zeitgleich mit dem Niedergang der osteuropäischen Staaten brach das algerische (Ein-Parteien-)System, das realsozialistische Züge trug, zusammen. Anfang 1989 wurde der FIS gegründet, der die "arabo-muslimische Identität" zu seinem Anliegen machte. In Algerien existiert dazu das Wortspiel: "Le FIS est le fils du FLN" (der FIS ist der Sohn des FLN). Die vom radikalisierten Islamismus verkörperte Forderung nach Reinigung der algerischen Identität von fremden Einflüssen stellt in der Tat die extreme Fortschreibung des vorher herrschenden Diskurses dar. Mit einem bedeutenden Unterschied: Das alte System hatte die neue "algerische Persönlichkeit" positiv zu begründen versucht, etwa durch die Arabisierungspolitik oder die Islamisierung des Familiengesetzes, während seine Nachfolger dies negativ tun durch radikale Ablehnung der bestehenden "verfremdeten" Verhältnisse und durch Ausgrenzung: von Frauen, die ihre Rechte fordern; von Konsumenten von Alkohol und Tabak; von Musik... (der radikale Islamismus verbietet die Musik als "gottlose Gedankenverschwendung").

Der fundamentalistische Diskurs stößt auf fruchtbaren Boden bei einer perspektivlosen und frustrierten Jugend in den Vorstädten und Armenvierteln der Großstädte, insbesondere Algier. Soziale Ausweglosigkeit (die offizielle Arbeitslosenrate im Land beträgt 28,1 Prozent!) stößt hier zusammen mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie extremer sexueller Frustration - in einer Gesellschaft, die durch rigide Moral und Geschlechtertrennung geprägt ist und wo eine persönliche Intimsphäre den meisten unbekannt ist. Aller sozialen Fesseln entledigt, können sich die strafenden "Gotteskämpfer" gewaltsam nehmen, was für sie bis dahin unerreichbar schien. Allgemein bekannt ist die Praxis der GIA, die - von ihren religiösen Führern legitimiert - Mädchen entführen und vergewaltigen; im Ende August überfallenen Rais etwa verschleppten die Terroristen nach Zeugenaussagen 50 Frauen und Mädchen. Vom streng ideologischen Kampf gegen das Böse werden viele von ihnen zu einem Desperadotum in autonom operierenden Banden übergehen und immer mehr zu einer Mischung aus extrem gewalttätiger Sekte, Plünderern und Wegelagerern werden.

Dennoch sollte man die ideologische Dimension nicht vernachlässigen. So werden in den Bulletins der GIA viele der Köpfe des FIS - die den Radikalen als zu "schlaff" und zu theoretisch-ideologisch gelten - mit dem Tode bedroht. Der radikalste Kopf der FIS-Führung, Ali Benhadj, ist jedoch nie Opfer eines solchen Tötungsaufrufs gewesen: Auch die GIA wissen, wer ihnen politisch-ideologisch nähersteht als andere. Die Beziehungen zwischen politisch organisiertem Islamismus und GIA sind zweifelsohne komplex, aber man kann davon sprechen, daß innerhalb des FIS eine Art GIA-Flügel existiert.

Die Koalition der Anti-Fundamentalisten

Das dem Fundamentalismus entgegengesetzte Lager wird in den hiesigen Medien fälschlicherweise gern auf die Militärs reduziert. Nach dem Abbruch der Wahlen im Januar 1992, die den FIS legal an die Macht zu bringen drohten, gründete sich ein "Nationales Komitee zur Rettung Algeriens" (CNSA), dessen Vorsitzender der Generalsekretär des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens) war, der am 28. Januar 97 ermordete Abdelhak Benhamouda. Seine Basis war sowohl die Armee, die das amtierende Regime kontrolliert (und deren zu einem Kompromiß mit den Islamisten neigender eigener Flügel), als auch die Massenbasis der UGTA und viele Frauen, die - wie am 22. März 1994 - zu Hunderttausenden gegen den Fundamentalismus und für ihre Rechte demonstrierten.

Nach dieser Massenaktion erklärte Innenminister Selim Saadi seine Bereitschaft, "den Bürgern Waffen zu geben". Der Linksrepublikaner Said Saadi, der als einer von sehr wenigen Politikern an der Demonstration teilgenommen hatte, rief zur selben Zeit vor 400.000 Menschen zum "bewaffneten Widerstand gegen den islamistischen Terror" auf. Mit der Entführung des Sängers Matoub Lounès am 25. September 1994 begann die Selbstbewaffnung an der Basis: Die berberische Kulturbewegung MCB bedrohte die GIA mit bewaffneten Repressalien, falls diese den Künstler nicht freiließen (was sie dann tatsächlich taten). Die ersten bewaffneten "Selbstverteidigungsgruppen" und "patriotischen Milizen" wurden u.a. von Aktivisten der ex-kommunistischen Bewegung "Ettehadi" gegründet. Im März 1995 legalisierte der Staat diese Milizen in einem Gesetz über die "zivile Verteidigung".

Heute wird die Zahl der auf diesem Wege Bewaffneten auf bis zu 200.000 geschätzt, neben der Armee mit 180.000 Mann. Im Inneren der "belagerten Festung", welche die Reste der modernen Gesellschaft in Algerien bilden, besteht ein Bündnis, das von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern über nationalkonservative Republikaner bis hin zu extrem autoritären Militärs reicht. Einigendes Band dieser heterogenen Koalition ist die Vorstellung eines modernen republikanischen Nationalstaats, in Abgrenzung zum als archaisch verstandenen Fundamentalismus. An politischen Kräften finden sich unter den Gegnern einer Machtübergabe an die Islamisten sowohl Teile des bestehenden (Militär-)Regimes als auch die demokratische Opposition (RCD, Ex-Kommunisten) und soziale Kräfte wie die Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Durch die Wahlergebnisse des Dezember 1991 ist dieses Bündnis in die Minderheit geraten. Zwar hat seitdem eine Mehrheit der damaligen FIS-Wähler dem fundamentalistischen Gesellschaftsprojekt den Rücken gekehrt, da die massive Gewaltanwendung der Islamisten gegen die Zivilbevölkerung diese zunehmend abstößt. Die alltägliche terroristische Gewalt, welche die gesamte Gesellschaft bedroht, hat jedoch für einen permanenten Belagerungszustand gesorgt. Die Befehlsgewalt im Inneren der "Festung" haben die Militärs, wenngleich einige Strömungen im antifundamentalistischen Lager - wie die Linksrepublikaner des RCD ihre Politik offen kritisieren. Die Milizen sind auf reine Abwehrfunktionen an ihrem Ort beschränkt und besitzen keine übergreifende politische Infrastruktur.

Damit ist der Fortbestand der anti-fundamentalistischen Koalition der Führung einer Institution ausgeliefert, die selbst in sich zersplittert ist und innerhalb derer einige Seilschaften auf eine Machtteilung mit den Islamisten hinarbeiten. So sind zwei große "Clans" in der Armee bekannt: der General Betchine, Ex-Chef des militärischen Geheimdiensts und Berater und persönlicher Freund des Präsidenten Zeroual, gilt als "Mann der Amerikaner" und ist für einen Kompromiß mit den Islamisten. Hart entgegengesetzt ist jedoch die Position des Generals Mohamed Lamari, des Chefs des Generalstabs. Darüber hinaus findet im Land ein Zerfall zentralstaatlicher Macht zugunsten der Herausbildung von "Warlords" statt; Bündnisse einiger Vertreter der Militärs als lokale Herrscher mit fundamentalistischen Kräften sind nicht auszuschließen. Die Militärs sind zugleich dabei, sich von der herrschenden Kaste in einem militärisch-bürokratisch regierten Staatswesen - dem FLN-"Sozialismus" der Jahrzehnte seit der Unabhängigkeit - umzuwandeln in eine Klasse von Privatbesitzern: Während der Bürgerkrieg tobt, läuft diese Wandlung, unter Aufsicht des IWF, auf vollen Touren. Die Europäische Kommission hat soeben die Privatisierung der Sonatrach vorgeschlagen, des zehntgrößten Ölkonzerns der Erde. Und "die Deutschen studieren gerade einen riesigen Plan zur Modernisierung und Erneuerung der algerischen Industrie." (L'Humanité, 30./31.8.1997)

Wer hat Interesse am Terror?

Fest steht, daß die Gewalt der Islamisten ins politische Spiel mehr als nur einer Fraktion der Militärs paßt. Said Saadi im Figaro-Interview: "Es sind die Islamisten, die töten, aber das Regime hat Interesse an dieser Situation. (...) Der islamistische Terrorismus wird als Repressionsinstrument gegenüber dem sozialen Protest und der demokratischen Opposition benutzt." So wird verständlich, daß zwischen 100 und 200 Terroristen am letzten Augustwochenende vier Stunden lang über 300 Bewohner des Provinzstädtchens Rais abschlachten konnten, ohne daß die Staatsorgane eingegriffen hätten. Rais liegt 25 Kilometer vor den Toren von Algier und an einer Straße, die von ständigen Kontrollposten gesäumt ist; die nächste große Kaserne befindet sich in weniger als zehn Kilometern Entfernung. Im Fall von Beni Messous fand die Schlächterei in einem Viertel von Algier statt, in dem das militärische Oberkommando des hauptstädtischen Armeesektors liegt.

Es bleibt offen, wie dieses Verhalten der Militärs zu erklären ist. Ein Bündnis zwischen verselbständigten "Warlords" und Fundamentalisten ist sehr unwahrscheinlich, denn diese jüngsten "Brandherde" des Terrorismus liegen mitten im Zentrum des Landes rund um Algier; solange noch eine organisierte Staatsgewalt existiert und nicht eine afghanische Zersplitterung eingetreten ist, wird sie diesen Sektor unter ihrer Kontrolle behalten. Said Saadi (Interview in Humanité Dimanche, 4.9.1997) und der Algerien-Experte Hassan Zerouki (der häufig in der PCF-Presse veröffentlicht) meinen, daß den Militärs eine klare ideologische Freund-Feind-Bestimmung fehle. Durch die Kompromißsuche von Teilen ihrer Führung noch weiter desorientiert, seien sie nicht bereit, hohe Risiken auf sich zu nehmen, um Massaker der Fundamentalisten zu verhindern. Denn die Islamisten würden oftmals auch Angriffe vortäuschen, um die Soldaten in eine Falle zu locken und umzubringen.

Eine andere Erklärung versucht die französische katholische Tageszeitung La Croix (10.9.97). Sie zitiert eine "sichere Quelle", derzufolge General Larami Anfang August den Befehl erlassen habe, die Armee dürfe ohne seine Erlaubnis bei Nacht nicht mehr ausrücken - also bei Massakern auch nicht eingreifen. La Croix interpretiert dies als "macchiavellische und blutige" Taktik des kompromißfeindlichen Armeeflügels, um die Situation bewußt zu verschärfen und so Präsident Zeroual unter Druck zu setzen, den "Dialog" mit dem FIS abzubrechen. Die Interpretation kann freilich bezweifelt werden: Eine Verschärfung der Gewaltsituation kann ebenso vom "dialogbereiten" Flügel der Militärs zum Anlaß genommen werden, um einen "Kompromiß" mit den Islamisten als letzten Ausweg zu rechtfertigen.

In jedem Fall liefert die fundamentalistische Gewalt die Rechtfertigung für eine extreme Militarisierung der Gesellschaft. Der französische Forscher Luis Martinez erklärt in Le Monde (26./27.1.1997): "Die Anwesenheit von Milizen, paramilitärischen Gruppen ... verhindert jede Äußerung sozialer und politischer Unzufriedenheit. Nach fünf Jahren Krieg denkt in Algerien jeder nur noch an sein individuelles Überleben." Zwar sind auch sozial progressive Kräfte in den Selbstverteidigungsgruppen aktiv - dennoch beschreibt Martinez treffend einen Ausschnitt der Realität: den Hintergrund, auf dem Algeriens "unfriedlicher Übergang zur Marktwirtschaft" stattfindet.

Bernhard Schmid, Paris

24. Gesundheitspolitik als Waffe gegen Kurdistan. Interview mit einer Vertreterin der Gesundheitsgewerkschaft SES

Rubrik: Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:13

Die Situation des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung in Nordwestkurdistan sowie die staatliche Repression gegen GesundheitsgewerkschafterInnen in Diyarbakir waren Gegenstand einer sozialmedizinischen Fachkonferenz in Hamburg und zweier Informationsveranstaltungen in Frankfurt a.M. und in Hanau. An Stelle des Vorsitzenden der Gesundheitsgewerkschaft SES (1) in Diyarbakir, Ali Ürküt, dem die türkischen Behörden die Ausreise nach Deutschland verweigerten, berichtete Y., die dem SES-Kreisvorstand angehört, über die Lage in der Region. Im Zusammenhang mit dem Friedenszug "Musa Anter" (siehe Bericht in dieser Ausgabe) sind nach wie vor engagierte türkische Menschenrechtler in Haft. Einer von ihnen ist Ali Ürküt. Während die in diesem Zusammenhang festgenommenen deutschen Delegationsmitglieder ausgewiesen worden sind, drohen den türkischen StaatsbürgerInnen langjährige Haftstrafen.

Daß seitens der türkischen Regierung im kurdischen Ausnahmezustandsgebiet auch ein von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bleibender "Krieg auf medizinischer Ebene" geführt wird (2), wurde während der sozialmedizinischen Konferenz "Krieg und Gesundheit in Kurdistan", die vom 28. bis 29. Juni in der Handwerkskammer Hamburg stattfand, in aller Deutlichkeit dokumentiert. VeranstalterInnen der Konferenz waren neben Heyva Sor a Kurdistanê (Kurdischer Roter Halbmond) die Hochschule Bremen, der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ), das Forum für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik sowie die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) Deutschland.

Vor dem Hintergrund der massenhaften Vertreibung der kurdischen Landbevölkerung in der Türkei, in deren Folge ca. vier Millionen Menschen Zuflucht in den Großstädten der Westtürkei bzw. Nordwestkurdistans suchen, befaßte sich die Tagung vor allem mit den Auswirkungen des Krieges auf die Lebensbedingungen und die gesundheitliche Situation der Betroffenen. Hierbei wurde deutlich, wie unzulänglich die Datenlage besonders hinsichtlich der von der türkischen Ärztekammer festgestellten bedrohlichen Zunahme von Infektionskrankheiten im Ausnahmezustandsgebiet ist. Das Ausmaß an TBC-, Malaria- und infektiösen Darmerkrankungen einschließlich Cholera kann aufgrund der mangelhaften Infrastruktur des Gesundheitswesens nicht systematisch erfaßt werden, und die türkischen Behörden halten vorhandene Statistiken unter Verschluß. Versuche internationaler Organisationen, wie der Ärzteinitiative "Médecins sans Frontières" oder auch des IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz/Roten Halbmond), präventivmedizinische und epidemiologische Projekte in den betroffenen Gebieten durchzuführen, werden durch die zuständigen türkischen Regierungsorgane ebenso abgeblockt wie humanitäre Hilfsangebote . Der regierungsnahe türkische Rote Halbmond ist in den kurdischen Gebieten kaum aktiv. Insgesamt zeigen die Vernachlässigung von Maßnahmen der Seuchenprävention, die Unterversorgung der Gesundheitseinrichtungen mit Medikamenten, medizinischen Geräten und Personal sowie auch die massiven, bis zu Mordanschlägen gehenden Repressionen gegen besonders engagierte Beschäftigte des Gesundheitswesens, daß der türkische Staat auch den medizinischen Sektor im Sinne seiner militärischen und bevölkerungspolitischen Ziele in Kurdistan nutzt. Darauf, daß die medizinische Unterversorgung der Region Bestandteil der Kriegführung und ein absichtsvoll genutztes Instrument struktureller Gewalt ist, weisen auch die Bestrebungen türkischer Behörden hin, Versuche zur Aufklärung der internationalen Öffentlichkeit über die gesundheitspolitische Lage zu unterbinden. So wurde dem Vorsitzenden der Gesundheitsgewerkschaft Diyarbakir, Ali ÜrkÜt, der an der Hamburger Tagung teilnehmen sollte, die Ausreise mit der Begründung verweigert, er habe sich gemäß § 169 des türkischen Strafgesetzbuches der Unterstützung einer separatistischen Organisation schuldig gemacht. Sollte es zu einem Verfahren gegen Ali ÜrkÜt kommen, drohen ihm bis zu dreieinhalb Jahre Gefängnis. Dr. Zenker, Leiter des Hauptgesundheitsamtes Bremen, der im Rahmen der Hamburger Konferenz über traumatherapeutische Behandlungsmöglichkeiten von Folteropfern referierte, berichtete, daß staatliche türkische Stellen über seine vorgesetzte Behörde den Versuch unternommen hatten, seine Teilnahme an der Veranstaltung zu verhindern.

Die als Stellvertreterin von A. ÜrkÜt nach Hamburg gekommene Gesundheitsgewerkschafterin Y. aus Diyarbakir, die in einer Arbeitsgruppe der Tagung über Repressionen gegen Gesundheitsbedienstete berichtete, informierte auch im Rahmen zweier Veranstaltungen in Frankfurt a.M. und Hanau, die von ÖTV-Mitgliedern organisiert worden waren, über dieses Thema. Ihrem Versuch, auf diesem Wege engere Kontakte zwischen der türkischen Gesundheitsgewerkschaft und der ÖTV herzustellen, wurde von letzterer allerdings mit großer Zurückhaltung begegnet. Seitens der ÖTV-Kreisverwaltung wurde den Organisatoren des Informationsabends im Frankfurter DGB-Haus bedeutet, daß die Veranstaltung aufgrund des erst noch zu klärenden Verhältnisses zur türkischen Gesundheitsgewerkschaft kein gewerkschaftsoffizieller Status zukommen könne. Entsprechend gering fiel mit etwa 20 TeilnehmerInnen die Resonanz aus.

Gespräch mit Y., Gesundheitsgewerkschaft SES-SEN, Diyarbakir.

Wie ist die derzeitige Situation im Bereich der medizinischen Versorgung und des Gesundheitswesens in der Region Diyarbakir?

Ich möchte daran erinnern, daß der Krieg in Kurdistan bislang etwa 25tausend Menschenleben gekostet hat. Mehrere Tausend Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden, und über vier Millionen Menschen wurden vertrieben bzw. deportiert. Aufgrund dieses Exodus der Landbevölkerung nach Diyarbakir und in andere Städte Kurdistans hat sich die hygienische und gesundheitliche Situation dramatisch verschlechtert. Als Folge der Vertreibungen ist die Bevölkerungszahl Diyarbakirs von ehemals 380.000 auf 1,5 Millionen Menschen angewachsen. Daß hieraus gravierende Probleme für das Gesundheitswesen entstehen, liegt auf der Hand. Besorgniserregend ist vor allem die Situation im Bereich der präventiven Medizin und der Seuchenbekämpfung. Nur ca. 33% der Einwohnerschaft hat Zugang zu sauberem Wasser, dadurch droht die Ausbreitung von Ansteckungskrankheiten und Epidemien. Da die Stadt in keiner Weise auf einen solch enormen Bevölkerungszuwachs eingerichtet war, stehen weder in personeller und ökonomischer noch in infrastruktureller Hinsicht auch nur annähernd die Mittel zur Verfügung, die zur Gewährleistung einer umfassenden präventiven Versorgung notwendig wären. Vorsorgeuntersuchungen bei der auf engstem Raum und unter bedenklichen hygienischen Bedingungen lebenden Bevölkerung können daher nicht durchgeführt werden.

Eine optimale medizinische Betreuung der nach Diyarbakir geflüchteten Menschen wird im übrigen auch durch sprachliche Probleme erschwert, da die Ärzte und das Pflegepersonal überwiegend türkisch sprechen, während die Landbevölkerung in der Regel nur kurdisch versteht.

Von den eigentlich 112 ambulanten und stationären Einrichtungen Diyarbakirs sind derzeit nur noch 15 eingeschränkt funktionstüchtig, die übrigen Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen wurden seit Verhängung des Ausnahmezustandes aus "Sicherheitsgründen" geschlossen und der türkischen Armee unterstellt, die diese zu militärischen Zwecken nutzt. Um eine annähernd funktionstüchtige Gesundheitsversorgung leisten zu können für 380.000 Menschen - der Einwohnerzahl Diyarbakirs vor dem Massenexodus - müßte es etwa 85 Krankenhäuser bzw. Ambulatorien geben. Während in Diyarbakir für 4.800 Einwohner nur ein einziger Arzt vorhanden ist, steht außerhalb des Kriegsgebietes ein Arzt für 1.500 Patienten zur Verfügung. Auch die technische Ausstattung mit medizinischen Geräten ist nicht annähernd ausreichend, und die vorhandenen Geräte sind mangelhaft oder defekt. So existieren z.B. für die gesamte Region Diyarbakir lediglich zwei Tomographiegeräte.

Wie akut ist die von Dir angesprochene Seuchengefahr, um welche Krankheiten handelt es sich, und welche Maßnahmen werden getroffen?

Die soziale und ökonomische Lage der Flüchtlinge ist naturgemäß schlecht, so daß sie sich medizinische Hilfe nicht leisten können bzw. häufig erst in einem späten Stadium akuter Erkrankung professionelle Hilfe suchen. Aus diesem Grunde ist es äußerst schwierig, exakte Zahlen über das Ausmaß ansteckender Krankheiten zu erheben, womit eine weitere wichtige Voraussetzung für effektive Präventiv- und Heilmaßnahmen nicht gegeben ist. Wir sind in Diyarbakir unter anderem mit ansteckenden Hepatitis- und auch Cholerafällen, Durchfallepidemien, Dysenterie-, also Ruhr-Erkrankungen und Tuberkulose konfrontiert. 1997 wurden 726 Tuberkulosefälle registriert, allein auf Diyarbakir entfallen 27% der Malaria- und 24% der Brucellose-Fälle der gesamten Türkei. Dies sind amtliche Werte des Gesundheitsamtes Diyarbakir, wir schätzen, daß die Anzahl der Infektionserkrankungen in Wirklichkeit mindestens doppelt so hoch ist. Die in der Symptomatik dem

Typhus vergleichbare Brucellose-Krankheit wird durch verdorbene Milchprodukte übertragen, ist also auf die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung zurückzuführen. Besorgniserregend ist auch die Kindersterblichkeit: Todesursache bei 24% der gestorbenen Säuglinge und Kleinkinder sind infektiöse Durchfallerkrankungen, bei 37% Infektionen der oberen Atemwege. Obwohl hierüber überhaupt keine zuverlässigen Daten vorliegen, darf aber auch die Unzahl psychischer Erkrankungen nicht unerwähnt bleiben, die mit den traumatisierenden Erfahrungen des Terrors und der Vertreibung verbunden sind, denen die Bevölkerung nicht allein in unserer Region, sondern im gesamten Kriegsgebiet ausgesetzt ist.

Gibt es im Bereich der gesundheitlichen Versorgung konkrete Behinderungen durch die türkischen Behörden? Wie verhält sich der Staat angesichts der gesundheitspolitischen Situation insgesamt?

Internationale Hilfe wird durch die Türkei nicht zugelassen bzw. der Staat nimmt überhaupt keine Hilfsangebote internationaler Organisationen an. Die im Ausnahmezustandsgebiet tätigen Mediziner und Gesundheitsbediensteten sind starker Repression ausgesetzt. Ein Beispiel: Vor zwei Jahren haben einige Ärzte in Eigeninitiative versucht, in den Dörfern um Diyarbakir die dringend notwendigen Polio-Schutzimpfungen bei den Kindern durchzuführen. Diese Ärzte wurden von den Behörden beschuldigt, staatsfeindliche Bestrebungen in der Bevölkerung zu unterstützen, und sind verhaftet worden. Die Polio-Impfungen wurden aber auch durch große Teile der Bevölkerung selbst abgelehnt, deren Mißtrauen gegen die staatlichen Behörden sich auch ganz allgemein auf Maßnahmen der medizinischen Vorsorge bezieht, da es Befürchtungen gibt, daß der türkische Staat solche Projekte dazu mißbraucht, um kurdische Frauen, die sich in ärztliche Behandlung begeben, zu sterilisieren.

Sind diese Ängste berechtigt?

Bislang haben wir keine Beweise dafür, daß tatsächlich derartige Sterilisationen vorgenommen wurden. Der Sicherheitsrat in Ankara hat jedoch entsprechende Diskussionen lanciert und seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß um die Jahrtausendwende die kurdische Bevölkerung aufgrund der Geburtenentwicklung die türkische majorisieren werde. Die angesprochenen Befürchtungen müssen also vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Du gehörst der Gesundheitsgewerkschaft in Diyarbakir an. Wie repräsentativ ist diese Gewerkschaft für die Angestellten im Gesundheitssektor und welche Ziele vertritt sie?

Unsere Gewerkschaft wurde 1994 unter dem Namen SES in vielen Städten der Türkei - auch in Diyarbakir - als Zusammenschluß von vier Einzelgewerkschaften gegründet, in denen die Angestellten des Gesundheitswesens organisiert waren. Der Hauptsitz ist in Ankara. Die Gesundheitsgewerkschaft ist ihrerseits Mitglied im Dachverband KESK, in dem 23 Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes vertreten sind, die zusammen etwa 500.000 Mitglieder haben. Außerdem ist die türkische Gesundheitsgewerkschaft Mitglied der Internationalen Angestelltengewerkschaft. In der Türkei hat die SES ca. 70.000 Mitglieder, in Diyarbakir sind etwa 1.300 KollegInnen organisiert. In einigen kleineren Städten der Umgebung haben sich lokale SES-Gruppierungen gebildet. Die SES in Diyarbakir beteiligt sich an der sogenannten "Demokratischen Plattform", in der verschiedene lokale Organisationen mitarbeiten. Neben dem Menschenrechtsverein IHD und mehreren Gewerkschaften sind z.B. auch die Ingenieur-, die Ärzte- und die Anwaltskammer in diesem Zusammenschluß vertreten. Die "Demokratische Plattform" arbeitet vor allem auf die Beendigung des Krieges bzw. des Ausnahmezustandes in der Region hin, die als eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Strukturen und die Instandsetzung der öffentlichen Einrichtungen - also auch des Gesundheitswesens - betrachtet wird.

Ein Hauptanliegen besteht in der Durchsetzung von Tarifverträgen und tariflicher Bezahlung, die es in diesem Bereich in der Türkei nicht gibt. Die prekäre Lage im türkischen Gesundheitswesen wird bereits daran deutlich, daß im Staatshaushalt für diesen Sektor ein Posten von lediglich 2% des Etats vorgesehen ist, während 65% für den Krieg aufgewendet werden.

Du erwähntest während der Diskussionsveranstaltung, daß auch Frauengruppen in der "Demokratischen Plattform" vertreten sind? Wie ist deren Selbstverständnis und welche Aktivitäten führen sie durch?

Es gibt in allen beteiligten Gewerkschaften Frauenkommissionen, die die Interessen der Kolleginnen vertreten und sich mit der Situation der Frauen befassen. Diese bilden gemeinsam die Frauenkommission in der

"Demokratischen Plattform". Die Frauenkommission führt Kultur- und Informationsveranstaltungen durch und nimmt an Aktionen teil. Z.B. hat die Frauenkommission vor kurzem zu einer Demonstration aufgerufen, nachdem in einem Dorf bei Diyarbakir ein Kind durch einen "Dorfschützer" vergewaltigt wurde. Wir haben in diesem Falle auch Hilfsmaßnahmen organisiert, um das Opfer in medizinischer und juristischer Hinsicht zu unterstützen.

Ihr seid als GewerkschafterInnen mit Repressionen konfrontiert.

Seit Beginn der Gewerkschaftsarbeit in Diyarbakir, 1991, sind wir massiven Repressionen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Das Vorgehen von Polizei und Militär richtet sich zunächst gegen die gewerkschaftliche Organisierung überhaupt. Die Gesundheitsangestellten, die als Angehörige des Öffentlichen Dienstes z.B. kein Streikrecht haben, sollen von der politischen Wahrnehmung ihrer Interessen abgehalten werden. Unsere Publikationen werden regelmäßig unter dem Vorwand beschlagnahmt, die Inhalte seien "ungesetzlich". Unsere Geschäftsräume unterliegen der ständigen Observierung durch Polizei und Militär, jede hinein- und hinausgehende Person wird registriert. 124 SES-Mitglieder kamen wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit in Haft. In den vergangenen Jahren sind 16 Gewerkschafter in Diyarbakir umgebracht worden. Mit der in unserer Region gängigen Praxis der "Täter unbekannt"-Morde beseitigt der türkische Staat seine angeblichen oder auch tatsächlichen Gegner und eben auch gewerkschaftlich engagierte Menschen.

Mit welchen Erwartungen bist Du, vor dem Hintergrund der geschilderten Probleme, nach Deutschland gekommen?

Nach unserer Auffassung können die Probleme in unserer Region allein durch die Ingangsetzung eines Demokratisierungsprozesses gelöst werden, dessen primäre Voraussetzung die Beendigung des Kriegs-, des Ausnahmezustandes und der damit einhergehenden staatlichen Repressionsmaßnahmen wäre. Die Herausbildung einer zivilen demokratischen Basis, die einen solchen Prozeß tragen könnte, wird jedoch durch Regierung und Militär verhindert, indem die Tätigkeit demokratischer Organisationen kriminalisiert und unterdrückt wird. Eine Chance zur Veränderung dieser Situation wäre dann gegeben, wenn die Aufmerksamkeit einer internationalen Öffentlichkeit für die Geschehnisse in unserer Region gewährleistet wäre. Vor allem: die Unterstützung seitens der BRD und NATO für die Kriegspolitik der Türkei muß eingestellt werden. Dazu wäre es wichtig, daß in der BRD bzw. den NATO-Staaten selbst mehr öffentlicher Druck zur Beendigung dieser Unterstützung aufgebaut wird. Ein Ansatzpunkt hierfür wäre für uns z.B. die engere Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit Gewerkschaften und politischen Organisationen in Deutschland.

frankfurter freie radikale

Anmerkungen:

1) Die SES ist die Gewerkschaft für die Beschäftigten im Gesundheitswesen und den sozialen Diensten.

2) Spurensuche. Ergebnisse der Fact-Finding-Missions nach Kurdistan. Newroz 1995. - Koordinationsbüro Newroz, Kurdistan Informations-Zentrum, Medico International.- Frankfurt a.M. 1995.

25. Institutionalisierter Rassismus: Abschiebehaft in Deutschland

Ein neues Buch von Hubert Heinhold schildert die Situation

Autor: Christoph Fleischmann · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:21

Die "Bedingungen und Ausgestaltung der Abschiebungshaft in Deutschland" sind "als überwiegend rechtswidrig zu bezeichnen", so Hubert Heinhold im Vorwort des Buches "Abschiebungshaft in Deutschland". Dies juristisch zu belegen ist nicht sein Ziel. Heinhold will vielmehr Fakten und Anschauungsmaterial zur alltäglichen Abschiebepraxis in Deutschland zusammentragen.

Die LeserInnen dürfen gespannt sein. Nicht zuletzt deshalb, weil der Münchner Rechtsanwalt Heinhold bestens mit der Materie des Ausländer- und Asylrechtes sowie der politischen Flüchtlingsarbeit vertraut ist: Schon letztes Jahr hat er im selben Verlag ein überaus nützliches Handbuch für Rechtsberatung mit Flüchtlingen vorgelegt. Außerdem arbeitet Heinhold mit Pro Asyl zusammen.

Nach einer kurzen Einführung über das, was Abschiebehaft ist und wann sie verhängt wird, wendet sich der Autor seinem ersten großen Thema zu: der rechtlichen und institutionellen Ausführung der Abschiebehaft in den einzelnen Bundesländern. Die Zuständigkeit für Abschiebehaft ist Ländersache, insofern gibt es beträchtliche Unterschiede bei den Haftbedingungen; z.B. in Hinblick auf Taschengeld, Besuchszeiten, Unterbringung in normalen JVAs oder gesonderten Gefängnissen, Betreuung usw.

Einige Bundesländer haben eigene Gesetze oder Ministeriumsanweisungen zum Vollzug der Haft erlassen. Sie werden ebenso wie einige Gefängnisordnungen dokumentiert. So werden die meisten LeserInnen den ersten Teil mit naturgemäß vielen Wiederholungen (alle 16 Bundesländer werden berücksichtigt) und manchen Seiten Gesetzestext kaum durchgehend lesen. Wer in der Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge tätig ist, findet hier jedoch eine durchaus wertvolle Materialsammlung, die auch Argumentationshilfen für die politische Arbeit - z.B. zur Verbesserung von Haftbedingungen - bietet. Zwei Beispiele: Wenn die Häftlinge in Berlin und Bremen 80 Mark im Monat nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ausgezahlt bekommen (dieser Betrag ist bei der jüngsten Änderung des Gesetzes auf 56 DM gekürzt worden), ist nicht einzusehen, warum ihnen dies in Bayern und anderswo verweigert wird. (Auch wenn Heinhold es leider an diesem Punkt versäumt, auf die rechtliche Brisanz dieser Leistungsverweigerung einzugehen: Denn durch Landesverordnungen werden die Bundesgesetze unterlaufen!) Wenn es in Berlin einen Gefangenenbeirat aus Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen gibt, warum soll das nicht auch in Baden-Württemberg gehen, wie es die dortigen Grünen fordern?

Recherche lückenhaft

Heinhold hat in diesem Abschnitt bedauerlicherweise wichtige Informanten und damit wichtige Informationen außen vor gelassen. Hauptsächlich bezieht er sich auf Informationen der Ministerien der Länder, auf Antworten auf parlamentarische Anfragen oder Antworten auf Fragebögen von RechtsanwältInnen und KirchenvertreterInnen. Nur dreimal greift Heinhold auf Informationen von freien UnterstützerInnengruppen (Flüchtlingsräte u.a.) zurück.

So erwähnt Heinhold zwar die Beratungstätigkeit der haupt- und ehrenamtlichen Kirchenleute in den Abschiebegefängnissen in Baden-Württemberg, er unterschlägt aber die Besuchstätigkeit des "Bündnisses gegen Abschiebehaft", das seit 1994 besteht und mittels eines Rechthilfefonds einen erheblichen Teil der anwaltlichen Unterstützung der Flüchtlinge möglich macht. Gleichfalls unerwähnt bleibt die Betreuungstätigkeit der Berliner "Initiative gegen Abschiebehaft".

Es befremdet, daß solche Gruppen nicht in die Recherchearbeit von Heinhold einbezogen worden sind. Hätte er hier doch wertvolle Informationen erhalten können. Unerwähnt bleibt so z.B., daß es in der Rottenburger Abschiebehaft eine Isolierzelle gibt, in die Häftlinge, die sich widersetzen, eingesperrt werden, und zwar ausgezogen bis auf ein reißfestes Hemd. Der auf 27 Grad geheizte Raum ist, abgesehen von einer Matratze, leer. Bis zu drei Tagen werden die Häftlinge dort festgehalten.

Haftbedingungen

In einem zweiten Hauptteil beschreibt Heinhold die "Abschiebungshaft in der Praxis": Von der Verhaftung über die Haftbedingungen bis zur Abschiebung bzw. der Entlassung in die "Duldung" in Deutschland - was schätzungsweise immerhin 20 bis 40 Prozent der Gefangenen betrifft. Hier rekurriert Heinhold stark auf Sammlungen von Flüchtlings- und BetreuerInnenaussagen, wie sie von verschiedenen Flüchtlingsgruppen (Hamburger Flüchtlingsrat u.a.) zusammengetragen worden sind.

Ergebnis: Die Flüchtlinge verstehen nicht, warum sie inhaftiert sind, sie klagen über mangelnde Information, über den Verlust von Eigentum bei der Festnahme durch die Polizei oder über diskriminierende Bedingungen des Gefängnisalltages wie z.B. fehlende Waschmöglichkeiten: "Man wird regelrecht schmutzig gemacht hier in der Kruppstraße. (Abschiebeknast in Berlin, ak) Das geht so: man wird einfach eingesperrt, monatelange, man hat kein Geld, kein Shampoo, keine Zahnbürste, nichts. Man hat nur die Kleidung, die man am Leib trägt. Wie soll man sich da sauber halten!"

Hier wird der alltägliche Rassismus gegen MigrantInnen anschaulich gemacht. Daß die Häftlinge, die Vermögen besitzen, für Kosten der Haft und der Abschiebung auch noch zahlen müssen, ist wohl einer der zynischen Höhepunkte der Abschiebepraxis in Deutschland. So kostet eine 38tägige Haft mit anschließender Abschiebung nach Nigeria (incl. Personal- und Fahrtkosten mit dem Polizeiwagen) satte 4651,83 DM.

Der Verlust des eigenen Vermögens ist besonders dramatisch für Flüchtlinge, die sich mit "Schmiergeld" an ihrem Heimatflughafen "durchkaufen" müssen. Eindrücklich ist der gut dokumentierte Fall des Inders Kuldeep Singh, der nach seiner Abschiebung von der Flughafenpolizei in New Delhi zu Tode gefoltert wurde, weil weder er noch seine Eltern in der Lage waren, ein gefordertes "Schmiergeld" zu zahlen.

Ebenfalls verheerend ist die mangelnde Information und Betreuung der Gefangenen, die faktisch zu völliger Rechtlosigkeit führt, da die Flüchtlinge ihre wenigen verbliebenen Rechte weder kennen noch wahrnehmen können. Auch ehrenamtliche BetreuerInnen - obwohl ihre Tätigkeit unschätzbar wichtig ist - können da oft nur (noch) Stückwerk leisten.

So berichtet eine Wuppertaler UnterstützerInnengruppe von ihren Besuchen in der Haft: "Wir haben - als Ehrenamtliche - jetzt höchstens eine Stunde Zeit, in der wir alle wichtigen Fragen klären müssen, ein nächster Besuch ist vielleicht erst wieder in einer Woche möglich. Schon die Klärung des Verfahrens, an dessen vorläufigem Ende die Haft steht, ist schwierig: Papiere fehlen oft; Verwaltungsvorgänge konnte kaum einer durchschauen; Zuständigkeiten sind unklar; die Versuche, durch Orts- und Namenswechsel der drohenden Abschiebung zu entgehen, komplizieren die Rekonstruktion. Die Entscheidung, ob und was getan werden muß - Haftbeschwerde? Folgeantrag? Rechtsanwalt? Paß suchen? Einstweilige Anordnung? mit dem Ausländeramt verhandeln? Wiedereinsetzung beantragen? Petition? Haftfähigkeit in Frage stellen? ... - ist eine Aufgabe mit vielen Unbekannten, sie muß unter Zeitdruck getroffen werden, dabei geht es um existentielle Fragen."

Heinhold bringt zu jedem Thema ein bis zwei markante Beispiele; dabei hätte er durchaus ausführlicher werden können. Er nutzt bei weitem nicht das umfangreiche Material, das von Gruppen aus der Flüchtlingsarbeit in diversen Dokumentationen zusammengetragen worden ist.

Humanisierung der Haftbedingungen

Im Anhang werden Stellungnahmen von verschiedenen Institutionen und Organisationen (Europäischer Flüchtlingsrat, UNHCR, Diakonisches Werk, Pro Asyl, Die Grünen, u.a.) zur Abschiebungshaft veröffentlicht. Dabei zeigt sich einerseits, daß die gegenwärtige Praxis der Abschiebehaft von diesen Gruppen, die ein breites gesellschaftliches Spektrum repräsentieren, deutlich abgelehnt wird. Andererseits tragen alle Statements der realpolitischen Lage Rechnung, wenn sie sagen: Eigentlich sind wir gegen Abschiebehaft, aber wenn es unbedingt sein muß, dann nur unter bestimmten Bedingungen. Damit verschiebt sich die Diskussion stark auf die "humane Gestaltung" von Abschiebehaft und problematisiert nur am Rande die Inhaftierung und Kriminalisierung von MigrantInnen.

Zu den wichtigsten Forderungen in diesem Zusammenhang gehören die deutliche Besserstellung von Abschiebehäftlingen gegenüber Strafhäftlingen, ausreichende soziale und rechtliche Betreuung, um der faktischen Rechtlosigkeit der Gefangenen entgegenzuwirken, und Reduzierung der maximalen Haftdauer -

was alles in der gegenwärtigen Situation ein deutlicher Fortschritt wäre, wie jeder weiß, der mit Abschiebehäftlingen zu tun hat.

Daß sogar diese Positionen von den Verantwortlichen bisher weitgehend ignoriert werden konnten, liegt sicher auch an der geringen Präsenz des Themas im öffentlichen Bewußtsein. Dem abzuhelfen hat Heinhold dankenswerter Weise einen Beitrag geliefert, der zum ersten Mal einen Überblick über die Situation der Abschiebehaft in ganz Deutschland bietet. Allerdings hat er noch nicht alles, was an verschiedenen Orten zu dem Thema gearbeitet worden ist, umfassend aufgegriffen. Von daher bleibt noch Raum für weitere Publikationen zum Thema.

Christoph Fleischmann

Hubert Heinhold: Abschiebungshaft in Deutschland. Eine Situationsbeschreibung. Hrg. von Pro Asyl und dem RAV, ca. 200 Seiten, Loeper Verlag, Karlsruhe 1997, DM 26,80.

26. Die Autonomen und der linke Rest. Autonomes Resümieren über Autonome - eine Buchbesprechung

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:05

Zumindest zweierlei haben die Bücher gemeinsam, um die es hier geht: Beide erschienen 1997 und beide beschäftigen sich mit den Autonomen. Ansonsten zeigen sich Differenzen in der Art der Darstellung und Bearbeitung, wenngleich die angesprochenen Themen ähnlich sind.

Der Nachbereitungsband "Autonomie-Kongreß der linken und undogmatischen Bewegungen" (zitiert als "Kongreß") beinhaltet schon im Titel eine nette Anmaßung. Anscheinend haben die AutorInnen ihren Gramsci wenigstens oberflächlich gelesen. Denn sie vereinnahmen die beliebte Selbstbezeichnung "undogmatische Linke" für die Autonomen. Da dürften einige andere aus der Restlinken berechtigterweise nicht ganz einverstanden sein, macht doch der Sammelbegriff "undogmatische Linke" für alle die einen Sinn, die keiner anderweitig benennbaren Strömung angehören, also auch nicht den Autonomen. (Wie sollten wir diese versprengten Reste denn sonst mit politischen Begriffen benennen, wenn nicht als undogmatisch und links?)

Doch zurück zum Buch "Autonomie-Kongreß". Dieses beinhaltet mehr als nur eine Art Protokoll des Treffens, das an Ostern 1995 in Berlin mit beachtlichen 2.000 TeilnehmerInnen stattgefunden hatte. Gedacht ist das Buch sicherlich erstrangig für Menschen aus dem eigenen Spektrum. Es ist allerdings auch für jene interessant, die einen Einblick in autonomes Denken und Handeln gewinnen wollen. Vor allem die den Kongreß stark prägende Diskussion um Sexismus und patriarchale Strukturen in den eigenen Reihen wird gut dokumentiert.

Die in dem Buch gebotene (Selbst-)Kritik an den eigenen Politikformen bleibt dagegegen oftmals an der Oberfläche. Sie erreicht leider nicht die Qualität früherer Auseinandersetzungen. Wenn die KritikerInnen, z.B. die aus der Gruppe F.e.l.S. (Für eine linke Strömung), angegriffen werden, alleine um autonome Politik zu verteidigen, bleibt ein seltsamer Nachgeschmack zurück. Die Politik von F.e.l.S. wird zwar an einigen Punkten nachvollziehbar kritisiert, ihre Kritik an den Autonomen damit aber nicht entkräftet.

Anders aufgebaut ist das Buch "Die Autonomen" von Thomas Schultze und Almut Gross (zitiert als "Autonome"). Dem Buch liegt eine umfangreiche Diplomarbeit zugrunde. Der Versuch einer grundlegenden und systematischen Darstellung kann als gelungen bezeichnet werden.

Historisch leiten Schultze und Gross die Entstehung der Autonomen aus der 68er Bewegung, den "Spontis" sowie den neuen sozialen Bewegungen (vor allem der Anti-AKW-Bewegung) und der "Jugendrevolte" - Stichwort: Hausbesetzungen- her. Als wesentlich betrachten sie auch die Ereignisse des "Deutschen Herbst" 1977. Autonome gebe es seit "Mitte der 70er Jahre und - auffälliger - seit der Hausbesetzerbewegung 1980/81". (Autonome, S. 7)

Als wichtige Punkte in der autonomen Geschichte werden in einer Chronologie unter anderen die Kämpfe um die Hafenstraße, die Volkszählung, der Golfkrieg, die Massenmilitanz in Wackersdorf, Hungerstreiks der politischen Gefangenen, die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und der Autonomie-Kongreß 1995 angeführt.

Die Autonomen haben unzweifelhaft eine eigene, sehr bewegte Geschichte, die - auch das zeigt die historische Betrachtung - auf das Engste mit der Geschichte der anderen Linken verwoben ist.

Nicht unberücksichtigt lassen die AutorInnen die ökonomischen Bedingungen, unter denen sich die Strömungen herausgebildet haben, die heute unter dem Logo "Autonome" auftreten. Wenn aber festgestellt wird, daß "das Buch keinen Anspruch auf allgemeingültige Repräsentanz der Autonomen" aufgrund "der Heterogenität autonomer Sichtweisen" erhebe (Autonome, S. 10), so ist dies ebenso richtig wie kaum noch anzuhören. Wird doch von Autonomen die Kritik an ihnen gerne damit zurückgewiesen, daß sie nicht für alle Taten der Autonomen verantwortlich seien, dies nicht bewerten könnten, alles heterogen sei und überhaupt ...

Verdienste und Fragwürdigkeiten

"Ein Ende der Autonomen, wie von vielen beschworen, gewünscht oder herbeipolemisiert, wird für die besseren Linksradikalen in Redaktionen und an Schreibtischen eine Befreiung werden, die sie noch bereuen."

(Kongreß, S. 47) So wird die linke Kritik an den Autonomen nicht zu Unrecht kommentiert. Über die eigenen Unzulänglichkeiten und die Krise, die sich die Autonomen in den beiden Büchern beständig attestieren, kann diese Zurückweisung aber nicht hinwegtäuschen. Dennoch: Autonome Verdienste sollen nicht geleugnet werden: Mobilisierungsfähigkeit, Schaffung eines links-kulturellen Umfeldes, Aufbau eigener Strukturen mittels Zeitungen und Info-Läden, das Bewußtsein, daß "Utopie ... nicht in der Zukunft" anfängt, "sondern hier und heute, täglich oder gar nicht" (Kongreß, S. 59), - alles das und mehr sind sicherlich positiv zu vermerkende Aspekte autonomer Wirklichkeit.

Doch nun zu den Schattenseiten. So wird beim sicher beliebtesten Thema klargestellt: "Militanz aus dem Spanischen übersetzt heißt Kampf, nicht Gewalt." (Kongreß, S. 36) Und: "Militärisch betrachtet mißachten sie (die Autonomen, Anm. ak) prinzipielle Regeln unterlegener, schwacher Kräfte: den zeitlichen und örtlichen Überraschungseffekt, den Angriff dort, wo der Gegner schwach ist, die Verbindung von schnellem Angriff und organisiertem Rückzug ..." (Kongreß, S. 39) Denn: "Wir haben nichts eiligeres zu tun, als eine Demo zu organisieren, um uns dort mit dem Feind zu messen, wo er am stärksten ist. Dies hat nix mehr mit Phantasie und List zu tun, es ist nur noch ein plumpes Kräftemessen und sture militärische Konfrontation." (radikal, zit. nach Autonome, S. 160)

Eng mit dieser Form von Militanz verbunden ist die eigene Sexismus-Kritik. So wird " ... das Bild der autonomen Identität schlechthin, der autonome Straßenkämpfer ... als reinster Machismus entlarvt, als Lob der Männer zugesprochenen Tugenden: Kampf, Durchsetzung, Sieg." (Kongreß S. 84) Das bringt die Feststellung zweier Feministinnen im Erinnerung, die - eingekeilt zwischen einem schwarzen und einem grünen Block - nicht genau wußten, über welchen Macho-Haufen sie zuerst kotzen sollten.

Aber nicht nur in der ritualisierten Militanz, auch im autonomen Alltag tritt ein (allerdings verdeckter) Sexismus zutage und ein " ... krampfhaft antrainiertes, aber verlogenes PC-Verhalten, mit dem sich einige Männer vom Rest der Männerwelt abzusetzen gedenken", statt ihren Machismo wirklich zu verändern. (Kongreß, S. 68)

Festzuhalten bleibt dennoch, daß in autonomen Kreisen der Sexismus - wenngleich auch oft als Leerformel - ein beständiges Thema ist.

Organisationsfrage, Inhalte, Bündnisse

Organisation und Hierarchie werden vehement von Autonomen abgelehnt. Dennoch "haben sich auch bei den Autonomen Hierarchien zwischen Machern und Mitläufern, zwischen Männern und Frauen herausgebildet". (Autonome, S. 67) Statt Auflösung dieser verdeckten Machtstrukturen wird an der Organisationsfeindlichkeit festgehalten.

Auch Bündnisarbeit gehört nicht zu dem, was Autonome als ihre Stärke betrachten dürfen. Aber wenn diese dann doch unter Einschluß aller autonomen Kampfformen gelang, dann unter ganz besonderen Umständen, die der lokalen Bevölkerung die Berechtigung von Militanz vor Augen geführt haben. "Insbesondere im Wendland und in Wackersdorf kam es zu einer sehr wirksamen Kombination von legalen, illegalen, friedlichen, militanten, direkten und verdeckten Widerstandsaktionen." (Autonome, S. 148) "Die Reduktion auf die Gewaltfrage und das Chaotentum, das von den Herrschenden sonst propagiert wurde, griff nicht mehr. Ohne solche Bündnisse wäre die massenhafte Militanz aber auch nie zum Tragen gekommen." (Autonome, S. 149) Schade nur, daß - wie oben schon erwähnt - solche in besonderen Fällen zweifelsohne angesagten Widerstandsformen zu Ritualen verkommen, an denen sich autonomes Selbstverständnis hochzieht.

Doch dies scheint nicht mehr durchgängig auf alle autonomen Fraktionen zuzutreffen, hat diese Szene doch auch längst ihr Generationsproblem. "Zugespitzt formuliert gibt es auf der einen Seite ‚Realo-Autonome`, meist ältere Mitglieder, die eine programmatische Interessenpolitik, die auch Bündnisse beinhaltet, Kampfbedingungen sichert und so die Propagierung der eigenen Ziele und Neurekrutierungen ermöglicht, durchführen, und auf der anderen Seite ‚Fundis`, die geradezu neurotisch an der Identität festhalten und sich ohne Chance gegen den äußeren Gegner und das Schwein unter ihnen stürzen." (Autonome, S. 152) Besserung in Sicht?

Auf bewegende interne Diskussionen darf dabei wohl nicht gehofft werden. Denn leider bleibt trotz vielfältiger Presseerzeugnisse, Plenen und Szene-Treffs festzuhalten: "Die inhaltliche Auseinandersetzung, die über den

Anlaß hinaus hätte geführt werden müssen, fällt unter den Tisch, da die praktischen Vorbereitungen fast den ganzen Raum einnehmen." (L.u.p.u.s-Gruppe, zit. nach Autonome, S. 138)

Was tun?

Was ist von einer Bewegung zu halten, die Raum bietet für hochmoralischen Veganismus (der noch jeder Pflanze personale Identität zusprechen möchte) und nicht weniger moralisierender Unmenschlichkeit wie der teilweise vorhandenen Befürwortung der Tötung von "Faschos"? Was ist von so einer Bewegung zu halten, wenn sie sich dennoch als eine politische betrachtet?

Oder anders: "Naturheilkunde für Autonome oder die versuchte Stilisierung des Tierschutzes zum 4. Hauptwiderspruch legen die Gefahren offen, die in einer Nichtbestimmung politischer Ziele liegen, und die einer gewissen Beliebigkeit oder apolitischen Haltung unter linkem Etikett Tür und Tor öffnen." (Autonome, S. 171)

Soweit einige Aspekte der (Selbst-)Kritik, deren umfassende Darstellung eben nur über Bücher vermittelt werden kann, und die deshalb hier nur angerissen bleiben kann.

Die Autonomen sind ein nicht wegzuleugnender Bestandteil der Linken - ein aktiver zudem. Ein Teil also, auf den nicht verzichtet werden kann (und auch gar nicht verzichtet werden soll). Wie also können andere Restlinke mit ihnen umgehen?

Wie wir beiden Büchern entnehmen, können die Autonomen selbst ihre besten KritikerInnen sein. Wenn aber die Kritik aus den eigenen Reihen offensichtlich weitgehend wirkungslos bleibt, wie sollte dann Kritik vom außen wirkungsvoll sein?

Es sei nicht behauptet, die undogmatische Linke sollte jetzt zu allem autonomen Mummenschanz Ja und Amen sagen. Nur: Wesentlicher als Kritik ist der konkrete Umgang miteinander:die Zusammenarbeit in Bündnissen, die (wo das möglich ist) organisierte Diskussion zwischen Autonomen und Undogmatischen. Dies kann aber auch die gezielte Trennung beinhalten, nicht das krampfhafte Festhalten, bei dem davon ausgegangen wird, daß eine Zusammenarbeit schon ein Wert an sich darstellt. Denn selbstverständlich können getrennte Aktionen aus gleichem Anlaß auch gemeinsam wirken, ohne daß eine der beteiligten Seiten ihre politischen Überzeugungen oder kulturellen Gepflogenheiten verbiegen muß. Und ohne daß eine Seite behaupten kann, die andere hätte sie instrumentalisiert bzw. die eigene Seite hätte für die andere das Grobe erledigen müssen etc.

Martin Bayer

Autonomie-Kongreß der undogmatischen linken Bewegungen, 158 S., 12,80 DM, Münster 1997, UNRAST-Verlag

Thomas Schultze/Almut Gross: Die Autonomen - Ursprünge, Entwicklungen und Profil der Autonomen, 224 S., 25,- DM, Hamburg 1997, Konkret Literatur Verlag

27. "Wir wollen Kuwait und den Golf behalten." Die globale Strategie der USA im Nahen Osten

Autor: Noam Chomsky · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:04

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Rede, die Noam Chomsky (1) am 8. Juni 1997 an der Ben Gurion Universität von Negev in Beer Sheva auf einer akademischen Konferenz über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen des Krieges von 1967 gehalten hat.

Die Auszüge sinde einer umfangreicheren Dokumentation der Rede in "News from Within" (vol. XIII, no. 6, Juni 1997) veröffentlicht durch das Alternative Information Center, Jerusalem, entnommen.

Ich möchte nun darstellen, welche Rolle der Nahe Osten in der globalen Strategie der USA spielt, die die kapitalistische Weltordnung schützen und die globalen Ressourcen kontrollieren wollen.

Die wichtigste Frage ist die nach dem materiellen Gewinn für die Geschichte. Die oberste Priorität war und ist die Sicherung der Kontrolle über die weltweit größten und billigsten Energieressourcen durch die USA. Direkt nach dem zweiten Weltkrieg haben die USA in ziemlich rüder Art und Weise Frankreich mit der interessanten rechtlichen Begründung ausgeschlossen, Frankreich sei ein feindliches Land gewesen, als es von den Deutschen besetzt war. Großbritannien wurde eine untergeordnete Rolle zugestanden: "Großbritannien ist unser Leutnant; das vornehmere Wort ist Partner", so ein US-Politiker. (...)

Das Ende des Kalten Krieges änderte nichts an der Politik der USA, sie machten genauso weiter wie zuvor - allerdings mit weniger Vorwänden und Einschränkungen. Die Vereinigten Staaten wollten ihre Streitkräfte weiterhin im Ausland stationieren und zielten noch immer auf den Nahen Osten ab, in erster Linie auf die ölproduzierenden Länder. Freilich konnten sie nun nicht mehr behaupten, daß ihre Interessen durch den Kreml bedroht würden. Sondern wir sehen heute, daß die wirkliche "Gefahr" einheimische Nationalismen sind - so wie es immer war. (...)

Dieses System hat ein halbes Jahrhundert lang ziemlich gut funktioniert. Das ist eine lange Periode. Ein Index dafür, wie gut das System funktionierte, ist der Ölpreis in den USA. Er hat sich in den letzten 50 Jahren nur sehr wenig geändert. 1995 erreichte er den tiefsten Stand (nach inflationsbereinigten Preisen).

Allerdings muß man zwei Einschränkungen machen: Erstens wollten die USA nicht, daß der Ölpreis zu niedrig würde. Denn das hätte die Profite der ölproduzierenden Unternehmen geschmälert und wichtige Märkte für Waffen, Bauprojekte usw. unterlaufen. Zweitens ist der aktuelle Preis höher, als es die offiziellen Zahlen zeigen. Sie berücksichtigen nicht die Kosten für die militärischen Kräfte, die aufgebaut wurden, um den Ölpreis in einer akzeptablen Spannbreite zu halten. Sie entsprechen einer 30prozentigen Subventionierung des Ölpreises, das zeigt die einzige Studie des Energieministeriums zu dieser Frage.

1990, während der Golfkrise, hatte die Macht der USA zugenommen, und der britische "Leutnant" war in einen niedrigeren Rang versetzt worden. Beachten Sie bitte die Terminologie eines internen geheimen Papiers: Da heißt es, die USA und Großbritannien würden Kuwait und den Persischen Golf "behalten" und nicht etwa, sie würden die Region "verteidigen". In der Öffentlichkeit gibt es einen rituellen Bezug auf die sowjetische Bedrohung. Die interne Sprache ist ganz anders. Da ist die Bedrohung, die alle Einsatzgebiete (2) betrifft, eine durch einheimische Nationalismen. Das wird durch geheime Diskussionen bestätigt, die 1958 im Nationalen Sicherheitsrat geführt wurden. (...) Damals, im Januar 1958, hatte der Nationale Sicherheitsrat betont, daß es eine logische Folge der US-amerikanischen Opposition zum arabischen Nationalismus sei, Israel zu unterstützen. Denn dieser Staat war als einzige starke pro-westliche Kraft im Mittleren Osten übriggeblieben. Das war zwar eine Übertreibung, bestätigt aber die generellen strategischen Analysen, die den einheimischen Nationalismen als den Hauptfeind im Nahen Osten wie auch sonstwo auf der Welt , besonders in Südost-Asien und Lateinamerika ausmachen. (...)

Israel hat die Aufgabe, die umliegenden Regime gegen den Prozeß der Radikalisierung durch einen unabhängigen Nationalismus zu schützen, den die Weltherrscher natürlich fürchten. (...)

Pattsituation

Lassen Sie mich zu den diplomatischen Erfolgen zurückkehren. Nach 1967 haben die Großmächte die UN-Resolution 242 als grundsätzlichen Rahmen für eine diplomatische Übereinkunft aufgefaßt. Die USA haben die Resolution dahingehend interpretiert, daß sich Israel vollkommen auf seine Gebiete gemäß den Vorkriegsgrenzen zurückziehen sollte - mit einigen kleinen, beidseitigen Modifikationen. (...)

Beachten Sie - das ist auch für die heutige Situation wichtig -, daß die Resolution ein Dokument ist, das die grundsätzlich ablehnende Haltung (3) gegenüber einer friedlichen Lösung deutlich macht: Sie sagt nichts über die Rechte der Palästinenser. Damals lehnten die arabischen Staaten einen umfassenden Frieden ab, und Israel lehnte den völligen Rückzug ab. Seit 1968 gibt es den Allon-Plan (4) in unterschiedlichen Varianten, der jetzt, zeitgemäß umgearbeitet, in den Verträgen von Oslo eine Rolle spielt.

Die Pattsituation, die durch die Resolution 242 entstanden ist - die arabischen Staaten lehnen den umfassenden Frieden ab, Israel den vollen Rückzug - diese Pattsituation wurde im Februar 1971 aufgelöst, als der ägyptische Ministerpräsident Sadat die Position der USA und des UN-Vermittlers Gunnar Jarring akzeptierte. Sadat stimmte einem umfassenden Frieden mit Israel zu; im Gegenzug sollte Israel die ägyptisch-israelischen Grenzen anerkennen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten. Noch einmal: Der Vorschlag war völlig rejektionistisch. Er bietet keinem der beiden Kandidaten etwas bezüglich seiner Rechte im ehemaligen Palästina an und geht auch nicht über die israelisch-ägyptischen Grenzen hinaus - über den Rest sagt er nichts.

Offiziell begrüßte Israel den Vorstoß als ein ernsthaftes Angebot von seiten Ägyptens. Er sei "ein berühmter Meilenstein auf dem Weg zum Frieden", so Yitzhak Rabin in seinen Memoiren. Dennoch lehnte Israel das Friedensangebot ab und zog die Expansion dem Frieden vor. (...)

Die USA standen vor einem Dilemma. Der ägyptische Vorschlag stimmte völlig mit der offiziellen Position Washingtons überein; aber Israel scherte aus. In einer internen Debatte befürwortete das Außenministerium die offizielle Position; der nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger hingegen bestand auf der "Pattsituation", d.h. keine Verhandlungen und keine Diplomatie, nur Vertrauen in das Militär. (...)

Kissinger konnte sich durchsetzen und sobald er Außenminister war, konnte er seinen gehaßten Rivalen, den Staatssekretär William Rogers, ausschalten. (...) Gleichzeitig veränderten die USA ihre Interpretation der Resolution 242: Es wurde nur ein partieller Rückzug zugelassen, wie die USA und Israel gleichlautend bestimmten. Das war ein großer Wendepunkt und ist für die Gegenwart sehr wichtig. Seither haben die USA jede diplomatische Initiative, die auf der UN-Resolution 242 in ihrer ursprünglichen Fassung basierte, blockiert: in völliger diplomatischer Isolation zusammen mit Israel. Diese Isolierung der USA und Israels wurde in den 70er Jahren noch extremer, als der internationale Konsens zugunsten der Palästinenser umschwenkte. Die UN-Generalversammlung sprach Empfehlungen aus, die Resolution 242 entsprechend zu erweitern.

Diese Frage wurde im Februar 1976 im UN-Sicherheitsrat in Form eines Resolutionsentwurfs behandelt, der zwar die Sprache der Resolution 242 zum Teil beibehielt, aber den Rejektionismus aufgab: Man sprach sich nun für einen Palästinensischen Staat an der Seite Israels aus. Diese Resolution wurde praktisch von der ganzen Welt unterstützt: von den wichtigsten arabischen Staaten, der PLO, von Europa, der Dritten Welt und der Sowjetunion. (...)

Israel lehnte es ab, an der UN-Sitzung teilzunehmen und reagierte nur mit einem Bombenabwurf auf den Libanon. Mehr als 50 Dorfbewohner wurden bei diesem "präventiven Schlag", wie es offiziell hieß, umgebracht . Die USA, die sich als Führer des extremsten Flügel der rejektionistischen Front etablierte hatte, legte Veto gegen die Resolution ein. Sie sollte dies auch 1980 noch einmal tun, so wie sie es seit Mitte der 70er Jahren getan hatte. Die USA blockierte weiterhin alle Initiativen seitens der UN, Europas, der arabischen Staaten, der Sowjetunion und der PLO. Dies ging mit zunehmender Intensität bis in die frühen 80er Jahre weiter. (...) In der Generalversammlung gab es jährliche Abstimmungen, in denen die USA und Israel allein in Opposition waren. (...) Die letzte dieser jährlichen Sitzungen war im Dezember 1990, das Abstimmungsergebnis war 144 gegen 2 Stimmen. (...)

Die Intifada

Ende der 80er Jahre wurde der Extremismus der USA und Israels problematisch. Die Intifada bedrohte die Kontrolle Israels über die Territorien und Ende 1988 (...) behauptete Washington, als Preis für gutes Verhalten

würde der PLO ein Dialog mit den USA gestattet (das war eindeutig eine Verzögerungstaktik). Protokolle des ersten Treffens wurden in Israel und Ägypten veröffentlicht (sie erreichten aber nicht die US-Öffentlichkeit). Die USA stellten zwei Bedingungen, die die PLO erfüllen mußte: Erstens sollte sie alle Hoffnungen auf eine internationale Konferenz aufgeben. Zweitens müßten die Unruhen in den Territorien beendet werden - im Verständnis der USA waren sie terroristische Handlungen gegen Israel. Kurz gesagt, die PLO sollte zum Status quo vor der Intifada zurückkehren, damit Israel seine Expansion und Repression in diesen Gebieten mit Unterstützung der USA fortsetzen konnte. Die Ablehnung einer internationalen Konferenz war eine Reaktion auf den Unwillen der Welt, die extreme Variante des US-Rejektionismus zu akzeptieren. Henry Kissinger erklärte, "Europa und Japan haben sich aus der Diplomatie im Mittleren Osten herauszuhalten, sie ist eine Domäne der USA, ähnlich wie Lateinamerika."

Der Hintergrund für die zweite Bedingung, die Intifada betreffend, ist sehr interessant. Dabei geht es um eine der vielen von den USA blockierten UN-Resolutionen, um die Resolution der Generalversammlung über Terrorismus von 1987. Diese Entschließung verurteilt energisch alle Formen von Terrorismus und ruft auf, diese Plage der modernen Zeit zu bekämpfen. Sie wurde mit 153 gegen zwei Stimmen angenommen; nur Honduras enthielt sich der Stimme. (...) Doch die Resolution scheiterte am Veto der USA. Und sie wurde auch aus der Geschichte gestrichen: In den Vereinigten Staaten wurde darüber nichts berichtet. (...)

Der Grund für das Veto der USA war eine Passage, die "das Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, denen durch koloniale, rassistische Regime oder durch fremde Besatzung ihre Rechte gewaltsam vorenthalten werden, bestätigt, und über das Recht, für deren Beendigung zu kämpfen und dabei in Übereinstimmung mit der UN-Charta und dem internationalen Recht, Hilfe zu suchen und zu erhalten". Dieses Recht war für die USA, Israel und damals auch noch Südafrika nicht zu akzeptieren. Folglich wurden die Proteste in den besetzten Gebieten als Terrorismus gegen den Staat Israel bezeichnet. (...)

Israels Bedingungen wurden in der Koalitionsvereinbarung von Peres und Shamir im Mai 1989 festgelegt. Sie verlangten, "daß es keinen zusätzlichen Palästinensischen Staat im Gaza-Distrikt und den Gebieten zwischen Israel und Jordanien geben werde."

Bitte beachten Sie das Wort "zusätzlich": Nach dem Beschluß Israels ist nämlich Jordanien schon ein palästinensischer Staat. Außerdem wurde zur Auflage gemacht, "daß es keine Veränderung im Status quo von Judäa, Samaria und Gaza gibt, der nicht in den grundlegenden Richtlinien der israelischen Regierung vorgesehen ist." Verhandlungen mit der PLO waren auch nicht vorgesehen. Unter diesen Bedingungen sollten freie Wahlen unter Aufsicht des israelischen Militärs abgehalten werden. Viele der palästinensischen Führer saßen im Gefängnis oder waren des Landes verwiesen. (...)

Im Dezember 1989 billigte das US-Außenministerium den Peres-Shamir-Vorschlag, den Palästinensern einen Dialog anzubieten über Maßnahmen, mit denen dieser Plan durchgesetzt werden sollte (andere Themen sollten nicht angesprochen werden). (...). Auch wenn dies alles in offiziellen Dokumenten steht, hat die US-amerikanische Öffentlichkeit davon nichts erfahren. Es blieb allerdings ein Problem: Wie konnte die extreme Form der Ablehnungshaltung umgesetzt werden, die zu der internationalen Isolierung von Peres und Shamir und der Bush-Administration und derer Vorgänger geführt hatte. Dieses Problem wurde einige Monate später gelöst, als Bushs Freund und Verbündeter Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte. Er hatte die Regeln der neuen Weltordnung gründlich mißverstanden (wozu Diktatoren, die isoliert sind, häufiger neigen).

Der "Friedensprozeß"

Die Folgen des Golfkrieges boten beides, ein Bedürfnis und eine Möglichkeit für die USA, ihr rejektionistisches Programm durchzuführen, d.h. das durchzusetzen, was gemeinhin "Friedensprozeß" genannt wird. (...)

Diese Möglichkeit ergab sich aus der Tatsache, daß die Welt das Prinzip der neuen Weltordnung - "was wir sagen, wird gemacht" - verstanden hatte, zumindest im Nahen Osten nach dem Golfkrieg. Europa verzichtete auf eine unabhängige Politik im Nahen Osten. Künftig übernahm es die Rolle, das rejektionistische Programm der USA umzusetzen, wie Norwegen es 1991 getan hat. Die Sowjetunion gab es nicht mehr; die Dritte Welt war in völliger Auflösung. Die USA waren frei und konnten nun zwei grundsätzliche Prinzipien durchsetzen, die sie zwanzig Jahre politisch isoliert hatten: Die Ablehnung einer internationalen Konferenz (...) und die Weigerung, den Palästinensern ein bedeutsames Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen. (...)

Im September 1993 wurde die Deklaration dieser Prinzipien in Washington unterzeichnet. Sie beinhaltet alle Grundsätze des US-amerikanisch-israelischen Rejektionismus: Die langfristige oder dauerhafte Besiedlung, wie dies genannt wird, ist einzig an die UN-Resolution 242 gebunden und nicht etwa an diese Resolution und andere wichtige UN-Dokumente, die die Rechte der Palästinenser betonen - Rechte, die die USA ständig blockiert haben. Zum Rückzug selber sagen die USA und Israel klar und deutlich, daß er schrittweise vollzogen wird, so wie sie es einseitig bestimmen. Das stimmt völlig mit der unbeweglichen Verweigerungshaltung der USA und ihrer Meinung überein, die sie seit 1971 zum Rückzug vertreten. (...)

Lassen Sie mich wiederholen, was ich zu Beginn gesagt habe: Die ganze Angelegenheit ist eine beeindruckende Demonstration der Spielregeln von Macht in den internationalen Beziehungen, so wie sie unglücklicherweise nun einmal funktionieren. Ich muß hinzufügen, daß die Palästinenser sich selbst etwas vormachen, wenn sie sich und anderen ständig erzählen, daß Israel gemäß der UN-Resolution 242 gezwungen sei, sich in seine Grenzen von 1967 zurückzuziehen. Diese Position wurde von der PLO zuletzt während der Konferenz der Blockfreien Staaten in Neu Delhi wiederholt. Aber in der internationalen Politik wird die Bedeutung von Worten nicht durch Wörterbücher bestimmt.

Übersetzung und Bearbeitung ch.

Anmerkungen:

(1) Noam Chomsky ist gegenwärtig der bedeutendste Sprachwissenschaftler. Durch eine Reihe kultur- und politikkritischer Veröffentlichungen, die ihn zu einem der bekanntesten Protagonisten der Anti-Vietnam-Krieg-Bewegung und der Neuen Linken machten, wurde er in der breiteren Öffentlichkeit bekannt

(2) im Original heißt es "service areas" was auch Tankstellen bedeutet, Chomsky spielt damit auf die Bedeutung dieser Länder als Ölproduzenten für die USA an (Annahme des Übersetzers)

(3) Im Original heißt es: "a pure rejectionist document". Chomsky spielt damit auch auf die "Total rejection front - Damaskus" an - eine Gruppierung von Palästinensern die jegliche Rechte Israels ablehnten (Annahme des Übersetzers) Der Begriff "Rejektionismus" wird im weiteren Text an in den Formulierungen angewendet, wo Chomsky ihn als Polemik verwendet, der Übersetzer

(4) Der Plan wurde vom damaligen Außenminister Jigal Alon entwickelt. Er hat in den 70er Jahren verschiedene Wandlungen durchgemacht, wurde aber nie offiziell verabschiedet. Das Siedlungsprogramm der Maarach-Regierung (Arbeiterparteien-Block) orientierte sich an dieser Konzeption; von 1973 bis 1981 galt der Allon-Plan als Basis des Parteiprogramms von Maarach mit seinen territorialen Kompromißvorschlägen. (siehe ak 297)

28. Zwischen sozialer Abhängigkeit und sexueller Anmache. Arbeitsrecht für Frauen - Rezension

Arbeitsrecht für Frauen - eine Buchrezension

Autor: Bernhard Bergmann · Rubrik: Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:06

Sexuelle Anmache am Arbeitsplatz, Lohndiskriminierung, schlechte Aufstiegschancen, ungenügende soziale Absicherung, Doppelbelastung durch Beruf und Familie - Probleme, mit denen Frauen täglich kämpfen müssen. Sie darin zu unterstützen, ist das Anliegen, das sich wie ein roter Faden durch das soeben erschienene Buch der beiden Arbeitsrechtlerinnen und Feministinnen Barbara Degen und Heike Geisweid zieht.

Ein Buch über Arbeitsrecht, das überrascht. Es ist nicht im üblichen Juristendeutsch geschrieben. Vielmehr versucht es an Hand von konkreten Fällen, Arbeitsrecht transparent zu machen. Es wird keine Objektivität vorgegaukelt, sondern Partei ergriffen für die Frauen. Arbeitsrecht wird nicht als die Lösung der Probleme gesehen, sondern nur als ein - wenn auch wichtiger - Handlungsansatz. Im Zusammenspiel von gesellschaftspolitischen Analysen, rechtlichen Informationen und konkreten Anregungen zum Handeln wird Arbeitsrecht in dem Buch der beiden Autorinnen lebendig.

Normalerweise tritt uns Recht anders entgegen: meist unverständlich, oft im Widerspruch zum eigenen Gerechtigkeitsgefühl und letztlich nur die herrschenden Verhältnisse legitimierend. Daß dies so ist, mag nicht zuletzt auch daran liegen, daß "unser" Recht ein männliches Recht ist.

Wie stark "unser" Recht männliches Recht ist, wird in dem kurzem Abriß zur Geschichte der schrittweisen Durchsetzung von Frauenrechten deutlich. Nicht nur im letzten Jahrhundert wurde die Diskussion in der Rechtswissenschaft von Männern bestimmt, die Rousseau folgend aus der Natur des Weibes ableiteten, daß es weder die Fähigkeit noch den Willen habe, gleiche Rechte wie die Männer einzunehmen.

So würden es Männer heute in der Regel nicht mehr formulieren. Aber nach wie vor wird die sogenannte herrschende juristische Meinung von einer relativ geschlossenen Männerriege, die die rechtswissenschaftlichen Lehrstühle und Sitze an den obersten Gerichten besetzt, bestimmt.

Daß diese männliche Sicht von dem, was Recht ist, auch ganz praktische Auswirkungen hat, wurde besonders schmerzlich am Einigungsvertrag zwischen der Bundesregierung und der DDR deutlich. So fielen mittels dieses Vertrages mit einem juristischen Federstrich die umfangreichen Frauenförderungsgesetze und -maßnahmen in der DDR weg. Für die Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch gab es nur eine Übergangsfrist.

Der Schwerpunkt des Buches ist jedoch die Darstellung, wie Frauen ihre Rechte insbesondere im Betrieb konkret einfordern können.

Hier finden sich z.B. Informationen darüber, was eine Kassierin im Supermarkt gegen Zugluft, die ihre Gesundheit bedroht, tun kann. Da fehlt auch nicht der Hinweis, daß eine Frau, die wegen ihres Geschlechtes bei ihrer Bewerbung ablehnt wurde, Schadensersatz in Höhe von drei Monatsgehältern verlangen kann. Praktischerweiser ist ein entsprechender Musterbrief gleich mit abgedruckt.

Ausführlich wird auch beschrieben, wie frau sich gegen sexuelle Übergriffe im Betrieb wehren kann und wo sie bei dieser Auseinandersetzung Unterstützung findet.

Eingegangen wird auch auf die besonderen Probleme der Frauen, die nicht nur als Frau und Lohnabhängige, sondern auch wegen ihrer gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung, ihrer ausländischen Herkunft oder aufgrund einer körperlichen Behinderung diskriminiert werden.

Nicht zuletzt ist in dem Buch auch ein Kapitel unter der Überschrift "wie sieht es in den Betriebs- und Personalräten aus". Neben der Zustandsbeschreibung, daß die Durchsetzung von Frauenrechten in Betriebsratsgremien nicht gerade oberster Priorität hat, findet sich hier auch eine Frageliste für all diejenigen, die entsprechende Defizite im Betrieb angehen wollen.

Äußerst nützlich ist es, daß die beiden Autorinnen nicht an den Betriebstoren haltmachen, sondern auch wichtige Hinweise auf Sozialversicherungs- bzw. Sozialhilfeansprüche geben.

Bernhard Bergmann

Barbara Degen / Heike Geisweid: Rechtsratgeber Frauen im Beruf. Rororo Aktuell Nr. 13971. Reinbeck 1997.

29. "... und auch nicht anderswo!" Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung - Rezension

Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung - Buchrezension

Autor: at. · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:30

Die ehemaligen Redaktionsmitglieder der Anti-AKW-Zeitungen "atom" und "Atom-Express" Bernd Beyer, Enno Brand, Reimar Paul und Bernd Weidmann haben ihre schon seit Jahren "mal ernsthaft diskutierte und mal schwärmerisch erträumte Idee" umgesetzt: Die lachende Sonne ist in die Geschichtsschreibung eingezogen. Im Sommer dieses Jahres ist endlich das erste Geschichtsbuch der Anti-AKW-Bewegung erschienen. Wie das Kapitel "Chronologie der Bewegung" - das den Mittelpunkt des Buches darstellt - zeigt, eine Geschichte von erbitterten Kämpfen, witzigen Aktionen, aber auch der Kriminalisierung der Bewegung. In der Chronologie, die mit der Standortwahl des in Wyhl geplanten AKW 1971 beginnt und im März 1997 mit dem Widerstand gegen den zuletzt erfolgten Atomtransport ins Wendland endet, werden auf 115 Seiten Demos, Aktionen, Erörterungstermine, Gerichtsverhandlungen, kurz viele Termine, die für die Bewegung relevant waren und sind, aufgegriffen und kurz dargestellt. Ziel der Herausgeber ist es, "Stärken und Schwächen, Irrwege und Richtungweisendes, Verdrängtes und zu Unrecht Glorifiziertes aufzulisten und zu analysieren". Trocken wird diese Darstellung nicht, weil beispielsweise auch das Dorfschwein "Genscher" im Hüttendorf von Grohnde seinen historischen Platz findet. Mehr noch bewirken aber die zahlreichen Fotos, überwiegend von Günter Zint, daß das Buch lebendig ist und den Charakter einer Fotoreportage erhält. Die Fotos spiegeln Kampf, Wut, aber eben auch manchmal die Hilflosigkeit der AktivistInnen wider.

Beim Lesen der Chronologie, die fast die Hälfte des gesamten Text-Bild-Bandes füllt, ertappt man sich ganz schnell dabei zu blättern und der eigenen politischen Sozialisation folgend, zu schauen, wo war ich dabei, welchen Teil der Auseinandersetzungen habe ich mitgemacht und vielleicht auch ganz anders erlebt. Und beim Stöbern fällt einem neben diversen netten Anekdoten dann doch das eine oder andere auf, was nicht so ganz stimmt. So befindet sich die Urananlage Ellweiler zum Beispiel nicht im Schwarzwald, sondern im tiefsten Hunsrück. Aber an diesem Beispiel wird deutlich, daß sich Reimar Paul, der für diesen Textteil verantwortlich zeichnet, bemüht hat, eine möglichst vollständige Chronologie zu erstellen, in der eben nicht nur die "Großdemos" abgehandelt werden.

Eine Bewertung oder kritische Reflexion der Aktionen bleibt aber oft aus, im Vordergrund steht die Darstellung der erlebten Geschichte. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die weiteren Beiträge. Diese bleiben leider etwas unverbindlich nebeneinander stehen. Der eingangs benannte Anspruch, Stärken und Schwächen zu analysieren, kann so nicht ganz eingelöst werden. Neben den Beiträgen von Reimar Paul und Wolfgang Ehmke, die die Anti-AKW-Bewegung in den verschiedenen Phasen charakterisieren, sind Berichte über die Bewegungen an den einzelnen Standorten, beispielsweise Wackersdorf, Gorleben oder auch Gronau, gestellt und auch solche, die sehr persönliche Erfahrungen beinhalten. So berichtet Bernd Siegler in einem Kapitel, wie sich das Leben von Erna Wellnhofer, einer ehemaligen Lehrerin in Wackersdorf, veränderte; welche (persönlichen) Erfahrungen zur politischen Radikalisierung führten und wie die Region durch den WAA-Widerstand geprägt wurde.

Einer der Knackpunkte der Bewegung, die Gewaltfrage, die Militanz des Widerstandes, kommt immer wieder zur Sprache. Leider werden die in den verschiedenen Beiträgen angerissenen Konfliktlinien nicht immer deutlich. Sie können oft nur nachvollzogen werden, wenn eben das nötige Vorwissen vorhanden ist, was man nun aber - hoffentlich - nicht von jeder Leserin und jedem Leser erwarten kann. Nicht klar genug wird meiner Meinung nach auch die Dimension der Ereignisse im Jahr 1977, die im Rückblick auf zwanzig Jahre Deutscher Herbst als Kalkar-, Grohnde- oder Malville-Schock bezeichnet werden. Der Anspruch, die eigene Geschichte zu schreiben, bleibt so etwas im luftleeren Raume hängen. Auch die Rolle der Anti-AKW-Bewegung als ein Kristallisationspunkt einer radikalen linken Bewegung bzw. die Verortung der Anti-AKW-Bewegung im linken Spektrum wäre eine interessante Frage - wohl aber auch Teil eines anderen Buchprojektes - gewesen.

Das Ziel, die verschiedene Facetten der Bewegung darzustellen, ist nur teilweise erreicht werden. Gerade in dem Beitrag von Fritz Storim "Hoffnung auf ein anderes Leben - eine Bilanz des Widerstandes" kann man sich

nicht des Eindrucks erwehren, daß hier alte Widersprüche ausgetragen werden, die aber in der Art der Darstellung für viele nicht nachvollziehbar bleiben. Die Einschätzung von Fritz, daß der KB sich der Anti-AKW-Bewegung ausschließlich aus taktischen Erwägungen angeschlossen habe, um Leute für die eigene Organisation zu rekrutieren und daß er dies mit der (angeblichen) Weigerung, im März 1976 Unterschriftenlisten gegen den wasserrechtlichen Erörterungstermin zu Brokdorf auszulegen, belegen möchte, ist dann doch etwas dünn und hätte wohl einer gründlicheren, politischen Auseinandersetzung bedurft.

Schade, daß neben den "Veteranen der Bewegung" die sich jetzt engagierenden Jüngeren nicht zu Wort kommen. Dennoch: Es macht Spaß, das Buch zu lesen und die Geschichte der Bewegung durch die hervorragenden Fotos dokumentiert zu sehen. Die Autoren versäumen nicht die Erfolge der Bewegung darzustellen, die leicht in Vergessenheit geraten. Nur ein Bruchteil des ursprünglich geplanten Atom-Kreislaufes konnte verwirklicht werden. Auf daß bald die abschließende Fortsetzung dieser Geschichte notwendig wird!

at.

... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Redaktion Atom Express (Herausgeber) mit Fotos von Günther Zint. Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 1997, 288 Seiten, 39,80 DM

30. "Billigend in Kauf genommen". Krenz, Schabowski, Kleiber und die Kriminalisierung der DDR

Autor: Kt. · Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:26

Keineswegs der erste Prozeß dieser Art, und wohl auch nicht der letzte: Ein BRD-Gericht verurteilte am 25. August den früheren Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz, zu sechseinhalb Jahren Haft. Im selben Prozeß wurden gegen die früheren Politbüromitglieder Schabowski und Kleiber Freiheitsstrafen von drei Jahren verhängt.

In gleicher Sache, wegen des "Schießbefehls" an der Mauer, standen zuletzt im September 1996 mehrere Mitglieder der militärischen Führung der DDR vor Gericht. Es wurden Haftstrafen bis zu sechs Jahren ausgesprochen. Im September 1993 wurden der frühere stellvertretende DDR-Verteidigungsminister Keßler, sein Stellvertreter Streletz und der frühere SED-Bezirkschef Albrecht zu viereinhalb bis sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Die BRD sitzt über die untergegangene DDR zu Gericht nach dem Motto "Rechtsstaat kontra Unrechtsstaat". Das kann noch etliche Jahre so weitergehen, solange es den Herrschenden politisch-propagandistisch nützlich erscheint. Der Vorrat möglicher Anklagen ist noch längst nicht ausgeschöpft.

Da geht es um eine Vielfalt von Vorgängen. Modrow und andere ehemalige SED/DDR-Politiker wurden wegen Wahlfälschung abgeurteilt. Richterinnen und Richter mußten sich für Prozesse verantworten, in denen sie früher selbst Regie geführt und Härte gezeigt hatten. Ehemaligen Geheimdienstlern wurde vorgehalten, daß sie RAF-Mitgliedern eine zivile Existenz in der DDR ermöglicht hatten. Selbst wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen, die zu DDR-Zeiten begangen worden sein sollen, wurde schon vor BRD-Gerichten verhandelt.

Rückwirkende Anwendung bundesdeutscher Rechtsvorstellungen auf einen souveränen anderen Staat? Nein, gerade das wird von unseren Politikern und Juristen bestritten: Geurteilt werde nur nach den zur "Tatzeit" in der DDR geltenden Gesetzen. Naja, mit einer kleinen Einschränkung: sofern nicht die Anwendung des BRD-Rechts zu einer milderen Strafe führt. Gemäß diesem menschenfreundlichen Grundsatz wurde in den erwähnten Fällen in aller Regel nach BRD-Recht geurteilt. Damit tue man den Angeklagten doch nur einen Gefallen, hieß es zur Begründung, denn eine Bestrafung nach den DDR-Gesetzen hätte eigentlich sehr viel härter ausfallen müssen. Das ist rundum logisch, denn die DDR war schließlich ein diktatorisch regierter Unrechtsstaat.

Der "Schießbefehl" ist das Hauptinstrument zur nachträglichen Kriminalisierung der DDR geworden. Das war vorauszusehen. Das Thema ist gut gewählt, denn vermutlich werden nur wenige Menschen mit Verstand heute noch die Praktiken an der DDR-Grenze rechtfertigen wollen, die der Abschottung eines Landes dienten, das in dieser Hinsicht wie ein Gefängnis für seine Untertanen funktionierte. Daß die DDR in den Entscheidungen über ihre Maßnahmen zur "Grenzsicherung" nicht souverän war, sondern weitgehend von der weltpolitischen Strategie der Sowjetunion abhing, ist unbestreitbar. Das könnte aber weder auf einer moralischen noch auf einer politischen noch auf einer juristischen Urteilsebene einen erheblichen Milderungsgrund für die führenden DDR-Politiker darstellen. Für das, was sie getan oder durch Beschlüsse veranlaßt haben, bleiben sie dennoch persönlich verantwortlich.

Aber was haben sie denn nun eigentlich im Falle des "Schießbefehls" tatsächlich konkret getan oder veranlaßt? Das Gericht, das gegen Krenz, Schabowski und Kleiber verhandelte, tat sich außerordentlich schwer, seine Vorwürfe zu definieren. Da wurden in der Urteilsbegründung statt dessen allgemein gehaltene Beschlüsse des Politbüros zitiert, die zur Sache nichts wirklich hergeben: Die politisch-ideologische Arbeit sei darauf auszurichten, klassenmäßige Kampfpositionen bei allen Armeeangehörigen, Grenzsoldaten usw. zu schaffen. Jeder, der die DDR angreife, müsse als Feind betrachtet und bedingungslos bekämpft werden. Klassenauftrag der Grenztruppen sei es, die sozialistische Ordnung, das friedliche Leben der Bürger, die Souveränität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Sicherheit der DDR zu gewährleisten.

Aus der wahllosen Aneinanderreihung solcher Resolutionsphrasen im Urteil wird deutlich, daß das Berliner Landgericht jedweden Hinweis auf den Schutz der DDR-Grenzen als "gemeinschaftlichen Totschlag"

interpretiert. Wohlgemerkt: tatsächlich als Totschlag, nicht bloß als Aufforderung oder allenfalls Beihilfe zu einer strafbaren Handlung. Das macht selbstverständlich nur Sinn, wenn man der DDR a priori das Recht abspricht, sich zu schützen und zu verteidigen, und das wiederum setzt voraus, daß der eigentliche kriminelle Tatbestand in der staatlichen Existenz der DDR lag.

Das Urteil des Berliner Landgerichts erwähnt außerdem eine Reihe von Befehlen an die DDR-Grenztruppen. Ihre Substanz ist, daß "Grenzdurchbrüche" zu verhindern seien, und zwar nötigenfalls auch unter Anwendung der Schußwaffe, sofern andere Mittel versagten. Daraus schlußfolgerte das Gericht, die Angeklagten in ihrer Eigenschaft als verantwortliche Mitglieder des Politbüros hätten Todesfälle an der Grenze durch Schußwaffengebrauch "billigend in Kauf genommen". Das ist in dieser Formulierung wohl nicht zu bestreiten. Es ist so richtig wie beispielsweise die Aussage: Die Bundesregierung nimmt mit ihrer martialischen Grenzabschottung gegen Einwanderungswillige billigend in Kauf, daß Menschen in der Oder ertrinken, im Wald erfrieren, in LKWs ersticken oder daß sie - jaja, auch das kommt schon mal vor! - von unseren aufmerksamen Grenzschützern auf der Flucht erschossen werden.

Egon Krenz hat völlig recht, wenn er in seinem Schlußwort vor Gericht bestritt, daß es so etwas wie den "Schießbefehl" in der von bundesdeutscher Seite suggestiv unterstellten und angeprangerten Form wirklich gegeben hat. Die Regeln für den Schußwaffengebrauch an der DDR-Grenze unterschieden sich wahrscheinlich nicht einmal wesentlich von denen, die an den Grenzen der BRD, an den Sicherheitsgrenzen von Bundeswehranlagen oder auch im alltäglichen bundesdeutschen Polizeieinsatz gelten.

"Nach dem Grenzgesetz (der DDR) war die Anwendung der Schußwaffe gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder Fortsetzung einer Straftat, die sich als ein Verbrechen darstellt, zu verhindern. Das Leben sei nach Möglichkeit zu schonen. Die Republikflucht war nach § 213 StGB/DDR aber nur in schweren Fällen ein Verbrechen. Gleichwohl wurde jeder erfolgreiche Schußwaffeneinsatz - auch wenn er bei enger Interpretation nicht vom Grenzgesetz gedeckt war - belobigt." (Aus dem Urteil des Berliner Landgerichts)

Das war wohl so. Aber ist es in der BRD wirklich wesentlich anders? Kein Politiker fordert Polizisten explizit auf, jugendliche Autoknacker so lange durch die Stadt zu hetzen, bis sie mit hohem Tempo gegen eine Mauer krachen und ihr Leben beenden. Aber jeder staatstragende Politiker dieses Landes wird sich schützend vor die armen Beamten stellen, wenn leider Gottes wieder einmal so etwas passiert ist. Polizisten haben auch keinen direkten Auftrag, ihnen verdächtig vorkommende Menschen in "Putativnotwehr" umzulegen, bloß weil ihnen irgendeine Bewegung nicht ganz geheuer vorkommt. Aber jeder staatstragende Politiker wird ein solches (gewiß unerwünschtes) Ergebnis billigend in Kauf nehmen als einen Preis, der in der Verbrechensbekämpfung nun einmal gelegentlich gezahlt werden muß. Und wenn hierzulande ein Polizist hinter einem Flüchtenden herschießt, streng nach Vorschrift auf die Beine zielt, aber ungeschickterweise voll in den Rücken oder in den Kopf trifft, wird deswegen kaum ein verantwortlicher Politiker in höchster moralischer Erregung seinen Job an den Nagel hängen oder sich die Forderung nach Entwaffnung der Polizei zur neuen Lebensaufgabe machen.

Zur Ausrüstung von Polizei, Grenztruppen und Soldaten mit Schußwaffen gehört, daß Politiker im Namen höherer Zwecke gelegentliche Todesopfer billigend in Kauf nehmen. Das ist im Prinzip in allen Staaten das gleiche. Unterschiede können in der Frage bestehen, welches jeweils die vorgegebenen höheren Zwecke sind. Im angeklagten Fall war es die Furcht eines Staates, durch das Weglaufen seiner Bürger wirtschaftlich zusammenzubrechen. In der BRD, in den USA und anderen kapitalistischen Ländern hingegen steht bei tödlichem Schußwaffengebrauch der Staatsorgane zumeist der Schutz des Privateigentums im Vordergrund. Vielleicht ist ein Ziel tatsächlich mehr wert als das andere, oder vielleicht rechtfertigen beide Ziele nicht die Opferung von Menschenleben. Aber diese Frage ist nicht vom Berliner Landgericht zu beantworten.

Kt.

31. Provinzposse in Bayern

Keine Minenausstellung in Aschaffenburg

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:18

Während im Zusammenhang mit dem Tod von Prinzessin Diana immer wieder hervorgehoben wurde, daß sie bei vielen Menschen deshalb so beliebt gewesen sei, weil sie sich unbequeme Anliegen zu eigen gemacht und beispielsweise solche Kampagnen, wie die zur Ächtung der Landminen unterstützt habe, wird mitunter anderen, die sich in dieser Weise engagieren, die Unterstützung verwehrt.

Seit Frühjahr 1997 bietet die "Kampagne gegen Rüstungsexport" (Wiesbaden) eine professionell erstellte Wanderausstellung zur Minenproblematik an. Die Ausstellung wurde konzipiert für die Präsentation in Schulen, Rathäusern, Kirchengemeinden und öffentlichen Räumen. Ziel der Ausstellung "Gute Minen gibt es nicht!" ist es, die verheerenden Auswirkungen der weltweiten "Verseuchung" durch Landminen einem größeren Publikum nahezubringen. Außerdem soll der Forderung nach einem vollständigen Verbot von Landminen, die im Rahmen eines Initiativkreises auch von Organisationen wie "Brot für die Welt", "Kindernothilfe e.V.", "Misereor" und vielen anderen erhoben wird, Nachdruck verliehen werden.

Für den bündnisgrünen Stadtrat der bayerischen Stadt Aschaffenburg, Thomas Mütze, Grund genug, die Ausstellung im Aschaffenburger Rathaus präsentieren zu wollen. Doch der engagierte Stadtrat erhielt vor einigen Tagen ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt, in dem dieser ihm mitteilt, daß die Stadt bisher keine Ausstellung durchgeführt habe, die von einem Dritten angeboten wurde und "wir auch davon absehen, die 500 DM pro Woche zu übernehmen", so Oberbürgermeister Reiland. Daß es weniger die 500 DM und die Erstellung der Ausstellung durch einen Dritten sind, die Herrn Reiland stören, geht aus den weiteren Zeilen des Briefes an Stadtrat Mütze hervor: "Aus den von Ihnen übersandten Unterlagen zur Minen-Ausstellung ist erkennbar, daß eine Tafel 5 mit dem Thema ‚Die halbherzige Politik der Bundesregierung` und eine Tafel 10 mit dem Thema ‚Kampagne: Daimler-Minen stoppen` vorgesehen sind. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt Aschaffenburg sein, die Bundesregierung in Angelegenheiten zu kritisieren, die nicht zu den örtlichen Angelegenheiten der Stadt Aschaffenburg zählen. Dies gilt sinngemäß auch für eine Kritik an wirtschaftlichen Unternehmen, soweit die Stadt Aschaffenburg nicht betroffen ist."

Tatsächlich wird in der Ausstellung darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung für Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Landminen jährlich dreistellige Millionenbeträge ausgibt; und auf der beanstandeten Tafel 5 wird konsequentes Handeln eingefordert: "Wer wirklich eine minenfreie Welt will, darf keine neuen Minen entwickeln und anschaffen." Auch die Tatsache, daß der größte deutsche Rüstungskonzern Daimler-Benz bei der Entwicklung von Minen eine wichtige Rolle spielt, sowie die Forderung, vollständig aus der Minenproduktion auszusteigen, sind den Ausstellungstafeln zu entnehmen.

Während es für Aschaffenburgs SPD-Oberbürgermeister Reiland nicht zu den Aufgaben der Stadt gehört, die Politik der Bundesregierung und des größten deutschen Unternehmens zu kritisieren, ist die Präsentation der Ausstellung für den CDU-Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Ratingen kein Problem. Die Ausstellung ist nach der Absage aus Aschaffenburg gegenwärtig im dortigen Rathaus zu sehen und Ratingens Bürgermeister konnte sogar für die Eröffnungsveranstaltung gewonnen werden.

Thomas W. Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611/910 23 50, Fax: 371 838

32. Quelldatei 23.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:23

Überlebensmemoiren

Eine Literaturgattung des 20. Jahrhunderts beschreibt Jan Philipp Reemtsma in seinem Aufsatz "Die Memoiren Überlebender" (Mittelweg 36, August/September 1997). In der früheren Literatur fand "Leid ... nur durch den Umweg durch den Autor, der sich mit der leidenden Hauptfigur identisch ist, seine literarische Salonfähigkeit". Nach 1945 war das anders, auch wenn die Erinnerungen der Überlebenden der Vernichtungslager teilweise erst sehr spät veröffentlicht wurden oder anfänglich auf wenig Interesse stießen. Heute sind sie feste Bestandteile "neuerer deutscher Literatur", wie die Bücher von Ladislaus Szücs, Ruth Klüger und Victor Klemperer, oder gar der "Weltliteratur" wie die Werke Primo Levis. Über ihren Gebrauchswert für heutige Leserinnen schreibt Reemtsma: "Trostbüchlein sind es nicht, keine Dokumente des Weltvertrauens, aber als Dokumente des Überlebens und der Schilderung des Entsetzens und des Entsetzlichen bleiben sie paradoxe Zeugnisse des Fortlebens einer Zivilisation, die in den Lagern zerstört wurde - auch dort, wo sie, im Fall Roman Fisters, dieses zu dementieren scheinen. Die Frage nach dem Woher der moralischen Autorität dieser Memoiren Überlebender läßt sich beantworten: nur in diesen Texten wird das Ausmaß der Zivilisationskatastrophe, weil im Detail zur Kenntnis genommen, nicht verleugnet. Nur in diesen Texten wird wirklich deutlich, daß die Rede vom ‚Zivilisationsbruch` keine wohlfeile Rederei ist."

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, 93 Seiten, 18 DM

Bundeswehr-Werbung

Im September-Heft der antimilitarismus information (ami) geht es u.a. um Rechtsextreme in Olivgrün, die aktuelle Wehrpflichtdebatte und die Werbekampagne der Bundeswehr. Zu letzterer gehören auch sechs Fernsehspots, in denen jeweils ein Wehrpflichtiger von der prima Kameradschaft und dem einzigartigen Feeling beim Bund erzählt. Oberbefehlshaber Rühe will in Zeiten der Massenerwerbslosigkeit mit der Kampagne vor allem die "attraktiven Arbeitsplätze" und die "Chancen für Beruf und Lebensplanung" herausstellen, aber auch das "Verständnis für die Sicherheitsvorsorge .. sowie das Selbstbewußtsein und das Wertgefühl der Bundeswehr stärken". Der neugewandete Lifestyle-Militarismus kommt ohne "Heimat und Staat" als Argumente aus, analysiert ami: "Spaß wird als subtiles Argument mißbraucht - über Spaß denkt man nicht nach, Spaß hat man." Als Möglichkeit antimilitaristischer Gegenwehr empfiehlt ami "Spaß (als) legitimes Mittel der Auseinandersetzung - gegen die Lifestyle-Bundeswehr hilft nur die Spaßguerilla". Über deren Anschläge und Aktionen würden wir demnächst gern Genaueres erfahren.

antimilitarismus information 9/97 (September 1997), ami-Verlag, Eißholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel. und Fax. 030/2151035; 39 Seiten, 3,50 DM

Schnelle Eingreiftruppe "Seele"

Der Begriff des "Traumas" hat Konjunktur. Von allein zehn Millionen durch Kriege "traumatisierten" Kindern spricht UNICEF. Hinzu kommen ehemalige Soldaten und ihre Opfer; in den Metropolen sind es Marginalisierte, perspektivlose Jugendliche und Langzeitarbeitslose, die als "traumatisiert" und therapiebedürftig gelten. Rita Süßmuth verlangt sogar eine "Schnelle Eingreiftruppe Seele". medico international kritisiert den Boom der Psycho-Projekte vor allem in der Entwicklungshilfe. Dadurch werde "nicht nur der Blick auf die Täter und Opfer, auf Machthaber und Machtlose verstellt, es wird umstandslos jeder zum Klienten gemacht - und damit der Verantwortung entzogen." in medico report 20 wird aber nicht nur der Weg in die "therapeutische Weltgesellschaft" kritisiert. Efraime Boia Junior zeigt in seinem Aufsatz über die Behandlung ehemaliger Kindersoldaten in Mosambik, daß Therapieprojekte sinnvoll und notwendig sein können - wenn sie lokale Gegebenheiten berücksichtigen: In den vier Fallstudien wird u.a. das traditionelle "Reinigungsritual" beschrieben, das den Kindersoldaten, Opfer und Täter zugleich, die Rückkehr in ihr Dorf ermöglichen soll. Gleichwohl müssen die Jugendlichen mit ihren Kriegserinnerungen leben, die ihnen vielfach grausamer erscheinen als der Krieg selbst.

medico-Report 20: Schnelle Eingreiftruppe "Seele". Auf dem Weg in die therapeutische Weltgesellschaft. Texte für eine kritische "Trauma-Arbeit", medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt, Tel. 069/944380, Fax. 069/436002; 96 Seiten, 10 DM

Arbeiterlieder

zum Mitsingen

Im Zeitalter des Techno knüpft der Libresso-Verlag an gute (?) alte Zeiten an: Sein Buch mit 34 Liedern der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung bietet eine Auswahl aus "150 Jahren Tradition einer Gegenkultur der ArbeiterInnenklasse". Eine "Greatest Hits"-Sammlung ist das nicht, obwohl einige Klassiker vertreten sind: die "Internationale"; "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" (deutsch, spanisch, französisch, englisch und russisch), "Die junge Garde des Proletariats", die "Warschawjanka" u.a. Vergleichsweise "junge" Schöpfungen wie das "Solidaritätslied" und das "Einheitsfrontlied" wurden zugunsten älterer Zeugnisse der proletarischen Kultur weggelassen, die aus heutiger Sicht der Komik nicht entbehren: "Es quillt und keimt von unten auf/ wie früh gesäte Saat/ Es wächst wohl aus der Erd' heraus/ das Proletariat." Dieses 1848 entstandene Lied ("Das Proletariat") hatte damals ebenso seine Berechtigung wie die nach der Niederschlagung der Pariser Commune geschriebene revolutionäre Hymne: "Des Volkes Blut verströmt in Bächen/ und bittre Tränen rinnen drein/ doch kommt der Tag, da wir uns rächen/ dann werden wir die Richter sein." ("Die rote Fahne") Der Libresso-Verlag versteht sein Liederbuch allerdings nicht allein als historisches Dokument; ihm geht es um die Wiederbelebung tradiertem Liedgutes. Daher wählte er "singbare Tonhöhen" und stellt neben der broschierten eine besonders strapazierfähige Fassung ("für den häufigeren Gebrauch") zur Verfügung. Ob den vielfach beklagten "Latsch-Demos" durch solche Gesänge der fehlende Elan gegeben werden kann, darf bezweifelt werden. Die ak-Redaktion erwägt, die "Linksradikale Liedertafel Nürnberg", die viele der musikalischen Arrangements erprobt hat, nach Hamburg einzuladen: zum 50. ak-Jubiläum Anno 2021.

Lieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, herausgegeben und bearbeitet von Elke Mahlert; Libresso Buchhandlung und Verlag, Peter Vischer Str. 25, 90403 Nürnberg, Tel. und Fax. 0911/225036; 103 Seiten, 18,90 DM (broschiert), 21,90 DM (Spiralbindung)

Che Guevara Superstar

Ein schönes Beispiel linker Heldenverehrung liefert die September-Ausgabe der trotzkistischen Zeitschrift Inprekorr: Che Guevara ist, so steht es schon auf dem Titel, "der Funke, der nicht erlischt" und eine der "Persönlichkeiten, die aufrecht standen, als sie fielen, mit der Waffe in der Hand, und die für immer zu Saatkörnern der Zukunft geworden sind, die in den Boden Lateinamerikas gesät worden sind, zu Sternen am Himmel der Hoffnungen des Volkes, zu Kohlen, die unter der Asche der Ernüchterung und des Abschwörens glühen". Michael Löwy, der diese lyrischen Worte fand, gibt immerhin zu, daß der Guevarismus nicht ohne Fehler ist. So habe er die Tendenz, "die Revolution auf den bewaffneten Kampf, den bewaffneten Kampf auf die Landguerilla und diese auf den kleinen Kern des foco zu reduzieren." Auch sei Ches Kritik am realen Sozialismus zum Zeitpunkt seiner Ermordung noch nicht ausgereift gewesen. Gleichwohl bleibt für Löwy - und vermutlich auch für die Inprekorr-Redaktion - "die humanistische und revolutionäre Botschaft des Che ein offenes Fenster zur Zukunft." Neben dieser Würdigung bietet das Heft zum Schwerpunktthema außerdem ein Interview mit dem kubanischen kommunistischen Philosophen Fernando Martinez Heredia und eine Liste der in deutscher Übersetzung lieferbaren Schriften Che Guevaras.

Inprekorr. Internationale Pressekorrespondenz Nr. 311 (September 1997), Verlag Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln, 32 Seiten, 5DM

33. Leserbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:28

Betr.: Berichterstattung zu

Papua-Neuguinea

Chance auf Sezession

Hallo analy- und kritikerInnen,

Mit gespanntem Interesse verfolge ich die Entwicklung in Papua-Neuguinea (PNG), einem erst 23 Jahre jungen Staat, in dem eine kleine abgeschiedene und recht erfolgreiche Guerilla den Profiteuren des kapitalistischen Systems deren Grenzen aufzeigt. Seit nunmehr neun Jahren verteidigt sie wesentliche Teile der 10.049 km großen Insel Bougainville und verhindert die weitere Ausbeutung einer der weltgrößten Kupferminen. Diese Ausplünderung der Panguna-Mine und der dort lebenden Bevölkerung ist die direkte Ursache für den bisher längsten asiatisch-pazifischen Krieg. Die Bougainville Revolutionary Army hat sich die Chance auf Sezession vom fast 1.000 km entfernten Neuguinea erkämpft, was die kapitalistischen Regionalmächte PNG und deren Ex-Kolonisator Australien auf Dauer kaum noch unterdrücken können.

Leider spaltet sich auch in dieser erfolgreichen "selbstgemacht-linken" Bewegung ein "sozialdemokratischer" Teil ab, den die PNG-Eliten bei den derzeitigen Friedensgesprächen in Neuseeland einkaufen wollen, so wie sie auch jüngst bei der Regierungsbildung große Teile der siegreichen, vermeintlich linken gesellschaftlichen Opposition korrumpiert haben. Dies liegt einfach auf der Hand, da die meisten frisch gewählten KandidatInnen unorganisierte "Independents" sind, die nach einer Wahlperiode im Parlament finanziell manchmal schlechter dastehen als wenn sie ihrer vorherigen Beschäftigung weiter nachgegangen wären. Dieses hohe Potential an Bestechlichkeit und die Tatsache, daß eine Regierung in den ersten 180 Tagen ihrer Amtszeit nicht durch Vertrauensfragen abgewählt werden kann, sorgt erstmal für eine gewisse Stabilität in PNG, die nur durch eine ähnlich heftige gesellschaftliche Opposition wie im März in Folge der Söldner-Affäre ins Wanken gebracht werden kann - z.B. durch rebellierende Soldaten der notorisch schlecht versorgten Armee, falls sich die Regierung nicht auf eine friedliche Lösung im "halb-befreiten" Bougainville einlassen will.

Doch diese Opposition ist erstmal ruhig gestellt. Die vier angeklagten Führer der wichtigsten NGOs, die die März-Aufstände mitgetragen haben, sind jetzt freigesprochen worden, für die meisten aufständischen Soldaten gab eine Amnestie, der Premierminister hat eine Anti-Korruptions- und eine neue Söldneraffäre-Untersuchungskommission eingesetzt und sich auf direkte Verhandlungen mit den Revolutionären auf Bougainville eingelassen. Auch Australien hat sich mit hoher finanzieller Unterstützung (für PNG!) in den Friedensprozeß für Bougainville mit eingeklinkt (wegen den sehr gewinnträchtigen Bodenschätzen). Doch die Linke in der Guerilla-Führung um Francis Ona besteht auf Unabhängigkeit, da sie begriffen hat, daß bei einem Verbleib von Bougainville im Staat PNG das Konfliktpotential Panguna-Mine voll erhalten bleibt. Zu viele Menschenleben (12.000) haben das Andauern des Krieges und die (medizinische) Blockade gekostet. Dieses hätte laut Ona verhindert werden können, wenn die erste Chance auf Unabhängigkeit im Zuge der Staatengründung von PNG 1975 nicht zu früh aufgegeben worden wäre.

Norbert Braumann

Betr.: ak 405,

Machtlose Baugewerkschaft

Gute Nacht

Hallo,

den Artikel finde ich wirklich aufschlußreich. Noch mehr würde mich freilich interessieren, mit welcher Strategie die deutschen Gewerkschaften auf die zunehmende Fragmentierung der Arbeitsmärkte und das veränderte Kräfteverhältnis zugunsten der Kapitalbesitzer reagieren wollen. Ich kann halt keine Strategie erkennen, und wenn ich an die "Linie" des DGB auf Bundesebene denke oder an "Bündnis für Arbeit" oder "Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000", dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, deutsche Gewerkschaften.

Gruß

Peter

34. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:33

Kalender

Bevölkerungspolitik

Zu der Veranstaltungsreihe "Bevölkerungspolitik" hat der BAOBAB-Infoladen hochqualifizierte Referentinnen eingeladen. Am ersten Abend (30.9.) referiert Steffi Leopold über die Entwicklung von Familienplanungsprogrammen in Indien; anschließend wird der Film "Wie ein Krieg" gezeigt. Am 7.10. geben Susanne Schultz (ASW) und Ute Sprenger (Autorin des Buches "Unternehmen zweite Natur") einen Überblick über die Bevölkerungspolitik der letzten 50 Jahre. Den Entwicklungsgedanken, auch den der nachhaltigen Entwicklung, beschreibt Helga Eblinghaus (Mitautorin des Buches "Nachhaltigkeit und Macht") ebenso wie die Bevölkerungspolitik als Herrschaftsinstrument (14.10.). Susanne Heim (Mitautorin des Buches "Berechnung und Beschwörung") zeigt, wie Ängste vor "Überbevölkerung" provoziert und instrumentalisiert werden (21.10.). Am 28.10. diskutieren Susanne Heim und Heide Mertens (Mitautorin des Buches "Small family - happy family") über deutsche Bevölkerungspolitik zwischen faschistischer Tradition und rassistischer Praxis.

Berlin, 30.9. bis 29.10., dienstags 19.30 Uhr, BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V., Christburger Str. 3, 10405 Berlin

Frauen in Konzentrationslagern

"Schwestern, vergeßt uns nicht!", eine Wanderausstellung des "Studienkreises Deutscher Widerstand", zeigt in mehr als 40 Porträts die Biographien von Häftlingsfrauen aus den KZs Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück.

Hamburg, 2. bis 11.10., werktags 10-12 und 18-20 Uhr, Haus Drei, Hospitalstr. 107, 22767 Hamburg, Tel. 040/388998/99 Ausstellungseröffnung 1.10, 14.30 Uhr

Hamburg im "Dritten Reich"

"Kein abgeschlossenens Kapitel: Hamburg im ‚Dritten Reich'" heißt die neue Publikation von Angelika Ebbinghaus und Karsten Linne (Hrsg.), die in Hamburg gleich zweimal vorgestellt wird. Karl Heinz Roth und andere MitarbeiterInnen des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts sind auf jeden Fall bei der Buchpremiere im "Haus Drei" mit von der Partie.

Hamburg, 2.10, 20.00 Uhr, Haus Drei, Saal neben dem Indigo, Hospitalstr. 107; 29.10., 20.00 Uhr, Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55

"AntiVisionen"

Ein Wochenende mit Workshops gegen die ach so beliebte Esoterik veranstaltet das Bündnis "AntiVisionen". Diskutiert werden Themen wie "Frauenbilder im New Age", "Ökologisches Denken als Eintrittskarte ins New Age" oder "Die ‚mythopoetische Männerbewegung'", außerdem linke Strategien gegen Esoterik und rechte Ideologie. Der gleichzeitig in Bremen tagende Esoterik-Kongreß "Visionen menschlicher Zukunft" wird nicht geschont. Anmeldung (Schlafplätze und Kinderbetreuung werden organisiert) möglichst bis zum 3.10. an: Die Falken, z.Hd. M. Marquardt, Findorffstr. 130, 28205 Bremen, Fax 0421/352180.

Bremen, 10. bis 12.10, Schlachthof und Büro der Falken, Findorffstraße

Alternativen zu strafrechtlicher Gewalt

Zu diesem Thema veranstaltet das Komitee für Grundrechte und Demokratie gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Iserlohn eine Tagung, auf der Hartmut-Michael Weber, Wolf-Dieter Narr, Heinz Steinert, Helga Cremer-Schäfer, Danielle Hermans u.a. referieren werden. Tagungsprogramm und Anmeldungen: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln, Tel.: 0221/523056, Fax: 0221/520559.

Iserlohn, 10. bis 12.10, Beginn 10.10., 17.30 Uhr, Ev. Akademie Iserlohn, Berliner Str. 12, 58638 Iserlohn

20 Jahre Deutscher Herbst I: Filme

Politisierung, Widerstand und Gefängnis - das sind die Themen des Films "... und plötzlich sahen wir den Himmel" von Sandra Barrios u.a. (BRD 1996, 102 Min.). Er schildert ein Stück Zeitgeschichte von Frauen aus Uruguay und der BRD. Mit Monika Berberich, Margit Czenki, Gloria Estevechea, Gabriela Fernandez, Graciela Jorge, Irmgard Möller u.a. Außerdem wird der Film "Was wären wir für Menschen..." über die Geschichte der RAF gezeigt.

Bonn, 23.10., 19.00 Uhr, Lesesaal der Mensa, Nassestr. 11

20 Jahre Deutscher Herbst II: Monika Haas

Monika Haas und FreundInnen berichten über den Stand der Dinge: Monika Haas wurde am 7.11.1994 verhaftet, weil sie angeblich an den Vorbereitungen für die Entführung der "Landshut" im Oktober 1977 beteiligt war. Beweise für diese Anschuldigung gibt es nicht, nur fragwürdige Kronzeugen. Im März 1997 wurde der Haftbefehl gegen Monika Haas aufgehoben, der Prozeß dauert an.

Berlin, 18.10., 18.00 Uhr, wahrscheinlich Humboldt-Uni;

Bonn, 28.10., Personaleßraum oder Eintopfraum in der Mensa, Nassestr. 11

20 Jahre Deutscher Herbst III: Diskussionen

Drei Abende zu "Stammheim" veranstaltet die Rote Hilfe Hamburg. "Kriegszustand" (15.10.) thematisiert die Frontstellung der RAF zwischen "erster" und "dritter" Welt und die politisch-militärische Antwort des Staates darauf. Am zweiten Abend ("Vernichtungshaft", 29.10.) geht es um die Haftbedingungen, am dritten Abend um Sondergesetze, Rechtsbrüche und Außerkraftsetzung der Verfassung durch den Staat ("Staatsstreich", 12.11.).

Hamburg, 15.10., 29.10., 12.11., jeweils 20.15 Uhr (Volksküche ab ca. 19 Uhr), Café in der B 5, Brigittenstr.5

20 Jahre Deutscher Herbst IV: Tolmein on tour

Im Rahmen der Buchmesse spricht der Journalist Oliver Tolmein, der durch mehrere Bücher über die RAF bekannt ist, im Café ExZess zum Thema "20 Jahre deutscher Herbst - ist alles wieder gut?" Sein Vortrag in Berlin diskutiert den Imperialismusbegriff der RAF.

Frankfurt am Main, 18.10., 19.30 Uhr, Café ExZess, Leipziger Str. 91;

Berlin, 22.10., 19.30 Uhr, wahrscheinlich Humboldt-Uni

Dominanzkultur, Rassismus und Rechtsextremismus

Im Rahmen des Projekts "Nie wieder wehrlos" spricht Birgit Rommelspacher über Dominanzkultur, die sie als Ursache für Rassismus und Rechtsextremismus ansieht.

Hamburg, 30.10., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Glokalisierung

Der Begriff "Glokalisierung" soll die Interdependenz von Globalisierung und Regionalisierung betonen. Während das Kapital global an Mobilität gewinnt, bemühen sich regionale Akteure um eine eigene Standortpolitik im "Wettbewerb der Regionen". Ein Seminar des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) mit Susanne Heeg, Walther Jahn, Thomas Sablowski, Eberhard Weber und Ulla Peters. Anmeldungen: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

Bonn, 7. bis 9.11., Haus Annaberg bei Bonn, Annabergstr. 400, 53157 Bonn

35. 20 Jahre Herbst sind genug!

Dokumentation

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:35

Der Deutsche Herbst jährt sich zum 20. Mal - Anlaß für manche Rückschau, Erinnerung und Fernsehspiele. Diskutiert wird darüber, als wäre das alles nur Vergangenheit. Jedoch ist dieser Deutsche Herbst nicht nur ein historisches Datum, sondern die Ereignisse des Jahres 1977 haben unmittelbare Auswirkungen bis heute. Dieser Herbst hat die Bundesrepublik zu ihrem Nachteil verändert.

Nicht nur die bewaffneten Gruppen, sondern als solche bezeichnete "Sympathisanten", kritische Geister, die außerparlamentarische Opposition, später dann Punker und Autonome wurden als nicht zum Gemeinwesen, zu einer offenen Gesellschaft gehörend begriffen, sondern ausgegrenzt. Diese Verfestigung eines latent staatsautoritären Zuges der Gesellschaft und die auf Vernichtung eines "Feindes" mit kriegerischen Mitteln angelegte Innenpolitik haben die politischen und psychologischen Grundlagen dieser Gesellschaft verschoben. Die damalige staatliche Reaktion u.a. auf den bewaffneten Kampf der RAF drückt sich in geltenden Normen der Strafprozeßordnung, des Strafgesetzbuches und Nebengesetzen bis heute aus. In einer als Ausnahmesituation empfundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung wurden Sondergesetze im Schnellverfahren verabschiedet. Diese Bestimmungen wurden selbst von Springers Morgenpost (vom 2.10.77) als Gesetze bezeichnet, mit denen "schwere Eingriffe in die Rechte Beschuldigter legalisiert (wurden) und die üblicherweise ein Kriterium für Diktaturen darstellen".

Sie sind heute immer noch gültig. Gültikeitsberechtigung haben sie keine.

Es gibt keinen Grund für die weitere Existenz von Sondergesetzen wie:

- dem Kontaktsperregesetz, § 31 ff. EGGVG

- dem strafrechtlichen Tatbestand der terroristischen Vereinigung, § 129 a StGB

- der Vorschrift des § 112 Abs. 3 StPO (Erlaß eines Haftbefehls bei Verdacht nach § 129 a StGB ohne Haftgrund)

- der obligatorischen Kontrolle der Verteidigerpost, § 148 Abs. 2 StPO, § 29 Abs. 2 StVollzG

- der Durchführung von Jedermannkontrollen bei Fahndungen im Rahmen von § 129 a StGB, § 111 StPO

- dem pauschalen Verbot der Verteidigung von mehreren Beschuldigten in einem Verfahren, § 148 StPO.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern den Bundestag auf, diese Gesetze abzuschaffen. Wir fordern die Parteien auf, entsprechende Gesetzesentwürfe mit dem Inhalt der ersatzlosen Streichung einzubringen.

Dem seit 1977 andauernden justitiellen Ausnahmezustand sollte anläßlich des unrühmlichen 20. Jahrestages des Deutschen Herbstes ein Ende bereitet werden.

ErstunterzeichnerInnen

Bundesvorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins: RAin Doris Dierbach, Hamburg (Vorsitzende); RA & Notar Kay-Thomas Pohl, Berlin; RA Wolf-Dieter Reinhardt, Hamburg; RA Reiner Ahues, Hannover; RA Ulf Dembski, Greifswald; RA Martin Lemke, Hamburg; RA Wolfgang Kaleck, Hamburg. RA Dieter Hummel, Berlin (Mitglied des Bundesvorstandes der Vereinigung Demokratischer JuristInnen). RA Volker Ratzmann, Berlin (Mitglied des Vorstandes der Vereinigung Berliner StrafverteidigerInnen).

36. Order, Law & Video

CD-Datei: daten/aksuche/ak406/is_komm.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:is_komm

Der "Große Lauschangriff" ist beschlossene Sache. Koalition und SPD haben sich auf eine Grundgesetzänderung verständigt, die die "Unverletzlichkeit der Wohnung" auch dem Verfassungstext nach aushebelt.

Für die Praxis freilich spielt das kaum eine Rolle: Zur "Gefahrenabwehr" darf die Polizei fast aller Bundesländer bereits heute Privaträume abhören. Weil Wanzen anbringen und Tonbänder auswerten viel Mühe macht, geschieht es vergleichsweise selten. "Schon arbeitstechnisch", so ein Polizeiexperte, sei eine "verdeckte Verwanzung von Wohnungen für weniger schwere Delikte oder gar flächendeckend" nicht zu leisten.

Dort, wo es technisch einfacher geht, in den Vermittlungsstellen von Telekom und Mobilfunk, steigen die Zahlen drastisch an: allein 1996 um 27% auf über 6.400 überwachte Anschlüsse. Aufgezeichnet werden bei jeder einzelnen "Maßnahme" hunderte oder tausende von Telefongesprächen mit einer Vielzahl von völlig unbeteiligten GesprächspartnerInnen. Zufrieden ist der Sprecher der Hamburger Staatsanwaltschaft damit nicht: Die Telefonüberwachung müsse "noch billiger und schneller" werden, forderte er.

Bei der öffentlichen Diskussion ging es um anderes: Um das Recht des Staates auf den prinzipiell unbeschränkten Zugriff auf jede Form von Kommunikation. Darum verwundert es nicht, daß dem beschlossenen Lauschangriff die Debatte um den "Spähangriff" auf dem Fuße folgt. Video-Überwachung nicht nur im öffentlichen Raum, sondern - wenn es nach BKA-Chef Kersten oder der bayerischen Landesregierung geht - auch in Privatwohnungen. Gleichzeitig bastelt Innenminister Kanther an einem Gesetz zur Kontrolle von elektronischer Mail: Alle Verschlüsselungsverfahren, für die seine Dienste keinen Generalschlüssel haben, sollen verboten werden. Der tatsächlich praktizierte Umfang staatlicher Überwachung kann sich dann unspektakulär nach politischer Opportunität, technischen Möglichkeiten und Haushaltslage bemessen.

Der nächste Schauplatz der hochgeputschten "Sicherheitsdebatte" ist schon abgesteckt: "Die sogenannte Alltagskriminalität soll mit größten Anstrengungen bekämpft werden", heißt Kanthers neue Devise. Wo die Opfer staatlicher Verelendungspolitik renitent werden, sollen Polizei- und Ordnungsbehörden, Sozial- und Arbeitsämter, Ausländerbehörden und Sozialversicherungen einen eng verzahnten Repressionskomplex bilden. Der BGS - seinerzeit aufgestellt als paramilitärische Bundespolizei - soll durch die Straßen der Großstädte patrouillieren. Private Sicherheitsdienste und "freiwillige Polizeihelfer" vervollständigen das Kanthersche "Sicherheitsnetz". Für einen Modellversuch à la New York hat - angesichts der Expo 2000 - Hannover großes Interesse angemeldet.

Erschreckend ist, daß nicht nur Schröder und Voscherau diese Kampagne aufgenommen (und mit eigenen rassistischen Sprüchen angeheizt haben). Die Grünen wollen zumindest nicht ganz außen vor sein und fordern in ihren jüngst veröffentlichten Thesen zur Kriminalitätsbekämpfung "sichtbare Polizeipräsenz". GAL-Spitzenkandidatin Sager propagiert die Kooperation von "Bürgern, Geschäftsleuten und Polizei" - und will zugleich "den polizeilichen Druck erhöhen", wenn sie, wie etwa am Hamburger Hauptbahnhof, die Szene "nicht mehr sozialverträglich" findet. Was tut es da zur Sache, daß in Wirklichkeit die Kriminalitätsrate sinkt - das von der Hetzpresse alarmierte "Sicherheitsgefühl der Bürger" ist zum Maßstab grüner Politik geworden.

37. Krümmel: "Mal richtig abschalten"

Autor: gw · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak406/krÜmmel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:406:krÜmmel

NIX Mehr - 5.000 auf die Krümmel-Schienen. Das Mobilisierungsziel für die bundesweite Auftaktveranstaltung gegen Atomtransporte war hochgesteckt. Vielleicht zu hoch, stellt mensch die TeilnehmerInnenzahlen von 1.500 bis 2.000 daneben, die sich während des Wochenendes zu den Veranstaltungen, Aktionen und Konzerten einfanden.

Nach der Auftaktkundgebung in Geesthacht gab es längs der Castortransportstrecke einige kleinere Schienenbasteleien und die eine oder andere symbolische Blockade. Es wurden Signale verpackt, Schienen unterhöhlt, Schrauben entfernt, Gleise mit eingegipstem Schrott verziert und dergleichen mehr.

Im Rahmen der Aktion "Ausrangiert", die am Sonntag von den Gewaltfreien Gruppen "Mal richtig abschalten" veranstaltet wurde, gelang auch die Entfernung eines kleinen Schienenteils.

Rund 1.000 PolizistInnen waren im Einsatz, um die marode Gleisstrecke vor der endgültigen Demontage zu schützen. Trotz einer offiziellen Deeskalationsstrategie gab es rund 40 Platzverweise und diverse vorläufige Festnahmen. Die Schätzungen über die Kosten für diesen rot-grünen Polizeieinsatz schwanken zwischen 600.000 und 1,5 Millionen DM. Kosten, die beim nächsten Castortransport aus dem AKW Krümmel um einiges höher liegen werden.

Zwar hat bei diesem Aktionswochenende die TeilnehmerInnenzahl unter den Erwartungen gelegen aber die Stimmung war durchweg gut. Erfreulich ist auch, daß in den letzten Monaten Initiativen entlang der geplanten Castortransportstrecke neu gegründet oder reaktiviert worden sind. Es wird, und das wurde am 20./21. September auch deutlich, noch einiges an Arbeit auf die Anti-AKW-Bewegung zukommen, um die Fokussierung des Widerstandes auf die Transporte ins Wendland auf Massenebene zu durchbrechen.

Mit dem Schienenaktionswochenende ist es auf alle Fälle gelungen, das AKW Krümmel wieder stärker in die Diskussion zu bringen. Bis zum erwarteten Ernstfall - dem nächsten Castortransport aus Krümmel im November - bleiben noch einige Wochen Zeit. Aber wenn der Ernstfall erst eintritt, werden sicherlich mehr Menschen mobilisierbar sein.

Spenden werden immer noch benötigt: Spendenkonto: H. Holzmann, Haspa, BLZ 20050550, Kto. 1297/500165.